

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt Wien 40

Stenographisches Protokoll

15. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 22. Juni 1966**Tagesordnung**

1. Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes
2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966
 - Spezialdebatte
 - Gruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Inhalt**Personalien**

Krankmeldungen (S. 1054)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen 83, 102, 126, 103, 114, 143, 104, 154, 90, 88, 127, 146, 105, 117, 106, 78 und 121 (S. 1054)

Bundesregierung

13. Bericht der Bundesregierung über den Stand der wirtschaftlichen Integration Europas für die Zeit vom 16. März 1965 bis 1. Mai 1966 (S. 1066)

Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die Tätigkeit des Ministerkomitees des Europarates im Jahre 1964 und 1965 (S. 1066)

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 3. Viertel 1965 (S. 1066)

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 4. Viertel 1965 (S. 1066)

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 1. Viertel 1966 (S. 1066)

Ausschüsse

Zuweisung des Antrages 25 (S. 1065)

Regierungsvorlagen

- 93: Preisregelungsgesetznovelle 1966 (S. 1066)
- 95: Veräußerung der Geschäftsanteile an der „Neue Heimat“, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Steiermark, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (S. 1066)
- 102: Neuerliche Abänderung des Umsatzsteuer-gesetzes 1959 (S. 1066)
- 103: Veräußerung und Belastung bundeseigener Liegenschaften (S. 1066)
- 104: Veräußerung und Belastung bundeseigener Liegenschaften (S. 1066)
- 105: Einbringung einer Sacheinlage bei der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung (S. 1066)
- 106: Verteilungsgesetz Ungarn (S. 1066)
- 107: Verteilungsgesetz Finnland (S. 1066)
- 108: Abkommen mit Jugoslawien über Soziale Sicherheit (S. 1066)

- 109: Aufschiebung von Exekutionen bei Naturkatastrophen (S. 1066)
- 110: Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und des Bundesverfassungsgesetzes vom 18. Juli 1962 (S. 1066)
- 111: Einkommensteuernovelle 1966 (S. 1066)
- 112: Einkommensteuernovelle 1966 (Nachtrag) (S. 1066)
- 113: Körperschaftsteuergesetz 1966 (S. 1066)
- 114: Steuerliche Maßnahmen bei der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln (S. 1066)
- 115: Nichterhebung der Wertpapiersteuer für inländische Schuldbeschreibungen (S. 1066)
- 116: Neuerliche Abänderung des Versicherungssteuergesetzes 1953 (S. 1066)
- 117: Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank (S. 1066)
- 119: Neuerliche Abänderung des Hochschul-Organisationsgesetzes (S. 1066)
- 120: Schaffung eines Fonds zur Förderung der Errichtung einer Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur an der Universität Innsbruck (S. 1066)
- 121: Schlußakte der zweiten Sondertagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens sowie Protokoll zu dessen Änderung (S. 1066)
- 122: Protokoll über den Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (S. 1066)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (74 d. B.)

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 1067)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 d. B.) Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 (79 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe VIII: Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, und Kapitel 28 Titel 3: Österreichische Bundesforste
Spezialberichterstatter: Scheibenreif (S. 1068)

Redner: Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs (S. 1069), Grießner (S. 1075), Meiβl (S. 1079), Tödling (S. 1082), Pansi (S. 1087), Dipl.-Ing. Tschida (S. 1091), Pfeifer (S. 1094), Glaser (S. 1097), Adam Pichler (S. 1101), Grundemann-Falkenberg (S. 1105), Eberhard (S. 1110), Deutschmann (S. 1112), Robak (S. 1116), Steiner (S. 1120), Anna Czerny (S. 1126), Nimmervoll (S. 1128), Minkowitsch (S. 1131), Kranebitter (S. 1135) und Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Doktor Schleinzer (S. 1138)

Annahme der Gruppe VIII (S. 1140)
Kenntnisnahme des Grünen Berichtes (S. 1140)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 13. Sitzung des Nationalrates vom 20. Juni 1966 ist in der Kanzlei aufgelegen, unbeanständet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Tull, Gabriele und Scherrer.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 2 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Pfeifer (*SPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Vernichtung von Salat und Gemüse.

83/M

Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um die tonnenweise Vernichtung von Salat und Gemüse zu verhindern ?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Der Witterungsverlauf der letzten Wochen war ungewöhnlich. Es wurde daher die Ernte bei Salat und Gemüse auf ganz wenige Wochen, einen knappen Zeitraum, zusammengedrängt. Das konnte niemand voraussehen, das konnte aber auch niemand verhindern. Die Salaternte, die sich üblicherweise auf sechs Wochen erstreckt, mußte daher im großen und ganzen innerhalb von 14 Tagen bewältigt werden.

Darauf ist es zurückzuführen, daß das Angebot an Salat den Bedarf bei weitem überstiegen hat. Exportmöglichkeiten haben nur für eine kurze Zeit bestanden, weil auch in Bayern die Salatschwemme wesentlich früher einsetzte. Daher konnten die bewilligten Exporte nur teilweise durchgeführt werden.

Um die Salaternte unterzubringen, wurden dann vom Marktbüro der Präsidentenkonferenz Handelsketten, mehrere private Großfirmen, aber auch die Konsumgenossenschaften eingeschaltet. Diese wurden ersucht, für einen verstärkten Absatz auch außerhalb von Wien zu sorgen. Auf diesem Wege wurden tausende Kisten Salat teilweise zu einem wesentlich verbilligten Preis, vor allem in den Industrie-

gebieten der Steiermark, abgesetzt. Ferner wurden an die Caritas, das Anstaltenamt der Stadt Wien für die Spitäler sowie an Altersheime und private Spitäler bedeutende Mengen Salat kostenlos abgegeben.

Es war dennoch nicht zu verhindern, daß bei dem Treibhausklima, das in den letzten Wochen herrschte, etwa 18.000 Kisten Salat durch Auswachsen nicht mehr marktfähig gewesen sind. Dieser ausgewachsene Salat mußte entweder verfüttert und zum Teil verkompostiert werden. Das war angesichts der gegebenen Lage nicht zu vermeiden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Pfeifer: Herr Bundesminister! War also bis jetzt nicht der sozialistische Innenminister schuld daran, daß nicht exportiert werden konnte ?

Ich frage Sie daher — nachdem jetzt auch im Wiener Gemeinderat der ÖVP-Stadtrat Dr. Prutscher zugeben mußte, daß Salat vernichtet wurde, zum Unterschied vom Herrn Innenminister, der in der letzten Fragestunde erklärt hat, er wisse nichts davon —, ob Sie nicht im Einvernehmen mit dem Marktamt der Stadt Wien über eine zweckmäßige Versorgung des Wiener Marktes verhandeln möchten ?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Wenn Sie so fragen, dann muß ich Ihnen darauf folgendes antworten: Erstens: Der Herr Innenminister hatte gar keine Veranlassung, davon etwas zu wissen, daß der Salat nicht vollständig untergebracht werden konnte. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ich kann Ihnen das Lachen nicht verwehren. Er war damals für die Exportgenehmigungen zuständig, er hat die Exportbewilligungen erteilt, nicht etwa erst innerhalb von zehn Tagen, sondern sofort, nachdem der Antrag gestellt worden war. Die Gründe, warum der Salat im Export nicht untergebracht werden konnte, habe ich Ihnen dargelegt. Daher ist der Herr Innenminister außer obligo. Soviel, was den Herrn Innenminister betrifft.

Was unternommen worden ist, um den Salat unterzubringen, habe ich Ihnen einschließlich der Einschaltung der Konsumgenossenschaften, die sich dankenswerterweise hier mitbeteiligt haben, geschildert. (*Abg. Dr. Pittermann: Hört! Hört! Mitterer!*) Einschließlich der Konsumgenossenschaften, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann!

Was die Frage des Herrn Innenministers betrifft, daß es also nicht der sozialistische

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Innenminister sei, der Exporte nicht genehmigte, so möchte ich Ihnen auch darauf antworten. Es hat auch der von der ÖVP nominierte Innenminister die Exporte nicht verweigert. Er hat sie sogar innerhalb kürzerer Zeit bewilligt. Wir konnten die Exporte allerdings nicht durchführen. Den Sachverhalt habe ich dargelegt. Hätten Sie mich um etliche Monate früher gefragt, dann hätte ich Ihnen eine präzise Antwort darauf geben können, warum waggonweise Zwiebel verfault ist, weil man den Export zuerst vom Innenministerium nicht zustimmend bewilligt hat und zu dem Zeitpunkt, als man die Bewilligungen erteilt hatte, der Export nicht mehr durchführbar war. (Abg. Kern: Hört! Hört! — Zustimmung bei der ÖVP.)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pfeifer:** Werden Sie, Herr Bundesminister, darauf drängen, daß die Erzeuger einen gerechten Preis bekommen, sodaß sich die Tatsache, daß der Erzeuger für ein Häuptel Salat nicht einmal 30 Groschen bekam, während der Konsument am gleichen Tage 1,50 S bis 2 S pro Häuptel bezahlen mußte, nicht wiederholt? (Abg. *Glaser: Vom Konsum haben wir vorgestern gehört!* — Abg. *Mayr: 500 Prozent!*)

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Was in meinen Kräften steht, wird auf diesem Gebiet geschehen. Daß im Zusammenhang mit Produktion und Vermarktung sicherlich noch große Aufgaben vor uns liegen, ist uns allen bekannt. Welchen Beitrag die verschiedenen Handelsorganisationen im Interesse einer solchen Stabilisierung und einer angemessenen Relation zwischen Erzeuger- und Produzentenpreis leisten, ist vor zwei Tagen Gegenstand einer eingehenden Debatte in diesem Hause gewesen.

Präsident: 2. Anfrage: Abgeordneter Fachleutner (*ÖVP*) an den Herrn Landwirtschaftsminister, betreffend Wasserkraftkataster.

102/M

Welche Bedeutung, Herr Minister, messen Sie dem Übergang des Wirkungsbereiches des Wasserkraftkatasters aus dem Handelsministerium in den Bereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zu?

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Herr Abgeordneter! Was Ihre Frage betrifft, darf ich mitteilen, daß im Zusammenhang mit der Kompetenzänderung dem Landwirtschaftsressort nicht nur die Zuständigkeit des Wasserkraftkatasters rückübertragen wurde, sondern auch jene für die Grenzwässer. Durch diese Maßnahme sind praktisch alle wasserwirtschaftlichen und wasser-

baulichen Angelegenheiten im Landwirtschaftsressort zusammengefaßt. Ausgenommen davon sind ausschließlich die schiffbaren Gewässer, die ja weniger vom Aspekt des Wasserbaues als vielmehr vom Aspekt der Verkehrsstraßen her zu beurteilen sind.

Diese Rückübertragung des Wasserkraftkatasters bietet die Möglichkeit, daß die verschiedenen wasserwirtschaftlichen Teilbereiche hinsichtlich einer katastermäßigen Erfassung einheitlich in einem gemeinsamen Wasserwirtschaftskataster zusammengefaßt werden können. Der Wasserkraftkataster ist ein Teil eines solchen Wasserwirtschaftskatasters. Dazu gehören zum Beispiel auch die Probleme des Flußbaues, der Wassergüte, der Quellen- und Grundwasservorkommen, der Meliorationskataster und so weiter. Es besteht nunmehr die Möglichkeit, alle diese Maßnahmen in einem einheitlichen Wasserwirtschaftskataster zusammenzufassen und damit auch jener Intention des Gesetzgebers zu entsprechen, die im Sinne des § 59 des Wasserrechtsgesetzes festgelegt ist.

Wir erwarten uns, daß wir durch diese Zusammenfassung aller wasserwirtschaftlichen Probleme in einem einheitlichen Wasserwirtschaftskataster eine wesentliche Voraussetzung für Zwecke der Information, aber auch für behördliche Entscheidungen schaffen, wie überhaupt für alle Fragen der wasserwirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Räume eine sachgerechte Grundlage zur Verfügung zu haben, die die Entscheidungen der Behörden, aber auch die Beurteilung der Entwicklungsprobleme in wasserwirtschaftlicher Hinsicht erleichtert.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Fachleutner:** Herr Minister! Wann wird ein solcher einheitlicher Wasserwirtschaftskataster erstellt werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Der Wasserwirtschaftskataster muß durch Verordnung festgelegt werden. An dieser Verordnung wird gegenwärtig gearbeitet. Ich hoffe, daß in den Frühherbstwochen mit einer solchen Verordnung gerechnet werden kann.

Präsident: 3. Anfrage: Abgeordneter Erich Hofstetter (*SPÖ*) an den Herrn Landwirtschaftsminister, betreffend Ansteigen der Viehpreise.

126/M

Was gedenken Sie zu unternehmen, um ein weiteres Ansteigen der Viehpreise und damit der Fleischpreise zu verhindern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Herr Abgeordneter! Was das Ansteigen der Viehpreise betrifft, darf ich Ihnen dazu folgendes berichten:

Nach der amtlichen Notierung auf dem Wiener Zentralviehmarkt in St. Marx haben die Durchschnittspreise von Jänner bis einschließlich Mai dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr folgenderweise ausgesehen. Ich möchte Ihnen deshalb die Durchschnittspreise nennen, weil es vielleicht von einem Markt zum anderen zu gewissen subjektiv begründeten Schwankungen kommen mag. Wir haben für jede Woche von Jänner bis Mai dieses Jahres die Durchschnittspreise festgestellt, einen Gesamtdurchschnitt errechnet und diesen zum gleichen Zeitraum des Vorjahres in Vergleich gestellt. Dabei hat sich folgendes ergeben:

Bei Stieren betrug der Durchschnittspreis von Jänner bis Mai dieses Jahres 15,44 S gegenüber 15,56 S im Vorjahr, also ein Minus von 12 Groschen. Bei Ochsen betrug der Durchschnittspreis 15,34 S gegenüber 15,10 S im Vorjahr, das ergibt also ein Plus von 24 Groschen. Bei Kühen betrug der Preis 11,40 S gegenüber 11,63 S im Vorjahr, das ist ein Minus von 23 Groschen. Bei Wurstkühen ergab sich ein Minus von 17 Groschen. Rinder insgesamt: 13,43 S gegenüber 13,58 S im Vorjahr. Das ergäbe ein Minus von 15 Groschen.

Wenn wir uns den Markt in Wien-St. Marx vom gestrigen Tag ansehen, um diese Durchschnittspreise auch am Bild des gegenwärtig aktuellen Marktes zu beurteilen, dann müssen wir feststellen, daß am gestrigen Markt, obwohl der Auftrieb gegenüber der gleichen Woche des Vorjahres um fast 200 Stück geringer war, der Durchschnittspreis 14,03 S betragen hat, was gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ein Minus von 4 Groschen bedeutet. Wir können also alles in allem feststellen, daß die Preissituation auf dem Rindersektor unverändert ist.

Ich will nicht erkennen, daß vor allem bei den Schlachtkühen, also bei jenen Kategorien, die für die Wursterzeugung benötigt werden, gewisse Preisanstiege zu verzeichnen sind. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß der Viehverkehrsfonds die Einfuhr von 2000 t Fleisch für Verarbeitungszwecke vorgeschlagen hat und daß diese Einfuhren vom Ressort bewilligt worden sind, damit wir auf diese Weise für Verarbeitungszwecke in den Sommermonaten hinreichend Fleisch zur Verfügung stellen. Ich habe den Eindruck, daß zweifellos alles geschieht, um eine ausreichende Marktversorgung zu gewährleisten.

Auf dem Schweinesektor ist die Situation heuer völlig abnormal. Im Vorjahr betrug der Durchschnittspreis in den ersten fünf Monaten

lediglich 12,98 S, ein Preis, der aus Gründen, die Sie kennen, keineswegs als kostendeckend bezeichnet werden kann. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Bauernschaft aus diesen Preisen kein Animo für eine vermehrte Schweineproduktion gezogen hat. Dazu kommt aber als entscheidendes Element, daß die Schweinemast primär eine Angelegenheit unserer bäuerlichen Betriebe ist, und auch da primär eine Mast, die auf der Grundlage der wirtschaftseigenen Futtermittel betrieben wird. Es hat sich ja herumgesprochen, daß wir voriges Jahr in der Landwirtschaft eine sehr empfindliche Mißernte hinzunehmen hatten, die insbesondere die Kartoffelernte, aber auch die Produktion von Futtergetreide traf. Wir müssen daher diese Entwicklung im Zusammenhang mit diesen Gegebenheiten sehen. Die Anlieferung aus der Inlandsproduktion lag daher auf dem Schweinemarkt erheblich unter den Anlieferungen des Vorjahrs. Der Durchschnittspreis beträgt gegenwärtig 15,21 S, er ist im Durchschnitt um 2,23 S oder um 17 Prozent gegenüber dem Preis des Vorjahrs, der keineswegs kostendeckend war, gestiegen.

Zusätzliche Importe werden durchgeführt, sie können aber die Preissituation nicht verbessern, da in ganz Europa eine allgemeine Verknappung bei Schweinen zu verzeichnen ist. Auch unsere traditionellen Lieferanten stellen nur weniger Schweine zum Export, überdies zu Preisen, die gegenüber dem Vorjahr durchschnittlich um 25 Prozent höher liegen.

Diese Situation beleuchtet am besten die Tatsache, daß der Viehverkehrsfonds für die Versorgung der nächsten Monate den Import von 130.000 Schweinen zwar vorgesehen hat, daß jedoch insgesamt nur für 108.000 Schweine Angebote — allerdings auch zu neuertlich erhöhten Preisen — vorgelegt wurden.

Ich glaube also sagen zu können, daß vom Standpunkt der Marktbeschickung her alles geschehen ist, was in unseren Möglichkeiten liegt.

Abgeordneter Erich Hofstetter: Herr Bundesminister! Nach Ihren Ausführungen, wonach sich die Produzentenpreise fast nicht verändert haben, ist es umso unverständlicher, daß der Fleischpreis gerade in der letzten Zeit um 8 S je Kilo gestiegen ist. Es ist also zum Teil eine Frage des Angebotes.

Wir Sozialisten und Gewerkschafter haben schon im vergangenen Herbst auf die Schwierigkeiten der Fleischversorgung im Frühjahr hingewiesen. Haben Sie kein Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Handel erzielen können, um rechtzeitig die Importe zu tätigen? Das ist die eine Frage.

Erich Hofstetter

Und gleich die zweite Frage: Haben Sie die Absicht, Herr Bundesminister, mit dem Herrn Innenminister auf Grund dieser Fleischpreisentwicklung für die Konsumenten Höchstpreise festzulegen?

Präsident: Bitte, Herr Minister. (Abg. Glaser: Eine so lange Frage, dann stellen Sie eine zweite Frage! — Abg. Rosa Weber: Das war auch eine lange Antwort! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Antworten wird der Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Ich darf Ihnen dazu folgendes sagen: Was die rechtzeitige Durchführung der Importe betrifft, hat es keines Einvernehmens mit dem Herrn Handelsminister bedurft. Ich kann Ihnen in diesem Zusammenhang sagen, daß alle Maßnahmen zur Versorgung des Inlandsmarktes im Viehverkehrsfonds in völligem Einvernehmen erzielt wurden. Ich glaube, es wäre zur Behandlung der Frage durchaus wünschenswert und ein Gewinn, wenn die gleiche Sachlichkeit, wie sie im Viehverkehrsfonds bei der Beratung über diese Fragen herrscht, auch in der öffentlichen Debatte obwalten würde. (Beifall bei der ÖVP.) Soviel zum ersten Teil Ihrer Anfrage.

Der zweite Teil Ihrer Anfrage hat sich mit dem Problem von Höchstpreisen beschäftigt. Ich darf Ihnen dazu folgendes sagen: Nach der gegenwärtigen Bestimmung des Preisregelungsgesetzes unterliegen Schlachtrinder, Schlachtschweine und auch Schlachtpferde sowie das Fleisch und die Fleischwaren noch grundsätzlich der amtlichen Preisregelung, nicht aber die Kälber, die ja aus der Preisregelung völlig ausgeschieden sind. Für die Schlachtrinder und für das Fleisch wurden letztmals amtliche Preise mit einer Kundmachung des Bundesministeriums für Inneres vom 7. November 1950 festgesetzt. Diese Kundmachung wurde bereits im Juni 1951 durch einen sogenannten Tolerierungserlaß de facto aufgehoben. Seit dieser Zeit gibt es keine amtlich festgesetzten Preise für Schlachtrinder und auch für Rindfleisch.

Was die Schweine betrifft, so möchte ich sagen, daß die Höchstpreise für Schlachtschweine und Schweinefleisch vom Bundesministerium für Inneres letztmals mit einer Kundmachung vom 1. Juli 1952 behördlich festgesetzt wurden und daß diese Preise im Jahre 1953 durch einen sogenannten Tolerierungserlaß de facto außer Wirksamkeit gesetzt worden sind.

Zur Festsetzung der Verbraucherpreise, vor allem auch für Schweinefleisch, wurden jeweils die Preisbehörden der Ämter der Landesregierungen delegiert, die dann mit einer

Kundmachung die Verbraucherpreise für die einzelnen Schweinefleischsorten festgesetzt haben. Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß der Verfassungsgerichtshof im Jahre 1965 im Wege eines Gesetzprüfungsverfahrens die Verfassungsmäßigkeit geprüft und dann auch diese Bestimmung aufgehoben hat. Derzeit besteht somit keine gesetzliche Grundlage, die Landespreisbehörde zur Festsetzung amtlicher Höchstpreise zu ermächtigen.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage. (Abg. Glaser: Das ist die dritte!)

Abgeordneter Erich Hofstetter: Herr Bundesminister! Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß in Kärnten zahlreiche Händler Exportgenehmigungen ausgestellt bekommen haben, die derzeit nicht benutzt werden. Meine Frage lautet nun, da im Hinblick auf die Ferien und auf die Urlaubszeit eine größere Nachfrage besteht, auch in Italien, sodaß von den Exportgenehmigungen Gebrauch gemacht und die Versorgung im Inland neuerlich mangelhaft werden wird: Haben Sie die Absicht, Herr Bundesminister, diese Exportgenehmigungen zurückzuziehen, damit die Versorgung im Inland gewährleistet bleibt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Nein, diese Absicht habe ich nicht. Bei diesem Preisbild, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sich hier bei den Produzentenpreisen ergibt, bei diesen Bewilligungen, die mit dem Viehverkehrsfonds für die freie Einfuhr auch von Lebendvieh einvernehmlich beschlossen worden sind, gleichzeitig auch bei den durchgeführten Fleischimporten, die wir für Rindfleisch verfügt haben, sehe ich im Augenblick keine Veranlassung, bei dieser Stabilisierung des Inlandsangebotes von den Lizenzen, die bisher ausgegeben worden sind, etwas zurückzuziehen. Es wird nach wie vor unsere Aufgabe sein, für eine ausreichende Beschickung des Inlandsmarktes Sorge zu tragen, aber auch gleichzeitig zu gewährleisten, daß sich die Produzentenpreise stabilisieren. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Doktor Staribacher: Und die Verbraucherpreise, Herr Minister? — Abg. Dr. Withalm: Beides!)

Präsident: 4. Anfrage: Abgeordneter Nimmervoll (ÖVP) an den Herrn Landwirtschaftsminister, betreffend Grundstückszusammenlegungen.

103/M

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die im Interesse der Verbesserung der Agrarstruktur notwendigen Grundstückszusammenlegungen möglichst rasch durchführen zu können?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

1058

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Was die Grundstückszusammenlegungen betrifft, darf ich Ihnen, Herr Abgeordneter, folgendes sagen: Wir haben rund 480.000 ha Acker- und Grünland, das zusammenlegungsbedürftig ist. Wir haben bisher in den zurückliegenden Jahren eine Durchschnittsleistung von etwa 21.000 ha an durchgeführten Kommassierungen erzielen können. Wir würden daher noch einen sehr erheblichen Zeitraum benötigen, um die notwendigen Kommassierungen zu erreichen.

Vom Standpunkt der rationellen Bewirtschaftung unserer Grundstücke kommt dieser Aufgabe eine besondere Bedeutung zu. Die Beschleunigung der Kommassierungen ist eine finanzielle, eine organisatorische und auch eine verwaltungstechnische Frage. Wir sind daher gegenwärtig damit beschäftigt, das Flurverfassungs-Grundsatzgesetz zu novellieren, um eine Vereinfachung des Verfahrens und damit mit dem gegenwärtigen Apparat, der unseren Agrarbehörden zur Verfügung steht, eine Beschleunigung zu erreichen. Wir hoffen, dadurch einen Impuls für eine beschleunigte Kommassierung zu geben.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Nimmervoll: Herr Minister! Wenn nun dieses Flurgesetz kommt: In welchen Zeitabständen werden dann nach Ihrer Meinung die bereits angemeldeten Projekte einer Erledigung zugeführt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Es liegt eine große Zahl von Projekten vor. Die Anzahl dieser vorliegenden Projekte ist wesentlich größer als das mögliche Arbeitspensum, das gegenwärtig jährlich geleistet werden kann. Es wird daher mehrerer Jahre bedürfen, bis wir mit diesen Anträgen auf dem laufenden sind.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: 5. Anfrage: Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

114/M

Besteht nach Ihrer Beurteilung Aussicht, daß die Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Herbst dieses Jahres ein konkretes Ergebnis zeitigen werden?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. Bock: Die Fort-

setzung der Verhandlungen mit der EWG hängt bekanntlich davon ab, daß sich der EWG-Ministerrat mit den beiden Berichten befaßt, die von der Kommission über die bisherigen Verhandlungen ausgearbeitet und dem Ministerrat vorgelegt worden sind.

Die Bundesregierung ist bemüht, den Ministerrat zu veranlassen, möglichst bald diesen Bericht in Verhandlung zu nehmen und ein neues Verhandlungsmandat zu erteilen. Diesem Zwecke diente auch eine Verbalnote, die namens der Bundesregierung vor einigen Wochen den sechs EWG-Regierungen übergeben worden ist. Einen anderen Einfluß kann Österreich auf die Bestimmung des Zeitpunktes der Wiederaufnahme der Verhandlungen im Augenblick nicht nehmen. Es wird also davon abhängen, wann sich die EWG-Seite in der Lage sieht, ein neues Mandat zu erteilen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Bundesminister! Was könnte die österreichische Wirtschaft von sich aus noch unternehmen, um die Bemühungen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Integrationspolitik noch wirksamer zu unterstützen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Bock: Die Aufgabe der Betriebe und Unternehmungen im Zusammenhang mit dem Integrationsproblem ist die, die eigene Produktion auf die Teilnahme an dem westlichen Großwirtschaftsraum einzustellen. Das Problem ist nicht von heute und nicht von gestern, sondern die österreichischen Integrationsbemühungen sind so alt wie der europäische Integrationsgedanke. Die Wirtschaft selbst und die einzelnen Branchen wissen daher, wie die Entwicklung laufen wird, wenn wir zu einem Vertrag mit der Gemeinschaft kommen werden.

Der wesentliche Inhalt dieses Vertrages, der gemeinsame Zollbereich wird bekanntlich die beiden Effekte haben, daß einerseits die immer stärker fühlbar werdende zollmäßige Diskriminierung des österreichischen Exportes abgebaut und schließlich verschwinden wird und daß andererseits der österreichische Binnenmarkt im gleichen Maße dem EWG-Markt geöffnet wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Bundesminister! Sie haben sich in jüngster Zeit bei Textilmessen und anderen Veranstaltungen außerhalb des Parlaments in Integrationsbelangen sehr informationsfreudig erwiesen. Im Parlament war das nicht der Fall. Können Sie meinem Ersuchen entsprechen, künftig das Parlament in kürzeren Abständen ausreichender zu infor-

Peter

mieren, als das in der Vergangenheit der Fall war?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Bock: Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung gestern vor acht Tagen den 13. Integrationsbericht verabschiedet. Er umfaßt, weil der 12. Integrationsbericht im alten Parlament nicht mehr zur Verhandlung gelangt ist, den Zeitraum vom März des Vorjahres bis Mai dieses Jahres. An Hand dieses ausführlichen Berichtes wird ausreichend Gelegenheit sein, über das Problem im Ausschuß und im Hohen Hause zu diskutieren.

Präsident: 6. Anfrage: Abgeordneter Czernetz (SPÖ) an den Herrn Handelsminister, betreffend Rede beim EFTA-Ministerrat.

143/M

Sind Sie bereit, den Mitgliedern des Nationalrates den vollen Wortlaut Ihrer Rede beim EFTA-Ministerrat in Bergen zu übermitteln?

Präsident: Bitte, Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Bock: Herr Abgeordneter! Natürlich bin ich bereit, jedem Abgeordneten, der dies wünscht, eine Abschrift der Erklärung zur Verfügung zu stellen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Czernetz: Herr Vizekanzler! Sind Sie bereit, in Hinkunft solche Informationen über wichtige integrationspolitische Erklärungen im Ausland dem Nationalrat unmittelbar und von sich aus, also nicht erst auf Grund parlamentarischer Anfragen, oder vielleicht im Rahmen von Halbjahresberichten, wie Sie es vorhin erwähnt haben, zu erteilen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Bock: Es ist Aufgabe der Regierung, Herr Abgeordneter, Verhandlungen welcher Art immer mit dem Ausland zu führen. Wenn das Hohe Haus Informationen darüber verlangt, werden sie immer gegeben werden. Vorherige Informationen würden meiner Auffassung nach der gesamten bisherigen Übung der Verwaltungstätigkeit und der gesetzgebenden Tätigkeit widersprechen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Czernetz: Sosehr man es verstehen kann, daß vertrauliche Informationen manchmal den Verhandlungsablauf stören können, wäre es doch vorteilhaft, wenn Sie sich bereit fänden, vertrauliche Informationen etwa dem Integrationsausschuß zu geben. Wären Sie dazu bereit, Herr Vizekanzler?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Dr. Bock: Ja. Im Falle der Abhaltung vertraulicher Sitzungen kann man

selbstverständlich zu jedem Zeitpunkt über alles reden. Dazu bin ich jederzeit bereit.

Präsident: Die 7. Anfrage entfällt. Sie wird schriftlich beantwortet, weil der Abgeordnete Dr. van Tongel im Hause nicht anwesend ist. Danke, Herr Vizekanzler.

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Präsident: Die 8. Anfrage, das ist eine Anfrage des Abgeordneten Heinz an den Herrn Verkehrsminister, wurde zurückgezogen.

Wir gelangen daher zur 9. Anfrage: Abgeordneter Weidinger (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Stückverkehr an mehreren Bahnhöfen.

104/M

Ist es richtig, Herr Minister, daß der Stückverkehr an mehreren Bahnhöfen aufgelassen wird?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen Dr. Dipl.-Ing. Ludwig Weiß: Herr Abgeordneter! Die Abfertigungsbefugnisse der einzelnen Bahnhöfe bleiben nicht immer gleich, sondern sie unterliegen gelegentlich starken Schwankungen, sie können dem jeweiligen Verkehrsaufkommen entsprechend Einschränkungen oder Erweiterungen erfahren. Im Zuge der gebotenen Rationalisierungsmaßnahmen wird das Aufkommen der Bahnhöfe der Österreichischen Bundesbahnen seit langem überprüft. Hiebei wurde festgestellt, daß in manchen Bahnhöfen Monate hindurch überhaupt keine Stückgutsendungen aufgegeben oder abgenommen wurden; andere Bahnhöfe können nur ein äußerst geringes Stückgutaufkommen nachweisen. Da es wirtschaftlich nicht vertretbar ist, derartige Bahnhöfe für den Stückgutverkehr weiterhin offenzuhalten, wurden die Abfertigungsbefugnisse einer Reihe solcher Bahnhöfe dahin gehend geändert, daß sie nur mehr für Warenladungen zugelassen sind. Bisher wurden von dieser Maßnahme hauptsächlich unbesetzte Bahnhöfe oder Bahnhöfe betroffen, deren monatliches Stückgutaufkommen unter zirka 30 Sendungen lag, die also ungefähr eine Sendung pro Tag hatten. Expressgutstücksendungen sind von diesen Maßnahmen nicht betroffen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Weidinger: Herr Bundesminister! Welche Vorteile erhofft man sich von dieser Maßnahme, und wie stellt man sich in Zukunft die Zustellung der Stückpost vor?

Präsident: Herr Minister.

1060

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Bundesminister Dr. Dipl.-Ing. Weiß: Es kommt ja in erster Linie darauf an, daß zum Beispiel für die Zustellung von Stückgut unter Umständen der Zug wegen einer einzigen Kiste im Bahnhof zum Güterschuppen verschieben muß. Es ist natürlich schon eine Ersparnis, wenn Verschubbewegungen wegfallen. Genauso wird selbstverständlich an anderen Bahnhöfen durch die Einschränkung der Abfertigungsbefugnisse auch Personal eingespart.

Was den Stückgutverkehr auf breiterer Ebene betrifft, sind wir dabei, in einzelnen Bahnhöfen zu prüfen, ob nicht durch die Einführung des sogenannten Flächenverkehrs — ein derartiger Versuch ist jetzt in Graz im Gange — eine Verteilung von Stückgut auch in jene Gegenden, wo das Aufkommen sehr gering ist, bewerkstelligt werden kann.

Präsident: 10. Anfrage: Abgeordneter Zeillinger (FPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Gestaltung einer Sondermarke.

154/M

Welche Überlegungen waren für die Postverwaltung maßgebend, daß jene Sondermarke, durch welche die Einführung der Postleitzahlen der Öffentlichkeit nähergebracht werden soll, derart verwirrend gestaltet wurde, daß z. B. die Postleitzahl 2 auf der Landkarten nachbildung genau im Gebiet der Postleitzahl 3 steht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Dipl.-Ing. Weiß: Herr Abgeordneter! Ich will Ihnen zugestehen, daß es nicht sehr glücklich war, die Postleitzahl 2 auf der Marke an eine falsche Stelle zu setzen. Die Postverwaltung teilt jedoch mit, es ginge in erster Linie darum, mit dieser Marke Reklame für die Einführung der Postleitzahlen zu machen, die Zahlen, die sich auf dieser Marke befinden, seien gewissermaßen nur symbolisch auf die Marke gesetzt worden. Die Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung hat die Unrichtigkeit der Verteilung der Postleitzonenbezeichnung im Interesse einer gefälligeren graphischen Darstellung in Kauf genommen, weil die Ziffer 2 sonst ganz an den Rand der Marke gerückt wäre. Die Unrichtigkeit der Verteilung scheint auch deshalb nicht von großer Bedeutung zu sein, weil jede Postleitzahl vier Ziffern und nicht nur eine Ziffer aufweist, sodaß eine Bestimmung auf Grund des Markenbildes ohnehin nicht möglich ist. Überdies wurde jedem Geschäft und jedem Haushalt das Postleitzahlenverzeichnis kostenlos zur Verfügung gestellt.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Herr Minister! Ich ersehe aus der Antwort, daß Sie trotz der abgegebenen Verteidigung dieses offensicht-

lichen Irrtums grundsätzlich auch der Ansicht sind, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, ein der Wirklichkeit entsprechendes Bild zu bieten.

Ich darf Sie aber fragen: Was war für die Postverwaltung maßgebend, bei der Festsetzung der Postleitzahlen grundsätzlich andere Ziffern zu nehmen als jene, an die sich die Bevölkerung bei der Telephonzahl bereits gewöhnt hat, sodaß Salzburg etwa beim Telefon 6, bei der Post 5 hat, Kärnten beim Telefon 4, bei der Post 9, Steiermark beim Telefon 3, bei der Post 8? Wäre es nicht möglich gewesen, damit es sich die Leute besser merken können, einheitliche Ziffern — da ja eine Übereinstimmung möglich wäre — für Post und Telefon einzuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Dipl.-Ing. Weiß: Herr Abgeordneter! Auf diese Frage kann ich Ihnen leider augenblicklich keine Antwort geben. Diesen Vergleich habe ich noch nicht gezogen. Ich werde Erkundigungen einziehen und werde Sie, Herr Abgeordneter, davon verständigen, was die Post veranlaßt hat, hier andere Zahlen zu nehmen. (Abg. Glaser: *Da müssen Sie den Probst fragen!* — Abg. Zeillinger: *Ich kann den Probst nicht fragen, wenn ihr ihn abschiebt! Wenn ihr ihn gelassen hättest, dann hätte ich ihn fragen können!*)

Präsident: 11. Anfrage: Abgeordneter Franz Pichler (SPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Bahnschranken in Niederösterreich.

90/M

Aus welchen Gründen werden in Niederösterreich zahlreiche halbfertige Bahnschranken und Bahnsignalanlagen, die für die Verkehrssicherheit von außerordentlich großer Bedeutung sind, nicht fertiggestellt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Dipl.-Ing. Weiß: Herr Abgeordneter! Ich erlaube mir mitzuteilen, daß im Bereich von Niederösterreich derzeit die nachfolgend aufgezählten Wegsicherungsanlagen im Bau sind:

Bis 1. Juli werden fertiggestellt sein: auf der Strecke Korneuburg—Hohenau ein halb- und ein vollautomatischer Vollschranken; auf der Strecke Stammersdorf—Groß Schweinbarth ein vollautomatischer Halbschranken (Abg. Dr. Withalm: *Schon fertig!*); auf der Strecke Herzogenburg—Krems zwei vollautomatische und ein halbautomatischer Halbschranken; auf der Strecke Hadersdorf—Sigmundsherberg ein vollautomatischer Halbschranken und ebenso auf der Strecke Wiener Neustadt—Puchberg; auf der Strecke Schwarzenau—Fratres ein mechanischer Vollschranken.

Bundesminister Dr. Dipl.-Ing. Weiß

Bis Jahresende werden auf der Strecke Obergrafendorf—Gresten ein halbautomatischer Halbschranken und ein mechanischer Schranken und auf der Strecke Wiener Neustadt—Staatsgrenze Loipersbach ein halbautomatischer Halbschranken fertiggestellt sein.

Ferner wird auf der Strecke Hadersdorf—Sigmundsherberg eine Blinklichtanlage alter Bauart in eine halbautomatische Halbschrankenanlage umgestaltet.

Für die folgenden Projekte sind die Vorbereitungen im Gange: Es handelt sich um einen vollautomatischen Halbschranken auf der Strecke Waidhofen—Kienberg-Gaming; auf der Strecke Sankt Pölten—Gußwerk um drei vollautomatische Halbschranken und auf der Strecke Wiener Neustadt—Puchberg um vier vollautomatische Halbschranken.

Für diese Anlagen werden die Kabellegungen noch heuer vor Einbruch des Winters erfolgen. Ebenso werden noch vor Jahresende die Bestellungen an die Firmen vergeben werden. Je Projekt sind zirka 150.000 S nötig, sodaß im zeitigen Frühjahr 1967 die Fertigstellung möglich sein wird.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Franz Pichler: Herr Minister! Was ist die Ursache dafür, daß diese Signalanlagen und Sicherungsanlagen zum Teil monatelang im halbfertigen Zustand verbleiben und nicht fertiggestellt wurden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Dipl.-Ing. Weiß: Herr Abgeordneter! Es ist sehr schwer, augenblicklich auf eine allgemeine Frage zu antworten, aber ich könnte mir vorstellen, daß die Lieferung der Materialien durch die einzelnen Spezialfirmen im Verzug war. Ich bin aber bereit, auch diese Frage nochmals zu prüfen. (Abg. Probst: Weil kein Geld da ist!)

Präsident: Danke, Herr Minister. (Bundesminister Dr. Dipl.-Ing. Weiß: Sind ja schon bestellt!)

Die 12. Anfrage wurde zurückgezogen.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 13. Anfrage: Abgeordneter Josef Schlager (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Autobusverkehr von Trieben nach Hohentauern.

88/M

Wann kann mit einer Wiederaufnahme des Autobusverkehrs von Trieben nach Hohentauern gerechnet werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik
Dr. Kotzina: Der Autobusverkehr zwischen

Trieben und Hohentauernwickelt sich derzeit auf einer Notstraße, und zwar einem ausgebauten Güterweg, ab. Während der Wintermonate und im April des heurigen Jahres waren mehrwöchige Verkehrssperren erforderlich. Der Verkehr ist aber, wie ich schon gesagt habe, derzeit völlig unbeschränkt über diesen Notweg, über diesen Güterweg möglich.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Josef Schlager: Herr Minister! Sie kennen den Wolfsgraben sicherlich persönlich und wissen, daß inländische Autobusse nicht gern diese Strecke fahren, geschweige denn ausländische Autobusse oder andere Verkehrsmittel. Ich stelle deshalb die Frage: Wann ist mit der Eröffnung der neuen Trasse, an der seit drei Jahren gebaut wird, zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Ihre Anfrage enthält den Hinweis, daß diese Bundesstraße im Wolfsgraben eben deswegen ausgebaut wird. Wir befinden uns vor der Beendigung des Ausbaues dieses Straßenstückes. Die 26prozentige Steigung, die das alte Straßenstück aufweist, wird auf eine 16prozentige Steigung gemildert werden. Die Straße wird im Oktober des heurigen Jahres fertiggestellt sein, sodaß auch für die größten und allergrößten Autobusse der Verkehr in diesem Gebiete möglich sein wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Josef Schlager: Herr Bundesminister! Ist damit zu rechnen, daß auch das Straßenstück vom Wolfsgraben bis zum Brodäger, das sich ja auch in einem äußerst schlechten Zustand befindet, im Rahmen dieser Sanierung hergestellt wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Ich bin überfragt, ob dieses Straßenstück, von dem Sie jetzt konkret sprechen, sich schon im Bau befindet.

Präsident: 14. Anfrage: Abgeordneter Pölz (SPÖ) an den Herrn Bundesminister, betreffend Autobahnlose.

127/M

Wie viele Autobahnlose wurden seit dem Baubeginn an der Autobahn den Bestbieter zugeschlagen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Auf diese Anfrage könnte ich kurz und bündig sagen: alle. Sie werden aber unter Ihrer Anfrage verstanden wissen wollen, an wie viele Billigstbieter Autobahnlose vergeben

1062

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Bundesminister Dr. Kotzina

wurden. Ich darf darauf hinweisen, daß auf der Strecke insgesamt 84 Erdbaulose, 22 Deckenbaulose und 466 Brücken vergeben wurden.

Über die Erdbaulose und Deckenbaulose bin ich in der Lage, ganz genaue Auskünfte zu geben, hingegen nicht über die Brücken, und zwar deswegen nicht, weil es zu den Erhebungen einer längeren Zeit bedurfte, um diese alten Akten aus den Archiven und insbesondere aus dem Staatsarchiv auszuheben. Der Autobahnbau erstreckt sich ja bekanntlich über viele zurückliegende Jahre, und Ihre Frage bezieht sich ja auf den gesamten Autobahnbau.

Präsident: Bitte, deutlich aufzulegen. Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pölz:** Herr Bundesminister! Wie viele Millionen Schilling hätte sich der Staat beim Autobahnbau ersparen können, wenn alle Baulose an die Billigstbieter, wie Sie sagen, vergeben worden wären? (*Ruf bei der ÖVP: Dann gäbe es lauter Reparaturen!*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Ich schränke Ihre Anfrage auf die Erdbaulose und auf die Deckenbaulose ein, weil ich die Brückenbauten ausklammern mußte.

Für 84 Erdbaulose wurden 2333 Millionen Schilling vergeben, für die 22 Deckenbaulose 968 Millionen. Bei den Erdbaulosen beträgt die Differenz zwischen der Auftrags- und der Mindestbietersumme — das ist jetzt die konkrete Frage — 132 Millionen Schilling, das sind 5,6 Prozent aller Aufträge. Bei den Deckenbaulosen beträgt diese Differenz 13,5 Millionen Schilling, das sind also 1,5 Prozent aller Aufträge.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Pölz:** Herr Minister! Sind Sie auch der Ansicht wie Ihr Amtsvorgänger, der Herr Vizekanzler, daß die ewigen Baustellen an der fertiggestellten Autobahn darauf zurückzuführen sind, daß wir zu billig gebaut haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Ich bin nicht der Ansicht, daß das die entscheidenden Ursachen sind. Ich bin vielmehr der Meinung, daß hier geologische Schwierigkeiten, die bei der seinerzeitigen Vergabe zuwenig erkannt wurden, die tiefsten Ursachen dieser nunmehr auftretenden Mängel sind. (*Abg. Probst: Die „tiefsten Ursachen“ liegen in der Erde!*)

Präsident: 15. Anfrage: Abgeordneter **Wodica (SPÖ)** an den Herrn Bautenminister, betreffend Fertigstellung und Vergebung von Wohnungen.

146/M

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, daß die von der Rax-Werke Ges. m. b. H. in Wiener Neustadt in der Pottendorfer Straße aus Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds fast bezugsfertigen 15 Wohnungen fertiggestellt und raschest an Wohnungssuchende vergeben werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter! Die Kompetenzverteilung gibt meinem Ressort keine Möglichkeit, unmittelbar dafür zu sorgen, daß die in der Anfrage genannten Wohnungen an Wohnungssuchende vergeben werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Wodica:** Herr Bundesminister! Ich glaube, Sie sind mit mir einer Meinung, daß Wohnungen, die noch dazu aus öffentlichen Mitteln errichtet werden, die dann knapp vor der Vollendung so stehenbleiben, angesichts von tausend Wohnungssuchenden in Wiener Neustadt öffentliches Ärgernis erregen.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie daher: Sehen Sie einen Weg oder eine Möglichkeit, den Bauherrn, der für die Wiedererrichtung dieses zerbombten Hauses aus öffentlichen Mitteln 4,4 Millionen Schilling bekommen hat, zu verhalten, diese Wohnungen raschest an Wohnungsbedürftige zu vergeben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Ich muß neuerlich darauf hinweisen, daß nach der rein rechtlichen Situation keine entscheidende Maßnahme des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds — von dem jetzt konkret die Rede ist — getroffen werden kann.

Ich habe lediglich die Möglichkeit, auf Grund des Darlehensvertrages durch die Festsetzung der Tilgungsraten und durch den Nachdruck, der in der Forderung nach der Abstattung des Darlehens gegeben ist, auf den Darlehensnehmer Einfluß zu nehmen, damit er durch die Rückzahlungsraten gezwungen wird, die Wohnungen, die noch nicht vermietet sind, auch wirtschaftlich zu vermieten. Ich kann mir vorstellen, daß Ihre Anfrage auf Grund faktischer Einflußnahmen positiv beantwortet werden kann. Vielleicht ist es möglich, im Zusammenwirken mit der Stadtgemeinde Wiener Neustadt den Bauherrn zu veranlassen, diese fast fertiggestellten Wohnungen im Zeitpunkt der effektiven Fertigstellung auch zu vergeben.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Wodica:** Herr Bundesminister! Sie haben wahrscheinlich erst dann eine Möglichkeit, das eben Gesagte zur Anwendung

Wodica

zu bringen, wenn dieses Wohnhaus kollaudiert wurde. Nun kann es bekanntlich aber erst dann kollaudiert werden, wenn es fertiggestellt ist. Es hat den Anschein, daß man bewußt oder gezwungenermaßen infolge der unglücklichen Besitzverhältnisse — wir haben uns in den vergangenen Tagen mehrmals damit beschäftigt — anscheinend gar nicht weiß, ob das Rax-Werk noch der SGP gehört oder schon dem Herrn Kommerzialrat Pözl. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß diese Mittel jetzt nahezu brachliegen und nicht dem Zweck zugeführt werden, der vom Gesetzgeber für sie gedacht ist.

Daher frage ich Sie, Herr Bundesminister, ob Sie bereit sind, im Sinne des Schreibens der Stadtgemeinde Wiener Neustadt vom 6. Mai vorzugehen, das an Sie ergangen ist mit dem höflichen Ersuchen, sich dafür zu verwenden, die Wohnungen endlich an die Wohnungssuchenden — und wir haben Hunderte dringender Fälle — zu vergeben.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Sowohl Ihre Anfrage, die heute beantwortet wurde, als auch Ihr Brief haben mich veranlaßt, der zuständigen Sektion die entsprechenden Weisungen zu erteilen.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: 16. Anfrage: Abgeordneter Steiner (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Verkehrsunfälle beim Bundesheer.

105/M

Wie hoch war die Anzahl der Verkehrsunfälle beim Bundesheer im Jahre 1965?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Prader: Diese Statistik, die Aufzeichnungen und die Vergleiche mit anderen Gegebenheiten auf diesem Gebiet werden peinlichst genau geführt. Im Jahre 1965 waren Kraftfahrzeuge des österreichischen Bundesheeres an 1.246 Unfällen beteiligt.

Eine Untersuchung der Verschuldensfrage ergibt folgendes Bild: In 673 Fällen war alleiniges Verschulden der Heereskraftfahrer gegeben, in 69 Fällen lag geteiltes Verschulden zwischen Heereskraftfahrern und Zivilkraftfahrern vor, in 479 Fällen traf das Verschulden allein die am Unfall beteiligten Zivilkraftfahrer, und in 25 Fällen waren unabwendbare Ereignisse sowie technische Gebrechen die Gründe der Unfälle.

Stellt man die beim Bundesheer im Jahre 1965 gefahrenen Kilometer von über 45 Mil-

lionen den von Heereskraftfahrern verschuldeten beziehungsweise mitverschuldeten Unfällen gegenüber, so entfällt auf rund 75.000 km ein Unfall.

Die Unfallsquote beim Kraftfahrbetrieb der Armeen anderer Staaten ist zum Teil bedeutend höher. Die aus dem Jahre 1964 vorliegenden Vergleichsziffern zeigen, daß beispielsweise bei der Deutschen Bundeswehr auf 50.000 km und bei der Schweizer Armee bereits auf 33.000 km ein Unfall kommt.

Ein Vergleich der aus dem militärischen Bereich vorliegenden Ziffern mit den entsprechenden Ziffern des Zivilbereiches macht ebenfalls deutlich, daß die Fahrleistung des Bundesheeres im allgemeinen gut ist.

Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes ereigneten sich im Jahre 1965 im Bundesgebiet 91.637 Unfälle. Ein Vergleich mit der Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge ergibt, daß jedes 14. zivile Kraftfahrzeug an einem Unfall beteiligt war. Demgegenüber war nur jedes 16. Heereskraftfahrzeug an einem Unfall beteiligt, wobei außerdem noch berücksichtigt werden muß, daß im zivilen Bereich Unfälle mit bloßem Sachschaden nicht immer statistisch erfaßt werden, während beim Bundesheer selbstverständlich auch der kleinste Unfall statistisch erfaßt wird. (Abg. Dr. van Tongel: Haben Sie auch den politischen Proporz ausgerechnet?)

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Steiner: Herr Minister! Wird bei der Erwerbung eines Militärführerscheins auf die Kenntnis der Straßenverkehrsvorschriften vorrangig Wert gelegt oder überwiegend auf die technische Ausbildung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Ich glaube, es wird auf beide Sachgebiete in gleicher Weise Rücksicht genommen.

Präsident: Anfrage 17 entfällt.

Anfrage 18: Abgeordneter Melter (*FPÖ*) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Raumordnungskonzept.

117/M

Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um sicherzustellen, daß die Belange der Landesverteidigung im Raumordnungskonzept entsprechend berücksichtigt werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Zur Erstellung eines Raumordnungskonzeptes wurde unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers ein Ministerkomitee eingesetzt, dem auch der Landesverteidigungs-

1064

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Bundesminister Dr. Prader

minister angehört. Darüber hinaus ist mein Ressort selbstverständlich bestrebt, auch in anderen Bereichen der Planung — vor allem auch in den Bereichen der Landesplanung, hier liegt eine sehr wesentliche Länderkompetenz vor — Einfluß zu bekommen. Ich darf zum Beispiel darauf verweisen, daß in dem entsprechenden Salzburger Landesgesetz bereits vorgesehen ist, der entsprechenden Kommission auch einen Vertreter des Bundesministeriums für Landesverteidigung zuzuziehen. Die gleichen Bemühungen machen wir auch in allen anderen Ländern. Ich bin überzeugt, daß wir auch hier zu gleich guten Ergebnissen kommen werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Meltter: Herr Bundesminister! Welche Zielrichtung verfolgen Sie mit der Einflußnahme auf die Raumordnung in den Bundesländern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Da müßte ich wieder fragen, für welche Bereiche Sie diese Zielrichtungen wissen wollen. Es ist selbstverständlich, daß bei der Gesamtplanung auch Bedürfnisse der Landesverteidigung entsprechend zu berücksichtigen sind für die vielfältigsten Aufgaben, die zu bewältigen sind. Ich verweise hier nur auf die Notwendigkeit, rechtzeitig auch für die Installierung geeigneter Feldflughäfen vorzusorgen.

Präsident: 19. Anfrage: Abgeordneter Fachleutner (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Verbandsübung des Bundesheeres.

106/M

Ist auch für den Herbst 1966 eine große Verbandsübung des Bundesheeres vorgesehen, ähnlich der, die im Herbst 1965 abgehalten wurde?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Manöver des gesamten Bundesheeres werden nur in größeren Zeitabständen durchgeführt. Im Herbst 1966 ist eine solche große Übung nicht vorgesehen. Entsprechend den allgemeinen Ausbildungsrichtlinien werden jedoch zum Zwecke der Erprobung der Zusammenarbeit der verschiedenen Waffengattungen eines Heereskörpers Verbandsübungen der Brigaden jährlich durchgeführt. Darüber hinaus ist angeordnet, daß jedes Jahr eine Stabs- und Fernmelderahmenübung zum Zwecke des Einspielens der Führungswege, der Schulung der Gefechtsführung und vor allem auch der Erprobung unserer modernen Fernmeldeeinrichtungen durchgeführt werden. Eine solche Übung ist auch heuer in größerem

Ausmaß vorgesehen. Damit wird insbesondere auch — abgesehen von der Aufgabenstellung, die ich schon genannt habe — bezweckt, auch die Bestimmungen der neuen Vorschrift der Truppenführung praktisch zu erproben und die Führungskräfte vor allem auch in der Verwendung neuer Fernmeldemittel einzuschulen.

Präsident: Ich danke, Herr Minister.

Bundeskanzleramt

Präsident: 20. Anfrage: Abgeordneter Eberhard (SPÖ) an den Herrn Bundeskanzler, betreffend amtliches Kilometergeld.

78/M

Unter Bezugnahme auf meine Anfrage vom 17. November 1965 und das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an den Herrn Präsidenten des Nationalrates vom 18. Jänner 1966 frage ich, wann nun endlich mit einer Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes gerechnet werden kann.

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Vom Bundeskanzleramt wurden in der letzten Zeit Unterlagen für die Neuberechnung des Kilometergeldes beschafft. Des weiteren wurden umfangreiche Erhebungen bei den privaten Autoverleihfirmen über deren Verleihbedingungen durchgeführt, um Vergleiche anstellen zu können. Diese Erhebungen sind Ende April abgeschlossen gewesen. Das Ergebnis wurde am 3. Mai dem zuständigen — damals noch so genannten — Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau übergeben und um eine gutächtliche Äußerung gebeten. Das Bundesministerium für Handel hat über hierortiges Ersuchen in Bälde eine Erledigung in Aussicht gestellt und darauf hingewiesen, daß infolge der Benzinpreiserhöhung eine Neuberechnung des Kilometergeldes erforderlich ist. Nach Erhalt dieses Gutachtens, welches in Kürze zu erwarten ist, werden dann sogleich im Bundeskanzleramt mit den beteiligten Ressorts und Interessentengruppen Verhandlungen über den Gegenstand durchgeführt.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Eberhard: Herr Bundeskanzler! Darf ich fragen, ob Sie auch von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes ein Gutachten eingeholt haben?

Präsident: Herr Kanzler.

Bundeskanzler Dr. Klaus: Noch nicht, aber in dem Begriff „Interessentengruppen“ ist die Gewerkschaft mitinkludiert. Ich nehme Ihre Anregung nun speziell auf und sage Ihnen zu, daß ich gern auch mit der Gewerkschaft darüber sprechen werde.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Eberhard:** Herr Bundeskanzler! Sie haben ja selbst in Ihrer Antwort angeführt, daß Ihnen gerade im Hinblick auf die Erhöhung des Benzinpreises eine Erhöhung des Kilometergeldes notwendig erscheint. Können Sie mir bitte den Termin nennen, bis wann diese leidige Angelegenheit voraussichtlich eine positive Erledigung erfahren dürfte?

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Klaus:** Ich hoffe Ihnen nicht zuviel zu versprechen, wenn ich Ihnen meine Absicht mitteile, daß ich noch in diesem Sommer mit dieser Aufgabe zu Ende zu kommen trachte.

Präsident: 21. Anfrage: Abgeordneter Doktor **Schinzi (FPÖ)** an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Forderungen der Kärntner Slowenen.

147/M

Sind Sie der Auffassung, daß die zahlreichen Forderungen, die von den beiden Zentralorganisationen der Kärntner Slowenen vor einigen Wochen wieder an die Bundesregierung herangetragen wurden, mit der tatsächlichen Stärke dieser Minderheit in Einklang zu bringen sind?

Präsident: Bitte, Herr Kanzler. — Der Abgeordnete Dr. Schinzi ist nicht im Saale anwesend. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

22. Anfrage: Abgeordneter **Gratz (SPÖ)** an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Vermögensansprüche des Dr. Otto Habsburg.

121/M

Haben Sie Ihre in Beantwortung der dringlichen Anfrage vom 8. Juni d. J. betreffend Dr. Otto Habsburg abgegebene Erklärung, wonach über allfällige Vermögensansprüche des Dr. Otto Habsburg ausschließlich die Gerichte zu befinden haben, namens der Bundesregierung abgegeben?

Präsident: Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Klaus:** Die in der Sitzung des Nationalrates vom 8. Juni an den Bundeskanzler gerichteten Fragen enthielten als vierte Frage folgende: „Ist der Bundeskanzler bereit, dem Nationalrat und der österreichischen Bevölkerung in verbindlicher Form die definitive Zusicherung zu geben, daß allfällige Vermögensansprüche Dr. Otto Habsburgs nicht erfüllt werden?“

Ich habe, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wenn Sie sich erinnern, darauf wie folgt geantwortet:

„Sofern allfällige Vermögensansprüche des Dr. Otto Habsburg vor Gericht geltend gemacht werden sollten, wird es ausschließlich Sache der unabhängigen Gerichte sein, hierüber

zu befinden. Einem Organ der Verwaltung kommt in einem solchen Fall keine Entscheidungsmöglichkeit zu.

Sofern aber solche Vermögensansprüche etwa aus dem Titel des Artikels 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes als Verfügungen über Bundesvermögen eines besonderen Aktes der Gesetzgebung bedürfen, wird ausschließlich das Hohe Haus hierüber die Entscheidung zu treffen haben, die selbstverständlich dann von jedem Regierungsmitglied zu respektieren sein wird.“

Da die Anfrage an den Bundeskanzler gerichtet war, konnte ich, ohne den gesetzlich dem Bundeskanzleramt zugewiesenen Wirkungsbereich irgendwie zu überschreiten, nur die eben zitierte Antwort geben. Eine Anfrage an den Bundeskanzler ist nicht eine Anfrage an die Regierung. Ich habe daher weder die Absicht gehabt noch war ich in der Lage, namens der Bundesregierung eine Erklärung abzugeben. Bei einer dringlichen Anfrage ist ja auch die Zeit zu kurz, um die Bundesregierung einzuberufen und ihr Votum einzuhören.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Gratz:** Herr Bundeskanzler! Mir ging es vor allem um die Präzisierung, das heißt um das Wissen der Ansichten der zuständigen Mitglieder der Bundesregierung. Darf ich Sie in einer Zusatzfrage fragen, ob, abgesehen davon, daß die Bundesregierung der Ansicht ist, daß sie natürlich nicht das Ergebnis eines Gerichtsurteiles vorwegnehmen kann, es die Meinung der Bundesregierung oder die übereinstimmende Meinung des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers ist, was im „Volksblatt“ vom 8. Juni als Erklärung des Bundesministers für Finanzen steht? Hier steht nämlich: „Finanzminister Dr. Schmitz stellte gestern klar, daß Doktor Habsburg keinen Rechtsanspruch auf irgendwelche Vermögenswerte hat.“

Präsident: Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Klaus:** Bei der gegebenen Rechtslage besteht ein solcher Anspruch nicht. Ein Beschuß der Bundesregierung darüber, ob ein solcher Rechtsanspruch besteht oder nicht, ist daher weder bedeutsam noch erheblich.

Präsident: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen.

Den eingelangten Antrag 25/A der Abgeordneten Reich und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz abgeändert wird (18. Novelle zum ASVG.), weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

1066

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Präsident

Ich ersuche den Schriftführer Herrn Abgeordneten Machunze um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Machunze: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem das Preisregelungsgesetz 1957 neuerlich geändert wird (Preisregelungsgesetznovelle 1966) (93 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend Veräußerung der Geschäftsanteile an der „Neue Heimat“, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Steiermark, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Graz, Wastiangasse 7 (95 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1959 neuerlich abgeändert wird (102 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend Veräußerung und Belastung von bundeseigenen Liegenschaften (103 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend Veräußerung und Belastung von bundeseigenen Liegenschaften (104 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Einbringung einer Sacheinlage bei der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung (105 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Verwendung der zufließenden Mittel aus dem Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Regelung offener finanzieller Fragen (Verteilungsgesetz Ungarn) (106 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Verwendung der zufließenden Mittel aus dem Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland zur Regelung gewisser finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen (Verteilungsgesetz Finnland) (107 der Beilagen);

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit (108 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Aufschiebung von Exekutionen bei Naturkatastrophen (109 der Beilagen);

Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 und das Bundesverfassungsgesetz vom 18. Juli 1962 abgeändert werden (110 der Beilagen);

Bundesgesetz zur Änderung einkommensteuerrechtlicher Vorschriften (Einkommensteuernovelle 1966) (111 der Beilagen);

Bundesgesetz zur Änderung einkommensteuerrechtlicher Vorschriften (Einkommensteuernovelle 1966) (Nachtrag) (112 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend Körperschaftsteuer (Körperschaftsteuergesetz 1966) (113 der Beilagen);

Bundesgesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln (114 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem bestimmt wird, daß die Wertpapiersteuer für inländische Schuldverschreibungen nicht mehr zu erheben ist (115 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Versicherungssteuergesetz 1953 neuerlich abgeändert wird (116 der Beilagen);

Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank (117 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Hochschul-Organisationsgesetz neuerlich abgeändert wird (119 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem ein Fonds zur Förderung der Errichtung einer Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur an der Universität Innsbruck geschaffen wird (120 der Beilagen);

Schlusshäkste der zweiten Sondertagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens sowie Protokoll zur Änderung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens durch Einfügung eines Teiles IV über Handel und Entwicklung (121 der Beilagen);

Protokoll über den Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (122 der Beilagen).

Ferner sind eingelangt:

13. Bericht der Bundesregierung über den Stand der wirtschaftlichen Integration Europas für die Zeit vom 16. März 1965 bis 1. Mai 1966;

Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die Tätigkeit des Ministerkomitees des Europarates im Jahre 1964 und 1965;

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. Juli bis 30. September 1965 (3. Viertel 1965);

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1965 (4. Viertel 1965);

Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. Jänner bis 31. März 1966 (1. Viertel 1966).

Präsident: Die vom Schriftführer soeben zur Verlesung gebachten Vorlagen werde ich gemäß § 41 Abs. 4 des Geschäftsordnungsgesetzes in der morgigen Sitzung zuweisen.

Präsident

Einvernehmlich schlage ich vor, die Debatte über die beiden Punkte der heutigen Tagesordnung unter einem abzuführen. Falls dieser Vorschlag angenommen wird, werden zuerst die beiden Berichterstatter ihre Berichte geben, sodann wird die Debatte über beide Punkte gemeinsam abgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich, wie immer in solchen Fällen, getrennt. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (74 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 (79 der Beilagen)

Spezialdebatte**Gruppe VIII****Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft****Kapitel 28 Titel 3: Österreichische Bundesforste**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die soeben beschlossen wurde, die Debatte unter einem abzuführen.

Es sind dies:

1. Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes;

2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966, Spezialdebatte über Gruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft.

Berichterstatter zu Punkt 1 ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner**: Hohes Haus! Die Bundesregierung hat am 5. Mai 1966 dem Nationalrat einen „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft“ (Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes — Grüner Plan 1966) vorgelegt, der auch die Maßnahmen enthält, die die Bundesregierung zur Erreichung der im § 2 des Landwirtschaftsgesetzes genannten Ziele für notwendig erachtet. Der Bericht der Bundesregierung wurde vom Nationalrat am 11. Mai 1966 dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen.

Aus den Feststellungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sind die Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft, die Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft im Jahre 1964 sowie ein Überblick über die Verwendung

der Mittel des Grünen Planes 1964 hervorzuheben. Weiters wurde als Beitrag zur Durchleuchtung der Agrarstruktur eine Übersicht über die Gemeinschaften und Einforstungsrechte in der Land- und Forstwirtschaft gegeben. Durch Auswertung der Buchführungsresultate von 1855 Testbetrieben wurde wieder ein fundierter Einblick in die Ertragslage der verschiedenen Betriebsgruppen des Berg-, Flach- und Hügellandes gewonnen und ein zusammenfassender Überblick über die Entwicklung der Ertragslage von 1958 bis 1964 gegeben.

Wie der Grüne Bericht 1964 zeigt, war für das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion eine Rekordhöhe zu verzeichnen. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am Bruttonationalprodukt und Volkseinkommen blieb mit 9,5 Prozent beziehungsweise 9,6 Prozent ungefähr gleich hoch wie 1963, ein Zeichen dafür, daß die Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1964 mit dem Wachstum der übrigen Wirtschaft, nicht zuletzt auch dank der sehr günstigen witterungsbedingten Gegebenheiten und des Innehalts der Preisschere Schritt halten konnte. Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte hat mit 19.400 Personen stärker als 1963 abgenommen. Die Arbeitsproduktivität stieg überdurchschnittlich stark, und zwar um 10 Prozent. Die dauernde Abwanderung und der Mangel an Nachwuchs haben jedoch zu einer Überalterung der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft geführt.

Rohertrag und Aufwand stiegen in den buchführenden bäuerlichen Testbetrieben stärker als im Jahre zuvor. Da sich der Aufwand weniger stark als der Rohertrag erhöhte, wurde der sich als Differenz zwischen Rohertrag und Aufwand ergebende Reinertrag verbessert, der jedoch, gemessen am Aktivkapital, mit 1,6 Prozent nur eine relativ geringe Verzinsung erbrachte.

Das Betriebseinkommen je Arbeitskraft ist um 11 Prozent auf 23.561 S gestiegen. In sämtlichen Produktionslagen waren Zunahmen zu vermerken. Das Erfreuliche an dieser Entwicklung war, daß 1964 auch Produktionslagen beziehungsweise Betriebsgruppen mit ungünstigeren natürlichen Bedingungen und strukturellen Gegebenheiten an den Verbesserungen der Einkommensverhältnisse beachtlich teilhatten. Der Anteil der Betriebe mit unter 25.000 S Betriebseinkommen je Arbeitskraft ist von 69,2 Prozent 1963 auf 59,8 Prozent zurückgegangen.

In Übereinstimmung mit den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes wurden die bereits in den Vorjahren in Angriff genommenen Schwerpunktmaßnahmen des Grünen Planes

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

mit erhöhten Mitteln im Jahre 1964 fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde getrachtet, die Selbsthilfe der bäuerlichen Betriebe zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit auch unter dem Gesichtspunkt des Überganges zu einer europäischen Großraumwirtschaft zu heben. Die Bemühungen zur Hebung der Arbeitsproduktivität und Umstellung auf eine kapitalintensivere Wirtschaftsweise waren von Erfolg begleitet. Es bedarf deshalb der Fortführung der Schwerpunktmaßnahmen zur weiteren Aktivierung der Selbsthilfe und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, um den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes näherzukommen.

Der Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes schlägt deshalb für die Maßnahmen des Grünen Planes im Jahr 1966 Bundesmittel in der Höhe von 580 Millionen Schilling vor.

Im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1966 sind 180 Millionen Schilling bei Kapitel 19 Titel 8 b und 360 Millionen Schilling bei Kapitel 19 Titel 10 § 1 veranschlagt. Außerdem sollen aus der zweckgebundenen Gebarung des Futtermittelpreisausgleiches 40 Millionen Schilling für den Güterwegebau herangezogen werden.

Für die Schwerpunktmaßnahmen sind folgende Mittel vorgesehen: Verbesserung der Produktionsgrundlagen 79,1 Millionen Schilling, Verbesserung der Verkehrslage 195,5 Millionen, Verbesserung der Agrarstruktur und Betriebswirtschaft 87,1 Millionen, Absatz- und Verwertungsmaßnahmen 49,3 Millionen, sozialpolitische Maßnahmen 27 Millionen, Zinsenzuschüsse 142 Millionen Schilling.

Die Zinsenzuschüsse werden die Inanspruchnahme eines Kreditvolumens von 1,2 Milliarden Schilling ermöglichen. Das ist im Vergleich zum Grünen Plan 1965 ein um 200 Millionen Schilling höheres Volumen.

Der Bericht der Bundesregierung mit dem Lagebericht der Landwirtschaft für das Jahr 1964, der an alle Mitglieder des Nationalrates verteilt worden ist, wurde vom Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft in seiner Sitzung am 1. Juni 1966 in Verhandlung gezogen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Meißl, Wallner, Grießner, Pansi, Dr. Staribacher, Nimmervoll, Minkowitsch, Dipl.-Ing. Tschida, Breiteneder und Fachleutner sowie der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer. Der Ausschuß faßte mit Stimmenmehrheit den Beschuß, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Spezialberichterstatter zu Punkt 2 ist der Abgeordnete Scheibenreif. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Scheibenreif: Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom 2. Juni 1966 die in Gruppe VIII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1966 in Verhandlung genommen.

Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft: Im Bundesvoranschlag 1966 sind für die Land- und Forstwirtschaft in der ordentlichen Gebarung 1218,265 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 375 Millionen Schilling, insgesamt daher 1593,265 Millionen Schilling veranschlagt.

Dazu kommen noch 180 Millionen Schilling, die laut dem Allgemeinen Teil des Bundesfinanzgesetzes zur Behebung der vorjährigen Hochwasserschäden zusätzlich bereitgestellt werden, und 40 Millionen Schilling für Maßnahmen des Grünen Planes aus dem Saldo der zweckgebundenen Gebarung „Futtermittelpreisausgleich“, sodaß für Zwecke der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1966 insgesamt 1813,265 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Im einzelnen wäre folgendes zu bemerken:

Im Titel 1 mit einem Kredit von rund 53 Millionen Schilling sind neben dem Aufwand für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unter anderem die Beiträge Österreichs zu internationalen landwirtschaftlichen Organisationen, wie zur FAO, zum Internationalen Weizenabkommen, Weinamt, Tierseuchenamt und ähnlichem, sowie der Aufwand für wasserwirtschaftliche Fachgutachten, für die Staubeckenkommission und so weiter veranschlagt. Außerdem ist bei diesem Titel auch ein Betrag von 10 Millionen Schilling als Beitrag Österreichs am FAO-UN-Welternährungsprogramm vorgesehen.

Für Zivilschutzmaßnahmen ist so wie im Vorjahr kreditmäßig für alle beteiligten Ressorts nur bei Kapitel 9: Inneres, vorgesorgt. Die Verrechnung der Ausgaben jedoch erfolgt bei den Verrechnungsansätzen der Ressortkapitel, bei Kapitel 19 unter Titel 1 a.

Im übrigen verweise ich auf 79 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, XI. Gesetzgebungsperiode, den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966.

Scheibenreif

Kapitel 28 Titel 3: Österreichische Bundesforste.

Der mit dem Bundesgesetz vom 28. Juli 1925, BGBl. Nr. 282, gebildete Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“ verwaltet von den im Eigentum des Bundes befindlichen Forsten eine Waldfläche von 483.652 Hektar. Auf dieser Waldfläche ist im Jahre 1966 die Nutzung des nachhaltigen Jahreshiebsatzes von 1.673.000 Festmeter geplant, wovon auf Grund der Einforstungsrechte eine Jahresgebühr von 248.000 Festmeter für die Holzbezugsberechtigung entfällt. Zur freien Verwertung verbleiben somit 1.425.000 Festmeter.

Die Österreichischen Bundesforste erbringen durch die Abfuhr des kassamäßigen Einnahmen- beziehungsweise Betriebsüberschusses von 37,5 Millionen Schilling, öffentliche Abgaben und Beiträge von 54,4 Millionen Schilling und Leistungen nach den Einforstungsrechten einen erheblichen Beitrag zur Entlastung des Staatsbudgets. Sie haben ferner auch für den aus der Zeit vor der Bildung des Wirtschaftskörpers stammenden Aufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse von 50,7 Millionen Schilling aufzukommen.

In der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses beteiligten sich 22 Abgeordnete an der Debatte. Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Doktor Schleinzer beantwortete eingehend die in der Debatte an ihn gerichteten Anfragen.

Bei der Abstimmung am 13. Juni 1966 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanziell gesetzlichen Ansätze der Gruppe VIII mit Stimmenmehrheit entsprechend der Regierungsvorlage unverändert angenommen.

Ich stelle daher namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, und dem Kapitel 28 Titel 3: Österreichische Bundesforste, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag (Anlage III/3) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1966 (15 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Die Druckfehlerberichtigung wurde allen Herren Abgeordneten zugesandt, und ich bitte, diese zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte daher, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Oskar Weihs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahren haben die Vertreter des Österreichischen Bauernbundes

und mit ihnen auch der jeweilige Landwirtschaftsminister geklagt, daß die österreichische Landwirtschaft ein Stiefkind des Budgets sei und daß im Grunde genommen die Sozialisten schuld daran seien, wenn der Landwirtschaft viel zuwenig Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Disparität zu verringern. Danach müßte man also erwarten, daß heuer, wo die Sozialisten nicht mehr in der Regierung sitzen, die Landwirtschaft wesentlich besser bedacht worden wäre, aber wir müssen feststellen, daß sie noch nie so schlecht behandelt worden ist wie im Budget 1966, obwohl es infolge der Alleinherrschaft der Österreichischen Volkspartei möglich gewesen wäre, den Wünschen der Landwirtschaft entsprechend nachzukommen. *(Zwischenruf des Abg. Gram.)*

Doch das Gegenteil ist eingetreten. Sie hat, wie ich mir bereits im Ausschuß zu bemerkern erlaubte, trotz der Subventionen und Zuschüsse von insgesamt über 6,5 Milliarden Schilling doch um 307 Millionen Schilling weniger bekommen als im Jahre 1965, als das Budget mit Zustimmung der Sozialisten beschlossen worden ist.

Daran ändert sich auch nichts, selbst wenn der Herr Landwirtschaftsminister im Finanz- und Budgetausschuß sich noch so bemühte, uns zu erklären, daß derzeit die finanzielle Lage der Landwirtschaft gar nicht so schlecht sei, denn es habe ihm der Herr Finanzminister zugesichert, aus der Rücklage eines Saldos vergangener Jahre aus dem zweckgebundenen Futtermittelpreisausgleich 40 Millionen Schilling und aus nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 1965 aus dem Brotgetreidepreisausgleich 67 Millionen Schilling für Zwecke des Grünen Planes zur Verfügung zu stellen. Abgesehen davon, meine Damen und Herren, daß eine solche Verwendung von Mitteln, auch mit Zustimmung des Finanzministers, der leider nicht da ist, ohne einen entsprechenden Akt des Gesetzgebers verfassungswidrig ist, wie das Erkenntnis G 1/2/62 eindeutig beweist, besteht die Möglichkeit, daß der Finanzminister über diese Gelder überhaupt nicht mehr verfügen kann, wenn der Verfassungsgerichtshof neuerlich die Verfassungswidrigkeit dieses Finanzgesetzes 1966 feststellt und es damit außer Kraft setzt. Gesetzt den Fall aber, daß dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes erst nach dem 31. Dezember 1966 erfolgen sollte, und gesetzt den Fall, der Herr Finanzminister würde seine Zusage einhalten und die eben erwähnten Beträge dem Herrn Landwirtschaftsminister zur Verfügung stellen, dann würde trotzdem der Landwirtschaft noch immer um 200 Millionen Schilling weniger zur Verfügung stehen als im Vorjahr. Sie

1070

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihns

könnte damit noch viel weniger Investitionen mit den zur Verfügung gestellten Krediten vornehmen, weil ja diese Mittel gar nicht ausreichen, die in der Zwischenzeit eingetretene Teuerung auch nur einigermaßen zu kompensieren. Diese Maßnahme trifft die Landwirtschaft gerade jetzt besonders hart, weil sie alle Anstrengungen unternehmen müßte, sich auf den großen europäischen Markt vorzubereiten.

Mir kommt vor, Herr Landwirtschaftsminister, daß Sie eigentlich das erste Opfer der Alleinherrschaft der Österreichischen Volkspartei sind. (*Abg. Dr. Pittermann: Er kriegt aber keinen Opferausweis! — Abg. Gram: Der Sozialpolitik nehmen wir es weg und den Bauern geben wir es dazu!*) Damit würde die Sozialpolitik wahrscheinlich nicht einverstanden sein, Herr Kollege. (*Zwischenrufe. — Abg. Gram: Draußen reden Sie anders!*)

Meine Damen und Herren! Das jahrelange Lamento jedoch wird weitergeführt, obwohl ausdrücklich im Grünen Bericht des Jahres 1964 festgehalten ist, daß sich der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft am Bruttonationalprodukt (*Zwischenrufe des Abg. Gram*) — Herr Kollege, regen Sie sich nicht auf, das ist viel zu zeitig, sich aufzuregen — um 1,4 Milliarden Schilling auf 20,4 Milliarden Schilling erhöht hat. Trotzdem wird aber klagend festgestellt, daß der Anteil insgesamt von 9,5 Prozent auf 9,3 Prozent des Bruttonationalproduktes gesunken ist. Es wird aber trotzdem festgestellt, daß sich die Arbeitsproduktivität, wie wir eben vom Herrn Berichterstatter gehört haben, wesentlich erhöht hat — sie ist um 10 Prozent gestiegen —, weil im Jahre 1964 eine größere Produktion war und eine Verminderung der Arbeitskräfte eingetreten ist.

Meine Damen und Herren! Der größte Teil der Einnahmen der Landwirtschaft resultiert doch aus der Vieh- und Milchwirtschaft. Da die Erträge der Landwirtschaft im Jahre 1965 infolge der Unwetterkatastrophen sicherlich gegenüber 1964 zurückgegangen sind, ergeben die Einnahmen aus dem Milchgeld allein mit mehr als 4,43 Milliarden Schilling mehr als ein Fünftel der gesamten Erträge unserer Landwirtschaft. Dieser Ertrag wurde 1965 erzielt, obwohl die Kuhzahlen sich nur in ganz bescheidenem Ausmaß erhöht haben. Hier sieht man deutlich den Beweis, was es heißt, wenn man auf eine Steigerung der Produktivität zielbewußt hinarbeitet. Wenn Sie das Jahr 1965 im Vergleich zum Jahre 1953 nehmen, dann sehen Sie, daß das Milchgeld um das 2½fache gegenüber 1953 stieg, während die Kuhzahl insgesamt um 3 Prozent zurückgegangen ist. Es ist eine ständige Produktionssteigerung eingetreten.

Diese Produktionssteigerung betrug zum Beispiel im Mai 1966 bei der Milch über 7 Prozent. Sie wird aber sehr bedenklich, wenn man weiß, daß im vergangenen Jahr die Exporte milchwirtschaftlicher Erzeugnisse mit 192 Millionen Schilling subventioniert werden mußten. Auch heuer wird der Absatz der Überschüsse auf dem Weltmarkt, soweit er für uns überhaupt in Frage kommt, wegen des starken Preisgefälles ohne Subventionen nicht möglich sein. Ein Zurückgehen der Überschüsse ist nicht abzusehen. Wir befinden uns also auf dem Wege einer ständigen Überproduktion, das heißt, es wird seit Jahren mehr erzeugt, als wir verbrauchen können. Angeregt von der Subvention, setzt sich die Produktionszunahme ständig weiter fort. Dieser expansiven Produktionsentwicklung steht aber insgesamt ein stagnierender Verbrauch gegenüber.

Meine Damen und Herren! Genau dieselbe Entwicklung haben wir auch in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Zum Beispiel wurde die Milchproduktion der EWG im Jahre 1965 so groß, daß sie über den Verbrauch hinausging, und die Fachleute der EWG schätzen, daß sie bereits im Jahre 1966 um mindestens 2 Prozent zunehmen wird. Es wird daher für unsere Landwirtschaft sehr schwierig werden, milchwirtschaftliche Produkte gerade in die EWG-Staaten zu exportieren.

Vor dieser selben Situation standen die landwirtschaftlichen Bereiche im Rahmen der EWG, und es fragten sich nun die Weisen in der EWG, es fragten sich sogar die Weisen der OECD, was man machen soll, und sie kamen nach langem, langem Nachdenken zu einem sehr einfachen Entschluß, nämlich zu dem — ich zitiere die Berichte der EWG, nicht unsere Auffassung —, daß Erzeugung und Verbrauch im Inland in Einklang gebracht werden muß. Sie kommen weiter zu der sehr tiefgründigen Erkenntnis, daß beispielsweise die Milchwirtschaft eine klare Marktkonzeption auf Grund der heutigen Marktverhältnisse benötigt, und sie sind der Auffassung, daß es hier weniger am Geld mangelt, sondern daß es viel mehr an Ideen mangelt, weil sie sagen: Man sollte sich mehr am Verbrauch als an der Produktion orientieren. Wie sehr es daran fehlt, sind sie der Auffassung, zeigt die Tatsache, daß in der landwirtschaftlichen Fachdiskussion nach wie vor die erste Rolle trotz der bedrohlichen Überschüsse die Produktion spielt, während von einem besseren Absatz und von einem besseren Verkauf nicht die Rede ist und das weite Feld der gesamten Verbrauchsförderung seit Jahren völlig unbeachtet geblieben ist.

Meine Herren! Was sagen Sie zu dieser Erkenntnis? Eine Erkenntnis, die wir Ihnen

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

— und ich glaube, Sie können das jedes Jahr in den stenographischen Protokollen nachlesen — schon vor Jahren und immer wieder dargetan haben und die Sie mit einer Handbewegung weggewischt haben oder, wenn ich etwas höflicher bin, abgetan haben; Sie haben jedenfalls darauf überhaupt nicht reagiert. Trotzdem glauben wir, daß sich die Spitzfunktionäre unserer Landwirtschaft im Falle der Milchwirtschaft damit befassen müssen und entschließen müssen, wenn sie sich der ausländischen Konkurrenz in der Zukunft erwehren wollen und, damit sie in Qualität und Preis konkurrieren können, auch gleichzeitig ihre Verkaufsmethoden auf die Wünsche der Konsumenten abzustellen.

Aber nicht nur bei der Milch haben wir solche Situationen, sondern auch bei anderen Agrarerzeugnissen ist die Produktion über den Absatz hinausgewachsen, sodaß nicht einmal die Nachfragesteigerung infolge des höheren Bevölkerungswachses und infolge der höheren Pro-Kopf-Einkommen diese Steigerung aufsaugen kann. (Abg. Wallner: *Zum Beispiel bei den Schweinen!*) Das ist Ihre Angelegenheit, dafür zu sorgen, daß hier eine entsprechende Produktion vorhanden ist. (Abg. Tödling: *Darüber reden wir noch, Herr Kollege!*) Sie können doch mir nicht erzählen, meine Herren, daß es nicht möglich ist, einen entsprechenden Einfluß auf Ihre Produzenten zu nehmen, sodaß eine gleichmäßige Versorgung des Inlandsmarktes mit Schweinen möglich ist! (Abg. Tödling: *Der Preis des Vorjahres!*) Das hat mit dem Preis des Vorjahres nichts zu tun, das hat mit einem vernünftigen Produktionskonzept zu tun, meine Herren, nur darin liegt die ganze Angelegenheit! (Abg. Staudinger: *Der Herr Innenminister!*) Der Herr Innenminister züchtet keine Schweine, das sollte Ihnen schon lange bekannt sein, der sperrt sie höchstens ein! (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Nachdem wieder eine kleine Beruhigung eingetreten ist (Abg. Glaser: *Es hat sich ja niemand aufgeregt!*) — sicherlich, Sie überhaupt nicht —, darf ich nun die Meinung der Fachleute der EWG weiter vortragen. Sie sind der Auffassung, daß die Nachfrage nach Agrarprodukten relativ langsam steigen wird. Sie geben aber der Meinung Ausdruck, daß zwar das allgemeine Wirtschaftswachstum die Nachfrage nach Agrarerzeugnissen weiterhin beleben wird, aber nicht in dem Ausmaß, wie sich die Einkommen erhöhen. Man schätzt in diesen Kreisen, daß die Nachfrage um jährlich kaum mehr als 2 Prozent steigen wird. Meine Damen und Herren! Geben Sie jetzt sehr acht: Diese Fachleute — ich betone das, es war

eine Reihe von Universitätsprofessoren, die sich mit diesen Fragen jahrelang beschäftigt haben — kamen zur Auffassung, daß die Agrarpolitik der Zukunft immer mehr der Notwendigkeit der Anpassung der Landwirtschaft an die gegenwärtigen und künftigen Wirtschaftsbedingungen Rechnung tragen muß. Das ist gar keine Frage, da sind wir einer Meinung. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Schlüsse, die daraus gezogen werden: Sie sind der Meinung, daß wesentlich wäre, um dieses Ziel zu erreichen, erstens: die Förderung der Abwanderung aus der Landwirtschaft (Abg. Tödling: *Das ist grausam!*), zweitens: die optimale Nutzung von technischen Verfahren und Kapital in der Landwirtschaft, Betriebsaufstockung und Strukturreform — genau das, was wir Ihnen schon seit Jahren alles erzählt haben —, und drittens: als wesentlicher Bestandteil dieser Maßnahmen die Anpassung der Produktion an die wirtschaftlichen Erfordernisse. Sie sind der Meinung, daß alle diese Fragen eng miteinander verknüpft sind, um erst dann die Durchschnittseinkommen der in der Landwirtschaft verbleibenden Bevölkerungsteile entsprechend steigern zu können.

Diese Fachleute der EWG stellen also als eines der wichtigsten Ziele künftiger Agrarpolitik eine weitere Reduzierung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in den Vordergrund. Ich betone: Das waren die Fachleute der EWG, meine Herren!

Herr Minister! Eine Frage: Was meinen Sie zu dieser Auffassung der EWG? Gehen wir weiterhin mit solcher Begeisterung unter solchen Auspizien in die EWG? Was wird unserer Landwirtschaft, deren überwiegender Prozentsatz doch Klein- und Mittelbetriebe unter 10 ha sind, dann passieren? Ich frage Sie, Herr Minister: Werden auch wir allen diesen wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterworfen werden, wie sie bereits jetzt in der EWG durchgeführt werden?

Meine Damen und Herren! Interessanterweise kamen die Fachleute der EWG, ebenso wie wir es schon ständig verlangt haben, zu dem Entschluß, daß sich die einzelnen EWG-Staaten Programme erstellen sollten, die eine Umschulung der in der Landwirtschaft noch tätigen Bevölkerung erleichtern und die auch sonst die Mobilität der landwirtschaftlichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter fördern müssen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, noch intensiver zuzuhören. Man ist dort der Meinung, daß die allgemeine Wirtschaftspolitik insbesondere deshalb viel, viel stärker mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik koordiniert werden soll, weil damit eine Ab-

1072

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihns

wanderung großen Umfanges aus der Landwirtschaft leichter möglich sein wird.

Der Agrarprotektionismus in den meisten Staaten der OECD, der gegenwärtig noch sehr, sehr stark ausgeprägt ist und sich auf Güter erstreckt, für deren Erzeugung in den betreffenden Ländern keine günstigen Voraussetzungen gegeben sind, ist die Ursache all dieses Übels. Nur selten sind die Voraussetzungen von energischen Maßnahmen zur Anpassung der Agrarstruktur und zur Steigerung der Produktivität oder besseren Nutzung der landwirtschaftlichen Ressourcen begleitet, die eine allmähliche Beseitigung dieser Schranken ermöglichen würden.

Trotz der Preisstützungs- und Subventionsmaßnahmen, wie sie gegenwärtig eigentlich in allen westlichen Ländern der Welt durchgeführt werden, haben die Kleinst- und Kleinbetriebe nur ein sehr bescheidenes Einkommen. Wenn heute ein Betrieb 5000 l Milch liefert, bekommt er an Subventionen insgesamt 4500 S pro Jahr. Wenn ein Betrieb heute 60.000 l Milch liefert, bekommt er Subventionen von 54.000 S.

Die Fachleute der EWG sind auch noch der Meinung, daß die künstliche Aufrechterhaltung von hohen Agrarpreisen die Lebenshaltungskosten so beeinflußt, daß sie restriktiv auf den Konsum von Agrarerzeugnissen wirken.

Sie sind der Meinung, daß die Preis- und Einkommenssubventionen nicht so hoch sein dürfen, daß sie die Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte und, wo es notwendig ist, die Aufgabe kleiner und kleinster Betriebe verhindern, und sie dürfen aber auch nicht zu übermäßigen Investitionen in der Landwirtschaft führen, weil dabei, wie diese Fachleute — meine Herren, nicht wir! — sagen, sehr leicht Fehlinvestitionen herauskommen.

Sie kommen zur Überzeugung, daß die Regierungen alles versuchen müssen, das Problem der Agrareinkommen auf eine andere Weise zu lösen als durch einheitliche Preis- und Einkommenssubventionen generell für alle Landwirte. Sie schlagen vor, daß es eine geeignete Grundlage für ein Konzept einer langfristigen Agrarpolitik sein dürfte, daß man sich das Ziel setzt, daß — und ich glaube, darin sind wir fast einer Meinung — ein sozial vertretbares Einkommen gut geführter Betriebe, entsprechend großer Betriebe in den geeigneten Agrargebieten zu gewährleisten ist. (Abg. Tödling: 25.000 Bauern zuviel! — Abg. Gram: Was ist dann mit dem Arbeitsbauernbund?) Der kann ja dann nach mir reden! (Abg. Fachleutner: Draußen reden Sie ganz anders, in den Versammlungen!) Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Kollege

Fachleutner, ich gehe gerne mit Ihnen in eine Versammlung und werde den Leuten die Augen öffnen über das, was Tatsache ist, und über das, was Sie ihnen erzählen! (Abg. Dr. Pittermann: Meine Herren! Das ist doch euer EWG-Ideal, doch nicht unser Programm!)

Die Preis- und Einkommenstützung ist somit als Element der Agrarpolitik unentbehrlich, aber es ist ein Unterschied zu treffen zwischen den sozialen Gesichtspunkten der Einkommenstützung, dem Berufswechsel derjenigen Landwirte, die ihren Betrieb den gegenwärtigen Verhältnissen nicht anpassen wollen oder nicht anpassen können, und den Maßnahmen zur Sicherstellung ausreichender Einkommen für Landwirte, die nach wie vor als Landwirte tätig sein wollen. Soweit die Ausführungen dieser Fachleute der OECD und der EWG.

In einer solchen Situation, in der sich derzeit die EWG befindet, tritt nun die österreichische Landwirtschaft in sie ein, in der Erwartung, daß eine weitgehende Angleichung der österreichischen Agrarpolitik an die Agrarpolitik der Gemeinschaft erfolgt. Darunter versteht die österreichische Landwirtschaft die Teilnahme am Marktordnungssystem der EWG mit seinen Abschöpfungsregelungen, den Interventionsmaßnahmen und der Festlegung von Preiszielen. Sie selbst hat eine Reihe von Ausnahmewünschen angemeldet, nach denen für bestimmte Produkte für eine verlängerte Übergangszeit Mengenregulative vorgesehen sind, und als Wichtigstes hat sie angemeldet, daß der einheitliche Erzeugerpreis in Österreich beibehalten werde.

Meine Damen und Herren! Wie man jüngst aus sehr wohlunterrichteten Kreisen der EWG erfahren konnte, will die EWG-Kommission nach Erteilung eines weiteren Verhandlungsmandates nur präferenzielle Lösungen ins Auge fassen, das heißt: Austausch begrenzter Handelsvorteile für einen begrenzten Kreis von Agrarprodukten. Sie stellt allerdings tröstend in Aussicht, daß nach Ablauf der Endphase spätere Harmonisierungsmöglichkeiten geprüft werden sollen.

Die Kommission vertrat sogar die Auffassung, daß Österreich Sicherheiten für die Wirksamkeit der Präferenzen anbieten sollte, die es im landwirtschaftlichen Bereich zu gewähren bereit ist. Herr Landwirtschaftsminister! Meine Frage an Sie: Um welche Sicherheiten handelt es sich in diesem Fall, und um welche Präferenzen für welche Agrarprodukte handelt es sich dabei?

Rundweg wurde aber von der EWG-Kommission die Beteiligung Österreichs am Ausrichtungs- und Garantiefonds abgelehnt, sodaß

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

wir auch für Strukturverbesserungen unserer Landwirtschaft keine Mittel aus diesem Fonds bekommen werden, sondern sie wie bisher aus eigenem, entweder aus Mitteln des Grünen Planes oder aus einer sonstigen Einrichtung, aufbringen werden müssen.

Nun möchte ich Ihnen einige kurze Darstellungen geben, wie es wirklich in der EWG ausschaut. Nach den neuesten Berichten der EWG wird festgestellt, daß beispielsweise bei der Milch der vorgesehene EWG-Richtpreis nicht zu erreichen ist. So wurde erklärt, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Erzeuger ab Hof im günstigsten Fall nur 34,5 bis 35 DM pro 100 kg aus dem Markt erwirtschaften können, anstatt, wie vorgesehen, 38 DM. Im vergangenen Jahr, also 1965, wurde auf dem Markt ein Durchschnittserlös von 32,30 DM pro 100 kg Milch erzielt. Wenn Sie das nun umrechnen, kommen Sie auf einen Milchpreis von 2,10 S. Dieser Erlös wäre aber — wie diese Fachleute nachweisen — nochmals um 1,10 DM niedriger gelegen, wenn, wie in den Vorschlägen der EWG-Kommission ab 1968 vorgesehen, die Marktsplaltung bereits aufgehoben und der Preisausgleich zwischen Trinkmilch und Werkmilch weggefallen wäre. Wenn man das wieder in unsere Währung überträgt, bedeutet das, daß zusätzlich noch 7 Groschen weniger erlöst worden wären, das heißt also, daß man nicht 2,10 S, sondern 2,03 S erlösen könnte.

Wir in Österreich haben aber derzeit für Milch mit einem Fettgehalt von 3,8 Prozent einen Erzeugerpreis von netto 2,34 S, das bedeutet, daß hievon schon der Krisengroschen der Landwirtschaft abgezogen worden ist. Bei einem Fettgehalt der Milch von 4 Prozent — wie das normalerweise Kühe mit einer höheren Leistung haben — beträgt der Milchpreis 2,43 S. Ich glaube, daß die Herren Kollegen der Landwirtschaft jederzeit diese Preise bestätigen können.

Dazu kommt aber noch etwas Besonderes: Wir in Österreich geben unseren Milchlieferanten eine Absatzgarantie und haben in ganz Österreich infolge des Transportausgleiches einen einheitlichen Milcherzeugerpreis. (Abg. Tödling: *Das ist ein Vorteil!*) Richtig. Diesen Vorteil werden Sie ja dann wahrscheinlich nicht mehr haben.

Meine Herren von der Landwirtschaft! Sie sehen allein an diesem Beispiel, daß es eigentlich bei einem Eintritt in die EWG für Sie gar nicht so rosig ausschaut, wie Sie sich das immer vorstellen und wie Sie das bisher immer gehört haben.

Ich darf sehr eindeutig feststellen, daß die österreichische Landwirtschaft vor sehr

schmerzlichen Umstellungen steht. Das große Bauernsterben, das sich in der EWG bereits generell abzeichnet, wird auch in Österreich, dessen Struktur ja noch viel schlechter ist, tiefe Spuren hinterlassen. Ein Arrangement mit der EWG wird diese Situation des Abwanderns noch wesentlich verstärken, da es den Umstellungsprozeß doch bekanntlich auf eine viel kürzere Zeit komprimiert.

Ich könnte Ihnen noch eine Reihe von Beispielen bringen, will aber die kostbare Zeit nicht in Anspruch nehmen, wie zum Beispiel die Äußerung des Präsidenten des deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, der seine Enttäuschung über die Nachgiebigkeit der deutschen Bundesregierung anlässlich der Agrarregelung in Brüssel sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat und mit dieser Regelung gar nicht zufrieden war. Er erklärte, daß damit die deutsche Landwirtschaft eine Hauptlast zu übernehmen gehabt hat.

Von all diesen Dingen, die ich Ihnen jetzt in dieser kurzen Zeit bringen konnte, hat die österreichische Bauernschaft keine Kenntnis und wird von ihren Funktionären auch bewußt nicht aufgeklärt, weshalb die Masse unserer Bauern immer noch glaubt, daß die EWG für sie die alleinseligmachende Gnade sei. (Abg. Minkowitsch: *Ich habe Sie bisher leider in meinen Versammlungen vermisst! Sonst würden Sie es besser wissen!*) Herr Kollege! Ich bin ja nicht eingeladen worden, ich hätte mich schon getraut, Ihren Herren zu sagen, wie die Situation wirklich ist. (Abg. Minkowitsch: *Man soll so etwas nicht behaupten!* — Zwischenrufe.) Nein, sondern ich sage Ihnen das, was die Fachleute der EWG gesagt haben, und ziehe nur daraus die Schlüsse und Konsequenzen, die eigentlich Sie ziehen sollten, nicht ich. (Abg. Steiner: *Unsere Bauern wissen das sehr gut!*) Das glauben aber nur Sie. (Abg. Tödling: *Wir sind nüchtern genug, Herr Doktor!*)

Dabei darf ich auch bemerken, daß ihnen auch vorenthalten wird, daß ihnen die EWG-Marktordnungen noch viel weniger Sicherheit bieten als unsere Regelungen, beispielsweise bei Getreide, Vieh und Fleisch, Milch, Milchprodukten und so fort. Für diese Produkte sind in der EWG nämlich nur Richtbeziehungsweise Orientierungspreise festgelegt worden. Bei Getreide, Vieh und Fleisch gelten diese Richt- und Orientierungspreise ab Großhandelsstufe (Abg. Tödling: *Die sind aber sehr ordentlich!*), nur bei der Milch ab Hof. Nur bei der Milch haben Sie es ja gesehen, Herr Kollege, ich nehme an, daß Sie noch immer rechnen können. (Abg. Tödling: *Danke schön!*)

1074

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weih

Es handelt sich hiebei lediglich um Preisziele, die bei Getreide, Rindfleisch und Butter noch durch Interventionsmaßnahmen ergänzt werden, um ein allzu starkes Absinken der tatsächlich erzielten Erlöse von den Preiszielen zu verhindern. Aber dennoch kann der erzielte Erlös für den einzelnen noch beträchtlich unter dem Richtpreis liegen, denn die Kosten des Transportes zur Interventionsstelle muß der betreffende Anbieter aus eigenem tragen. Da diese Interventionsstelle nur ab gewissen Mengen kauft, muß er sich eines Händlers oder einer Genossenschaft bedienen, wodurch natürlich automatisch sein Erlös geschrägt wird und die Differenz zwischen Richtpreis und tatsächlich erzieltem Erlös noch vergrößert wird.

Dazu im Gegensatz steht das österreichische System. Wie ich schon erwähnte, besteht für Milch eine Absatzgarantie. In der EWG besteht keine Absatzgarantie, lediglich für Butter ein Interventionspreis, zu dem die Interventionsstelle aufkaufen muß.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich fühlte mich verpflichtet, Ihnen öffentlich diese Aufklärungen für unsere Bauernschaft zu geben, damit diese wirklich weiß, was ihr und vor allem der Landjugend blühen wird, wenn das Arrangement mit der EWG zustande kommt.

Dieser schwierigen Situation, der unsere Landwirtschaft zurzeit entgegengesetzt, wird in keiner Weise durch das vorliegende Budget Rechnung getragen, weshalb wir Sozialisten es ablehnen.

Zum Schluß darf ich noch bemerken, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß es angesichts solcher Schwierigkeiten und einer so weittragenden Situation eines großen Teiles unserer Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit ist, daß Konsumenten und Produzenten einen gemeinsamen Weg suchen, der zu einer tragbaren Lösung dieser sehr diffizilen Fragen führen könnte.

Dazu tragen allerdings nicht die Auffassungen bei, wie sie tatsächlich der Herr Generalsekretär Dr. Withalm geäußert hat, als über eine Verlängerung der Geltungsdauer der Marktordnungsgesetze diskutiert wurde, indem er einfach erklärte, daß man alle auftretenden Probleme allein lösen wolle und aus den bestehenden Institutionen die Vertreter des Arbeiterkammertages und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ausschließen werde, wenn sie nicht vorbehaltlos ihre verfassungsmäßige Zustimmung geben. (Abg. Dr. Withalm: *Das habe ich nie erklärt, Herr Kollege!*) Sie haben das erklärt: Wenn die ... (Abg. Dr. Withalm: *Was ich erklärt habe,*

weiß ich wirklich sehr gut! Sie können davon überzeugt sein!) Lesen Sie die Zeitung, Herr Generalsekretär, Ihre Presse, die freie Presse hat das so gebracht. Ich bedaure, daß ich das nicht anders sagen kann. (Abg. Dr. Withalm: *Was die Presse bringt! Sie werden wahrscheinlich auch schon öfter etwas gesagt haben, was mit dem, was die Zeitungen bringen, nicht übereinstimmt! Das soll vorkommen!*) Verzeihen Sie, Herr Generalsekretär! Wenn Sie dieser Auffassung huldigen, dann hätten Sie die Presse berichtigen lassen sollen! (Abg. Probst: *So ist es: Richtigstellen!*) Ich hoffe aber, meine Damen und Herren, daß das nicht die Meinung von Ihnen allen ist, sonst wäre dies wieder kein Beweis Ihrer Auffassung über Demokratie und demokratische Verwaltung. (Abg. Dr. Withalm: *Wir können die Gesetze verlängern, das ist sehr einfach!*) Spät, sehr spät kommt Ihnen diese Erkenntnis, Herr Generalsekretär! (Abg. Dr. Withalm: *Nächste Woche besteht die Möglichkeit!*) Natürlich, natürlich. Wir werden immer über alles reden, das haben wir jederzeit gesagt. (Ruf bei der ÖVP: *Aber nicht dazu stehen!* — Abg. Fachleutner: *Da wird sich dann die Bauernfreundlichkeit zeigen!* — Abg. Neumann: *Bei der Verlängerung der Marktordnungsgesetze werden Sie eine Möglichkeit haben, Ihre agrarische Gesinnung, von der Sie jetzt eine ganze Stunde lang gesprochen haben, mit Taten zu beweisen!*) Aber Herr Kollege, von der Agrarpolitik verstehen Sie überhaupt nichts, deshalb würde ich Ihnen empfehlen, zu schweigen. (Abg. Fachleutner: *Na Sie, Herr Kollege!* — Ruf bei der ÖVP: *Sie sind der „Schreibtisch-Agrarier“!* — Präsident Dipl.-Ing. Waldbauer übernimmt den Vorsitz. — Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Fachleutner: *Theorie und Praxis ist ein Unterschied!*) Ich bin sehr gerne bereit, Ihnen auch nachher einen kleinen Vortrag zu halten.

Meine Damen und Herren! Die letzten Tage der Budgetdebatte haben in mir den Eindruck erweckt (*Zwischenruf des Abg. Libal* — Abg. Glaser: *Libal versteht alles!*), daß die Minister anscheinend Redeverbot erhalten haben, unsere Fragen zu beantworten. (Abg. Neumann: *Ein Redeverbot gibt es ja nur in Ihrer Partei!*) Ich weiß nicht, Herr Minister, ob es Ihnen gestattet ist, diesem Redeverbot zu trotzen (*Heiterkeit bei der SPÖ — Widerspruch bei der ÖVP*) und die aufgeworfenen mir sehr bedeutsam erscheinenden Fragen unserer Landwirtschaft zu beantworten. Ich glaube, daß dies nicht nur demokratisch wäre, sondern auch ein Akt der Höflichkeit der Opposition gegenüber. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbauer: Als nächstes Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Grießner das Wort.

Abgeordneter **Grießner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen, meine Herren! Mein hochgeschätzter Herr Vorsitzender Dr. Weihs hat so wie im Finanzausschuß bei der Behandlung des Kapitels Land- und Forstwirtschaft zu Beginn seiner Rede erklärt, daß die Land- und Forstwirtschaftsförderung im Budgetjahr 1966 schlecht dotiert ist, daß die Dotierung des heurigen Jahres die schlechteste ist seit Wirksamwerden des Landwirtschaftsgesetzes. Ich muß ihn daran erinnern, daß ihm Herr Minister Dr. Schleinzer bei der Behandlung dieses Kapitels im Finanzausschuß am 2. Juni sehr ausführliche Informationen gegeben hat, wobei er den Nachweis erbracht hat, daß die Dotierung der Land- und Forstwirtschaftsförderung in diesem Jahr nicht schlechter sein wird als im Vorjahr.

Wir Vertreter des österreichischen Bauernstandes wissen natürlich genau, daß wir mit der Zeit gehen müssen, und das Mit-der-Zeit-Gehen heißt, daß uns Bund und Länder in der Land- und Forstwirtschaftsförderung entsprechend unterstützen müssen.

Wir sind aber auch der Meinung, daß neben der Landwirtschaftsförderung, neben den Budgetmitteln in Bund und Land für uns natürlich auch besonders die Frage des Absatzes, die Frage des Preises von gewichtiger Bedeutung ist. Wenn man uns bei jeder Gelegenheit vorwirft, daß die österreichische Landwirtschaft an einer Überproduktion besonders auf dem Sektor der Milchwirtschaft leidet, so muß man doch ehrlicherweise raten, diese Frage objektiv und sachlich zu prüfen. Dann wird man nämlich zu der Auffassung kommen, daß gerade in diesen Sparten sowieso von Jahr zu Jahr mehr eine Verlagerung der Milcherzeugung vom Flachland ins Gebirge stattfindet. Ohne Milchkühe ist es auch nicht möglich, Kälber zu produzieren, und ohne Kälber gibt es auch keine Fleischproduktion.

Herr Kollege Dr. Weihs! Ich muß leider meinen öfters gegebenen Rat wiederholen, daß gerade die Vertreter der Arbeitnehmerchaft — vielleicht der Gewerkschaftsbund oder die Arbeiterkammern — sogenannte Landwirtschaftsmusterhöfe einrichten sollten, um an Hand eines exakten Beispiels den Beweis zu erbringen, daß man auf diesem Gebiet neue Wege gehen kann, vor allem aber auch, um die schlechten und guten Seiten der Tätigkeit des Landwirtes und Bauern in Erfahrung zu bringen.

Herr Kollege Dr. Weihs hat sich auch besonders bemüht, uns auf bestimmte Sorgen und Fragen aufmerksam zu machen, die sich aus der EWG ergeben. Ich komme in meinen weiteren Ausführungen auf diese Fragen zurück, möchte aber gleich den Ausspruch eines

sehr gescheiten Wissenschaftlers zitieren, der erklärt hat:

„Der Bauernstand ist in unserer modernen Gesellschaftsordnung der letzte Berufsstand, der noch nicht von der Flut der Vermassung ergriffen wurde. Er stellt den letzten großen Bereich menschlicher Lebens- und Arbeitsform dar, der innere Stabilität besitzt und durch seine familienechte Lebens- und Arbeitsweise staats- und gesellschaftspolitisch ein stabilisierendes Element von größter Bedeutung ist.“

Dieses Zitat stammt von einem Wissenschaftler, der in diesem Haus schon öfter namentlich zitiert worden ist und der auf Grund seiner wissenschaftlichen Tätigkeit und seiner Lebenserfahrung zu diesem bestimmt fundierten Ausspruch kommt.

Gerade uns Österreichern sollte diese gesellschaftspolitische Funktion des Bauernstands immer wieder zum Bewußtsein kommen, denn uns geographisch sehr nahe liegende Beispiele haben gezeigt, daß man bei der Umwälzung der Eigentums- und Gesellschaftsordnung vor allem und zuerst den freien Bauern beseitigt hat. Auch die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas zeigt, daß Konfliktstoff für soziale und politische Revolutionen insbesondere dort zu finden ist, wo ein freier Bauernstand fehlt.

Nicht umsonst wird von allen Agrarpolitikern Westeuropas als unerlässliche Voraussetzung für die Erhaltung eines freien Bauernstands die Förderung des bäuerlichen Familienbetriebes angesehen. Nur dieser verbürgt die Erhaltung einer gesunden bäuerlichen Bevölkerung, die nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch staatspolitisch und gesellschaftspolitisch von höchster Bedeutung ist. Selbständigkeit, Verantwortungsbereitschaft, persönliches Risiko, familienechte Lebens- und Arbeitsweise und breitere Eigentumstreuung sind die charakteristischen Kennzeichen des bäuerlichen Familienbetriebes. Die Bauern sind jener Teil unserer Bevölkerung, der heute durch den restlosen Einsatz seiner Arbeitskraft dafür sorgt, daß die Versorgung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sichergestellt wird, der wesentlich dazu beiträgt, das Landschaftsbild zu erhalten, und der besonders in unseren Berggebieten Wohlfahrtsleistungen erbringt, die im hektischen Zeitalter unseres modernen Wirtschaftslebens gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können.

Es ist Tatsache, meine Damen und Herren, daß Industriestaaten die leistungsfähigsten Landwirtschaften haben, aber in der Industriegesellschaft Bauer sein, heißt ständiges Bemühen um Anpassung des Einkommens an den wachsenden Lebensstandard im industriellen Be-

Grießner

reich. Diese Anpassungsprobleme stellen unsere heimische Landwirtschaft, jeden einzelnen Betrieb, vor eine sehr schwere Frage: Es ist die Frage, wie wir trotz aller Fortschritte auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet bei fehlenden Arbeitskräften und mangelndem Kapital die weiteren Stufen zur Vorbereitung auf einen größeren Markt und auf einen damit immer härter werdenden Wettbewerb erreichen können. Ihnen allen sind die ungünstigen Produktionsvoraussetzungen und die besonderen Marktschwächen der Landwirtschaft bekannt. Umgekehrt ist eine steigende Konzentration der Nachfrage besonders bei Lebensmitteln festzustellen, die die Position der Landwirtschaft in zunehmendem Maße schwächt.

Unsere erfolgreichen Bemühungen, die Exporte unserer Agrarprodukte zu steigern, werden durch die diskriminatorischen Abschöpfungen der EWG auf unseren Hauptabsatzmärkten Italien und Bundesrepublik Deutschland in der letzten Zeit sehr erschwert. Wissen Sie, daß wir bei unseren Schlachtrinderlieferungen in die EWG-Staaten heute neben einem Zoll von 16 Prozent noch eine Abschöpfung von 2,50 S und mehr pro Kilogramm Lebendgewicht bezahlen müssen? Nennen Sie mir einen anderen Berufsstand, dessen Einkommen durch oft nicht voraussehbare, plötzlich eintretende und von ihm nichtverschuldete Erlösminde rungen derart geschmälert wird.

Auf der anderen Seite ist die Land- und Forstwirtschaft auf Grund des zunehmenden Mangels an Arbeitskräften immer mehr gezwungen, kapitalintensiv zu wirtschaften. Kapitalintensiv wirtschaften bedeutet aber die zunehmende Verwendung von Maschinen an Stelle menschlicher Arbeitskraft sowie steigende Investitionen auf dem Bausektor. Eine Erhöhung der Produktionskosten durch steigende Maschinen- oder Baukostenpreise ist zwangsläufig mit einer Verschlechterung der Wettbewerbslage verbunden.

Ich muß daher namens der österreichischen Land- und Forstwirtschaft Lohn- und Preis erhöhungen ablehnen, die über das Ausmaß, das in der Produktivitätssteigerung untergebracht werden kann, hinausgehen. Die Partielle Kommission für Preis- und Lohnfragen muß aus allen diesen Gründen sowohl auf dem Preis- als auch auf dem Lohnsektor ihre Arbeit intensiv gestalten. Es muß daher getrachtet werden, daß die vom Staat durch geführten Maßnahmen zur Preisstabilisierung, zum Beispiel Zollsenkungen, den Verbrauchern zugute kommen. Da kaum zu erwarten ist, daß die landwirtschaftlichen Produktionskosten eine Senkung erfahren, müssen wir verlangen,

die der amtlichen Regelung unterliegenden Preise einzelner landwirtschaftlicher Produkte jeweils den gestiegenen Kosten anzupassen, wobei auf die Marktverhältnisse und Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland Bedacht zu nehmen ist.

In ihrem land- und forstwirtschaftlichen Programm vertritt die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern den bisher bewährten Grundsatz, daß die Erhaltung und Förderung des bäuerlichen Familienbetriebes auch weiterhin Richtschnur für alle Maßnahmen unserer Land- und Forstwirtschaftspolitik sein muß. Das Ziel einer Erhöhung des Einkommens der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten kann durch Betriebsaufstockungen allein nicht erreicht werden. Die Arbeitsüberlastung der bäuerlichen Bevölkerung kann auch nicht nur durch Rationalisierungsmaßnahmen be seitigt werden.

Ebenso kann es kein Allheilmittel sein, die Steigerung der Produktivität lediglich durch eine Verminderung der Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten herbeizuführen. Die Erfahrung in den USA und anderen hochindustrialisierten Ländern zeigt, daß auch bei günstiger Betriebsgrößenstruktur und weitestgehender Rationalisierung nach wie vor eine Einkommensdisparität besteht. Die Präsidentenkonferenz tritt zwar für die Verbesserung der Struktur und die Anpassung an die Erfordernisse einer modernen Wirtschaft durch Rationalisierung und Technisierung ein. Diese Maßnahmen allein genügen aber nicht, das Agrarproblem zu lösen. Eine sinnvolle Anwendung von Maßnahmen preis- und marktpolitischer, strukturpolitischer und sozialpolitischer Natur, die aufeinander abgestimmt sein müssen, wird notwendig sein, um die Existenz unserer bäuerlichen Familienbetriebe in der Industriegesellschaft zu sichern.

Das von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs beschlossene land- und forstwirtschaftliche Programm wird die Richtschnur unserer agrarpolitischen Tätigkeit der nächsten Jahre sein. Ich möchte kurz auf die wichtigsten Punkte dieses Programms eingehen.

Vor allem wird es unbedingt erforderlich sein, alle agrarpolitischen Maßnahmen darauf auszurichten, die heimische Land- und Forstwirtschaft für den zunehmenden Konkurrenz kampf zu rüsten. Im Vordergrund muß die Schaffung dauerhafter verfassungsrechtlicher Grundlagen für bundeseinheitliche Maßnahmen auf dem Gebiet von Produktion, Preis und Absatz stehen.

Die Bundesregierung hat sich in der Regierungserklärung deutlich für die im Hinblick auf die Harmonisierung der Agrarpolitik Öster

Grießner

reichs erforderlichen Änderungen und Ergänzungen des Marktordnungsgesetzes ausgesprochen. Die durch die Marktordnung gesicherte gleichmäßige Belieferung der Märkte zu einheitlichen Preisen liegt schließlich sehr wesentlich im Interesse aller Konsumenten.

Die Probleme der Marktpolitik sind nicht allein mit gesetzlichen Maßnahmen zu lösen. Die Bauernschaft selbst muß dafür sorgen, ihre Selbsthilfeeinrichtungen weiter auszubauen. Die in der Konzentration des Angebotes landwirtschaftlicher Betriebsmittel in den westeuropäischen Industriestaaten gelegene Entwicklung erfordert gemeinsam mit der fortschreitenden Konzentration im Lebensmittelhandel die Zusammenfassung der Nachfrage nach diesen Betriebsmitteln und die Konzentration des Angebotes bei landwirtschaftlichen Produkten.

Die Unterstützung der öffentlichen Hand ist zur Erfüllung dieser Aufgabe unbedingt erforderlich. Wir betonen die Selbsthilfemaßnahmen deshalb besonders, um zu zeigen, daß die Land- und Forstwirtschaft bereit und entschlossen ist, nach Kräften an einer Verbesserung ihrer Lage mitzuwirken. Der alljährlich ausgearbeitete Grüne Bericht zeigt immer wieder, daß trotz größter Anstrengungen die Lage der Land- und Forstwirtschaft nicht als befriedigend bezeichnet werden kann. Die Land- und Forstwirtschaft will ein Maximum an Selbsthilfe leisten, verlangt aber auch eine verstärkte Unterstützung durch die öffentliche Hand, um im Interesse der Produzenten wie der Konsumenten noch leistungsfähiger zu werden.

Eine fundierte Strukturpolitik im Rahmen eines regionalen Wirtschaftskonzepts muß dafür sorgen, eine möglichst große Zahl von leistungsstarken und europareifen Betrieben zu schaffen. Die erfolgreichen Maßnahmen des Landwirtschaftsgesetzes sind Voraussetzung für die sinnvolle Vorbereitung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe und der Bergbauern auf die kommende Entwicklung.

Die nur befristete Geltung dieses Gesetzes erfüllt die Land- und Forstwirtschaft insbesondere wegen der dringenden Notwendigkeit der durch den Grünen Plan gebotenen Förderung mit berechtigter Sorge. Um den kommenden Anforderungen gewachsen zu sein, muß durch eine weitere Geltung des Landwirtschaftsgesetzes dafür gesorgt werden, daß die Förderungsmaßnahmen in verstärktem Ausmaß und Umfang fortgesetzt werden, wobei dem Bau und der Erhaltung von Güter- und Forstaufschließungswegen und der Bereitstellung von Agrarinvestitionskrediten besondere Bedeutung zukommt.

Die Land- und Forstwirtschaft muß von allen jenen Abgaben befreit werden, die ihre ausländischen Konkurrenten nicht zu tragen haben. Nur so bestehen die für einen Erfolg nötigen gleichen Startbedingungen.

Die Anforderungen der modernen Betriebsführung an Wissen und Können sind auch für die Land- und Forstwirtschaft in großem Ausmaß gestiegen. Wir bekennen uns daher zu verstärkten Bemühungen auf dem Bildungssektor und fordern den großzügigen Ausbau der Unterrichtseinrichtungen auf dem Land und des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß es niemand verantworten kann, die ehesten Verabschiedung der land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetze zu verhindern.

Die Präsidentenkonferenz hat in ihrem Programm auch der Sozialpolitik und damit der Forderung auf soziale Sicherheit breiten Raum gegeben, weil die bäuerliche Bevölkerung nicht schlechter gestellt sein darf als andere Bevölkerungskreise. Die derzeit noch bestehende Benachteiligung vor allem auf dem Gebiet der Altersversorgung und der Unfallversicherung muß beseitigt werden.

Wenn ich nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf die Frage der Integration zu sprechen komme, so mache ich dies aus einem ganz bestimmten Grund. Es besteht vielfach die Ansicht, die Landwirtschaft strebe nur deshalb eine möglichst enge Harmonisierung ihrer Agrarpolitik mit jener der EWG an, weil ihr daraus nur Vorteile erwachsen. Ich möchte betonen, daß wir uns sehr wohl bewußt sind, daß dieser Schritt auch mit einer weitaus schärferen Konkurrenz verbunden ist und wir in einzelnen Bereichen mit erheblichen Anpassungsschwierigkeiten zu rechnen haben. Wir sind aber der Überzeugung, daß die Dynamik des Gemeinsamen Marktes auf die gesamte österreichische Wirtschaft und damit auch auf die Land- und Forstwirtschaft, längerfristig gesehen, positive Auswirkungen haben wird und für einzelne Bereiche der Wirtschaft geradezu eine Voraussetzung für deren Weiterentwicklung ist. Aufgabe der öffentlichen Hand muß es aber sein, durch Bereitstellung ausreichender Förderungsmittel die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft zu steigern, um ihre Einordnung in einen größeren europäischen Markt zu erleichtern.

Herr Kollege Dr. Weihns, Sie haben Ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, daß wir unsere Bauern zuwenig über die Fragen der EWG informieren. Ich habe in der letzten Zeit als Vorsitzender der Präsidentenkonferenz land- und forstwirtschaftliche Berufsorgani-

Grießner

sationen der EWG-Staaten besucht, um in die Praxis, in die Erfahrung, die diese land- und forstwirtschaftlichen Berufsorganisationen in den EWG-Staaten in den letzten Jahren gewonnen haben, Einblick zu nehmen. Es ergab sich die Möglichkeit einer sehr offenen Aussprache mit den Spitzenfunktionären der bäuerlichen Interessenvertretungen. Ich konnte den Eindruck gewinnen, daß man den Wünschen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft großes Verständnis entgegenbringt und ihre Bestrebungen nach einer weitestgehenden Harmonisierung der Agrarpolitik voll unterstützt. Ich habe es nämlich nicht verabsäumt, gegen eine Präferenzlösung, das heißt gegen eine Regelung, die auf die wechselseitige Einräumung beschränkter Handelsvorteile für eine beschränkte Zahl von Agrarprodukten abzielt, ernste Bedenken geltend zu machen. Ein derartiges Abkommen würde praktisch einer Erstarrung des Handelsverkehrs gleichkommen und die Verteilung der Vor- und Nachteile äußerst erschweren. Außerdem würde ein Präferenzregime keine Gleichstellung mit den EWG-Mitgliedstaaten zur Folge haben. Unsere Außenseiterstellung wäre wohl gemildert, aber nicht aufgehoben. Ich bin daher der Ansicht, daß eine Präferenzregelung auf dem Agrarsektor höchstens während einer zeitlich sehr begrenzten Übergangszeit zur Anwendung kommen könnte und daß unser Ziel die weitestgehende Harmonisierung unserer Agrarpolitik mit jener der EWG sein muß. Unter dieser Harmonisierung verstehe ich die Angleichung an das Marktordnungssystem der EWG, wobei den Abschöpfungsregelungen, Interventionsmaßnahmen und der Festsetzung gemeinsamer Preisziele besondere Bedeutung zukommt. Daneben muß aber auch der Struktur- und Sozialpolitik, soweit sie die Landwirtschaft betreffen, besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Im Zusammenhang mit der Integration möchte ich kurz auch auf die Frage der EFTA zu sprechen kommen. Es ist Ihnen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, bekannt, daß das EFTA-Abkommen wohl den industriell-gewerblichen Bereich, nicht aber die Landwirtschaft umfaßt.

Dänemark bemüht sich schon seit langem, eine Einbeziehung der Landwirtschaft in die EFTA wenigstens im Rahmen von Sonderabkommen zu erreichen. Diese Haltung ist gerade bei der letzten Ministerratstagung der EFTA in Bergen besonders deutlich zum Ausdruck gekommen. Ich bin der Ansicht, daß wir von der agrarischen Seite keine Ursache haben, diese Bestrebungen zu unterstützen. Unsere Exportmärkte liegen fast ausschließlich im Wirtschaftsraum der EWG. Derzeit

stehen wir in konkreten Verhandlungen mit der EWG, die — so hoffen wir — bald zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen werden. Außerdem zeigt die Statistik, daß ein Sonderabkommen auf dem Agrarsektor mit Dänemark durchaus keine zwingende Notwendigkeit ist. Seit dem Jahre 1960, also praktisch seit dem Inkrafttreten des EFTA-Abkommens, sind die österreichischen Agrarimporte aus Dänemark um rund 185 Prozent gestiegen, während die übrigen Importe nur um 173 Prozent zugenommen haben. Die Agrareinfuhren stiegen also stärker als die Importe bei den übrigen Waren, obwohl dafür keine Zollerleichterungen gewährt wurden.

Hohes Haus! Ich habe mich bemüht, die wichtigsten Probleme der Land- und Forstwirtschaft aufzuzeigen, Ihnen aber auch darzulegen, daß die Bauernführung sehr wohl weiß, daß eine ihrer Hauptaufgaben darin liegen muß, die breite Öffentlichkeit von der Bedeutung des Bauernstandes besonders in einem industrialisierten Staat zu überzeugen. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Teil der gesamten Wirtschaft. Sie hat wesentliche Aufgaben wirtschaftspolitischer, sozialpolitischer und bevölkerungspolitischer Natur zu erfüllen. Die Land- und Forstwirtschaft unternimmt alle Anstrengungen, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Sie verlangt aber mit Recht das Verständnis und die Unterstützung der anderen Wirtschaftsgruppen.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, den vielen Tausenden und Zehntausenden von Angehörigen bäuerlicher Familienbetriebe, den vielen zehntausenden Bäuerinnen, aber ebenso auch unseren noch vorhandenen, leider wenigen Landarbeitern Dank und Anerkennung für ihre ungeheuren Arbeitsleistungen auszusprechen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die österreichische Landwirtschaft weist durch die Statistik nach, daß sie in den letzten Jahren mengenmäßig, aber auch qualitativ eine gewaltige Leistungssteigerung erbracht hat. Sie weist aber in dieser Statistik auch nach, daß die Zahl der Mitarbeiter, der Familienangehörigen immer kleiner wird. Gerade der Grüne Bericht verweist auf eine Abwanderung von fast 20.000 Menschen im Jahr 1964. Trotz der Leistungssteigerungen wurden auch Qualitätssteigerungen erbracht, sodaß ich, der ich manchesmal über den Zaun hinaussehen kann und ins Ausland komme, sagen kann, daß wir uns auch qualitativ mit anderen Staaten messen können.

In diesen Familienbetrieben werden die Arbeitsstunden nicht gezählt. Dort ist die Parole, einfach den übernommenen Hof zu betreuen, wenn das auch oftmals Tag- und

Grießner

Nachtschicht bedeutet, weil man auf das Wetter nicht Einfluß nehmen kann, weil man verschiedene Elementarereignisse nicht vorausberechnen kann. Nur der zähe Mut, die Tapferkeit und der Glaube an diese Heimat, sie zu erhalten und zu betreuen, bringt es mit sich, daß diese Menschen fast Übermenschliches leisten. Ihnen steht deshalb Dank und Anerkennung auch seitens der Gesetzgebung zu. (*Beifall bei der ÖVP.*) Vielleicht ist es möglich, in den schwierigsten Fragen, wie der landwirtschaftlichen Schulgesetzgebung, der Marktgesetzgebung, der Landwirtschaftsgesetzgebung, das Wohlwollen, das man bei der Behandlung des Grünen Berichtes im Landwirtschaftsausschuß und im Finanzausschuß auf Seite aller Parteien herausgeht hat, auch in ein Positivum umzuwandeln, damit wir in der Lage sind, auch in dieser Richtung verfassungsmäßige Beschlüsse zu fassen, nicht nur zum Vorteil der österreichischen Bauernschaft, sondern zur Sicherung aller Mitbürger, aller Menschen, damit der Tisch des Volkes auf Dauer reichlich und qualitativ gut gedeckt ist.

Meine Fraktion wird dem Grünen Bericht und dem Kapitel Land- und Forstwirtschaft die Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Meißl das Wort.

Abgeordneter **Meißl (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darf ich mich eingangs meiner Ausführungen auf zwei Voredner kurz beziehen. Ich möchte dem Abgeordneten Dr. Weihs in manchen seiner Ausführungen recht geben, wenn er beispielsweise feststellt, daß der Herr Minister unter Umständen das erste Opfer der ÖVP-Alleinregierung geworden ist. Ich kann ihm aber nicht recht geben, wenn er, wie schon so oft in diesem Hause, der Landwirtschaft vorrechnet, was sie alles an Subventionen, an Zuschüssen — 6,5 Milliarden Schilling — bekommt, und auf der anderen Seite keine Voraussetzung besteht, daß die Landwirtschaft kostendeckende Preise bekommt. (*Bravorufe bei der ÖVP.*) Ja warten Sie nur ein bissel. (*Heiterkeit.*)

Ich darf aber auch dem Herrn Präsidenten Grießner sagen: Eine Frage bleibt nach Ihren Ausführungen offen, warum Sie eigentlich diesem Gesetz oder diesem Kapitel zustimmen. Denn Sie haben ein sehr beredtes Klagelied hier angestimmt, das sicherlich in seinen wesentlichen Ausführungen richtig ist. Sie haben die öffentliche Hand aufgefordert, mehr für die Landwirtschaft zu tun. Sie haben in der Frage der EWG erklärt, hier wäre es notwendig, mehr zu tun. Ja warum haben Sie dann nicht dafür gesorgt, daß mehr Mittel in dieses

Budget hineinkommen? (*Abg. Glaser: Einen Weg dazu zeigen Sie jetzt auf!*) Nein, Herr Abgeordneter Glaser, das wäre sicherlich eine wesentliche Aufgabe von Ihnen und der ganzen ÖVP gewesen, diesen Weg aufzuzeigen. (*Abg. Gram: Der Sozialversicherung wegnehmen und den Bauern dazugeben!*) Diesen Weg vermissen wir nämlich auch.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werden dem Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, und dem Kapitel 28 Titel 3: Österreichische Bundesforste, ganz bewußt unsere Zustimmung nicht geben, weil die Landwirtschaft in diesem Budget zum Prügelknaben geworden ist. Es ist vielleicht noch verständlich, wenn der Herr Finanzminister wenig Sinn dafür hat; er hat ja auch in seinem Bundesfinanzgesetz die Landwirtschaft mit keinem Satz erwähnt. Seine Aufgabe ist es ja, dafür zu sorgen, daß ein ausgeglichenes Budget erstellt wird. Das wäre verständlich. Absolut unverständlich ist es aber, daß die Zuständigen und die Verantwortlichen der Agrarpolitik — und das ist der Herr Landwirtschaftsminister genauso wie der Herr Präsident des Bauernbundes Wallner — nicht dafür gesorgt haben, einem Auftrag Ihrer Wähler gemäß ... (*Abg. Fachleutner: Wir brauchen keine Aufklärung von Ihnen!* — *Abg. Dr. van Tongel: Sie brauchen keine Zensur auszuüben!*) Nun ja, Sie müssen es sich anhören. Sie können dann antworten darauf. (*Abg. Fachleutner: Aus Verantwortungsbewußtsein! Wir tragen auch Verantwortung! Sie tragen keine Verantwortung!*) Das wird Ihnen der Berufsstand nicht abnehmen. Wenn alle anderen Gruppen besser beteilt worden sind und die Landwirtschaft schlechter, dann bin ich neugierig, wie Sie das vor Ihren Leuten verantworten. (*Abg. Peter: Wir tragen vor der Republik genau dieselbe Verantwortung wie Sie!*) Das Versagen der bürgerlichen Vertretung auf diesem Gebiet ist eine Tatsache, da können auch solche Wendungen nicht darüber hinwegtäuschen. (*Abg. Fachleutner: Auch Ihre nicht!*) Sie werden sich das noch länger in diesem Haus anhören müssen, Herr Abgeordneter Fachleutner. Das kann ich Ihnen nicht ersparen, das kann ich Ihnen sogar versprechen. (*Abg. Fachleutner: Bitte!*)

Was haben aber nun — und das ist sehr, sehr interessant — Bauernbund und Minister vor diesem Budget gesagt? Darf ich beispielsweise zitieren. Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs hat in einem Kernsatz festgestellt: „Alle agrarpolitischen Maßnahmen müssen auf die Vorbereitung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft für den gemeinsamen europäischen

Meißl

Markt ausgerichtet sein.“ — Sicherlich ein richtiger und wichtiger Satz.

Dann heißt es weiter: „Die erhöhte Bereitstellung von Förderungsmitteln ist erforderlich.“ Im einzelnen werden aufgeführt: Ausbau der Güter- und Hofzufahrtswege, Restelektrifizierung, Ausbau der Wasser- und Versorgungsanlagen, Rationalisierung der bäuerlichen Hauswirtschaft, Grundaufstockung und Kommassierungen — eine sehr, sehr wichtige Angelegenheit —, Umstellung und Besitzfestigung, Förderung der Rinderzucht, speziell in Bergbauerngebieten, Rationalisierung der Almwirtschaft, Neuordnung der Weiderechte, Ausweitung der AIK-Kredite — auch eine sehr, sehr wesentliche Förderungsmaßnahme —, dabei Verbilligung, längere Laufzeiten — das steht alles drinnen —, verstärkter Forstwegebau, Aufforstungen, Ausbau der Beratung — gerade hier, glauben wir, wäre es sehr, sehr notwendig, daß mehr Mittel verwendet würden.

Ja, meine Damen und Herren, dieses sicherlich sehr stattliche Programm hat natürlich eine Voraussetzung, und das wäre eine entsprechende Dotierung im Grünen Plan gewesen. Das ist aber nicht der Fall. Darüber können alle Versuche, und auch die Versuche des Herrn Ministers, mit Zahlen nicht hinwegtäuschen.

Gehen wir aber weiter. Der Herr Präsident des Österreichischen Bauernbundes Ökonomierat Wallner klagte über die Sorgen der Landwirtschaft bei der ersten Lesung am 13. Mai hier im Hause. Er sagte unter anderem: „Sie werden aber verstehen, meine Damen und Herren, daß es für die Land- und Forstwirtschaft bei dieser wirtschaftlichen Lage sehr bedauerlich ist, wenn im Entwurf, der uns vorliegt, der Grüne Plan nicht entsprechend, wie wir uns das vorgestellt haben, weiterentwickelt werden konnte“. So Wallner! Ich will gar nicht das ÖVP-Programm zitieren. Da stehen noch allerhand schöne Sätze drinnen von Bereitstellung, von mehr Mitteln und so weiter.

Der Herr Minister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer hat in seinem Bericht an die Bundesregierung, den wir vorgelegt bekommen haben, über den wir jetzt auch befinden, die finanziellen Erfordernisse für das Jahr 1966 mit 800 Millionen Schilling für die Maßnahmen des Grünen Planes beziffert. Was war das Ergebnis all dieser Forderungen, meine Damen und Herren? 100 Millionen Schilling im Grünen Plan weniger! Ich möchte mich gar nicht auf die 40 Millionen beziehen, die der Herr Abgeordnete Weihs noch kritisiert hat. Nehmen wir an, sie stehen zur Verfügung, dann sind es immerhin 100 Millionen Schilling weniger. Das heißt, das sind rund 15 Prozent, rechnet

man die Preissteigerungen dazu, die inzwischen eingetreten sind, dann sind es effektiv 20 Prozent, die die Landwirtschaft in diesem Grünen Plan weniger bekommt als im Vorjahr, noch zur Zeit der Koalitionsregierung. Die linke Seite hat natürlich recht, wenn sie heute sagt, sie kann nicht verstehen, daß jetzt bei einer Alleinregierung der Bauernstand schlechter bedacht wird. (Abg. Peter: *So wurde Schleinzer zum Schmitz-Geschädigten!*) Und das zu einem Zeitpunkt ... (Abg. Gram: *Und draußen in den Versammlungen halten Sie uns die „Milliardensubventionen“ für die Bauern vor! Hier sagen Sie genau das Gegenteil: die Bauern sind geschmäleriert worden!* Oder man kann auf der anderen Seite keine richtige Sozialpolitik machen! Irgendwoher muß doch das Geld kommen!) Das habe ich schon gesagt. Ich habe Ihnen doch mit meinen ersten Worten recht gegeben. Ich habe schon gesagt, daß es falsch ist, aber Sie haben mir nicht zugehört, habe ich den Eindruck. (Abg. Gram: *Sie tun sich eben schwer!*) Nein, ich tu mich gar nicht schwer. Ich komme aus einem bäuerlichen Wahlkreis und kenne die Sorgen und Nöte der Landwirtschaft sehr, sehr genau. Nehmen Sie das zur Kenntnis. Ich habe schon einmal gesagt: das zu einem Zeitpunkt, wo man doch alles tun müßte, die Landwirtschaft auf den kommenden gemeinsamen Markt vorzubereiten.

Meine Damen und Herren! Beim Studium des Protokolls der Budgetdebatte 1964, also zum Budget 1965, kam ich auf eine sehr, sehr interessante Stelle. Dr. Schleinzer, der damals ein sehr sachliches und beachtliches Schlußwort gehalten hat — das möchte ich feststellen —, zitierte einen Ausspruch des Abgeordneten Winkler, der seinerseits wieder den Präsidenten Kennedy zitierte und meinte, daß man Kennedy folgen sollte in der Meinung, wenn er sagt: „Fragt stets, was ihr tun könnt für euer Land!“ Der Herr Minister hat diesen Spruch in seinen letzten Worten abgewandelt. Ich darf Ihnen auch diesen letzten Satz zur Kenntnis bringen, er lautet: „Ich hoffe, daß wir auch hier in diesem Hohen Hause einmal ebenso positiv werden antworten können, daß wir alles getan haben, um einen gesunden und leistungsfähigen Bauernstand in unserem Vaterlande zu erhalten.“

Herr Minister! Haben Sie wirklich alles getan? Haben die Bauernbundfunktionäre wirklich alles getan, um dieser Verpflichtung, die Sie damals ausgesprochen haben, nachzukommen? Das Vertrauensvotum — ich möchte das nicht in demagogischer Form, sondern nur sachlich feststellen —, das der Bauernbund, die ÖVP bei der Wahl erhalten haben, haben Sie diesen Wählern schlecht gelohnt.

Meißl

Denn man könnte es auf eine einfache Formel bringen, die da lautet: Mehr Stimmen für die ÖVP — weniger Geld für die Landwirtschaft!

Dazu kommen, meine Damen und Herren, noch weitere Dinge, die die Landwirtschaft belasten. Es sind die Teuerungen, von denen hier schon gesprochen wurde, die Mineralölsteuer — sie wurde schon viel zitiert —, Tariferhöhungen sind im Gange. Die Verteuerung in der Bauwirtschaft wird gerade die Landwirtschaft empfindlich zu spüren bekommen.

Der Herr Minister wollte uns auch vorrechnen, daß noch ein Aktivsaldo für die Landwirtschaft herauskommt. Mein Vorredner hat schon gesagt, er hat einfach die 180 Millionen, die für die durch die Hochwasserkatastrophe notwendig gewordenen Schutzwasserbauten vorgesehen sind, an anderer Stelle des Budgets dazugerechnet und dazugezählt. Darf ich den Herrn Minister an seine eigene Stellungnahme auch in dem Schlußwort damals erinnern, in der er sich dagegen verwarnte und sagte: Wenn eine Position ... nicht als landwirtschaftliche Förderungsmaßnahme gewertet werden kann, dann ist es der Schutzwasserbau, der eine gesamtvolkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt. — Diese Beträge dienen doch nur zur Behebung und Vorbeugung bei Naturkatastrophen, die wir im vorigen Jahr sehr, sehr zu spüren bekamen, bitter genug zu spüren bekamen und von denen vor allem die Landwirtschaft betroffen wurde.

Weil ich gerade auf die Hochwasserkatastrophe zu sprechen komme, möchte ich auch feststellen, daß die Befürchtungen, die wir im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe im September 1965 geäußert und wo wir im Ausschuß auch einen Antrag gestellt haben, eingetreten sind. Der freiheitliche Abgeordnete Dr. Broesigke hat bei der sogenannten Hochwassersitzung im September den Antrag gestellt, daß man den Geschädigten grundsätzlich einen Rechtsanspruch zugestehen solle. Wir wußten schon, warum wir diesen Antrag stellten, weil nämlich dann, wenn man das einzelnen Leuten oder einzelnen Behörden überläßt, unter Umständen keine widmungsgemäße Verwendung stattfindet. Die Befürchtungen haben sich als völlig gerechtfertigt erwiesen, das muß ich leider Gottes sagen. Der Antrag wurde damals von beiden Parteien niedergestimmt, und die Folge davon war, daß in der Durchführung willkürliche Maßnahmen gesetzt wurden.

Ich darf Ihnen aus meinem eigenen Land, aus der Steiermark, kurz berichten. Bei der Entschädigung der Hochwassergeschädigten ist beim Vergabewesen eine Katastrophe insoffern eingetreten, als nur ein Teil entschädigt wurde und große Teile wenig oder gar nicht

entschädigt wurden. Es ist mit dieser Freigabe der parteipolitischen Willkür Tür und Tor geöffnet worden. Das ging so weit, Herr Abgeordneter Minkowitsch, daß die Landesregierungen Weisungen herausgegeben haben, daß man die Auszahlungsbeträge geheimhalten solle. Das ist von den Bezirkshauptmannschaften schriftlich festgelegt und bezieht sich auf eine Weisung der Landesregierung. Ich habe diese Briefe. Darin heißt es, es soll keine Unruhe in die Bevölkerung getragen werden, und aus diesem Grund soll man die Auszahlungsbeträge geheimhalten. Das ist in der Steiermark bei der Frage der Hochwasserentschädigung geschehen.

Wir haben schärfstens dagegen protestiert und haben versucht, Ungerechtigkeiten soweit wie möglich abzustellen. Das war natürlich dann nicht mehr möglich, als auch im Landtag auf Anfragen vom Landeshauptmann gesagt wurde, es sei kein Geld mehr da. Und sehen Sie, auch hier wurde eine bewußte Unwahrheit gesagt. Ich habe am 11. Mai in einer Anfrage an den Herrn Finanzminister gefragt, ob noch Mittel da sind. Am 31. Mai hat der Herr Finanzminister geantwortet, und er sagte nach Aufzählung der Zuschüsse, die die Länder bekommen haben, folgendes — die Abgeordneten werden diese Anfragebeantwortung erhalten haben —: „Weitere 33,980.000 S stehen noch bereit, falls die Länder ihrer bedürfen.“ Es hätte also in diesem Fall nur der Herr Landeshauptmann Krainer die Initiative ergreifen müssen, um noch weitere Mittel in die Steiermark zu bekommen. Das ist eine Feststellung, die man treffen muß und die man in der Steiermark auch zur Kenntnis nehmen sollte.

Meine Damen und Herren! Ein besonderes Anliegen von uns Freiheitlichen sind Maßnahmen zur Festigung des Grenzgebietes. Das ist ein altes Anliegen von uns. Und es wurde auch gestern im Hause bei der Befreiung des Kapitels Handel von verschiedenen Rednern über die Abwanderung von der Grenze bittere Klage geführt; dabei handelte es sich speziell um das Waldviertel. Ich kann Ihnen sagen, auch unsere steirische Südgrenze ist in genau dem gleichen Ausmaß von der Abwanderung betroffen. In diesen Katastralgemeinden sieht es aus, als ob der Krieg gerade vorbeigezogen wäre; die Häuser sind verlassen, von 30 ehemals bewohnten Häusern sind heute nur mehr 13 bewohnt. Hier sind wir der Meinung, daß es wirklich ... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Strukturverbesserungen à la Dr. Weiß!) Diese Strukturverbesserung wollen wir nicht, nein, wir wollen eine lebendige Grenze, wir wollen haben, daß die Leute, die an die Grenze gehen, eine entsprechende

Meißl

Förderung des Staates erhalten. Dem dient auch ein Antrag, den ich jetzt die Ehre habe, nochmals vorzubringen; ich habe ihn im Ausschuß schon gestellt. Es ist ein Antrag des Abgeordneten Meißl:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft wird ersucht, im Interesse der Besitzfestigung in unseren Grenzgebieten die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Agrarinvestitionskredite im Haushaltsjahr 1967 unverzinslich und mit 25jähriger Laufzeit gewährt werden können.

Ich möchte an beide Fraktionen die Aufforderung richten, diesem Antrag beizutreten. Er bezieht sich ja nicht auf das laufende Budget, sondern es soll im kommenden Budget Vorsorge getroffen werden, damit in unseren Grenzgebieten wirklich einmal etwas geschieht.

Wir Freiheitlichen stellen daher zum Budget 1966, Kapitel Landwirtschaft, folgendes fest: In der Geburung des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes sind für die Landwirtschaft 1.593,265.000 S veranschlagt. Rechnet man noch die vorgesehenen 40 Millionen, von denen ich schon sprach, aus dem Futtermittelpreisausgleich dazu, so sind es 1.633,265.000 S gegenüber 1.801,058.000 S im Voranschlag 1965. Es muß also — ich muß es noch einmal zur Kenntnis bringen — das Versagen der Verantwortlichen für unsere Agrarpolitik in dieser Frage festgestellt werden. Das Vertrauensvotum der Bauernschaft hat die ÖVP in diesem Fall nicht verdient.

Die Landwirtschaft ist in diesem Budget ein Stiefkind der Regierung geworden. Wir Freiheitlichen werden gegen dieses Kapitel stimmen und laden dazu die Abgeordneten des Bauernbundes ein. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tödling das Wort. (Abg. Peter: Wenn Sie bei uns beitreten wollen, Herr Fachleutner, dann klatsche ich!)

Abgeordneter Tödling (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedaure außerordentlich, daß der Kollege Dr. Weihs nicht anwesend ist. (Ruf bei der SPÖ: Wir holen ihn!) So wichtig ist es auch wieder nicht. (Heiterkeit. — Abg. Peter: Ist es jetzt wichtig oder nicht? — Neuerliche Heiterkeit.) Ich hoffe, es wird ihm mitgeteilt. (Abg. Preußler: Bedauern Sie das echt oder unecht?) Es ist echt.

Herr Kollege Dr. Weihs hat in der Debatte über die Regierungserklärung darüber gesprochen, daß sich die österreichische Landwirtschaft auf eine Großraumwirtschaft einrichten muß. Ich muß sagen, hier gehe ich

mit seiner Auffassung durchaus konform. Heute hat er gemeint, daß sich die österreichische Landwirtschaft ... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs betritt den Saal,) Herr Doktor, von Ihnen ist die Rede. Heute, Herr Dr. Weihs, haben Sie gemeint, daß sich die österreichische Landwirtschaft mit ihrer Produktion auf den Inlandsverbrauch einrichten möge. Nun, Herr Doktor, das stammt aus dem Punkt 66 des sozialistischen Programms für ein sozialistisches Österreich. (Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Das ist ein kluger Mann! — Abg. Rosa Jochmann: Das ist nicht ein sozialistisches Programm, das ist ein Programm für Österreich! Das müssen Sie richtigstellen!)

Wir sollen also unsere Produktion auf den Inlandsverbrauch einrichten. Darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, eine Gegenfrage stellen. Verlagern wir die Dinge auf das Gebiet der Industrie. Wir verlangen ja auch nicht, wenn es dort etwa Absatz- und Exportschwierigkeiten gibt: Ihr habt nur so viel zu produzieren, wie ihr im Inland absetzen könnt! Herr Doktor, ich muß sagen, hier, in der Frage der Großraumwirtschaft, treffen wir uns nicht.

Hiezu wäre noch viel zu sagen, und ich würde mich liebend gern über agrarpolitische Fragen auf etwas höherer Ebene beschäftigen, aber ich glaube, einer von uns, von der Landwirtschaft, muß auch zu den Preisdebatten und zu den Anfragen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, Stellung nehmen. (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs.) Herr Kollege Dr. Weihs, ich hoffe, wir haben noch bei einem anderen Anlaß Gelegenheit, uns über diese Frage auseinanderzusetzen. (Ruf bei der FPÖ: Oder setzt die Beratungen in der Steiermark fort!)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen sehr gerne eine Preisfrage vorlegen, und zwar betreffend das kleine Einmaleins der Preispolitik. Sie werden sie nicht beantworten können; daher, glaube ich, ist es notwendig, daß ich Ihnen das sage. (Abg. Benya: Das Große!) Man muß nicht immer das große Einmaleins in Anwendung bringen, Herr Präsident, in diesen Fragen genügt auch das kleine Einmaleins.

Was ich Ihnen jetzt sage, mag wie ein Witz anmuten, aber dahinter steckt viel Wahres und Ernstes. Ich darf Ihnen die Geschichte erzählen:

Ein Herr kommt in ein Schuhgeschäft und probiert dort Schuhe an. Sie werden gekauft und verpackt. Dann kommt die Rechnung, und der Käufer stellt fest, daß die Schuhe sehr teuer sind. Er läßt den Geschäftsführer kommen und fragt ihn, warum die Schuhe so teuer sind. Der Geschäftsführer zuckt die

Tödling

Schultern und sagt, er könne nichts dafür, aber er könne ihm sagen, warum die Schuhe so teuer sind: weil das Leder so teuer sei. Daraufhin ist der Schuhkäufer in eine Lederhandlung gegangen und hat den Geschäftsführer gefragt, warum das Leder so teuer ist. Dieser meinte, er sei nicht schuld, aber er könne ihm sagen, warum: weil die Häute so teuer sind — in Klammern darf ich bemerken, daß die Haut schon ein Abfallprodukt ist. Daraufhin ging dieser Schuhkäufer in einen Schlachthof und hat dort den Geschäftsführer gefragt, warum die Häute so teuer sind. Meinte der Geschäftsführer, er könne auch nichts dafür, aber er könne sagen, warum: weil die Kühe so teuer sind. Daraufhin ging der Schuhkäufer zu einem Bauern und fragte ihn, warum die Kühe so teuer sind. Da antwortete ihm der Bauer: weil die Schuhe so teuer sind! (Abg. Peter: *So schaut die Regierungspolitik in der Frage aus!*) Nein, Herr Kollege, das ist das kleine Einmaleins, von dem ich gesprochen habe. Das, meine Damen und Herren, zur Einleitung.

Ich glaube, es ist recht und billig, wenn einer, von der Landwirtschaft kommend, auch zu den Fragen der Preisentwicklung auf dem Agrarsektor spricht. Diese Dinge haben in den letzten Tagen viel Aufregung in dieses Haus gebracht, und auch heute wieder hat es Anfragen in dieser Richtung gegeben. Es wurde der Landwirtschaftsminister gefragt, es wurde der Innenminister gefragt: Herr Minister, was gedenken Sie zu tun? Meine Damen und Herren, darf ich die Gegenfrage stellen: Was soll der Herr Landwirtschaftsminister tun, wenn auf Grund der katastrophal niedrigen Schweinepreise des Vorjahres der Schweinebestand um 15 Prozent gesunken ist? Was soll er tun? Es kann doch niemand gezwungen werden, in vermehrtem Maße eine Produktion aufrechtzuerhalten, wenn keine Rentabilität gegeben ist. Der Kollege Dr. Weihs meinte heute, das könne man sehr wohl. Ich bin auch der Meinung, daß man das kann, daß man eine geregelte mengenmäßige Versorgung garantieren kann, aber dann, Herr Doktor, müssen Sie uns eine Risikosicherung geben (Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: *Die haben Sie ja! Aber in der EWG haben Sie sie nicht!*); denn wir muten auch keinem Arbeiter zu, etwa ein Jahr lang zu reduzierten Löhnen oder Stundenlöhnen zu arbeiten, wenn man ihm sagt: Nächstes Jahr wirst du mehr bekommen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: *Bei uns wird jeder Liter Milch, der angeboten wird, abgenommen!*) Also gleiches Recht für alle, Herr Doktor!

Ich habe eingangs auf die Frage Bezug genommen: Was soll der Landwirtschafts-

minister tun? Ich darf nun die weitere Gegenfrage stellen: Was soll der Innenminister verfügen? Auch an ihn wurde eine Reihe von Fragen gestellt. Soll beziehungsweise kann er uns Erzeugern sagen: Dein Ab-Hof-Preis ist um 2 oder 3 S niedriger? Kann der Innenminister verfügen, daß die Transportkosten gesenkt werden, kann er verfügen, daß die Schlachthofgebühren zu senken sind? So gesehen, Frau Kollegin Wondrack, kann das niemals als ein Versteckspiel zwischen den beiden Ministern bezeichnet werden. Oder, meine Damen und Herren, könnte der Innenminister verfügen, daß die Löhne all derer, die mit der Ver- und Bearbeitung vom Tier bis zum fertigen Stück Fleisch beschäftigt sind, zu senken sind? Alle diese Überlegungen sind doch irreal.

Natürlich sind im Zuge der Entwicklung auch für den Unternehmer, also das Transport- und Fleischhauergewerbe, die Regeln gestiegen. Schon die Lohnentwicklung allein brachte eine nicht unwesentliche Erhöhung der Nebenkosten, und außerdem, vergessen wir es nicht, will der Herr Finanzminister von diesen Leuten ja auch noch seinen Anteil.

Der Engpaß bei der Versorgung mit Schweinefleisch wird durch den Ankauf von 107.800 Stück Schweinen im Ausland behoben werden. Ich glaube, der Herr Minister hat das auch schon gesagt. Dazu kommt der Import von 10.000 Stück geschlachteten dänischen Schweinen. Allerdings, meine Damen und Herren, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Preise in den Importländern in diesem Jahr wesentlich höher liegen als im Vorjahr.

Bei Rindern ist das Angebot ausreichend. Der Durchschnittspreis in Wien-St. Marx betrug am 20. Juni 14,03 S pro Kilogramm und genau vor einem Jahr 14,07 S per Kilogramm.

Meine Damen und Herren! Man kann sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, daß mit diesen Dingen etwas leichtfertig umgegangen wird. Man sieht meist nur den Preis des Gustostüberls — bitte keine Zwischenrufe, auf das Gustostüberl komme ich noch —, etwa im Schaufenster eines Wiener Fleischhauers. Man beachtet nicht den Erzeugerpreis, man beachtet nicht, was zwischen dem Stück Lebendvieh und dem fertig zugeschlachteten Stück Fleisch im Schaufenster liegt.

Damit die Sache authentisch klingt: Das stammt nicht etwa vom Bundesgremium der Fleischhauer, sondern von der Mastleistungsprüfungsanstalt der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer. Es wurden Probeschlachtungen im Gesamtausmaß von 173 Stück Fleischschweinen erster Qualität durchgeführt. Ich muß Ihnen sagen: Die Gustostüberl

1084

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Tödling

machen bei einem 100 Kilogramm schweren Schwein, das etwa 83 Kilogramm Schlachtgewicht ergibt, ganze 32 Kilogramm aus! (Abg. Rosa Jochmann: *Das wissen wir!*)

Ich habe gestern abend noch in meinem Bekanntenkreis — und der reicht vom Chauffeur bis zu Angestellten — eine Umfrage gemacht: Was kaufen Sie mit Vorliebe, was kaufen Sie am Samstag, was kaufen Sie für Sonntag? Ich muß Ihnen sagen: Das Schnitzel hat vorgeherrscht. Ich kann Ihnen auch die Preise nennen, die in Wien üblich sind. Bei einigen Positionen konnte man mir die Preise aber gar nicht angeben, weil diese Teile des Schweines als unverkäuflich zu bezeichnen sind.

Der Engpaß bei der Versorgung mit Schweinefleisch wird also durch den Ankauf von 107.800 Stück Schweinen im Ausland behoben werden. Dazu kommen die schon erwähnten dänischen Schweine. Ich glaube, daß der Engpaß damit überwunden wird.

Meine Damen und Herren! Wenn ein niederösterreichischer, ein steirischer oder ein burgenländischer Bauer Vieh verkauft, dann ergeben sich eine Reihe von Manipulationen, und niemand von uns wird in der Lage sein, die erforderlichen Arbeiten, die damit im Zusammenhang stehen, als nicht notwendig, als überflüssig zu bezeichnen. Übersehen wir nicht die Frachtbelastung, die Agenturprovision, die Marktgebühr, die Schlachthausgebühr. Alle diese Positionen zusammen ergeben beim Schwein eine Preisbelastung pro Kilogramm Lebendgewicht von 1,70 S und beim Rind von 1,13 S. Übersehen wir nicht, daß alle mit der Verarbeitung und Verwaltung befaßten Stellen, wie die Schlachthöfe und das Fleischergewerbe, in den zurückliegenden Jahren mit einer Reihe von Lohnerhöhungen belastet wurden.

Ich möchte noch ein Beispiel bringen und ausdrücklich betonen, meine Damen und Herren, daß ich nicht der Sprecher des Fleischhauergewerbes bin. Aber um die Dinge ins rechte Licht zu rücken, muß ich auch aus diesem Gewerbe ein Beispiel bringen. Die Fleischhauer mußten in den zurückliegenden zehn Jahren Lohnerhöhungen für ihre Arbeiter im Ausmaß von rund 100 Prozent zur Kenntnis nehmen. Die kollektivvertragliche Situation für den ersten und zweiten Gehilfen in einem Wiener Fleischhauerbetrieb sieht so aus, daß diese Gehilfen im Jahre 1954 einen Wochenlohn von 370 S hatten und heute einen solchen von 743 S erhalten.

Eine kleine Umfrage — und das muß ich wohl anschließen — hat ergeben, daß diese kollektivvertraglichen Sätze nur auf dem Papier stehen, denn die Reallöhne sind wesent-

lich höher. Ich habe mir sagen lassen, das geht auch weit über 1000 S netto hinaus. Ich gönne den Leuten diesen Lohn, denn jeder von uns, der etwa den Betrieb eines Schlachthofes kennt, wird sagen, daß es keine angenehme Arbeit ist und daß sie auch entsprechend entlohnt werden muß. Aber vergessen wir nicht — und das wird von Ihrer Seite meist übersehen —, daß all diese Dinge, von den Gebühren angefangen bis zu den Löhnen, natürlich auch das Stück Fleisch, das zum Verkauf gelangt, in seinem Preis beeinflussen.

Da es also auf Grund der angestellten Überlegungen — ich glaube, da auch Ihre Meinung auszusprechen — unmöglich erscheint, Eingriffe zu machen, bleibt nur noch, und das ist meist der Gipelpunkt der Überlegungen, daß man dem Erzeuger etwas wegnehmen muß: die Bauern bekommen zuviel für ihr Erzeugnis! (*Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Rosa Jochmann: Nein, sie bekommen zuwenig!*) Aber Frau Kollegin! Das ist in Ihren Anfragen durchgeklungen! (Abg. Pay: *Das haben wir nie behauptet!*)

Aber wie das Beispiel bei den Schweinen zeigt: Wenn die Preise unter ein gewisses Maß absinken, dann wird einfach die Erzeugung gedrosselt beziehungsweise könnte unter Umständen ganz zum Erliegen kommen. (Abg. Rosa Jochmann: *Die kriegen sowieso zuwenig! Die sollen eh mehr kriegen!*) Die Vergangenheit hat gezeigt, und gerade die Preise bei den diesjährigen Importen beweisen es neuerdings, daß es immer billiger ist, den heimischen Produzenten einen entsprechenden Preis zu geben, als von Schwankungen auf dem Auslandsmarkt abhängig zu sein. (Abg. Rosa Jochmann: *Ja, ganz richtig, sorgen Sie dafür, daß es gemacht wird!*)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen noch eine interessante Gegenüberstellung vor Augen führen. Ich könnte aus beliebigen Berufs- oder Produktionssparten Hinweise bezüglich der Lohnentwicklung geben, aber bleiben wir, nachdem ich es schon genannt habe, bei den Löhnen im Fleischergewerbe; weil dieses Beispiel nun einmal da ist, darf ich es verwenden.

Wir haben festgestellt, daß innerhalb von zehn Jahren hier Lohnerhöhungen im Ausmaß von rund 100 Prozent zu verzeichnen sind. Die Einkaufspreise für uns bürgerliche Erzeuger — bleiben wir wiederum auf dem Sektor Schweinefleisch — zeigen, wenn wir heute etwa bei 16 oder 17 S pro Kilogramm Lebendgewicht liegen, daß die Preiserhöhung für uns Erzeuger 25 Prozent ausmacht; wir müssen aber bei den Löhnen Steigerungen bis zu 100 Prozent zur Kenntnis nehmen.

Tödling

Hohes Haus! Nun ein Wort zur Marktlage bei den Rindern. Auch das ist heute in der Beantwortung durch den Herrn Minister schon zum Ausdruck gekommen: Die Marktlage bei den Rindern ist als stabil zu bezeichnen. Die Märkte werden in ausreichendem Maße versorgt. Und nun eine interessante Feststellung. Auch von der wird nicht gesprochen. In den ersten vier Monaten des heurigen Jahres ist der Inlandsverbrauch an Rindern auf 126.000 Stück gegenüber 112.000 Stück im Jahre 1965 gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 12,4 Prozent.

Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß wir getreu den Konsumentenwünschen bestrebt waren, Qualitätsware zu erzeugen, und daß wir an solcher Qualitätsware zumindest auf dem Rindersektor ein ausreichendes Angebot zu verzeichnen haben, daß jedoch bei Schlachtkühen, also Wurst- und Beinvieh, ein Engpaß vorhanden ist, und dieses Wurst- und Beinvieh, also mindere Qualitäten, liefern uns die Ostblockländer.

Zum Beweis, daß wir alle Anstrengungen, um die Marktlage zu stabilisieren, machen, möchte ich mitteilen, daß im laufenden Jahr bereits 1500 t Rindfleisch importiert wurden und für die Versorgung bis September 2000 t zum Import ausgeschrieben wurden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß eine starke Inlandsproduktion als stabilisierender Faktor des Preisgefüges zu bezeichnen ist.

Nicht unerwähnt, meine Damen und Herren, soll bleiben, daß zum Beispiel die Versorgung mit Geflügel mehr als ausreichend ist und sich daher auf diesem Gebiet auch Ausweichmöglichkeiten bieten. Bezeichnend ist — und das stimmt uns in der Landwirtschaft manchmal nachdenklich —, daß Schweinefleisch in Konsumentenkreisen schon vielfach oder weitgehend abgelehnt wurde und auf einmal, wenn die Versorgung etwa auf Grund der Vorjahrssituation ein wenig Schwierigkeiten bereitet, von diesem Schweinefleisch viel Aufhebens gemacht wird.

Sofern der bäuerliche Erzeuger für seine Produkte auf dem Fleischsektor nicht den entsprechenden Preis erhält und eine im EWG-Raum angestellte Vorschau recht behält, dürfte es zu Versorgungsschwierigkeiten kommen, deren Behebung uns noch viel Kummer bereiten wird. Ich darf Ihnen hier einige Zahlen bringen, und nun stütze ich mich, Herr Kollege Weihns, so wie Sie bei der Milch, auch auf Experten in Brüssel, die errechnet haben, daß der Verbrauch an Rindfleisch pro Kopf und Jahr von 1964 von 19,4 kg bis 1970 auf 27,4 kg steigen wird, bei Schweinefleisch von 1964 von 18,7 kg bis 1970 auf 22,8 kg, bei Geflügel von 1964 von 4,3 kg bis 1970 auf

8,5 kg. Hier ist es sehr wohl angebracht, für entsprechende Preisbildung auch für den Erzeuger zu sorgen, um hier nicht einmal in die größten Schwierigkeiten zu kommen.

Nun ein Wort zur Gemüsesituation. Auch darüber wurde in den letzten Tagen schon viel gesprochen, und ich darf es daher kurz machen. Mit ein paar Sätzen möchte ich darauf eingehen. Einmal zur Misere auf dem Salatsektor: Es ist richtig, daß rund 35.000 Kisten keinen Absatz fanden, aber — und das wurde noch nicht gesagt — rund 20.000 Kisten sind zum Teil schon bei den Sammelstellen der feuchtwarmen Witterung dieser Tage zum Opfer gefallen, sie waren daher nach den Qualitätsbestimmungen nicht mehr marktfähig. Zirka 15.000 Kisten wurden an die Caritas, Haus der Barmherzigen Brüder, das Altersheim der Caritas und an die Verwaltungsstelle der Wiener Spitäler verschenkt.

Hohes Haus! Die Lehre aus dieser Sache kann man in einem Satz zusammenfassen: Niemand hilft uns etwa bei leichtverderblichen agrarischen Gütern das Risiko tragen, aber kritisieren: das können sie!

Nun ein Wort zu den Verbraucherpreisen laut Marktamt der Stadt Wien für die 24. Woche, vom 6. bis zum 14. Juni.

Karotten: 1964 8,50 S, 1965 9,50 S, 1966 5,50 S; das ist — und nun hören Sie! — gegenüber 1964 minus 35 Prozent, gegenüber 1965 minus 42 Prozent.

Spinat: 1964 4,20 S, 1965 5,50 S, 1966 3,80 S; gegenüber 1964 minus 9 Prozent, gegenüber 1965 minus 30 Prozent.

Häuptelsalat — um wieder beim Salat zu sein —: 1964 1,40 S pro Kilogramm, 1965 2 S, 1966 1 S; gegenüber 1964 minus 27 Prozent, gegenüber 1965 minus 50 Prozent. (Abg. Rosa Jochmann: Also die Teuerung bilden wir uns nur ein!)

Meine Damen und Herren! Auch noch ein Wort zum Obstsektor ... (Abg. Anton Schlager: Hochgespielt wird das!) Genau das! Kollege Schlager hat vollkommen recht! (Abg. Rosa Jochmann: Gehen Sie auf den Markt und reden Sie mit den Frauen!) Frau Kollegin! Der Zwischenruf vom Kollegen Schlager sagt es richtig, und ich möchte auch dem Kollegen Zeillinger recht geben, wenn er, ich glaube vorgestern, hier gesagt hat: Im Jahre 1965, als die Dinge auch irgendwie angespannt waren, haben Sie nicht soviel Aufhebens gemacht, weil Sie noch mit in der Regierung waren. Heute sind Sie nicht in der Regierung, und nun wird das aufgeputscht und hier als Explosivmittel verwendet. (Abg. Rosa Jochmann: Wir haben schon etwas gemacht! Ich kann Ihnen unsere Resolutionen zeigen!) Gnädige Frau! Wollen Sie den Markt-

1086

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Tödling

bericht der Stadtgemeinde Wien anzweifeln? Ich habe ihn hier. Wir können auch ihn photokopieren wie den Kartoffelzettel vom Kollegen Mitterer.

Meine Damen und Herren! So sind die Tatsachen. Übersehen Sie noch eines nicht: daß auch auf dem Naschmarkt die Regien gestiegen sind. Löhne und Gehälter von 50 bis 80 Prozent. Und noch ein kleiner Hinweis: die Abladegebühren am Naschmarkt pro Kiste oder Plateau sind von 15 g pro Kilogramm im Jahre 1960 auf 50 g in diesem Jahr gestiegen. Natürlich belasten all diese Dinge auch den Preis.

Hohes Haus! Ich habe Ihnen im Zuge meiner Ausführungen eine Reihe von Vergleichen gebracht. Da gerade in diesen Tagen von Lohnerhöhungen und dort und da von Streiks die Rede ist, möchte ich daran erinnern, daß wir Bauern auch Konsumenten sind und an Preis- und Lohnexzessen kein Interesse haben, man jedoch uns unseren Lohnanspruch, also entsprechende Preise, für die agrarischen Produkte nicht verwehren kann. Es ist in diesem Hause von unseren Sprechern schon oft und viel über die zu unseren Ungunsten aufklaffende Preisschere gesprochen worden. Unsere Lage möchte ich durch einige Beispiele unterstreichen.

1956 kostete ein 36 PS-Traktor 56.000 S, heute kostet dieser 36 PS-Traktor 77.600 S; eine Steigerung von 38,6 Prozent. Ein Anbau-traktorpflug kostete 1956 7500 S, heute 10.100 S; plus 34,7 Prozent. Ein Motormäher kostete 10.000 S, heute 13.300 S; plus 33 Prozent. Die Beiträge, die wir zur Unfallversicherung zu leisten haben, sind von 300 auf 420 Prozent gestiegen.

Nun noch ein Hinweis auf die Handwerker, die wir ja auch in unserer Landwirtschaft brauchen. Hier auch zwei, drei Beispiele: Ein Tischler kostete 1961 pro Stunde 20,08 S, 1966 kostet er 30,98 S; also eine Steigerung von 54,28 Prozent. Ein Maurer kostete 1961 pro Stunde 22,46 S, 1966 34,67 S; eine Steigerung um 54,36 Prozent. Eine Mechaniker- oder Schmiedstunde kostete 1961 20,30 S und kostet 1966 34,12 S; eine Steigerung von 68 Prozent.

Hohes Haus! Nach dieser Beleuchtung der Preissituation vom Bauern aus gesehen — und ich glaube sagen zu können, daß ich objektiv war — möchte ich kurz auf einige allgemeine agrarpolitische Überlegungen eingehen und besonders auf die Haltung und Einstellung gerade der sozialistischen Fraktion. Der Kollege Dr. Weihs (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Hier ist er! — Heiterkeit*) — er ist hier, ja — hat in seiner Rede zur Regierungserklärung, bezogen auf die Landwirt-

wirtschaft, viel Richtiges gesagt. Ich habe das schon betont: Manches, was Sie gemeint haben, unterstreiche ich durchaus, das findet meine Zustimmung. Auch wir, Herr Doktor, sind der Auffassung, daß wir eine markt-konforme Qualitätserzeugung anstreben müssen. Aber, Herr Doktor, Sie vergessen nur die Folgerungen, und die möchte ich Ihnen jetzt sagen. Auf vielen Gebieten beweisen wir das. Herr Doktor, Sie fügten hinzu, daß die markt-konforme Erzeugung den Konsumenten zu angenehmen Preisen, also billig angeboten werden müsse. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Zu angemessenen Preisen habe ich gesagt!*) Herr Doktor! Marktkonform heißt nach meiner Auffassung, sich auf die gesteigerten Käufer-ansprüche, auf die neuen Konsumgewohnheiten einzustellen. Natürlich, es ist das gute Recht des Verbrauchers, für sein gutes Geld auch gute Ware zu bekommen. Aber — und das haben Sie übersehen — wir dürfen nicht daran vorbeigehen und übersehen, daß gesteigerte Konsumentenwünsche auch eine Verteuerung der Ware zur Folge haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Herr Kollege! Das sind immer noch angemessene Preise!*) Das haben Sie nicht dazugesagt. (*Abg. Dipl.-Ing. Doktor O. Weihs: Das habe ich gesagt: Angemessene Preise!*) Ich ergänze also damit Ihre Ausführungen. Hoffentlich stehen Sie auch dazu. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Was ich gesagt habe, steht im Protokoll!*)

Alle agrarischen Erzeugnisse, meine Damen und Herren, erfordern, weil wir ja etwa in diesem Sinne verfahren müssen, um am Markt bleiben zu können, heute einen wesentlich höheren Aufwand, um marktgerecht angeboten zu werden, als etwa im Jahre 1945 oder auch noch 1950. Eine strenge qualitative Auslese muß getroffen werden. Bei verschiedenen Erzeugnissen haben wir einen erheblichen Mehraufwand für Sortierung zu leisten, die Verpackung muß in zunehmendem Maß ansprechender und vor allem auch hygienischer sein, und außerdem, auch darüber sind wir uns, glaube ich, im klaren, müssen auch wir für unsere Waren Werbung betreiben.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch etwas sagen, und hier möchte ich das Wort an Sie von der Sozialistischen Partei richten: Wenn Sie von der Landwirtschaft reden, dann möchte ich Sie bitten: Gehen Sie von Ihrem „Fabrikdenken“ ab! Wir wie auch Sie müssen leider zur Kenntnis nehmen, daß wir in der Landwirtschaft kein Dach über unserer Werkstatt haben. Man könnte noch so präzise Planungen anstellen — Schwankungen auf dem Agrarsektor werden Sie damit nicht verhindern. Eine Frostnacht, fünf Minuten Hagelschlag oder ein Hochwasser machen eine ganze

Tödling

Ernte und die Hoffnungen eines Jahres zu nichte!

Abschließend — und das sage ich, ohne überheblich zu sein — behaupte ich, daß unser Bauer das größte Unternehmerrisiko zu tragen hat. Bedenken Sie das, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, wenn Sie die österreichische Landwirtschaft vom Fenster eines Partei- oder Gewerkschaftssekretariates aus betrachten. Am besten wäre es, Sie würden es einmal selber probieren! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihns: Haben wir schon gemacht!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Mir liegt nun der Antrag des Herr Abgeordneten Meißl vor, den er ja verlesen hat. Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, den bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke, das ist nicht genügend. Der Antrag steht nicht zur Debatte.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pansi das Wort.

Abgeordneter Pansi (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Herren Voredner haben sich durchwegs mit den wirtschaftlichen Problemen der Landwirtschaft beschäftigt, und diejenigen, die nach mir sprechen werden, werden das wahrscheinlich zum überwiegenden Teil ebenfalls tun. Ich darf mich daher mit den Problemen der Dienstnehmer der Land- und Forstwirtschaft beschäftigen, die trotz der gewaltigen Abwanderung noch immer einen erheblichen Teil der Berufstätigen der Landwirtschaft, besonders aber der Forstwirtschaft ausmachen.

Die Land- und Forstarbeiter gehören einer Berufsgruppe an, die seit jeher stiefmütterlich behandelt worden ist. Sie waren lange Zeit von vielen Sozialgesetzen ausgenommen beziehungsweise wesentlich schlechter gestellt als die übrigen Arbeiter und Angestellten. Auf einigen Gebieten konnte im Laufe der Zeit die Schlechterstellung beseitigt werden. Auf dem für die Dienstnehmer jedoch wichtigsten Gebiet, auf dem Gebiet der Löhne, sind die Land- und Forstarbeiter auch heute noch wesentlich schlechter gestellt als ihre Kollegen in den anderen Wirtschaftszweigen.

Wie die Verhältnisse der Land- und Forstarbeiter auf dem Gebiete der Löhne sind, können wir aus den Grünen Berichten ersehen. In den Jahren 1960 und 1961 betrug die Differenz zwischen dem monatlichen Einkommen der Dienstnehmer der Land- und Forstwirtschaft und jenem anderer Berufsgruppen 400 S, in den Jahren 1962 bis 1964 hat die Differenz bereits 500 S betragen, und im Jahre 1965

ist diese Differenz sprunghaft bereits auf 650 S angestiegen. Die tatsächlichen Verhältnisse sind jedoch noch wesentlich ungünstiger als die, die aus dem Grünen Bericht zu ersehen sind.

Die Winterarbeitslosigkeit bei den Land- und Forstarbeitern ist die verhältnismäßig größte von allen Berufsgruppen. Seit Jahren können wir eine Arbeitslosigkeit von 25 bis 28 Prozent aller Land- und Forstarbeiter verzeichnen. Bei den Forstarbeitern beträgt die Winterarbeitslosigkeit in einigen Bundesländern sogar 65 und 68 Prozent.

Das Arbeitslosengeld ist bekanntlich nur ein Teil des Lohnes. Wenn wir das berücksichtigen, so ist die Differenz zwischen den durchschnittlichen Einkommen der Dienstnehmer in den übrigen Wirtschaftszweigen und jenen der Land- und Forstarbeiter noch bedeutend größer.

Die Verhältnisse sind jedoch bei den einzelnen Gruppen der Land- und Forstarbeiter unterschiedlich. Die Löhne der Forstarbeiter konnten in den letzten Jahren einigermaßen befriedigendes Niveau erreichen. Das gleiche gilt für die Löhne der Landarbeiter in Gutsbetrieben besonders in Wien, Niederösterreich und im Burgenland. In den anderen Ländern sind auch die Löhne der Landarbeiter in Gutsbetrieben wesentlich schlechter.

Die schlechtesten Löhne finden wir jedoch bei den Landarbeitern in bäuerlichen Betrieben. Mit Stand vom 1. März konnten wir feststellen, daß wir bei den Traktorführern, also bei Facharbeitern in den bäuerlichen Betrieben, noch Stundenlöhne haben, die bei 6 und 7 S liegen. Den niedrigsten Lohn finden wir in Salzburg — schade, daß Herr Präsident Grießner nicht hier ist (*Ruf: Er ist da!*), denn er ist ja dort in sehr starkem Maße an den Lohnverhandlungen beteiligt —: Der Stundenlohn eines Traktorführers beträgt einschließlich der freien Station brutto 6,22 S. Der Stundenlohn für Frauen beträgt in einem bäuerlichen Betrieb in Salzburg 5,84 S.

In den übrigen Bundesländern sind die Löhne etwas höher, aber keinesfalls befriedigend. Ich darf dazu die Feststellung treffen, daß für die Landarbeiter in den bäuerlichen Betrieben in den wenigsten Ländern — nur in zwei Ländern — die Gewerkschaft die Kollektivverträge abschließt, daß die Kollektivverträge in den übrigen Ländern von den Landarbeiterkammern beziehungsweise zum Teil vom Land- und Forstarbeiterbund, also von zwei ÖVP-Organisationen, abgeschlossen werden. (*Abg. Nimmervoll: Wir fahren nicht schlecht dabei!*) Es ist also dort nirgends die Gewerkschaft als „Bremsklotz“ beteiligt, wie das so oft von den Vertretern des Arbeiter- und Angestellten-

Pansi

bundes dargestellt wird, sondern die ÖVP ist unter sich, und trotzdem gibt es dort die schlechtesten Löhne von ganz Österreich. (*Abg. Nimmervoll: Im Burgenland ist die Arbeiterkammer zuständig, und die haben dort die schlechtesten Löhne! Tirol hat die besten Löhne! — Abg. Robak: Schön ruhig sein! — Abg. Nimmervoll: Ach so! Wenn es euch nicht paßt!*)

Wenn wir internationale Vergleiche anstellen, so schneidet Österreich ebenfalls ungeheuer schlecht ab. Die FAO hat für das Wirtschaftsjahr 1963/64 festgestellt, daß Österreich von zehn westeuropäischen Staaten die schlechtesten Landarbeiterlöhne hat. Dabei ist als Vergleich noch der durchschnittliche Lohn für Gutsarbeiter von 10,63 S herangezogen worden. Sogar in Italien und in Frankreich, wo es ebenfalls schlechte Landarbeiterlöhne gibt, liegen die Löhne um einige Schilling höher als in Österreich.

Es erhebt sich nun die Frage, ob diese schlechten Landarbeiterlöhne begründet sind, ob sie nicht besser sein könnten und ob diese schlechten Landarbeiterlöhne etwa in den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte ihre Begründung finden. Das ist durchaus nicht der Fall.

Kollege Weihs hat schon festgestellt, daß ein größerer Teil der landwirtschaftlichen Produkte europäische Preise hat. Das gilt für Milch und Milchprodukte und für das Getreide. Lediglich bei Vieh und Fleisch haben wir in Österreich noch nicht europäische Preise erreicht. Wenn aber die Entwicklung so weitergeht, werden wir auch dort sehr bald europäische Preise erreicht haben. Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch feststellen, daß diese europäischen Preise bei Milch und Milchprodukten sowie bei Getreide nicht etwa gegen den Willen der Sozialisten, sondern mit den Sozialisten erreicht worden sind. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Die Landwirtschaft wäre nie in der Lage gewesen, dieses Preisniveau so rechtzeitig beziehungsweise so frühzeitig zu erreichen, wenn nicht die Sozialisten für die Preisstützungen eingetreten wären. (*Abg. Altenburger: Aber nicht aus reiner Liebe für die Landwirtschaft allein! — Abg. Steininger: Nur!*) Ich komme gleich darauf zu sprechen, Kollege Altenburger.

Nicht nur die Löhne der Landarbeiter sind keine europäischen Löhne, sondern die Löhne und Gehälter aller Arbeiter und Angestellten Österreichs sind noch bei weitem keine europäischen Löhne. (*Abg. Altenburger: Ich meinte den Preis, die Stützung!*) Um es auch den Empfängern niedriger Einkommen zu ermöglichen, zu angemessenen Preisen zu leben, sind die Sozialisten dafür eingetreten, Preisstützungen einzuführen. Aber der Landwirt-

schaft wäre es niemals gelungen, bei diesen niedrigen Löhnen europäische Preise zu erzielen, weil diese die heimische Bevölkerung, vor allem die Arbeiter und Angestellten, nicht hätte bezahlen können.

Das sollte von der Landwirtschaft doch immer anerkannt werden, denn sie ist bei den Preisen wesentlich weiter als die Land- und Forstarbeiter bei den Löhnen und auch wesentlich weiter als die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft Österreichs mit ihren Löhnen und Gehältern.

Die Landwirtschaft versucht leider Gottes sehr oft — auch heute ist das schon wieder geschehen —, gegen die Lohnbewegungen zu polemisieren. Die Landwirtschaft hätte überhaupt kein Recht, das zu tun. (*Abg. Grießner: Wir sind Großkonsumenten auf dem Maschinensektor!*) Ich muß doch annehmen, Herr Präsident Grießner, daß Sie als europäischer Politiker — Sie sind ja auch in vielen europäischen Organisationen tätig — nicht nur die Preisentwicklung in der Landwirtschaft, sondern auch die Entwicklung der Löhne verfolgen. Sie können doch von den österreichischen Arbeitern und Angestellten nicht verlangen, daß sie unter den europäischen Löhnen bleiben, und zwar — nach Ihrer Meinung — ständig unter den europäischen Löhnen bleiben, Sie aber selbstverständlich für sich selbst europäische Preise in Anspruch nehmen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Wo bleibt denn hier die Gleichheit für alle Staatsbürger, von der ja immer wieder soviel geredet wird? (*Abg. Minkowitsch: Herr Präsident Pansi! Sprechen Sie auch von der Zuspeise, die zu den Löhnen eine Selbstverständlichkeit geworden ist!*) Selbstverständlich! (*Abg. Minkowitsch: Sprechen Sie auch von der Steuerbelastung, die es in Österreich gibt und in anderen Ländern nicht gibt! Es gibt viele Gesichtspunkte, die gleichermaßen beachtet werden müssen!*) Selbstverständlich. (*Abg. Ing. Häuser: Die Steuern der Landwirtschaft?* — *Abg. Minkowitsch: Ich darf Ihnen sagen, Herr Vizepräsident, daß die österreichische Weinbauerschaft zum Beispiel die höchste Steuer der ganzen Welt zahlt!* — *Abg. Ing. Häuser: Im Betrag wirkt sie sich nicht aus!* — *Abg. Minkowitsch: Ich möchte nur betonen, daß man nicht einen Punkt herausgreifen kann!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Am Wort ist der Redner! Bitte keine Zwischenreden, sondern sich zum Wort zu melden. (*Abg. Minkowitsch: Ich nehme es zur Kenntnis, Herr Präsident! Jawohl, später!*)

Abgeordneter Pansi (*fortsetzend*): Es ist richtig, daß die Baukosten, gegen die Sie so stark polemisieren, in Österreich verhältnismäßig hoch sind. Aber, meine sehr verehrten

Pansi

Damen und Herren, dann untersuchen Sie auch einmal die internationalen Statistiken! Da werden Sie feststellen, daß die österreichischen Baukostenpreise nahezu an der Spitze marschieren, aber nicht wegen der hohen Bauarbeiterlöhne, sondern wegen der unrationellen Bauwirtschaft in Österreich. Richten Sie daher Ihre Appelle an die Zuständigen in Ihren eigenen Reihen und nicht an die, die auf der linken Seite des Hohen Hauses sitzen.

(*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Steininger: Es steht wieder 1:0!*)

Wir stellen fest, daß die Löhne der Land- und Forstarbeiter zweifellos als schlecht bezeichnet werden müssen. Es ist daher geradezu unverständlich, daß man nun auch noch versucht, das Arbeitsrecht der Land- und Forstarbeiter zu verschlechtern.

Sozialistische Abgeordnete haben in den Jahren 1961 und 1964 Anträge zur Novellierung des Landarbeitergesetzes eingebracht. Diese Vorschläge haben natürlich Verbesserungen enthalten, es wurde verlangt, die Bestimmungen des Landarbeitsrechtes den geänderten Verhältnissen anzupassen.

Ende 1964 hat das Landwirtschaftsministerium, das bekanntlich für das Arbeitsrecht der Land- und Forstarbeiter zuständig ist, den Entwurf einer Novelle zum Landarbeitsgesetz verschickt. Wir waren geradezu erschüttert, daß in diesem Entwurf kaum eine Verbesserung des Arbeitsrechtes enthalten war, soweit diese Bestimmungen nicht ohnehin schon in den Landarbeitsordnungen und Kollektivverträgen enthalten sind, daß aber in diesem Entwurf der Novelle zum Landarbeitsgesetz eine Reihe von wesentlichen Verschlechterungen des bestehenden Landarbeitsrechtes enthalten waren:

So sollen zum Beispiel die Kündigungsbeschränkungen, die es im Landarbeitsrecht gibt, aufgehoben werden. Das bedeutet, daß den Betriebsräten das Mitspracherecht bei dem sogenannten witterungsbedingten Aussetzen genommen wird. In weiterer Folge bedeutet das eine wesentliche Zunahme der Winterarbeitslosigkeit, weil sich manche oder sehr viele Betriebe nur nach ihren eigenen Bedürfnissen richten und es für sie uninteressant ist, ob die Forst- und Landarbeiter Beschäftigung und damit entsprechendes Einkommen haben. Die so gekündigten Arbeiter — gegenwärtig ist im Winter beziehungsweise bis zu Jahresende eine Kündigung nicht möglich — müssen dann neu aufgenommen werden. Derzeit gibt es keine Lösung des Dienstverhältnisses während der arbeitschwachen Zeit. Bei der Neuaufnahme würde man dann wahrscheinlich sehr oft die alten, nicht mehr so leistungsfähigen Arbeiter einfach nicht mehr aufnehmen.

Aber auch andere arbeitsrechtliche Bestimmungen würden sich durch die Beseitigung der Kündigungsbeschränkungen ergeben, des weiteren eine Verschlechterung der Abfertigungsbestimmungen in fünf Bundesländern: In Wien, in Niederösterreich, im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten würde nach diesem Entwurf eine bedeutende Verschlechterung der Abfertigungsbestimmungen eintreten.

Die Beseitigung der 45 Stunden-Woche für die Forstarbeiter. Bisher hatten die Forstarbeiter laut Kollektivvertrag ebenfalls die 45 Stunden-Woche. Nunmehr wird vorgeschlagen, für die Forstarbeiter eine verschieden lange Arbeitszeit einzuführen: im Sommer 48 Stunden und im Winter 42 Stunden. Das würde bedeuten, daß die Arbeitslosigkeit nochmals vergrößert wird. Das würde darüber hinaus bedeuten, daß für einen großen Teil der Forstarbeiter die 45 Stunden-Woche überhaupt verschwinden würde, weil sie nur im Sommer arbeiten, im Winter aber stempeln geschickt werden.

Darüber hinaus sind Verschlechterungen bei den Entgeltbestimmungen bei Dienstverhinderungen in diesem Entwurf enthalten, außerdem eine Reihe von Verschlechterungen bei den Schutzbestimmungen für die Frau.

In diesem Entwurf fehlt jedoch eine wesentliche Regelung, die wir schon seit längerer Zeit fordern. Es fehlt in diesem Gesetz die Neuregelung der Kinderarbeit. Für die Land- und Forstwirtschaft gilt noch immer das veraltete Gesetz für die Kinderarbeit aus 1935. Nach diesem Gesetz ist die Kinderarbeit in der Landwirtschaft ab dem zehnten und in der Forstwirtschaft ab dem zwölften Lebensjahr gesetzlich erlaubt. Die übrigen gesetzlichen Bestimmungen über die Kinderarbeit sind schon längst den geänderten Verhältnissen angepaßt worden. Einige Länder haben ebenfalls schon bessere Bestimmungen in ihre Landarbeitsordnungen aufgenommen. Anscheinend aber findet es das Landwirtschaftsministerium nicht für notwendig, diesen Schandfleck endlich zu beseitigen.

Die Folgen dieser unsozialen Gesetzgebung bleiben nicht aus. Wir können einem Bericht der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt entnehmen, daß im Jahre 1964 1600 Kinder unter 15 Jahren in der Landwirtschaft einen Arbeitsunfall erlitten haben.

Die Musterungsergebnisse sind jedenfalls bekannt; sie sind unter der ländlichen Jugend am schlechtesten. Es wäre höchste Zeit, auch auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen, damit bezüglich der Kinderarbeit endlich ähnliche Verhältnisse geschaffen werden, wie sie für alle übrigen Berufsgruppen gelten.

1090

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Pansi

Dieser schlechte Entwurf ist noch verständlich, wenn man sich darüber im klaren ist, daß das Landwirtschaftsministerium in erster Linie die Interessen der Dienstgeber vertritt. Aber in dem Schreiben zu diesem Entwurf wird festgestellt, daß der Entwurf im wesentlichen durch Verhandlungen zwischen der Präsidentenkonferenz und dem Landarbeiterkammertag zustande gekommen ist. Es ist auch noch verständlich, daß die Präsidentenkonferenz einen so kurz-sichtigen Standpunkt vertritt und nur ihren Vorteil sieht, aber völlig unverständlich ist es, daß auch ein Dienstnehmervertreter, also der ÖVP-Landarbeiterkammertag — dem Landarbeiterkammertag gehört kein Sozialist an —, einer solchen schlechten Regelung die Zustimmung gibt.

Der Arbeiter- und Angestelltenbund kann auf seine Funktionäre im Landarbeiterkammertag zweifellos stolz sein. Einige Vertreter gehören auch diesem Hohen Hause an. Hier haben wir den besten Beweis dafür, wie die „Politik für alle Österreicher“ — davon wird ja seit einiger Zeit so viel gesprochen — in Wirklichkeit aussieht.

Die Land- und Forstarbeiter Österreichs erwarten, daß in der Regierungsvorlage, die der Herr Minister im Ausschuß für den Herbst zugesagt hat, keine Verschlechterungen des bestehenden Arbeitsrechtes enthalten sind, sondern daß in ihr auch Verbesserungen enthalten sind. Die Wünsche der Land- und Forstarbeiter Österreichs sind dem Landwirtschaftsministerium durch die beiden genannten Anträge und durch die Stellungnahmen der Gewerkschaft und des Arbeiterkammertages hinreichend bekannt.

Ich darf auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einige Worte zum Eigenheimbau der Land- und Forstarbeiter verlieren. Die Land- und Forstarbeiter haben eine eigene Förderung des Wohnungsbau. Sie sind von der allgemeinen Wohnbauförderung ausgenommen. Sie zahlen keine Beiträge, bekommen dann aber auch von dort keine Mittel. Die Förderung erfolgt über das Landwirtschaftsministerium durch Richtlinien. Wir haben, sehr geehrter Herr Minister, zu den bisherigen Förderungsrichtlinien und zur bisherigen Art der Förderung einige Wünsche.

Die Land- und Forstarbeiter haben ein Recht auf Wohnbauförderung. Es ist daher unrichtig, daß laufend eine Verlagerung der Mittel für den Wohnungsbau aus dem ordentlichen Budget in den Grünen Plan erfolgt. Im Grünen Plan sind Sondermaßnahmen vorgesehen, aber die Wohnbauförderung ist keine Sondermaßnahme. Wir ersuchen daher, die Mittel für die Wohnbauförderung in

Zukunft wieder in das ordentliche Budget aufzunehmen und nicht von Jahr zu Jahr mit diesen Beträgen zu jonglieren: einmal weniger, einmal mehr.

Zweitens ersuchen wir, die Mittel für die Wohnbauförderung der Land- und Forstarbeiter jährlich in jenem Ausmaß zu erhöhen, als die Mittel für die übrige Wohnbauförderung eine Erhöhung erfahren. Bekanntlich ist dort ein ständiges Ansteigen der zur Verfügung stehenden Mittel zu verzeichnen.

Drittens wäre die Einbeziehung aller Dienstnehmer, also auch aller Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft in die Eigenheimförderung vorzunehmen. Ein Ausschluß eines Teiles der Angestellten ist völlig unrichtig, denn sie würden dann überhaupt keine Möglichkeit haben, bei der Errichtung eines Eigenheimes eine Förderung aus öffentlichen Mitteln zu erhalten. Das wäre dann die einzige Gruppe, die es überhaupt gibt, denn von der allgemeinen Wohnbauförderung ist ja niemand ausgenommen außer den Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft.

Des weiteren fordern wir eine laufende Anpassung der Zuschüsse an die steigenden Baukosten. Die letzte Erhöhung der Zuschüsse ist für die Landarbeiter im Jahre 1963 und für die Forstarbeiter schon im Jahre 1961 erfolgt. Die Baukosten sind in dieser Zeit um mehr als 20 beziehungsweise 30 Prozent gestiegen. Wenn die Zuschüsse schon nicht laufend erhöht werden, so müssen sie doch ihre Kaufkraft behalten, damit die Förderung wenigstens in dem Umfang, wie sie derzeit besteht, erhalten bleibt.

Es ist bekannt, daß der Eigenheimbau die teuersten Wohnungen umfaßt. Die Land- und Forstarbeiter haben kaum eine andere Möglichkeit, zu besseren Wohnungen zu kommen, weil sie auf dem flachen Lande und in abgelegenen Gräben wohnen, wo es keine andere Wohnbautätigkeit gibt. Wenn sie ohnehin dadurch benachteiligt sind, daß sie durch ein Eigenheim zu einer besseren Wohnung kommen müssen, dann ist es gerechtfertigt, daß sie zumindest in dem Ausmaß gefördert werden, als das bei den übrigen Berufsgruppen der Fall ist.

Und schließlich, sehr geehrter Herr Minister, haben die Förster einen dringenden und berechtigten Wunsch. Die Förster verlangen seit langer Zeit eine bessere Berufsausbildung. Dieses Verlangen ist mehr als gerecht. Die Försterausbildung hat seinerzeit entsprochen, als man dem Wald noch nicht jene Bedeutung beigemessen hat, die ihm heute beigemessen wird, und als es noch keine Berufsausbildung für die Forstarbeiter gegeben hat.

Pansi

Jetzt aber wird der Wald wesentlich anders bewirtschaftet als früher. Die Forstarbeiter haben seit etwa 13 Jahren eine gesetzliche Berufsausbildung. Ein Forstarbeiter muß drei Jahre lernen und kann dann nach einer Prüfung Forstfacharbeiter werden. Wenn er Meister werden will, so muß er eine siebenjährige Beschäftigungszeit nachweisen und zwei Prüfungen ablegen. Die Ausbildung der Förster ist wesentlich kürzer als diejenige eines Holzmeisters und entspricht daher keineswegs mehr den gegebenen Verhältnissen.

Die Försterausbildung muß daher verbessert werden, wenn sie entsprechen soll. Es wäre unbedingt notwendig, die Försterausbildung so zu regeln, daß die abgeschlossene Ausbildung des Försters einer Mittelschulbildung gleichkommt, wie wir das in der Landwirtschaft zum Teil schon haben. Dadurch würden der Forstwirtschaft entsprechend ausgebildete Förster zur Verfügung stehen. Außerdem hätten dann tüchtige junge Förster die Möglichkeit, von der Forstschule weg auf die Hochschule zu kommen und die Hochschule für Bodenkultur zu besuchen.

Beim Waldbesitz müßte die Auffassung Platz greifen, daß nur gut ausgebildete Förster den umfangreichen Aufgaben gewachsen sein können. Das kostet zwar mehr, aber es ist heute Allgemeingut, daß die Mehrkosten, die gut ausgebildete Arbeitskräfte verursachen, durch höhere Leistungen bei weitem hereinbrächten werden.

Der Herr Bundeskanzler und andere Mitglieder der Bundesregierung haben seit dem Amtsantritt der ÖVP-Alleinregierung wiederholt betont, daß sie eine Regierung für alle Österreicher seien und eine Politik für alle Österreicher machen werden. Solche Beteuerungen sind völlig überflüssig. Natürlich ist sie eine Regierung für alle Österreicher und nicht nur für einen Teil derselben. Daß sie eine Politik für alle Österreicher macht und machen wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Frage ist nur, ob diese Regierung für alle Österreicher gleich gut oder gleich schlecht ist und ob sie dem Starken oder dem Schwachen helfen wird. Ihre bisherige Haltung gegenüber den Interessen der Dienstnehmer, also der wirtschaftlich Schwächeren, gibt keine Gewähr dafür, daß Sie sich für eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes einsetzen werden. Ein eindeutiger Beweis dafür ist, daß Sie die Absicht haben, die ohnehin wirtschaftlich zurückgebliebenen Land- und Forstarbeiter auch noch weiterhin zu benachteiligen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tschida das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Pansi, ich konnte Ihren Ausführungen in gewisser Hinsicht folgen und teile auch Ihre Sorgen, aber mit Ihrer Argumentation komme ich nicht ganz mit. Denn bedenken Sie eines: Hier handelt es sich um Arbeitgeber in der Landwirtschaft. Man kann hier nicht allein mit Preisen der Agrarprodukte argumentieren, sondern muß auch die andere Seite ins Kalkül ziehen. Ich bin überzeugt, daß jeder österreichische Landwirt ohne weiteres bereit ist, zu zahlen, wenn auch er für seine Arbeit den entsprechenden Lohn bekommt. (Abg. Pansi: Ich habe Ihnen ja gesagt, daß wir europäische Preise haben! Wissen Sie das nicht?) Sie sprechen nur von Preisen, Sie müssen aber auch die andere Seite sehen, den Aufwand in der Landwirtschaft, das ganze Drum und Dran. (Abg. Pansi: Das müssen Sie mit dem Handel ausmachen, nicht mit uns!) Es ist billig, wenn Sie sagen: „Das müssen Sie mit dem Handel ausmachen.“ (Ruf bei der SPÖ: Mit dem Mitterer!)

Hohes Haus! Die Landwirtschaft in Österreich befindet sich — wie in allen übrigen Industriestaaten — in einem Umwandlungsprozeß, dessen Ende noch immer nicht abzusehen ist. Dieser Prozeß mit seinen krisenhaften Erscheinungen erfüllt uns mit einer gewissen Sorge, er bedarf unserer besonderen Aufmerksamkeit und vor allem des Verständnisses aller Bevölkerungskreise.

Gestatten Sie mir, daß ich aus dem großen Korb von Problemen ein sachliches Problem herausgreife, das besonders für meinen Wahlkreis, das Burgenland, von größter Bedeutung ist: Es ist dies die Frage der Flurverfassung und der Flurbereinigung. Laut Grünem Plan bedürfen vordringlich 480.000 ha Ackerland und Gartenland der Zusammenlegung. Das ist ein Programm, das ungeheure Geldmittel erfordert. Leider Gottes fehlt uns hierzu nicht nur das Geld, sondern auch das notwendige technische Personal. Die Anforderungen an die Agrarbehörden sind derzeit auch tatsächlich größer, als mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden könnte. Grund und Boden bildet für den bäuerlichen Betrieb die Grundlage der Existenz und stellt nach wie vor den wichtigsten Kapitalfaktor dar. Für eine rationelle und gewinnbringende Bewirtschaftung des vorhandenen Grund und Bodens wird aber nicht nur die Quantität und Qualität ausschlaggebend sein, sondern ebenso auch die Lage der Grundstücke zueinander und untereinander. Ein Betrieb mit Fleckerlteppichmuster, wie man es heute noch in weiten Landstreifen sieht, und mit Hosentriemenparzellen, wie wir sie in vielen Gegenden unseres Vaterlandes noch vorfinden, wird in

Dipl.-Ing. Tschida

Zukunft auf keinen Fall wettbewerbsfähig sein. Die Nachteile eines aufgesplitterten Betriebes treffen die Landwirtschaft mit zunehmender Härte, weil sie einerseits infolge der Abwanderung der Arbeitskräfte in andere Berufe, andererseits durch Steigerung ihrer Produktivität durch Vermehrung und Verbilligung der Lebensmittelherstellung, in steigendem Maße Maschinen für die Landarbeit einsetzen muß, die bestimmte Voraussetzungen erfordern.

Das beste und erfolgversprechendste Mittel gegen Zeit- und Kapitalvergeudung sehe ich in der Agrarstrukturverbesserung durch Zusammenlegung. Sie bringt unter anderem ein besseres Wegenetz, große Parzellen, wodurch ein rentabler Einsatz der Maschinen gegeben ist. Sie gewährleistet die sparsame Anwendung von Handeldüngermitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln. Sie bringt zusätzliche Nutzflächen, spart Arbeit und Zeit und bietet die Möglichkeit grundlegender Betriebsvereinfachungen.

Lassen Sie mich ein praktisches Beispiel anführen, das die Vorteile einer Grundzusammenlegung viel deutlicher veranschaulicht. Eine Gemeinde des nordöstlichen Flach- und Hügellandes wurde im Jahre 1950 bei einer einbezogenen Fläche von 1169 ha bei 300 Besitzern kommassiert. Sehen wir uns nun an, wie sich diese Kommassierung ausgewirkt hat. Vor der Kommassierung gab es in dieser Gemeinde eine Grundstücksanzahl von 3308 Parzellen, nach der Zusammenlegung dagegen nur 816. Die durchschnittliche Größe der Parzellen betrug vorher 0,35 ha, nach der Zusammenlegung 1,43 ha. Im Zuge der Folgemaßnahmen wurden in dieser Gemeinde auch die dementsprechenden Entwässerungen veranlaßt, es wurden 87 ha entwässert. Windschutzanlagen wurden im Ausmaß von 10,24 ha angelegt.

Auf Grund dieser Kommassierung konnten verschiedene Betriebsumstellungen und vor allem Betriebsvereinfachungen getätigten werden. Die Resultate sehen folgendermaßen aus: Während es im Jahre 1950 in dieser Ortschaft noch 164 Pferde gab, war ihre Zahl bis 1961 auf 26 zurückgegangen. Rinder: vor der Kommassierung 412, nach der Kommassierung 599; Schweine: vorher 830, nachher 1398; Traktoren: vorher 11, nachher 85; Mähdrescher: vorher 0, nachher 20; Kunstdüngerstreuer: vorher 7, nachher 26, und so weiter.

Aber auch in den Erträgen kommt der Vorteil dieser Zusammenlegung ganz eindeutig zum Ausdruck. Der Durchschnittsertrag betrug pro Hektar in Tonnen: bei Weizen vor der Kommassierung 2,5, nach der Kommas-

sierung 3; bei Roggen vorher 2,1, nachher 2,6; bei Kartoffeln vorher 20, nachher 27; bei Zuckerrüben vorher 27, nachher 35.

Sie ersehen also daraus, wie segensreich sich so eine Förderungsmaßnahme auswirken kann. Der Aufwand an Arbeitsleistung ist sage und schreibe um 25 Prozent gesunken, die Durchschnittserträge erhöhten sich dagegen um 20 bis 35 Prozent.

Meine Damen und Herren! Auf Grund dieser ins Auge fallenden Erfolge ist es eine Selbstverständlichkeit, gerade dieser Förderungsmaßnahme das höchste Augenmerk zu schenken, weil sie ganz wesentlich dazu beitragen kann, die Wettbewerbsfähigkeit solcher Betriebe zu steigern. Die Grundbesitzer drängen in letzter Zeit sehr stark auf die Durchführung der Zusammenlegungen. Eine große Anzahl von Anträgen liegt bei der Agrarbehörde auf, denen wahrscheinlich erst in mehreren Jahren entsprochen werden kann. Es wurde daher auch schon von mir immer wieder die Forderung erhoben, Möglichkeiten zur Beschleunigung dieser Arbeiten zu suchen. Sie liegen vor allem in einer Vereinfachung, Straffung und Verkürzung des Zusammenlegungsverfahrens.

Hiezu erscheint eine gesetzliche Neufassung dieser Materie unbedingt notwendig. Soweit mir nun bekannt ist, wurde im Zusammenwirken zwischen Landwirtschaftsministerium und Vertretern mehrerer Bundesländer ein Entwurf für die Neufassung des Flurverfassungs-Grundsatzgesetzes 1951 ausgearbeitet und den anderen Ministerien zur Stellungnahme zugeleitet.

Ich darf Sie daher bitten, Herr Bundesminister, dafür Sorge zu tragen, daß die Novelle zu diesem Flurverfassungs-Grundsatzgesetz so bald als möglich über die Bühne gehen kann. Sie wird sich für weite Teile unseres Landes sicherlich sehr segensreich auswirken und mit dazu beitragen, daß wir unserem Ziel, lebensfähige bäuerliche Betriebe zu schaffen und zu erhalten, näherkommen. Ich bin natürlich nach wie vor davon überzeugt, daß das kein Allheilmittel ist. Aber letztlich müssen wir alles daransetzen und alle Möglichkeiten heranziehen, um den Zielen der Agrarpolitik näherzukommen.

Im Mittelpunkt aller unserer Überlegungen muß aber immer der bäuerliche Mensch und die dörfliche Gemeinschaft stehen. Und sehen Sie, meine Herren von der Linken, da kann ich Herrn Dr. Weihs auch nicht ganz folgen. Er hat hier von einem Bauernsterben gesprochen. Er hat es zwar nicht ganz offen gesagt, aber er hat gemeint, man müßte rücksichtsloser vorgehen, damit die kleinen bäuerlichen Betriebe eher verschwinden. (Abg. Horejs: „Gesundschrumpfen“ hat er gesagt! — Abg. Robak:

Dipl.-Ing. Tschida

Etwas dagegen unternehmen!) Wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, Wege zu suchen, und es wird welche geben. Gerade Sie, Herr Kollege Robak, müssen das am besten wissen. Denken Sie nur an die Industrialisierung, denken Sie an den Fremdenverkehr. Ich möchte nur davor warnen, daß man die Landbevölkerung in einem Tempo davonjagt, das uns sicherlich allen nicht guttun wird. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Wer jagt sie davon?*) Denn eines steht fest, meine Damen und Herren: Diese vielen kleinbäuerlichen Betriebe tragen heute noch ganz wesentlich zur Ernährung bei. (*Abg. Kratky: Wer verursacht denn das? — Abg. Lanc: Sie regen sich zwecklos auf! Es war von der EWG die Rede! Sie haben nicht zugehört!*)

Ich möchte hier nur noch einmal betonen: Man muß Vorsorge treffen, daß die Abwanderung nicht allzu schnell vor sich geht (*Abg. Mondl: Das haben wir ja gemacht!*), denn gerade diese Kleinen tragen noch immer wesentlich bei zur Ernährung. Ich denke nur an das Vieh, ich denke vor allem an die Fleischversorgung. (*Abg. Ing. Kunst: Wenn jemand den Bauernstand davonjagt, dann können es ja nur Ihre Minister sein, die total versagt haben, die nicht in der Lage sind, den Bauern zu helfen!*) Herr Kollege, Sie entschuldigen schon: Lassen Sie hier die Fachleute sprechen und nicht das Papier. (*Abg. Ing. Kunst: Die ÖVP ist es ja, die die zusätzliche Beschäftigung für den Bauernstand verhindert!*)

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich zunächst in dieser Angelegenheit auf die trockene Statistik zurückgreife. Ihr Zahlenmaterial wird zwar sehr oft angezweifelt und scharf kritisiert. Gehen wir aber mit offenen Augen durch unser Land, so können wir feststellen, daß sich bei der Auflösung der alten Dorfgemeinschaften und dem Suchen nach neuen Formen viel mehr tut, als eben diese Zahlen aussagen können.

Vergleicht man das Volkszählungsergebnis von 1951 mit dem von 1961, so ist der bäuerliche Bevölkerungsanteil von 22 Prozent auf 16 Prozent zurückgegangen und seither in einem noch spürbaren Ausmaß gesunken; an und für sich — ich stimme mit Ihnen überein — eine Entwicklung, gegen die nichts einzuwenden wäre. Diese Entwicklung kann aber nur bis zu einem gewissen Grad getrieben werden, der meiner Ansicht nach in vielen Gebieten Österreichs bereits erreicht wurde. Es wäre volkswirtschaftlich geradezu widersinnig, diesem Geschehen freien Lauf zu lassen.

Was die trockenen Zahlen der Statistik allerdings nicht aussagen, ist der Umstand, daß vor allem die junge Generation die Land- und Forstwirtschaft zu meiden beginnt und

selbst Jungbauern und Jungbäuerinnen von an und für sich existenzfähigen Betrieben das bequemere Leben in der Stadt vorziehen. Diese Behauptung wird bekräftigt durch den Grünen Bericht 1964, der neben der Abwanderung von neuerlich 19.400 Personen aus der Land- und Forstwirtschaft besonders auf den mangelnden Nachwuchs und die Überalterung der Verbliebenen hinweist, die in den nächsten Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Auch der Vergleich der Betriebszählungsergebnisse von 1951 und 1960 muß nach diesem Gesichtspunkt einer genauen Analyse unterzogen werden. Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist während des Zeitraumes von neun Jahren um 7,1 Prozent, das sind 36.319 Betriebe, zurückgegangen. Das ist auch eine natürliche Entwicklung, insbesondere wenn man feststellen kann, daß die Zwerg-, Kleinst- und Kleinbetriebe in einem weitaus größeren Maß abnehmen als die größeren, lebensfähigen Betriebsgrößenklassen.

Auch hier will ich aber auf einen Umstand aufmerksam machen, der nicht mehr normal zu sein scheint. Es ist eben die Überalterung unserer Betriebsführer, die große Schwierigkeit, eine Bäuerin auf den Hof zu bekommen, die vielen weiblichen Betriebsführer und eine gewisse Scheu, den Hof zu übernehmen. Es dürfte Ihnen wahrscheinlich auch bekannt sein — ich glaube, es wurde heute schon darüber gesprochen —, daß in unsere Grenzlandhöfe sowohl der Steiermark als auch des Burgenlandes sehr viele Jugoslawen einheiraten. Dieser Trend zu einer gewissen Unterwanderung ist gerade für diese gefährdeten Gebiete bedenklich und sicherlich auf die Dauer nicht erfreulich.

(**Präsident Wallner** übernimmt den Vorsitz.)

Die krisenhaften Erscheinungen in dem Umstellungsprozeß der Land- und Forstwirtschaft sind gegebene Tatsache. Wir dürfen hier aber nicht tatenlos zusehen, sondern wir müssen uns nach den Ursachen dieser Entwicklung fragen, um entsprechende Gegenmaßnahmen treffen zu können.

Die Land- und Forstwirtschaft nimmt innerhalb aller anderen Wirtschaftssparten eine Sonderstellung ein. Sie produziert unter viel schwierigeren Verhältnissen als zum Beispiel ein industriell-gewerbliches Unternehmen. Sie ist primär von den naturbedingten Gegebenheiten abhängig, die sie kaum zu beeinflussen vermag. Der Bauer ist an Grund und Boden fest gebunden, gleichgültig, ob dieser gut oder schlecht ist, und hat vor allem für eine nachhaltige Bewirtschaftung seines Bodens in Form langjähriger Fruchtfolgen zu sorgen.

Hiebei müssen rein ökonomische Gesichtspunkte oft unberücksichtigt bleiben. Der einjährige und bei vielen Erzeugnissen mehrjährige

1094

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Dipl.-Ing. Tschida

Produktionsprozeß, die bei Obst, Wein und Wald auf Jahrzehnte festgelegten Pflanzenbestände lassen Umstellungen der Produktion, wenn überhaupt möglich, nicht von heute auf morgen zu. Die Mechanisierung der Produktionsweise ist nur teilweise gegeben. Die teuren Maschinen sind in den seltensten Fällen voll auszunützen. Die Produktion fällt naturbedingt stoßweise an und ist in der Regel leichter verderblich als zum Beispiel Industriewaren. Die geringe Preiselastizität bei den Grundnahrungsmitteln und das Nichtvermögen, die Produktion dem Konsum anzupassen, ist absolut nicht dazu angetan, kostendeckende Preise zu sichern. Dazu kommt dann noch das große Unbekannte, das große Risiko, auf das heute auch schon hingewiesen wurde, bedingt durch Wetter und Klima, die sich in Form von Unwettern, Mißernten, Viehseuchen und so weiter oft verheerend äußern, was wir gerade in der letzten Zeit zur Genüge zur Kenntnis nehmen mußten.

Weiters darf ich letztlich auf die arbeitsmäßige Überlastung der in der Landwirtschaft Beschäftigten hinweisen und auf den großen Nachholbedarf auf sozialem Sektor.

Aus dem eben Festgestellten geht hervor, daß unsere Land- und Forstwirtschaft unter den gegebenen Verhältnissen viel schwerer um ihre Existenzsicherung zu ringen hat als alle anderen Bevölkerungsschichten unserer Heimat. Dies kommt am deutlichsten zum Ausdruck durch die Einkommensdisparität zwischen den in der Landwirtschaft Beschäftigten und unseren Industriearbeitern. Das Einkommen der erstenen beträgt leider Gottes etwa nur 50 bis 60 Prozent der zweitenen. (Abg. Kratky: *Das erzählen wir seit 20 Jahren!*) Kein Wunder, wenn es gerade in der Landwirtschaft immer schwieriger wird, die Bevölkerung auf dem Lande zu halten.

Meine Damen und Herren! Hier, glaube ich, hat eine richtig zielführende Agrarpolitik einzusetzen. Was ist aber letztlich Agrarpolitik? Sie muß der Landwirtschaft helfen, ihre schwierige Lage zu überwinden, da sie dazu allein nicht imstande ist. Auf alle Einzelheiten einzugehen, würde diesen Rahmen sprengen, weshalb ich hier nur auf die derzeit wichtigsten Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung hinweisen möchte. Es sind dies unser Landwirtschaftsgesetz und die Marktordnungsgesetze, deren Geltungsdauer verlängert werden soll. Diese Marktgesetze sind zum Teil auch die bedeutendsten Grundlagen im Hinblick auf die Eingliederung in den größeren europäischen Markt und entsprechen ganz den analogen Marktordnungsgesetzen der EWG. Ich will nur hoffen, daß sowohl die SPÖ als auch die FPÖ das notwendige Verständnis

für die Anliegen der Landwirtschaft aufbringen wird und die offenkundig betonte Bauernfreundlichkeit zum Tragen kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordneter Pfeifer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pfeifer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, nicht in so großen Widersprüchen zu reden wie mein geschätzter Herr Vorredner.

Schwierigkeiten und Probleme der Landbevölkerung hat es immer gegeben. Wetter und Marktlage waren immer ein unsicherer Faktor des Ertrages und des Absatzes der Produkte der landwirtschaftlichen Arbeit. Sicherlich gibt es allerlei Maßnahmen, die gut sind, sich aber doch noch nicht immer und überall bewähren. Trockenheit kann man durch Bewässerungen, die sehr kostspielig sind, bekämpfen, aber gegen eine Überfülle des Regens, wie wir sie voriges Jahr erlebten, oder gegen schwere Hagelgewitter sind wir machtlos. Versicherungen werden abgeschlossen und sind sicherlich eine gute Einrichtung.

Die Hauptprobleme des Dorfes aber haben ihre Ursache in der technischen Entwicklung der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Maschinen gab es schon vor dem ersten Weltkrieg, aber die Arbeit der Menschen spielte immer noch eine ausschlaggebende Rolle. So blieb es im großen und ganzen auch nach dem ersten Krieg. Die große Welle und die ungeheuere Steigerung chemischer Stoffe zur Steigerung des Ertrages kam nach dem zweiten Krieg. Der Ertrag ist bedeutend gewachsen, aber wie immer bringt der Fortschritt neue Probleme mit sich, die nicht so leicht zu lösen sind. Die Maschinen verdrängten die menschliche Arbeit. Die ersten, die gingen, waren die Arbeiter der Gutshöfe, dann kamen die Tagwerker aus den Bauerndörfern dazu. Tagwerker, die selbst über ein wenig Ackerland verfügten, zögerten und zögern mit der Abwanderung. Aber es sind auch schon sehr viele, vor allem jüngere Leute in die Industriegebiete verzogen. Für die wenigen, die geblieben sind, und die für die Arbeit der Bauern dringend benötigt werden, sollte man alles tun, um sie dem Dorfe zu erhalten. Es wurde viel von Grundaufstockung und von Besitzfestigung geredet, aber beides brachte nur gebietsweise Ergebnisse.

Die allgemeine Hilfe für die Landwirtschaft muß lauten: erstens Verbesserung der Sozialpolitik für die Landwirtschaft, also Verbesserung der landwirtschaftlichen Zuschußrente zu einer echten Rente und Erlangung eines Vertrages mit den Ärzten bei der Bauernkranken-

Pfeifer

kasse, zweitens Ansiedlung kleinerer Industrie- oder Gewerbebetriebe im Dorfe.

Gestatten Sie mir, daß ich nun in meiner Eigenschaft als ausübender Bauer zum zweiten, zur Ansiedlung kleinerer Betriebe im Dorfe, einiges sage. Natürlich muß man sich bemühen und auch etwas tun, damit zugegriffen wird. Wenn ich das durchzuführen für möglich halte, so spreche ich nicht aus der Theorie heraus, sondern aus der Praxis. Mein Dorf hat so wie viele niederösterreichische Gemeinden seine Schule verloren. Der Schulweg zur Nachbargemeinde ist den Kindern zuzumuten, es wäre also sinnlos gewesen, sich gegen diese Maßnahme zu stemmen. Aber damit wurde unser vor wenigen Jahren neu errichtetes Schulhaus leer. Wir haben uns bemüht, einen Betrieb unterzubringen, der vorzugsweise Frauen beschäftigt. Denn verdient die Frau, dann ist die Existenzsicherung der Familie gegeben, die Familie bleibt auf dem Lande. Natürlich wären die Erfolge der Industrialisierung des ländlichen Gebietes viel größer, wenn man sich von Seite der höchsten Stellen rechtzeitig planend und energischer als bisher darum bemühte.

Ich habe schon darauf verwiesen, daß viele Gemeinden ihre kleinen einklassigen Schulen verloren haben; ich möchte mich auch noch mit dem Schulproblem auf dem Dorfe befassen. Es ist falsch, zu meinen, diese Schulen mit einem einzigen Lehrer hätten nichts geleistet. Die Schule im Dorf war ein geistiger Mittelpunkt, und es gab sehr viele tüchtige Lehrer, die gleichzeitig für die Fortbildung und für die Musikerziehung eifrig tätig waren. Der Verlust dieser Lehrer ist für die Dörfer nicht leicht zu ertragen. Andererseits muß man verstehen, daß es keinen Sinn hat, Schulen aufrechtzuerhalten, wenn es zuwenig Lehrer gibt. Man benötigt einen Lehrer für 40 oder etwas mehr Schüler und kann daher nicht für 10 bis 15 Schüler an einer einklassigen Schule einen Lehrer stellen. Oft war ja auch das Leben eines jungen Lehrers oder einer Lehrerin in einem kleinen Dorf ohne Gasthaus, wo man kein ordentliches Essen bekommt, nicht erstrebenswert.

Heute befassen wir uns mit der Einführung des 9. Schuljahres, das in allen Staaten Europas längst besteht und nun auch in Österreich gilt. Die Gesetze sind 1962 beschlossen worden, es sind also immerhin vier Jahre vergangen. Die großen Schwierigkeiten im ländlichen Pflichtschulwesen sind aber nur zum geringeren Teil durch das 9. Schuljahr veranlaßt. In viel höherem Ausmaß ist der außerordentlich große Nachwuchs an Schülern schuld, der in den letzten Jahren in die Schulen eingetreten ist. Die Schwierigkeiten sind da, und man wird

mit ihnen fertig werden. Es ist zu erwarten, daß der Finanzausgleich manches leichter gestalten wird.

Jedenfalls darf sich nicht das wiederholen, was bei der Einführung der achtjährigen Schulpflicht in Österreich geschehen ist, daß nämlich das Land durch eine Novellierung des Reichsvolksschulgesetzes eine tatsächlich sechseinhalb Jahre dauernde Schulpflicht vorgeschrieben erhielt, die anderen Orte aber die achtjährige Schulpflicht. Wir brauchen kein Bildungsgefälle auf dem Lande, das die Landjugend als weniger brauchbar und weit weniger ausgebildet charakterisiert. Ein Bauer braucht heute nicht weniger, sondern mehr Kenntnisse als ein guter Facharbeiter in der Industrie. (Abg. Minkowitsch: *Sehr richtig!*) Vor allem ist der Rahmen dessen, was er benötigt, sehr groß. Das Landvolk darf nicht zu Menschen zweiter Güte werden!

Nach dieser allgemeinen Darstellung möchte ich mich nun mit einigen besonderen Problemen befassen. Die landwirtschaftliche Zuschußrente, die heute von der Bauernschaft als etwas Selbstverständliches angesehen wird, ist eben eine Zuschußrente, nicht eine Pension. Sie setzt voraus, daß der Bauer das Ausgedinge von seinem Nachfolger erhält, und bindet natürlich die abgetretene Familie an den Hof. Das hat sicher für den jungen Bauern manche Vorteile. Das Zusammenhalten der gesamten Familie ist auch wünschenswert — wenn alles gut geht. Man sollte aber doch daran denken, dem alten Bauern eine echte Pension zu geben. Daß das nicht von heute auf morgen möglich ist, ist mir klar. Schließlich hat man die Krankenkasse für den Bauern durchgesetzt, man sollte auch prüfen, ob die Zuschußrente nicht doch in eine echte Pension umgewandelt werden könnte. Heute kommt das manchem genauso merkwürdig vor wie seinerzeit die Zuschußrente und die Krankenkasse, die nunmehr selbstverständlich sind.

Lassen Sie mich nun einiges zum Budget 1966 und zum Grünen Plan sagen. Wenn ich den Grünen Plan 1966 einer näheren Betrachtung unterziehe, so stelle ich fest, daß der Bundesbeitrag insgesamt eine Höhe von 540 Millionen — zusätzlich glaubt man, aus der Gebarung des Futtermittelausgleiches noch 40 Millionen freizubekommen: also 580 Millionen Schilling ausweist. 1965 hatte man an Bundesbeiträgen 680 Millionen und 1966 nur mehr 580 Millionen. Die Alleinregierung gibt also den Bauern im Grünen Plan um 100 bis 140 Millionen weniger.

Der Herr Bundesminister verlangte 800 Millionen für den Grünen Plan. Er hat sich offenbar bei seinem Ministerkollegen, beim Herrn Finanzminister Dr. Schmitz nicht durchgesetzt.

Pfeifer

Statt 800 Millionen bekam er nur 540 Millionen.

Ein Vergleich mit der ordentlichen Gebarung zeigt folgendes: Im Voranschlag 1966 wird in der ordentlichen Gebarung ein Betrag von 1.218,265.000 S ausgeworfen. Der Bundesrechnungsabschluß 1965 weist einen Betrag von 1.525,831.091 S auf. Wenn wir nun die ordentliche und die außerordentliche Gebarung zusammenzählen, so kommen wir auf ein Präliminare des Voranschlages im Kapitel 19 von 1.593,265.091 S, im Vergleich zum Bundesrechnungsabschluß 1965 1.900,433.934 S, also weniger — ich darf mich hier der Meinung meines Parteifreundes Dr. Weihns anschließen, der es heute schon gesagt hat — um über 307 Millionen Schilling.

Was hätte die ÖVP gesagt, wenn in einer Koalitionsregierung der Landwirtschaft um 307 Millionen Schilling weniger gegeben worden wäre? Sie hätten ein Wutgeheul des Hasses auf uns Sozialisten losgelassen. Jetzt sind Sie dafür, daß die Bauern weniger bekommen. (Abg. Dr. Mussil: *Wir sind für die Arbeiter gewesen und Sie sind für die Bauern!* — Abg. Fachleutner: *Ihre Kollegen haben es jahrelang verhindert! Sonst hätten die Bauern mehr bekommen!*) Herr Kollege Fachleutner, Sie können hier wie jeder Abgeordnete dieses Hohen Hauses Zwischenrufe machen. Ich würde Ihnen aber anraten, daß Sie sich etwas zurückhalten. Ich weiß nämlich sehr viel aus Ihrer Wahlkampfführung, und es könnte für Sie und für die ÖVP sehr schlecht sein, wenn ich das alles hier sage. (Abg. Fachleutner: *Aber Herr Kollege, sagen Sie es doch!* — Abg. Dr. Mussil: *Nur keine Drohungen!*)

Wenn wir uns die Treibstoffverbilligungsaktion im Bundesvoranschlag ansehen, so stellen wir mit einem Blick fest, daß hier beträchtliche Mittel fehlen. Was sagt die ÖVP dazu?

Meine Anfrage im Finanz- und Budgetausschuß wurde vom Herrn Bundesminister Doktor Schleinzer folgendermaßen beantwortet, ich zitiere die „Parlamentskorrespondenz“ vom 2. Juni:

„Hinsichtlich der Treibstoffverbilligung teilte der Minister mit, daß dafür im vergangenen Jahr insgesamt 174 Millionen Schilling verausgabt wurden. Um den Punktewert von 80 S halten zu können, würde heuer ein höherer Betrag erforderlich sein. Jedenfalls wird der Punktewert von 80 S für das Jahr 1966 gehalten. Der Finanzminister hat keine Einwendungen erhoben, daß die Aufstockung des Kreditansatzes für die Treibstoffverbilligung aus allgemeinen Budgetmitteln vorgenommen wird, wenn es die Einkommensentwicklung

des Bundes gestattet. Andernfalls müßte die Bedeckung durch einen finanziellen Ausgleich innerhalb des Ressorts sichergestellt werden.“

Der „Österreichische Bauernbündler“ vom Samstag, 11. Juni 1966 schreibt auf Seite 2, ich zitiere wieder wörtlich:

„Mehr Mittel im Budget 1966. Minister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer gab einen ausführlichen Bericht über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1966. An Hand eingehender Zahlenunterlagen stellte der Minister hierbei die Tatsache heraus, daß im laufenden Jahr für die Landwirtschaftsförderung und für die Erfüllung der sonstigen Ressortaufgaben des Landwirtschaftsministeriums höhere Beträge bereitstehen werden, als im Jahre 1965 tatsächlich zur Verfügung gestanden sind.“

Nun, er sagt, daß mehr Mittel da sind, aber er sagt nicht, wieviel man brauchen würde.

Der Dritte Präsident des Hohen Hauses Wallner sagte laut „Parlamentskorrespondenz“ vom 13. Mai 1966 in seiner Rede unter anderem — ich zitiere wieder wörtlich —, „daß es für die Land- und Forstwirtschaft ... sehr bedauerlich ist, wenn im Entwurf, der uns vorliegt, der Grüne Plan nicht entsprechend ... weiterentwickelt werden konnte und wenn auch ... der bisherige Punktewert bei der Treibstoffverbilligung kaum gehalten werden kann“.

Ich bin hier mit dem Herrn Präsidenten Wallner einer Meinung. Er sagt nämlich, wir haben zuwenig. Wie ist nun die tatsächliche Situation? Die Förderungszuwendung betrug 1964 161 Millionen, 1965 174 Millionen, 1966 aber nur 167 Millionen Schilling. Wallner hat recht. Es geht nicht aufwärts, sondern zurück! Das ist auch eine Feststellung über das Wirken der Alleinregierung.

Ich gestatte mir nun folgenden weiteren Sachverhalt darzulegen. Von 1964 auf 1965 haben wir ein Ansteigen der Zahl der landwirtschaftlichen Traktoren von 178.492 auf 191.731, also eine Zunahme von 13.239 Traktoren laut Lagebericht 1965. Dafür wurden laut Bundesrechnungsabschluß 1964 für die Treibstoffverbilligungsaktion 161,114.990 S ausgegeben. Im Jahre 1965 wurden für 191.731 Traktoren und andere Maschinen laut Bundesrechnungsabschluß insgesamt 174,734.105 S ausgegeben.

Man hat also bei einer Zunahme von 13.239 Traktoren von 1964 auf 1965 bei der Treibstoffverbilligungsaktion laut Bundesrechnungsabschluß 1965 um 13,619.115 S mehr ausgegeben.

1966 liegt die Zahl der Traktoren schon über 200.000. Auch die Zahl der Mähdrescher und der meisten übrigen landwirtschaftlichen Maschinen ist stark gestiegen.

Pfeifer

Im Bundesvoranschlag 1966 finden Sie für Treibstoffverbilligung nur 167 Millionen Schilling veranschlagt. Im Vergleich zu den Zahlen des Bundesrechnungsabschlusses 1965 haben Sie ein Minus von 7,734.105 S.

In diesem Budget sind für die Treibstoffverbilligung unserer Meinung nach um weit mehr als 10 Millionen zuwenig präliminiert. Die monokolore ÖVP-Regierung hat die Bauern ebenfalls mit der Mineralölsteuererhöhung zusätzlich mit 20 g pro Liter bedacht. Dafür bekommt die Landwirtschaft auch jetzt noch um Millionen bei der Treibstoffverbilligungsaktion weniger.

Hohes Haus! Lassen Sie mich nun noch einiges zu den landwirtschaftlichen Berufsschulen und niederen landwirtschaftlichen Fachschulen sagen. Im Bundesvoranschlag 1966 wird für diese Schulen im Aktivitätsaufwand ein Betrag von 64.200.000 S präliminiert. Als Beiträge der Länder zum Personalaufwand dieser Schulen ist im Voranschlag ein Betrag von 33.339.000 S veranschlagt. Dieser Betrag wird also dem Bund refundiert werden.

Ich habe hier in diesem Hohen Haus, Herr Bundesminister, in der Fragestunde am 11. Mai 1966 an Sie eine Anfrage mit folgendem Wortlaut gerichtet:

„Wer ist dafür verantwortlich, daß das „Volksblatt“ in ländlichen Fortbildungsschulen zum täglichen Lehrstoff gehört?“

Der Herr Bundesminister hat mir geantwortet, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß das „Volksblatt“ zum täglichen Lehrstoff in landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen gehöre, außerdem sei er für diese Schulen nicht zuständig. Nun, da der Herr Bundesminister für Unterricht auch nicht zuständig ist und im Landtag von Niederösterreich keine Fragestunde eingeführt ist, sehe ich mich veranlaßt, auf diese seinerzeitige Frage noch einmal zurückzukommen.

Dem Herrn Bundesminister ist es wahrscheinlich entgangen, was das „Volksblatt“ vom 19. März 1966 geschrieben hat. Ich zitiere wörtlich:

„Frau Fachlehrer Melanie Schachinger aus der Landwirtschaftlichen Fortbildungsschule Ottenschlag sagt: Sie müssen wissen, daß meine Schüler täglich ein kurzes Referat über den Inhalt des „Volksblattes“ halten.“ (Hört! Hört! - Ruhe bei der SPÖ. — Abg. Mondl: Das ist die Entpolitisierung der Landwirtschaft! — Abg. Weikhart: Die Sachlichkeit! — Gegenrufe bei der ÖVP.)

Herr Bundesminister! Die Duldung solcher Zustände wirft auf Sie und Ihre Partei ein eigenartiges Lich. Unter solchen Umständen werden Sie von uns nur härteste Opposition verspüren. (Zwischenrufe bei ÖVP und

SPÖ.) Wenn das Zwiegespräch beendet ist, darf ich dann vielleicht zum Schluß kommen. (Abg. Dr. Mussil: Bei der Sozialversicherung liegt nur die „Arbeiter-Zeitung“ auf! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ich darf also abschließend sagen: Sie haben die Alleinregierung gewollt. (Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.) Sie regieren so, wie es Ihre Väter schon einmal getan haben: mit wenig Kontakt, mit wenig Rücksichtnahme auf die Hälfte des Volkes, die sich nicht zu Ihnen bekennt. (Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP.) Vorläufig reden Sie noch von Demokratie, wenn Sie auch in Ihrem Handeln nicht viel von Demokratie zeigen. Merken Sie sich das alte Sprichwort: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“. (Beifall bei der SPÖ.) Sie säen Haß, so wie Sie es im Wahlkampf getan haben. Sie können von uns nicht verlangen, daß wir Ihren gefährlichen Weg mit Beifall begleiten. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Hämerle: Sie säen Sturm — was werden Sie nachher ernten?)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glaser. Ich erteile es ihm. (Unruhe. — Abg. Czettel: Der Kleinbauer Glaser! — Abg. Weikhart: Das ist ja eine Übersiedlung, Herr Glaser!)

Abgeordneter Glaser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Frauen und Herren Abgeordneten! Der Herr Vorredner gehört zweifellos zu jenen Kreisen aus der sozialistischen Oppositionspartei, die einfach nicht hören wollen. Meine Damen und Herren! Es ist oft genug auch in diesem Hause klargelegt worden, wie sich die Verhandlungen zur Regierungsbildung abgespielt haben, und es ist oft genug jener zweifellos historische Satz Ihres Parteivorsitzenden am 18. April in den Abendstunden zitiert worden (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Er soll aufpassen, wenn etwas gesagt wird, sonst weiß er es wieder nicht!), in dem er mitteilt, daß die sozialistische Parteivertretung mit 30 : 10 Stimmen „leider“ auch das letzte Angebot der Österreichischen Volkspartei abgelehnt hat, aus dem vor allem hervorgeht, daß zunächst einmal ein beachtlicher Teil Ihrer Parteispitze mit den Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei einverstanden war; und aus dem zweitens vor allem hervorgeht, daß Sie freiwillig diesen Weg, der Ihnen nicht angenehm ist — dafür habe ich Verständnis —, gewählt haben. (Abg. Czettel: Weil Sie unannehbare Bedingungen gestellt haben!) Aber ich weiß, bei Abgeordneten wie meinem Vorredner ist wahrscheinlich jedes Wort und jede Mühe umsonst. (Abg. Kratky: Auch bei Ihnen!)

1098

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Glaser

Meine Damen und Herren! Wer die Berichte der Zeitungen über die bisherige Budgetdebatte verfolgt hat, der wird unter Umständen den Eindruck gewinnen, daß die Abgeordneten hier sehr hart aufeinander losgehen — selbstverständlich mit Worten —, daß die Meinungen scharf aufeinanderprallen und dergleichen mehr. (Abg. Czettel: Und die Minister schweigen!) Sie haben gesagt, der Minister schweigt, Herr Abgeordneter Czettel. Wir beide sind ungefähr gleich lange in diesem Hause. Ich glaube, Sie sind ein bißchen früher gekommen, ich bin damals im Landtag gewesen, aber eines steht auch fest (Abg. Czettel: Geschwiegern haben wir noch nicht!); daß es in diesem Hause genug Budgetdebatten gegeben hat, bei denen zumindest im Plenum die Regierungsmitglieder nicht mehr geantwortet haben. (Abg. Czettel: Auch wenn sie aufgefordert wurden?) Es war dazu in den Ausschüssen immer Gelegenheit genug. (Abg. Czettel: Sie wurden ja wiederholt aufgefordert!) Jetzt, wo es die Fragestunde gibt und wo noch so viele andere Möglichkeiten der Diskussion und des gegenseitigen Vorbringens von Argumenten bestehen, ist es sicherlich nicht immer notwendig, auch das noch zu machen. (Abg. Czettel: Wenn der Minister zur Debatte aufgefordert wird und er schweigt trotzdem?)

Herr Kollege Czettel! Noch etwas. Unsere Minister nehmen mehr als ein Teil Ihrer Abgeordneten auch auf die Möglichkeiten und auf die physische Leistungskraft der Beamten und auch der Stenographen in diesem Hause Rücksicht. (Ruf bei der SPÖ: Das kauft Ihnen niemand ab! — Abg. Weikhart: Das glauben Sie doch selbst nicht! Der Leitner hat das gestern bewiesen! — Abg. Czettel: Das haben wir gestern schon gehört! — Weitere heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.) Herr Kollege Weikhart! Wenn so wie gestern 14 Stunden debattiert wurde, dann glaube ich, ist es also sicherlich vertretbar, wenn ein Schlußwort des Ministers entfällt. (Zwischenrufe der Abg. Weikhart und Ing. Kunst.) Herr Abgeordneter Kunst, Sie bemühen sich ja hier wirklich, durch Zwischenreden — nicht Zwischenrufe — immer besonders aufzufallen. Unterziehen Sie sich einmal der Mühe, die bisherige Redezeit der Abgeordneten Ihrer Partei und die der unseren zusammenzählen. Ich bin überzeugt, daß Sie noch immer weitaus führend sind. (Abg. Ing. Kunst: Wir bekommen ja keine Information! Wir müssen hier im Hohen Haus reden, weil Sie uns nicht informieren!) Wenn also dann der Abgeordnete Leitner, wie das gestern der Fall war, zum Südtirol-Problem etwa, ich weiß nicht, 30 oder 40 Minuten gesprochen hat, dann, glaube ich, ist das wohl auch angemessen. Im übrigen haben wir zur gestrigen Diskussion

auch nur zwei Redner gestellt. (Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Czettel: Kommen Sie zur Agrarpolitik!)

Meine Damen und Herren! Sie tragen jedenfalls dazu bei, daß ich die mir selbst gesetzte Redezeit nicht einhalten kann, wenn ich auf alle Ihre Zwischenrufe eingehen muß.

Ich habe vorher gesagt: Man könnte den Eindruck gewinnen, daß man hier nur sehr scharf gegeneinander losgeht, aber die vielen Nettigkeiten und Liebenswürdigkeiten gehen eigentlich in der Berichterstattung unter.

Gestern, heute, aber auch schon früher hat sich wiederholt hier einer der Abgeordneten von meiner Partei genauso wie von der Sozialistischen Partei — von den Freiheitlichen habe ich es im Moment nicht in Erinnerung, aber es ist vielleicht auch der Fall gewesen —, bereit erklärt, irgendeinem der anderen Fraktion gewissermaßen gratis Nachhilfestunden zu geben, Sonderlektionen et cetera mehr zu erteilen. Auch mir ist es gestern so gegangen. Da hat der Herr Abgeordnete Czernetz — leider ist er heute nicht da — hier erklärt, welche Möglichkeiten es gibt, Sitzungen zu verlängern. Er hat von Filibusterreden und dergleichen gesprochen (Abg. Czettel: Kommen Sie zur Agrarpolitik!) und erwähnte dabei, daß in einem anderen Parlament, ich weiß nicht, Kinderbücher vorgelesen werden oder die Bibel. Und als ich dann einen Zwischenruf machte, ist er momentan still gewesen, um dann aber besonders scharf unter dem Beifall der sozialistischen Fraktion zu replizieren.

Warum ich diesen Zwischenruf gestern gemacht habe? Meine Damen und Herren! Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Es war davon die Rede, daß die Bibel vorgelesen wird, und ich habe gesagt: Sie können ja auch Marx vorlesen. Ich habe in meiner Zitatsammlung nämlich etwas recht Nettes gefunden, und diese Gedankenassoziation möchte ich Ihnen erklären.

Im Jahre 1948 anlässlich der 100jährigen Wiederkehr des Erscheinens des Kommunistischen Manifestes schrieb nämlich die „Arbeiterzeitung“: Und 100 Jahre später ist das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels (Ruf bei der SPÖ: Zur Tagesordnung reden!) noch immer die Bibel des Sozialisten. (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite! Sie dürfen also nicht böse sein, wenn hin und wieder ein Zwischenruf oder ein kleiner Hinweis erfolgt, daß Karl Marx in Ihrer Partei noch immer eine Rolle spielt.

Auch aus jüngster Zeit gibt es Erklärungen, Herr Abgeordneter Weikhart. (Abg. Weikhart: Leugne nicht!) Sie stimmen mir bei:

Glaser

Diskussion über ein neues Programm und dergleichen (*Abg. Czettel: Schrecklich!*), wo das eine Rolle gespielt hat. Na ist ja auch nicht schrecklich, aber Sie regen sich auf, wenn einer von uns das sagt. (*Zwischenrufe.*) Aber, meine Frauen und Herren, lassen Sie mich bitte doch einmal reden, umso länger dauert es. (*Abg. Czettel: Zur Agrarpolitik!*)

Obwohl ich diesem Hause jetzt seit rund zwölf Jahren angehöre, habe ich zu agrarpolitischen Fragen oder in der Spezialdebatte beim Budget, wenn das Kapitel Land- und Forstwirtschaft zur Diskussion stand, noch nie Stellung genommen. Es ist heute das erstmal. (*Zwischenrufe.*) Es war für mich als Salzburger vor allem auch deshalb nicht notwendig, dazu etwas zu sagen, weil wir ja in der Person unseres Abgeordneten Präsident Grießner einen Spaltenpolitiker aus dem agrarischen Bereich haben, einen Mann, der viel dazu beitragen und mithelfen konnte, die Belange und die Interessen der Bauern, vor allem der Bergbauernschaft, auf den verschiedensten Gebieten nicht nur zu vertreten, sondern echte Verbesserungen herbeizuführen. Und gerade hinsichtlich der Person des Präsidenten Grießner möchte ich auch trotz aller gegenteiligen Behauptungen in diesem Hause sagen: Die Bauernschaft vertraut ihm, denn das haben die Landwirtschaftskammerwahlen in meinem Bundesland noch jedesmal bewiesen, und das ist letzten Endes das ausschlaggebende und nicht, ob er die Zustimmung einer Oppositionspartei findet, sondern maßgebend ist, daß wir die Zustimmung jener Mitbürger, die zu vertreten wir uns bemühen, bekommen.

Ich möchte aber auch als Salzburger Abgeordneter zu diesem Thema heute vor allem deshalb einiges sagen, weil Salzburg zwar zu jenen Bundesländern gehört, in denen der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten wesentlich abgenommen hat, andererseits aber auch ein Land ist, dessen Reize und Schönheiten ohne die Arbeit und ohne den Schweiß der Bauern nicht denkbar wären.

Aber auch vom Standpunkt des Arbeitnehmervertreters, vom Standpunkt des Konsumenten scheint es mir angemessen, einige grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Kapitel und zu diesem Fragenkomplex vorzubringen. Dies nicht nur, weil wir mit der bäuerlichen Bevölkerung in einem gemeinsamen Vaterland, in einem gemeinsamen Staate leben, nicht nur, weil wir alle Abnehmer von Agrarprodukten sind, sondern vor allem auch deshalb, weil ja viele Arbeiter, Angestellte, öffentlich Bedienstete — ich denke hier beispielsweise an die Eisenbahner — selbst kleine

Landwirte sind. Viele von uns, meine Frauen und Herren Abgeordneten, wissen nämlich nicht, daß nur rund 50 Prozent der Land- und Forstwirte einer ausschließlich agrarischen Beschäftigung nachgehen, 50 Prozent aber mehr oder weniger stark mit einem Nebenerwerb verbunden sind, und das überwiegend als Arbeiter in unselbständiger Tätigkeit. Als Mandatar der Österreichischen Volkspartei, also einer Partei, die sich zu den Grundsätzen des Solidarismus bekennt, ist es auch für mich selbstverständlich, für den schwer ringenden und im wahrsten Sinne des Wortes im Schweiße seines Angesichtes arbeitenden Berufsstand Land- und Forstwirtschaft einzutreten und für die Sorgen und Nöte dieses Berufsstandes das entsprechende Verständnis aufzubringen.

Auch für die bäuerliche Bevölkerung muß meiner Ansicht nach Wirklichkeit werden, was anderen Berufsgruppen schon längst eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Während es der Arbeitnehmerschaft neben vielen anderen Fortschritten gelungen ist, die Arbeitszeit zu verkürzen, eine angemessene Freizeit, Urlaub und so weiter zu erreichen, nimmt in der bäuerlichen Bevölkerung die Arbeitslast nach wie vor zu. Von keinem Arbeiter, meine Damen und Herren, könnte man heute etwa verlangen, in der Woche 60, 70 und mehr Stunden angestrengt zu arbeiten und vor allem, sofern es sich um Bauern mit Viehwirtschaft handelt, auf Sonntag, auf Feiertag, auf freien Samstag et cetera mehr zu verzichten. Größten Respekt muß uns aber auch vor allem die Leistung der Bäuerin abnötigen, die unter der Abwanderung von Landarbeitskräften wohl am meisten und am schwersten zu leiden hat. Der bäuerliche Betrieb wäre aber ohne die Mitarbeit vielfach noch schulpflichtiger Kinder, wäre ohne die Mitarbeit der Großeltern, derjenigen, die längst im Rentenstand, im Austrag sind heute nicht mehr denkbar. All das sind doch Leistungen, die dem Durchschnittsarbeiter von heute nicht mehr zumutbar erscheinen.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch auf Teile der gestrigen Diskussion eingehen, wo von Bauarbeiterlöhnen, von den Unterkünften an Großbaustellen und dergleichen mehr die Rede war. Meine Frauen und Herren! Wer sich der Mühe unterzogen hat, etwa den Grünen Bericht auch nur flüchtig durchzulesen, wird feststellen können, daß jene Löhne, die gestern der Herr Abgeordnete Horr als Mindestkollektivvertragslöhne genannt hat, in der Landwirtschaft bei weitem nicht erreicht werden, wobei ich jene Löhne bei buchführenden Betrieben meine, wo die Arbeitszeit entsprechend umgerechnet und berücksichtigt wird und alles, was eben sonst noch dazu gehört.

1100

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Glaser

Die Höfe unserer Bergbauern, der Zustand dieser Häuser ist bei weitem sehr oft schlechter als etwa die Unterkünfte von Bauarbeitern auf Großbaustellen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn so mancher Abgeordneter, wenn nun in drei oder vier Wochen die Session hier zu Ende geht — abgesehen von den bäuerlichen Abgeordneten, die dann erst recht im Schweiße ihres Angesichtes zu Hause arbeiten müssen — und er auf Urlaub fährt oder geht, sich doch auch ein bißchen umsehen würde, wie es bei unseren Bergbauern oder wie es etwa im Mühlviertel, im Waldviertel und in verschiedenen anderen Gebieten unseres Landes aussieht, die überwiegend von kleinen Bauern bevölkert sind.

Ich möchte aber dazu auch sagen, daß es sich hier bei der Lösung all dieser landwirtschaftlichen Probleme um Fragen handelt, die zweifellos vom Bauernstand allein nicht zu bewältigen sind und die unser aller solidarisches Eintreten für diesen Berufsstand erfordern. Die Arbeitnehmerschaft nützt sich zweifellos dadurch auch selbst, denn wie ich schon vorher erwähnte, sind ja viele Berufskollegen auch kleine Landwirte, und in dieser Funktion haben sie eine sicherlich sehr wichtige Rolle zu erfüllen. Uns allen muß doch klar sein, daß gerade durch die kleinen Bauern mit Nebenerwerb die soziale Sicherheit vieler Familien erhöht wird und in Notzeiten dadurch ein echter Krisenschutz gegeben ist. Unter diesen Gesichtspunkten liegt daher gerade die Förderung auch der Landwirte mit Nebenerwerb im Interesse der gesamten Öffentlichkeit.

Die an sich primäre Frage bei der Behandlung von Agrarproblemen aus dem Gesichtswinkel des Arbeitnehmers ist wohl die Versorgung mit Lebensmitteln. Naturgemäß ist der Konsument daran interessiert, Nahrungsmittel zu günstigsten Preisen einkaufen zu können. Dies bedeutet daher eine eher oppositionelle Stellung der Konsumenten gegenüber dem Landwirt, der ja bemüht sein muß, kostendeckende Preise zu erhalten. Das auf Grund von Witterungseinflüssen und der gleichen nur schwer kalkulierbare Ernteergebnis erleichtert die Situation keineswegs.

Ich will nicht darauf eingehen, wie sich unsere Landwirte etwa bei zunehmender Sättigung des inländischen Marktes mit Lebensmitteln aus der eigenen Produktion zu verhalten hätten. Ich möchte nur betonen, daß es dem Arbeitnehmer, dem Konsumenten aber überhaupt darum gehen muß, ein reichliches, qualitativ hochwertiges und auf die Dauer gesichertes Nahrungsmittelangebot zu haben. Je mehr Nahrungsmittel zur Verfügung stehen, umso besser ist erfahrungsgemäß die Qualität dieses Angebotes.

Wann immer nun in der Budgetdebatte das Gespräch auf den Umfang der Agrarproduktion kommt, müssen diese Überlegungen berücksichtigt werden, sollen wir uns als Konsumenten nicht auf die Dauer selbst schädigen. Gerade das Parlament kann sich bei der Behandlung dieser Fragen der Verantwortung nicht entziehen, dem Volk beim elementarsten Bedürfnis, nämlich der Nahrungsmittelversorgung, die weitestgehende Sicherheit zu verschaffen.

Viele Beispiele, vor allem auch der jüngsten Geschichte, unterstreichen diese Verantwortlichkeit. Ich darf an die Suez-Krise im Jahre 1956 erinnern. Ein Ereignis, auf das Österreich nicht den geringsten Einfluß hatte, bewirkte das Rarwerden des Schiffsraumes. Alles, was rar wird, steigt bekanntlich im Preis, und innerhalb kürzester Zeit mußten wir für Produkte, die wir aus dem Ausland beziehen wollten, wesentlich mehr zahlen beziehungsweise hatten wir mit großen Lieferungsverzögerungen fertigzuwerden.

Aber genügt es denn, meine Damen und Herren, in einer Zeit, wo die Welt vor allem auf Grund des technischen Fortschrittes immer enger zusammenrückt und die großen Weltprobleme nicht mehr auf einzelne Gebiete zu isolieren sind und der Hunger eine gewaltige Geißel der Menschen darstellt, nur die nationalen Interessen im Auge zu haben? Wir sind uns längst unseren Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern bewußt und beteiligen uns beispielsweise nicht von ungefähr an der Weltkampagne gegen den Hunger. Ist es denn nicht geradezu eine Vermessenheit, etwa im Hinblick auf die finanzielle Absicherung der Agrarproduktion von Überproduktion zu sprechen, die vermieden werden müsse, während wir gleichzeitig schöne Worte für die Hungernden in der Welt finden? Eine ernst gemeinte Beteiligung Österreichs an der Bekämpfung des Hungers in der Welt beginnt bereits mit einer entsprechenden Förderung der Land- und Forstwirtschaft des eigenen Landes.

Wie ernst wir diese Frage nehmen, wird unsere bäuerliche Bevölkerung an den Bemühungen dieses Hauses ablesen können, sie in der Meisterung ihrer Schwierigkeiten zu unterstützen. Dies kommt allerdings am besten in einer ausreichenden Finanzierung der Erfordernisse der Agrarwirtschaft zum Ausdruck, wobei mir, meine Damen und Herren, genauso klar ist wie Ihnen, daß es eine 100prozentige Erfüllung aller auch noch so berechtigten Wünsche nie geben wird.

Wir nehmen den Rückgang der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung in der Regel als etwas Gesetzmäßiges, als etwas Unabwend-

Glaser

bares hin und orientieren uns dann gerne am Beispiel hochentwickelter Industrieländer, wie etwa der Vereinigten Staaten oder Großbritanniens, wo die Agrarbevölkerung nur mehr rund 5 Prozent der Gesamtbevölkerung gegenüber 16 Prozent in Österreich stellt. Wir müssen aber gerade bei Betrachtung der österreichischen Verhältnisse bedenken, daß unsere landwirtschaftliche Bevölkerung nicht allein die Aufgaben der Nahrungsmittelherstellung oder der Holzproduktion zu erfüllen hat. In unserer Zeit der Industrialisierung und der Verstädterung gilt es für die bäuerliche Bevölkerung zusätzlich, die Landschaft als Erholungsraum zu erhalten. Ich bin überzeugt, daß diese Aufgabe, für die insbesondere unsere Bergbauern bisher nicht entlohnt wurden, eine weitere Einschränkung unserer bäuerlichen Bevölkerung nicht zuläßt.

Auch dieser Gesichtspunkt ist zu berücksichtigen, wenn das Kapitel Landwirtschaft diskutiert wird. Es geht dabei nicht um romantische Vorstellungen, sondern um die wirtschaftliche Realität, der wir uns nicht entziehen dürfen. Schließlich ist es eine Tatsache, daß nicht nur unsere Städte das Bild Österreichs prägen, sondern in einem hohen Ausmaß unsere bäuerliche Bevölkerung in ihrer Einzelhof- und Dorfsiedlung. Meine Damen und Herren! Dort, wo der Bauer weicht, verschwindet auch die Kultur. Jeder von Ihnen, der etwa in den kommenden Wochen oder Monaten über Berge, über Almen wandert, die Jahre hindurch nicht befahren wurden, wird feststellen können, wie richtig diese Argumente von mir sind: dort, wo wir blühende Wiesen erwarten, ist eine Wildnis. Und was wären überhaupt unsere Täler, was wären unsere Ebenen, was wäre unsere ganze Heimat, wenn es nicht gerade in der jetzigen Zeit wogende Getreidefelder, blühende Wiesen, gepflegte Obstgärten oder herrliche Almen in unseren Berggebieten geben würde?

Überlegen wir auch, wenn es um Agrarfragen geht, daß das verhältnismäßig geringe Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft auf die Dauer gesehen für die an sich nüchtern denkenden Bauern nicht der notwendige Anreiz für ein Verbleiben in der Land- und Forstwirtschaft sein könnte, sondern daß es vor allem die Verantwortlichkeit gegenüber ihrem Beruf und die Treue zur Scholle ihrer Väter sind, die ein weiteres Verbleiben in diesem Berufsstand garantieren. In einer Zeit der Überbetonung materieller Werte kann diese Haltung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Diese Haltung sollte uns aber nicht dazu verleiten, dem Bauernstand ehrlich Verdienstes vorzuenthalten.

Wir haben allen Grund, unserer Bauernschaft dankbar zu sein, daß es ihr gelungen ist,

die Eigenversorgung in Österreich in einem so hohen Ausmaß sicherzustellen. Das österreichische Bauerntum scheint in seiner Struktur überhaupt am besten dazu geeignet zu sein, jene Funktion zu erfüllen, die wir uns von der Land- und Forstwirtschaft erwarten. Dies wird offensichtlich, wenn wir uns die vom Standpunkt der Nahrungsmittelverorgung unbefriedigenden Plantagenwirtschaften oder etwa die für eine chronische Agrarmisere in vielen Oststaaten verantwortlichen Kolchosenwirtschaften vor Augen führen.

Diese kurzen Darlegungen, verehrte Frauen und Herren Abgeordneten, sollten ganz allgemein dazu dienen, die Probleme der österreichischen Land- und Forstwirtschaft aus dem Blickwinkel des Arbeitnehmers und des Konsumenten zu durchleuchten. Meine Ausführungen sollen aber auch zum Ausdruck bringen, daß die Arbeitnehmerschaft unseres Landes die Leistungen unserer Land- und Forstwirtschaft voll anerkennt und gewillt ist, im Geiste echten Solidarismus die Land- und Forstwirtschaft bei der Bewältigung ihrer Probleme nach besten Kräften zu unterstützen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Adam Pichler. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Adam **Pichler** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich die Absicht, mich nur mit dem Kapitel Wildbachverbauung zu beschäftigen, und ich glaube, Sie haben Verständnis dafür, daß ich mich als Salzburger Abgeordneter mit diesen Problemen auseinanderzusetzen und daher dem Hohen Haus Wünsche vorzutragen habe. Ich kann wirklich nichts dafür, daß Herr Kollege Glaser ausgerechnet vor mir einen Eingang in seiner Rede gewählt hat, den ich nicht unbeantwortet lassen darf. (*Abg. Glaser: Daß wir nett zu einander sind, stimmt doch!*) Ich habe in der Sitzung am 15. versucht, zu erklären, daß es mir viel Freude machen würde, wenn ich hier mit dem gleichen Charme aufzutreten vermöchte wie Kollege Glaser. Ob es mir heute glücken wird, weiß ich nicht. Die Bemerkungen des Herrn Kollegen Glaser sind leicht aufreizend gewesen, und zwar hat Herr Kollege Glaser versucht, uns Sozialisten zu empfehlen, wir hätten doch besser getan, nicht aus der Regierung herauszugehen, wir hätten doch besser getan, Ihren Ratschlägen zu entsprechen. Lieber Kollege Glaser! Ich weiß es nicht, wer recht hat. Ich bin immer dafür: Wenn es schon tuschen muß, dann gleich — nicht auf 14 Tage oder drei Wochen. (*Heiterkeit.*) Und getuscht hätte es bestimmt. Mir ist der erste Tusch schon lieber als der letzte. Ich gebe zu,

Adam Pichler

daß der Herr Kollege Glaser versucht hat, heute nett zu sein. Aber wir Salzburger, die wir ihn kennen, wissen ja: Wenn der Name Glaser fällt, denken wir immer an einen anderen. Ich will Sie jetzt nicht beleidigen. (Abg. Dr. Withalm: *Da tuscht's immer!*) Nein, ich meine Pater Leppich. Der kann auch so boshafte sein, daß man sich ärgert — und trotzdem hört man ihm zu! (Heiterkeit.) So geht's mir, wenn ich den Glaser höre. (Abg. Weikhart: *Ist das eine Liebenswürdigkeit!* — Abg. Glaser: *Ich wäre dankbar, wenn ich die Redegabe des Pater Leppich hätte!*) Nein, ich möchte nicht deutlicher werden müssen.

Für mich war diese Debatte heute hier besonders interessant, weil sich sehr viele Ihrer Sprecher von der ÖVP gleich am Anfang als allein dafür zuständig erklärt hatten, zu den Problemen der Landwirtschaft reden zu können. Meine Damen und meine Herren Kollegen von dieser Seite! Ich bin auch kein Bauer und stamme nicht aus der Landwirtschaft. Ich erinnere mich aber gerne daran, daß meine Eltern, zumindest meine Mutter, noch Bauernkinder waren. (Abg. Zeillinger: *Landflüchtlinge!*) Also uns soll man nicht immer erzählen, daß Sie alles besser wissen, was die Landwirtschaft und die Leute betrifft, die in der Landwirtschaft tätig sind.

Ich stehe jetzt länger als 17 Jahre einer Gemeinde vor, die zu 60 Prozent eine landwirtschaftliche Bevölkerung hat. Sie können mir wirklich glauben, daß ich die Sorgen, die Nöte und all die Probleme kenne. (Abg. A. Schlager: *Die Sorgen sind vom Wohnzimmer aus viel leichter als vom Kuhstall aus!*) Habe ich Sie richtig verstanden? (Abg. A. Schlager: *Ja!*) Also Sie glauben, ich habe das vom Wohnzimmer aus gesehen? (Abg. A. Schlager: *Ja!*) Herr Schlager! Ich lade Sie einmal ein, mit mir draußen herumzugehen. Oder fragen Sie Herrn Glaser oder Herrn Steiner oder den Herrn Präsidenten Grießner, was man von mir in Saalfelden sagt und ob ich dafür nicht stets Verständnis gefunden habe und manches freiwillig von der Gemeinde aus geleistet habe, um diesen Leuten zu helfen. Wenn ich lüge, sollen mich die Herren alle Lügen strafen. Ich werde Sie, Herr Schlager, einmal einladen, mit mir dort spazieren zu gehen! (Abg. Eberhard: *Das ist doch unerhört! Wissen Sie Bescheid über die sorgenvolle Arbeit eines Bürgermeisters?* — Abg. A. Schlager: *Reden Sie doch nicht, Sie werden sonst noch übergescchnappt!* — Weitere Zwischenrufe.) Wir könnten sonst ohne Ihre komischen Vorträge auch auskommen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weih zum Abg. A. Schlager: *Ein Benehmen haben Sie, das spottet jeder Beschreibung!*) Wenn jemand hier von der Würde des Hauses zu sprechen wünscht, dann sollte man Sie aus-

klammern. (Abg. Steiner: *Der Herr Abgeordnete Pichler zählt zu den vernünftigen Sozialisten! Das können wir bestätigen! — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich danke, Herr Kollege Steiner. Ich möchte Ihnen diese Blume zurückgeben, und zwar habe ich allen Grund dazu.

Herr Kollege Glaser hat heute darüber gesprochen, daß Salzburg das Vertrauen noch immer dem Präsidenten Grießner schenkt. Das ist Ihre Angelegenheit. Aber weil der Herr Steiner so anständig war, hier zu bekennen, daß es anständige Sozialisten gibt, stehe ich auch nicht an zu erklären, daß ich einen besonderen Grund habe, dem Herrn Präsidenten Grießner Dank zu sagen. Denn er hat mir einmal in einer sehr schwierigen Situation, in die ein sozialistischer Arbeiter durch einen Kraftfahrzeugunfall gekommen ist — er war bei der Landwirtschaftskrankenkasse —, geholfen, weil ich es nicht vermocht hätte, dem Mann beizustehen, der etwa 120.000 S zurückzahlen hätte müssen. Mir hat der Herr Präsident Grießner geholfen, und ich möchte das dankend erwähnen. Ich möchte mindestens so anständig sein, wie der Steiner zu mir war. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: *Er hat ja vom Grießner gesprochen! — Heiterkeit.*)

Aber jetzt darf ich mich wirklich den Dingen zuwenden, derentwegen ich heruntergegangen bin. — Noch zu diesem Zwischenakt: Sie haben ja gesagt, es sollte ein bißchen aufgelockert werden. Ich hoffe, ich habe etwas dazu beigetragen. Jetzt aber wieder zu den Dingen, die ich bringen wollte. (Abg. Glaser: *Wir Salzburger haben halt wieder dazu beigebracht!*) Danke, Kollege Glaser!

Herr Minister, Sie brauchen jetzt nicht fürchten, daß ich Sie mit Zahlen überrasche. Das haben die anderen schon zur Genüge getan. Daß es wenig ist, was im Budget für Wildbach- und Lawinenverbauung drinnen ist, Herr Minister, das habe ich auch gefunden. Wenn Sie, was heute oft erklärt wurde, im Budget um 307 Millionen Schilling weniger haben, als dies früher der Fall war, und trotzdem auskommen, möchte ich sagen: Vielleicht könnten wir dann noch darüber reden, daß wir einmal Nachhilfestunden bei Ihnen nehmen, so wie sie der Glaser heute schon von uns angenommen hat. (Heiterkeit.) Ich werde der erste sein, der sich dann meldet, wenn Sie all das fertigbringen, was man vom Landwirtschaftsminister verlangt. Aber ich bin mit meinem Binkerl Sorgen allein schon nicht zufrieden. Ich weiß, daß Sie nicht auskommen werden.

Wenn wir Salzburger über Lawinen- und Katastrophenschutz sowie über die Wildbach-

Adam Pichler

verbauung reden, dann haben wir doch allen Grund dazu, und zwar nicht nur deswegen, weil vor wenigen Tagen Zell am See gerade wieder eine solche Katastrophe zu überstehen hatte, sondern ganz allgemein.

Ich komme mir in diesem Hause schon wie ein Rufer in der Wüste vor. Denn seit ungefähr fünf Jahren, in denen ich die Ehre hatte, diesem Hohen Haus anzugehören, habe ich immer wieder jede sich bietende Möglichkeit wahrgenommen, um die dafür zuständigen Ministerien, die dafür zuständigen Stellen auf die notwendige Wildbach- und Lawinenverbauung aufmerksam zu machen, darauf hinzuweisen, ich möchte fast sagen, darum zu bitten. — Es ist furchtbar schwer, das Wort „bitten“ jetzt im Parlament auszusprechen, weil dann vielleicht in einer Zeitung, die ich sonst für sehr loyal gehalten habe, wieder so etwas steht, was im Anschluß an meine letzte Unterhaltung mit dem Herrn Minister für Landesverteidigung der Fall war, nämlich: „Nach der Peitsche des Abgeordneten Eberhard kam das Zuckerbrot des Abgeordneten Pichler, der den Herrn Minister für Landesverteidigung angefleht hat . . .“ Ich kann mich an das Flehen zwar nicht erinnern, aber die Schreibweise wird ja nicht überall gleich sein. Daher fällt es mir heute auch so schwer, Herr Minister, obwohl ich es eigentlich gern täte, „bittend“ vorzusprechen. Aber ich glaube, jetzt muß man die Manieren, die man zurzeit lernen kann, auch von diesem Pult aus anwenden.

Herr Minister! Ich muß „fordern“ (Abg. *Zeillinger: Hart sein, Pichler! Hart mußt du sein!* — Heiterkeit), daß endlich einmal auf diese dringenden Arbeiten Rücksicht genommen wird und die Mittel, die wirklich notwendig sind, für den Katastrophenschutz eingesetzt werden. Ich weiß, Sie werden mir jetzt antworten: Man kann nur so viel ausgeben, als man hat. Herr Minister! Wenn ich in Ihrem Budget so umanand' tun dürfte wie Sie, dann würde ich da und dort das herauszufinden wissen, was ich bräuchte, um die Mittel, die dringend gebraucht werden, wirklich zu ergänzen und einen tatsächlich ausreichenden Ansatz für den Katastrophenschutz und für die Wildbachverbauung zu schaffen. (Abg. *Nimmervoll: Hoffentlich nicht vom Wohnungsbau!*) Ich möchte hier nicht groß angeben, Herr Minister, aber wir Bürgermeister sind manchmal gezwungen, auch bei einem schon beschlossenen Budget (Abg. *Benya: Kein Geheimnis ausplaudern!*) — nein, das ist kein Geheimnis — solche Umwidmungen vorzunehmen, daß der bestmögliche Erfolg im Interesse der Allgemeinheit erzielt wird. (Abg. *Weikhart: Umschichten!*

Umschichten! — Abg. Dr. Mussil: Das ist ein gefährliches Kapitel! — Abg. Wodica: Ein ehrliches Kapitel!) Ich traue mir das leicht zu sagen. Wenn bei uns in der Zeit zwischen dem Monat, in dem wir das Budget beschließen, und dem Monat, in dem ich die letzten Reste ausgebe, irgend etwas passiert, dann ist es doch notwendig, zuerst da zu helfen, als dort eine Sanierung vorzunehmen. (Abg. Dr. *Mussil: Wenn's der Finanzminister macht, dann braucht er eine „Ermächtigung“!* Der Herr Bürgermeister braucht keine Ermächtigungen! — Abg. *Wodica: Das sind sogar Verpflichtungen!*) Wenn Sie das so verstanden haben, dann haben Sie, glaube ich, keinen Grund dafür, über die Bürgermeisterverantwortung nachzudenken.

Jedenfalls, Herr Minister, darf ich hier noch begründen, warum uns wir so sehr Sorgen darum machen. Ich habe schon jahrelang, wie gesagt, immer wieder das gleiche Problem angeschnitten. Jetzt ist es akut, noch einmal davon zu sprechen, weil ich ernstliche Sorgen habe und keine Freude erlebe, wenn ich heute feststellen muß, daß ich alle die Jahre hindurch mit meiner Behauptung recht gehabt habe, daß wir sehr viele von den Katastrophen, die wir in den letzten Jahren erleben mußten, mit wesentlich weniger Mitteln als die Behebung dieser Katastrophenschäden gekostet hat, zum Großteil hätten vermeiden können. Weil wir doch immer jammern, daß wir viel zuwenig Geld für dieses und jenes haben, frage ich Sie, Herr Minister, ob Sie nicht selbst der Meinung sind, daß man in dieser Form vielleicht mehr erreichen könnte als mit der Zurverfügungstellung von weniger Geld. Wenn Sie sich endlich einmal dazu bekennen könnten, daß für diese dringendsten Arbeiten vorgesorgt wird! Denn bei uns im Gebirge — Sie haben es jetzt selber erlebt — kann ein ganz kleines Rinnsal, so wie in Zell am See, Katastrophen auslösen. Wenn man diese zwei Bäche, die besonders viel Schaden in Zell am See angerichtet haben, vorher hätte sanieren können, wäre die Schadenssumme von ungefähr 40 Millionen, die mir erst jetzt der Bürgermeister von Zell am See mitgeteilt hat, nicht erwachsen. Man hätte diese Bäche mit 5 bis 6 Millionen so verbauen können, daß diese Katastrophe unterblieben wäre. So ist es bei uns im Gebirge überall.

Sie dürfen mich daher nicht mißverstehen, wenn ich sage, daß ich manchmal daran zweifle, ob die Aufteilung der Mittel des Budgets für die Wildbachverbauung richtig ist. Sie können mir jetzt sagen: Katastrophen gibt es überall, das haben wir ja in Kärnten und Osttirol erlebt. Aber mehr gefährdet als das Flachland sind doch die Gebirgsgeäue.

1104

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Adam Pichler

Um im Flachland eine solche Katastrophe auszulösen, bedarf es wirklich einer Unwetterperiode, während bei uns im Gebirge ein Gewitter, das eine halbe Stunde dauert, eine Katastrophe auszulösen vermag.

Gerade deswegen, weil es bei uns so viele derartige Probleme gibt, bin ich sehr besorgt darüber. Daher muß ich, Herr Minister, das dem Hohen Hause vortragen. Es geht nicht nur darum, daß sehr viele Menschen, Häuser und andere Dinge gefährdet werden. Es geht auch — gestern ist sehr viel darüber gesprochen worden — um die Fremdenverkehrswirtschaft. Das ist ein wichtiger Zweig unserer Wirtschaft. Glaubt man denn nicht, daß man, um diesen Wirtschaftszweig noch weiter auszubauen, die Verpflichtung hat, alles vorzubereiten, damit den fremden Gästen kein Schaden erwächst? Wir müssen dafür sorgen, daß sie nicht gerade in der Zeit, in der sie im schönen Österreich sind — Glaser gebrauchte das Wort „romantisch“ —, in solche Katastrophen hineinkommen.

Aber all das ist anscheinend noch nicht bis zu jenen Stellen durchgedrungen, die sich jedes Jahr damit zu befassen haben, die notwendigen Dotierungen vorzunehmen.

Es wäre so schön, jetzt alle die Dinge vorzutragen, die dazu noch zu sagen wären; denn es ist in den letzten Jahren manches versäumt worden. Nicht nur die Verbauung und die Sanierung der Wildbäche ist notwendig, sondern die Bepflanzung der Kahlschläge, die in den letzten Jahrzehnten vorgenommen wurde. Vielleicht müßte man dieser Arbeit noch mehr Beachtung schenken. Denn ein Gutteil dieser Katastrophen könnte schon verhindert werden, wenn man die notwendigen Aufforderungen wirklich vornimmt. Soviel ich weiß, sind ungefähr 150.000 ha Kahlschlag aufzuforsten. Um zu illustrieren, was das bedeutet, möchte ich erwähnen, daß ein Baum — das habe ich nicht gelernt, das habe ich in den Büchern gelesen, die uns das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stellt — bis zu 2000 t Wasser zurückhalten kann. Da kann man sich erst vorstellen, welch große Wassermenge ein ganzer Wald zu „horten“ in der Lage ist.

Ich darf dem Hohen Hause noch eine Sorge vortragen: Infolge der immer geringer werdenden Dotierung der Wildbachverbauung beginnen auch die Arbeiter abzuwandern. Da es sich bei diesen Leuten doch um Spezialarbeiter handelt, können wir uns das auf die Dauer gar nicht leisten. An und für sich ist die Arbeit bei der Wildbachverbauung keine sehr nette Beschäftigung. Die Leute müssen, wochenlang von ihrer Familie getrennt, auf irgendeiner Baustelle draußen wohnen. Es ist

nicht immer das angenehmste Leben, das sie dort haben. Wenn sie dann noch dazu monatelang in ihrer Sparte nicht beschäftigt werden können, wird es noch unangenehmer. Um die Arbeiter nicht zu verlieren, haben manche Gebietsbauleiter ganze Partien zu irgendwelchen anderen Arbeiten verwendet. Das sollte nicht sein. Wir sollten froh sein, wenn wir diesen Stab von Arbeitern für diese so schweren Arbeiten behalten können.

Aber nicht nur bei den manuellen Arbeitern verhält es sich so. Ich habe mich dafür interessiert, um hier darüber sprechen zu können. Ich habe in meinem Gebiet gehört, daß sich auch die Techniker, die Ingenieure sehr „rar“ machen. In unserem Bezirk, in Zell am See, ist erst im letzten Monat einer abgewandert, weil er bei der Landesregierung in der gleichen Verwendung um 1000 S im Monat mehr bekommt als bei der Lawinenverbauung. Das ist ein Kuriosum. Um diesen Mann ist sehr schade, weil er sehr viel zu leisten in der Lage war.

Mit dem Nachwuchs ist es noch schlimmer, denn Techniker sind für diesen Beruf kaum zu bekommen. Ab und zu hört man die Meinung, daß die Absolventen der Hochschulen, die man nur einzelnen Gebietsleitungen zuteilen müßte, gleich diese Arbeit leisten könnten. Das ist ein großer Irrtum. Sie müßten nur einmal mit den dafür zuständigen und verantwortlichen Bauleitern sprechen. Um auf diesem Gebiet wirklich vollwertige Arbeit leisten zu können, braucht man nicht nur die Schule, sondern auch sehr viel Erfahrung draußen auf den Baustellen.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, Ihnen all das vorzutragen. Ich nehme an, daß man endlich einmal im Ministerium — auch im Finanzministerium — zur Überlegung gezwungen wird, für diese für Österreich so wichtige Arbeit auf dem Gebiet der Wildbach- und Lawinenverbauung die notwendigen Mittel vorzusehen. Es müßte doch möglich sein, auf diesem Sektor das Bestmögliche zu tun. Ich sage das deshalb, weil ich immer wieder, wenn ich dazu gesprochen habe, auch bei den Kollegen der anderen Fakultät Unterstützung gefunden habe und weil dies wirklich die Aufgabe aller sein sollte.

Ich halte nichts davon, wenn nach dem Hereinbrechen von Unwetterkatastrophen irgendwelche hohe Persönlichkeiten Aktionen auslösen, um freiwillige Spenden einkassieren zu können. Ich hätte viel mehr Respekt und würde mir viel mehr Erfolg erwarten, wenn dieselbe Dame mit ihrem Herrn Gemahl vor der Budgetberatung reden würde und zu ihm sagen würde: Da mußt du mehr hineingeben! (Abg. Dr. Mussil: Mischen Sie sich nicht in

Adam Pichler

interne Familienangelegenheiten ein!) Das würde ich nie tun! Nur wenn es ums Geld geht! (Abg. Kern: *Es ist aber übrigens in der Regierung der Antrag gestellt worden, daß angesichts dieser großen Katastrophe im vergangenen Jahr ein allgemeines solidarisches Notopfer erbracht werden soll!* Das wurde bekanntlich von den Sozialisten abgelehnt! — Abg. Steininger: *Im Rahmen der Lohnsteuer!* — Abg. Kern: *Eine allgemeine 5prozentige Steuererhöhung war vorgesehen!* — Abg. Dr. Withalm: *Einkommensteuer und Lohnsteuer!* — Abg. Dr. Mussil: *Wir haben eine vollkommen gleichmäßige Lösung beantragt!*)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner zu Wort kommen zu lassen.

Abgeordneter Adam Pichler (fortsetzend): Meine Herren, ich bin nicht schuld, wenn Sie heute wieder länger sitzenbleiben müssen. (Abg. Glaser: *Das habe ich vorhin auch gesagt!*)

Zu Ihnen, Herr Kollege: Ich kann Ihnen versichern, ich habe dafür Verständnis. Aber wenn man das dadurch vermeiden kann, daß man vorher vorsorgt, dann wäre das viel besser. Ich darf Ihnen verraten, daß ich persönlich auch nicht von Haus zu Haus gehen wollte. Der Herr Landtagsabgeordnete Hörl von der anderen Seite — den kennen Sie ja — hat mich gebeten: Herr Bürgermeister, was machen wir denn, damit wir da etwas zusammenbekommen? Darauf habe ich gesagt: Machen wir ein Volksfest am Ritzensee. Ich kann Ihnen sagen, an diesem Tag sind 16.000 S für diesen Zweck eingegangen. Sie sehen, man kann tätig helfen. Aber wenn man es vorher unterbringt, ist es besser. (Abg. Kern: *Ganz Ihrer Meinung!*)

Und mein Rat: Nehmen Sie es nicht krumm. Ich hoffe, daß es der Herr Finanzminister auch nicht so krumm nimmt. (Abg. Dr. Mussil: *Nein, nein!*)

Ich habe die Verpflichtung gefühlt, das hier einmal zu sagen. Es fällt mir so schwer, Herr Minister, Ihnen etwas Angenehmes zu sagen. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Ich will in der Zeitung nicht wieder so als „mit Zuckerbrot ausgerüstet“ bezeichnet werden. Ich bin aber der Meinung, Herr Minister — das gilt für Sie persönlich und für alle, die Sie in diesem Ressort zu unterstützen haben und die mitzuhelfen haben —: Es wäre für Sie nicht nur eine Verpflichtung als Minister, sondern auch eine menschliche Verpflichtung, das Bestmögliche zu tun, um diesem Problem einmal wirklich tatkräftig mit den notwendigen Mitteln in der notwendigen Form zu begegnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grundemann. Ich erteile es ihm. (Abg. Meißl: *Wieder ein Bürgermeister!* — Abg. Dr. Withalm: *Lauter Bürgermeister!*)

Abgeordneter **Grundemann-Falkenberg** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Dem Beispiel meines Vorredners folgend, der als Bürgermeister vorsichtig und friedlich sein muß, möchte ich mich auch mit einem Thema beschäftigen, von dem ich glaube, daß es nicht sonderlich viel Aufregung geben wird, das aber doch im Rahmen der Budgetdebatte über das Kapitel Land- und Forstwirtschaft erwähnt werden muß.

Zur Landwirtschaft gehört, wie der Titel dieser Gruppe zeigt, auch die Forstwirtschaft, Österreichs Wald, der immerhin 40 Prozent der Fläche unseres Landes bedeckt und daher eigentlich in keiner Weise für die Staatsbürger irgendwie uninteressant sein sollte, weder auf wirtschaftlichem Gebiet noch auf dem aller sonstigen Funktionen des Waldes als Ort der Ruhe, als Ort der Erholung, als wesentlicher Faktor der Klimabildung und als ebenso wesentlicher Faktor des Haushaltes der Natur, insbesondere auch als Wasserspeicher. Immer wieder wird auch diese Funktion des Waldes betont, immer wieder wird herausgestellt, daß sich Österreich infolge der Größe seiner Wälder ganz besonders als Erholungsland eignet. Das ist nicht zuletzt auch ein Merkmal des Anwachens des Fremdenverkehrs in Österreich.

Was ist daher natürlicher, als den Interessen der österreichischen Forstwirtschaft besonderes Augenmerk zuzuwenden, was ist selbstverständlicher, als den Wald besonders zu pflegen und dafür zu sorgen, daß dieser Reichtum unseres Landes erhalten bleibt?

Wie sieht es in Wirklichkeit damit aus? Die Bundesforste toleriert man noch, sie sind Staatseigentum, also Eigentum des Landes. Wenn man aber deren Situation durch die Jahre hindurch untersucht, hat man auch da mehr und mehr den Eindruck: Das ist eine ganz hervorragende Melkkuh, der man schon deshalb wenig Unterstützung angedeihen lassen sollte, weil der Wald ohnehin von selber wächst. Interessant sind die Erträge, und interessant ist auch der Umstand, daß dieser Teil des Staatseigentums Tausenden von Menschen Arbeit gibt. Der private Waldbesitzer aber, der Bauer und schon gar der größere Grundbesitzer, scheint zur Kaste verfehlter Menschen zu gehören. Immer noch gaukelt da irgendwo der Gedanke an längst entschwundene feudalherrschaftliche Verhältnisse in den Köpfen mancher Verantwortlicher. Mit Ausnahme jener, die die Verantwortung für die soziale Situation der Angestellten und Arbeiter

Grundemann-Falkenberg

in der Land- und Forstwirtschaft tragen, kümmert sich kaum irgendwer darum, wie es der österreichischen Forstwirtschaft geht, welche Interessen sie hat, welche Sorgen und schließlich auch welche Aufgaben. Der Wald ist eben da, ob jetzt Staats- oder Privatbesitz, er soll allen, die von ihm etwas wünschen, zur Verfügung stehen. Der Besitzer muß sich eben kümmern, wie er dabei durchkommt.

Weit im Vordergrund aber steht dann noch immer die wiederkehrende Behauptung, so ein Waldbesitzer, auch der bäuerliche, sei ein bedenklicher Kapitalist, dem es nur darum zu tun ist, gut zu leben. Er braucht bloß ein paar Bäume abzuschlagen und hat, was er braucht. Für das Wachsen des Waldes sorgt ja ohnehin der Herrgott.

Man denkt auch nur zu gern an die Zeit, in der die Holzpreise auf einmal aus einem Tiefstand heraus, der in den Jahren zwischen der Weltwirtschaftskrise 1929/30 begann und sich bis 1945 hinzog, ein zugegeben starkes Anziehen aufwiesen, Preise, die aber dann seit 1957 absolut stabil blieben, ja zum Teil absanken, während, wie überall, die Kosten und Regeln sprunghaft in die Höhe gingen. Das Lohnkonto, das Konto der Kosten der Verwaltung, das Konto der Beschaffung von Maschinen und Transportmitteln — dies ein bißchen zu untersuchen, ist schon der Mühe wert. Ich darf zwar nicht erwarten, hiemit besonderer Aufmerksamkeit im Hohen Haus zu begegnen; ich hoffe aber doch, daß es vielleicht ein kleines bißchen dazu beitragen könnte, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Probleme des österreichischen Waldes zu lenken, vorausgesetzt, daß dieser Versuch nicht allein in der „Parlamentskorrespondenz“ steckenbleibt. Wenn aber, so muß man sich darein fügen. So ging es leider auch zumeist den sehr klugen Ausführungen unseres verstorbenen Kollegen Stürgh, dessen Schriften und dessen Reden auf internationaler Ebene meistens wesentlich mehr Aufsehen erregten denn auf nationaler.

Vorerst aber darf ich mir auch ein paar Bemerkungen über die Marktlage der österreichischen Forstwirtschaft seit dem Bestand der Zweiten Republik erlauben. Erinnern Sie sich, meine Damen und Herren — die meisten unter Ihnen sind damals allerdings noch nicht im öffentlichen Leben gestanden, vielleicht aber jene, die damals schon mit die Verantwortung trugen —, daß in den Jahren 1945/46 und auch noch später der Alpendollar im Ausland einen Pfifferling wert gewesen ist, erinnern Sie sich an den ungeheuren Bedarf unseres Volkes an Importgütern in jenen Jahren, erinnern Sie sich, daß es damals absolut unmöglich war und man im Ausland nur einem

milden Lächeln begegnete, wenn man für den Ankauf ausländischer Waren zu dieser Zeit österreichisches Geld anbot? In diesen Jahren war unsere Bevölkerung am Verhungern. Von einer Industrie war überhaupt noch keine Rede, und jedes Stück Material bedeutete eine Kostbarkeit.

So wie in den grauen Zeiten unserer Vorfahren gab es auch bei den damaligen österreichischen Importen keine Bezahlung in Geld, sondern einen Tauschhandel, bei welchem als Gegenwert zu dieser Zeit allerdings praktisch nur das Magnesit und Österreichs Grünes Gold, das Holz, zur Verfügung standen. Todfroh waren die Verantwortlichen von damals, daß wenigstens dieser Schatz vorhanden gewesen ist.

Zu dieser Zeit erlebte Österreichs Forstwirtschaft zugegebenermaßen einen Aufschwung. Nach dem Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft war der Holzbedarf ungeheuer groß, und in Österreich standen ziemlich bedeutende Reserven zur Verfügung. Das Holz wanderte ins Ausland, und dringend benötigte Importwaren kamen dafür herein, Waren, die für den Wiederaufbau Österreichs unbedingt erforderlich waren und diesen erst ermöglichten. Die Märkte waren offen, die Situation so, daß fast kein Land in Europa genügend Holz hatte und daher unsere Ware gerne und fließend genommen wurde. Das dauerte so lange, bis sich unser Land vom Zusammenbruch zu erholen begann, bis auch hier wieder die Industrie, auch die holzverarbeitende Industrie, aufblühte, so lange, als nicht genügend Geld, das dann auch in Zahlung genommen wurde, vorhanden gewesen ist. Damit war die Blütezeit der österreichischen Forstwirtschaft zu Ende.

Unser Land, das immerhin auch heute noch etwa 3 bis 3,5 Millionen Kubikmeter Holz für den Export zur Verfügung hat, das einzige Land Mitteleuropas mit diesem Reichtum, verlor nach und nach eine ganze Reihe europäischer Märkte, weil die Forstwirtschaft hierzulande mit der Begründung des Bedarfes am eigenen Markt und infolge des Desinteresses, das im eigenen Land der Forstwirtschaft entgegengebracht wurde und immer mehr und mehr zunahm, keine Exportbewilligungen mehr bekommen konnte. Die damals auch eingeschalteten Gewerkschaftsführer haben zumeist diesen Posten schon verlassen, sie würden sich aber bei einem Nachdenken daran erinnern. Vielleicht kann sich der Herr Kollege Dr. Staribacher, der damals schon als die rechte Hand des verstorbenen Präsidenten Böhm galt, noch an die Situation von damals erinnern.

Der englische Markt war der erste, den wir nicht mehr beliefern durften, der holländische,

Grundemann-Falkenberg

der belgische und der französische folgten. Bei Exporten in die Schweiz mangelte es an Genehmigungen, zum Teil auch bei Exporten nach der Bundesrepublik. Die Lieferungen in die Levante und nach Nordafrika, die einen bedeutenden Exportfaktor darstellten, mußten aufhören. Es blieb — und das bis heute — im großen Ausmaß der italienische, zum Teil auch der deutsche Markt. Das vielleicht deshalb, weil wir ein besonderes Interesse am Import italienischer und deutscher Waren hatten. Schleifholzexporte wurden überhaupt nicht genehmigt, Exporte von Rohholz nur in geringsten Mengen, nur mehr von verarbeiteten Waren, und hie und da begegnete man auch dabei gewissen Schwierigkeiten, insbesondere aus den Ländern, die unsere Ware importierten und selbstverständlich Interesse an der eigenen Verarbeitung hatten.

Ist es Ihnen klar, meine Damen und Herren, wer als Folge dieser Wirtschaftspolitik den Platz Österreichs in den genannten europäischen Ländern übernahm? Nicht die nordischen Staaten, die dafür sorgten, daß sie nur mehr Fertigprodukte auf den europäischen Markt bringen konnten, nein, Kanada und vor allem Rußland haben dieses Geschäft für Österreich übernommen. Diese Märkte sind für Österreich anscheinend verloren, es besteht kaum eine Aussicht, sie wieder zurückzugewinnen, es sei denn im Rahmen der EWG. Rußland arbeitet mit Dumpingpreisen — die wohl immer noch vorhandenen billigen Arbeiter in Rußland ermöglichen diese —, mit Preisen, die kaum ein Entgelt für das Holz darstellen, sondern vorwiegend politische Preise sind. Dieses Land hat einige der heiklen europäischen Märkte, etwa jenen der Schweiz, nur dadurch verloren, daß zuerst eine konkurrenzlos schöne, nachher aber zum „Mischen“ eine sehr schlechte Ware geliefert wurde, welche Geschäftspraktiken bei den sehr tüchtigen Schweizern verständlicherweise auf keine große Liebe stießen.

Man hörte vor ein paar Jahren, daß Rußland auch auf dem italienischen Markt Fuß fassen wollte. Nach ziemlich einwandfreien Berichten sollen die Angebote preislich niedriger gewesen sein als die österreichische Ware — dies bei einer errechneten Frachtbelastung von 400 S je Festmeter, wobei sich der österreichische Festmeterpreis ab Wald bei guter Ware derzeit um 500 bis 550 S bewegt, also billiger, als das Nachbarland Österreich zu liefern in der Lage war.

Aber nicht nur Rußland, auch andere Länder bemühen sich um die europäischen Märkte, insbesondere Jugoslawien und Rumänien. Ein Glück für Österreich ist es nur, daß wir einige Qualitäten besitzen, die diese

Länder nicht zu liefern in der Lage sind. Es ist also an der Zeit, daß man auch in Österreich ein bißchen umdenkt. Die EWG wird hier hoffentlich auch eine vernünftige Wirkung ausüben.

Mit einem Steigen der Preise ist allerdings kaum zu rechnen, auch nicht auf dem deutschen Markt, und zwar im Hinblick auf die Kreditrestriktionen in Deutschland. Also keine Sorge, daß der Waldbesitzer allzu reich werden könnte! Die deutschen Preise sind heute kaum von den österreichischen verschieden. Dies gilt zumindest für alle Länder Österreichs, deren Frachtrate hoch ist, beispielsweise für Niederösterreich.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen hier eine Mitteilung übermitteln, die ich gestern bekommen habe. Dem Vernehmen nach soll die Tschechoslowakei nun an Österreich ein Angebot auf Holzlieferungen stellen. Erste Rate: 10.000 Festmeter zu einem Preis waggonverladen Gmünd, der um etwa 100 S tiefer liegt als der Preis des österreichischen Holzes. Dabei erheben sich mehrere Fragen. Was sollen die österreichischen Waldbesitzer, insbesondere die bäuerlichen Waldbesitzer im Waldviertel, dazu sagen? Was werden die Forstarbeiter dazu zu bemerken haben? Das ist eine Frage, Herr Kollege Pansi, mit der Sie sich sicherlich werden beschäftigen müssen. Wird — das ist die nächste Frage — das Verarbeitungsprodukt aus diesem billigen Holz vielleicht auch billiger werden oder nicht? Oder wäre es etwa möglich, das verarbeitete Produkt zu exportieren und dann auch noch eine Exportrückvergütung dafür zu verlangen?

Meine Damen und Herren! So sicher sind wir nicht, ob dieses Holz nicht ehemals im Eigentum von Österreichern stand, die drüben ihren Besitz verloren haben. An der Grenze der Tschechoslowakei haben wir das mehrfach erlebt. Auch in meiner Gemeinde haben die Bauern, die drüben ihren Wald verloren haben, sehen müssen, wie ein österreichischer Käufer das von den Tschechen abgegebene Holz an ihrer Nase vorüber nach Österreich importierte und den Profit aus dem Holz aus dem ehemaligen Besitz österreichischer Bauern einsteckte. Ich glaube, es ist notwendig, daß man diese Frage endlich einer Behandlung unterzieht. Ich darf mit Genugtuung bemerken, daß mir der Herr Handelsminister versprochen hat, er werde sich mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigen.

Nun möchte ich die Lage und die Rentabilität der Österreichischen Bundesforste, eines Betriebes, dessen Führung wohl allseitig als mustergültig betrachtet wird, ein bißchen untersuchen und als Beispiel für die Situation der österreichischen Forstwirtschaft anführen.

Grundemann-Falkenberg

Meine Damen und Herren! Sie brauchen sich bloß die Rechnungsabschlüsse seit 1962 anzusehen und dann den Voranschlag 1966 damit zu vergleichen. 1962 wies der Rechnungsabschluß der Österreichischen Bundesforste einen Überschuß aus, der noch weit über 100 Millionen Schilling lag. 1963 waren es nur mehr 88 Millionen. 1964 und 1965 ging dieser Überschuß auf 50 Millionen Schilling zurück, und 1966 weist der Voranschlag der Österreichischen Bundesforste einen Überschuß von 37 Millionen Schilling aus. Wenn man auf der Einnahmenseite nur die Holzeinnahmen berücksichtigt und alle sonstigen nicht mit der Führung eines Forstbetriebes zusammenhängenden Erträge vernachläßigt, etwa jene der Sägewerke und der Kurverwaltung, ergibt sich — meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, diese Zahl zu beachten! — bei 483.000 ha Waldbesitz der Bundesforste ein Reinertrag von sage und schreibe 3 Millionen Schilling. Diese Zahl ist alarmierend und ein Beweis dafür, daß sich Österreichs Forstwirtschaft unter den gegebenen vorwiegend gebirgigen Voraussetzungen am Rande der Ertragsfähigkeit bewegt. Das ist also, wenn ich bei meinen dürftigen Schulnoten richtig rechne, ein Ertrag von 6 S je Hektar.

Der Rohstoff Holz stellt aber nach wie vor in der österreichischen Wirtschaft nicht nur als Verarbeitungsprodukt, nicht nur als vorherhand sehr notwendiges Material für die Bauwirtschaft, für die Möbelindustrie, für die Papiererzeugung und für eine Reihe weiterer Fertigungen, auch als Brennmaterial und vor allem als Exportware selbstverständlich einen bedeutenden Faktor dar, der es erforderlich macht, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Existenz und die Wirtschaftlichkeit des österreichischen Waldes zu sichern. Zu diesen gehört so wie überall und in jedem Wirtschaftszweig die Maßnahme der Investition. Bei der Forstwirtschaft gibt es allerdings nur sehr begrenzte Möglichkeiten.

Auf manuelle Arbeitskraft wird man im Wald und in seiner Bewirtschaftung nie verzichten können. Erleichterungen der Arbeit können wohl geschaffen werden, bleiben aber immer nur ein Hilfsmittel: Motorsägen, vielleicht auch Entrindungsmaschinen. Sie weisen aber noch Preise auf, die bestenfalls ein ganz großer Forstbesitz bezahlen kann, denn eine solche Maschine kostet rund eine halbe Million Schilling. Es würden auch verbesserte Transportmittel dazu gehören. Aber auch dazu ist zu sagen, daß ein schwerer Traktor mit Seilwinde und Allradantrieb heute mindestens 150.000 S erfordert. Ja, das gibt es wohl, bleibt aber für den bürgerlichen und für den

sogenannten größeren Waldbesitz mit geringem Ausmaß eine unerfüllbare Möglichkeit; bei den größeren Besitzen vielleicht auch deshalb, weil sie — und jetzt hätte ich beinahe gesagt, bekanntlich, es scheint aber sehr wenig bekannt zu sein — von einem Großteil der Förderungskredite ausgeschlossen sind, beispielsweise von den AI-Krediten. Es stehen in größeren Betrieben nur ERP-Kredite zur Verfügung, und das in einem Ausmaß, das bei der Größenordnung des österreichischen Waldes sicherlich nicht als bedeutend bezeichnet werden kann, 20 Millionen Schilling im Jahr, auch das gekürzt von 24 auf diese 20 Millionen. Zum Vorteil der österreichischen Waldwirtschaft wäre es, solche Möglichkeiten zu eröffnen. Schließlich käme das auch wohl der gesamten österreichischen Wirtschaft einigermaßen zu gute.

Eine der großen Sorgen ist aber die Eröffnung der österreichischen Wälder durch Waldstraßen. Ich habe mir schon erlaubt, im Finanzausschuß darauf hinzuweisen, daß in unserem Land die Aufschließung bei 15 Laufmetern je Hektar liegt, während, international gesehen, genau das doppelte Maß, nämlich 30 Laufmeter pro Hektar, als erforderlich angesehen werden.

Ich muß auch anerkennen, daß die Möglichkeit der Erreichung forstlicher Förderungsmittel für bürgerliche Betriebe zum Teil gegeben ist, leider aber auch von Jahr zu Jahr immer etwas weniger werden muß, da das Geld dafür nicht vorhanden ist. Im heurigen Jahr sind es 39 Millionen Schilling bei einer bürgerlichen Waldfläche von zirka 1,3 Millionen Hektar, und das zumeist zu dem Zweck, um dem Bauern preisgünstige Waldpflanzen für die Aufforstung der Schläge, besonders aber auch für die Aufforstung der Grenzertragsböden zur Verfügung stellen zu können.

Ebenso lobend zu betonen ist aber auch, daß die staatlichen Forstgärten, die nunmehr in die Verwaltung der Bundesländer übergehen sollen, in den letzten Jahren beachtenswerte Leistungen erbracht haben. Wie überall, so herrscht leider auch hier Arbeitskräftemangel. Die größeren Betriebe haben so wie die Bundesforste selbstverständlich im Laufe der letzten Jahre beachtliche Leistungen erbracht. Sie haben aber auch alles nur Mögliche dazu getan — und da hoffe ich, daß dies vielleicht auch Anerkennung findet —, um die soziale Situation der Forstarbeiter zu verbessern, um Löhne zu zahlen, die den Vergleich mit anderen Sparten unserer Wirtschaft durchaus aushalten und aushalten müssen, da sonst die Gefahr der Abwanderung immer größer wird.

Aber natürlich sind die Vertreter der Forstarbeiter, die ja in vielen Fällen unter wesentlich

Grundemann-Falkenberg

schwierigeren Voraussetzungen zu arbeiten haben als der Großteil der industriellen Arbeiter, der Meinung, daß die gegenwärtige Lohnsituation nicht hinreicht. Wie das aber ändern? Sie haben aus dem Beispiel der Ertragsfähigkeit der Bundesforste gehört, wie weit die Ertragsfähigkeit der österreichischen forstwirtschaftlichen Betriebe nunmehr hingangt. Natürlich gäbe es Möglichkeiten — wenn es nicht schon ein bißchen zu spät ist —, den Absatz der österreichischen Forstwirtschaft besser zu fördern, die Möglichkeiten hiefür doch wenigstens zu tolerieren, um die Betriebe damit in die Lage zu versetzen, besser zu wirtschaften, woran dann selbstverständlich die Beschäftigten auch einen entsprechenden Anteil haben müssen und auch haben würden, wenn es, wie gesagt, nicht schon etwas zu spät dazu ist. Die guten Märkte sind ja durch diese damals so kluge Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren leider verlorengegangen. Die Schuld lag nicht an den Exportgenehmigungen durch die staatlichen Stellen, wohl aber wirkte sich das Veto der Interessenvertretungen aus. Vielleicht aber bestehen doch noch Chancen durch die EWG. Die sechs EWG-Länder haben heute einen Rohholzimportbedarf von 30 Millionen Festmetern, den sie nicht abdecken können. Bei abgebauten Zollschränken wäre es denkbar, daß österreichisches Holz wieder konkurrenzfähig werden könnte. Es könnte sein. Aber wenn England der EWG beitritt, eröffnen sich da ebensolche Möglichkeiten für das kanadische Holz.

Aber noch eine Möglichkeit gäbe es, die österreichische Waldwirtschaft zu stärken. Vorhin erwähnte ich die Preise forstlicher Maschinen und forstlicher Transportmittel, fast alles ausländische Ware, die Traktoren und auch die Entrindungsmaschinen. Unsere Traktorenfabrik in Steyr erzeugt keine Traktoren mit Allradantrieb und kann daher keine Konkurrenz für die ausländischen Traktoren oder gar für den viel verwendeten UNIMOG abgeben. Die Entwicklung eines Wirtschaftszweiges wird ja maßgeblich von den Möglichkeiten bestimmt, technische und wirtschaftliche Neuerungen für sich nutzbar zu machen. Die Tätigkeit der forstlichen Versuchsanstalten ist daher für alle forstlichen Gebiete von besonderer Bedeutung und insbesondere selbstverständlich für Österreichs Forstwirtschaft. Auch hier bestehen Sorgen. Wie man mir sagte, bildet die Entlohnung des Personals dieser Anstalt keinen besonderen Anreiz, die wenigen vorhandenen Kräfte durch weitere wissenschaftlich tätige Personen zu ergänzen. Es besteht leider durchaus die Gefahr, daß unsere besten Kräfte die Abwanderung vorziehen könnten.

Es scheint auch hier die Ansicht vorzuherrschen, daß die Forschungsergebnisse nur den größeren Forstbetrieben zugute kommen können. Hier darf man wohl sehr eindringlich betonen, daß auch mit den bescheidenen vorhandenen Mitteln alles getan wird, um gerade den Ertrag des Bauernwaldes, der größtenteils immer noch nicht nach betriebswirtschaftlich richtigen Maßnahmen bewirtschaftet wird, zu heben.

Mit diesen Ausführungen habe ich keineswegs beabsichtigt, in der Sparte der Forstwirtschaft ein großes Jammern anzuheben. Sie sollten nur den Versuch darstellen, der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, daß der Wald, soll er einen wirtschaftlichen Nutzen bringen, aber auch als Erholungsstätte der Bevölkerung erhalten bleiben, nicht nur genutzt werden darf, sondern auch gepflegt werden muß.

Umso schwieriger wird es aber, wenn man daran denkt, daß der Wald rund hundert Jahre braucht, bevor das Kapital Wald auch einen Ertrag bringt. Hier muß man wohl auch eindringlich betonen, daß der Wald des Bauern nach wie vor für dessen Existenzsicherung einen besonderen Wert darstellt.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch ein paar Worte zu einem Begriff, der mit dem Wald in innigem Zusammenhang steht, einem Begriff, der allerdings im Bundesfinanzgesetz nur auf der Habenseite der Bundesforste zu finden ist, dem Wild unserer Wälder. Hier stehen die Meinungen über dessen Wert einander gegenüber. Es gibt nicht wenige Leute, die die Ausübung der Jagd allein als ein Privileg der reichen Leute ansehen. Es gibt auch manche, die das Töten der Tiere als die Wiederkehr des Urinstinktes des Menschen bezeichnen. Es gibt aber kaum jemanden, der nicht da und dort gar nicht so ungern einmal ein Stückchen Wild auf seinem Tisch sieht.

Auch hier hat sich die Zeit der Feudalherrschaft schon längst aufgehört. Zum überwiegenden Teil ist die Jagd in genossenschaftlichen Händen, in denen der Bauern, der Arbeiter, der Gewerbetreibenden und der Angestellten. Ausgenommen sind vielleicht jene Abschüsse, die zu enormen Preisen an Jagdbeflissene abgegeben werden, die sich das leisten können; aber deren gibt es in Österreich verschwindend wenige.

Ein durchaus nicht unbedeutender Faktor ist Österreichs Jagd, die auf einem Stand gehalten ist, der für Europa und vielleicht für die Welt als mustergültig angesehen werden kann, wenn man ihn dagegen etwa mit Frankreich vergleicht, wo der Anblick eines

1110

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Grundemann-Falkenberg

Rehs einen absoluten Seltenheitswert bedeutet. Auch für unsere Jagd und für das Wild möchte ich als alter und begeisterter Jäger ein Wort einlegen. Da befinde ich mich auch sicher in keiner so schlechten Gesellschaft, wenn ich etwa an die gleiche Begeisterung unseres verstorbenen Altkanzlers Figl denke oder an die des jetzigen Bürgermeisters von Wien. Natürlich muß auch die Jagd, natürlich muß auch das Wild eine sorgfältige Pflege erfahren und dem Verständnis auch derjenigen begegnen, die ansonsten nichts dafür übrig zu haben scheinen.

So darf ich, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, für die Aufmerksamkeit danken, die Sie meinen Ausführungen geschenkt haben. Ich hatte den Vorteil, daß Wald und Wild glücklicherweise in Österreich weniger ein Gegenstand politischen Streites sind, daß es gottlob in Österreich noch eine ganze Anzahl von Menschen gibt — und ich glaube auch in diesem Hohen Hause —, die um die Bedeutung des österreichischen Waldes und um die Bedeutung des österreichischen Holzes wissen und denen klar ist, daß unser Land noch einiges wird tun müssen und wirkliche Anstrengungen unternehmen muß, um diesen Wert und diese unersetzbare Erholungsstätte zu erhalten, unseren Wald und das Grüne Gold unserer Wälder, unser Holz. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Eberhard. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Eberhard (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß der Herr Abgeordnete Schlager nicht im Hause anwesend ist. Ich hätte ihm gern etwas über sein früheres Benehmen gesagt. Aber ich bin mir dessen bewußt, daß seine Berufskollegen, und zwar männlichen und weiblichen Geschlechtes, auf der Galerie sein Benehmen genauso unqualifiziert empfunden haben wie die Mitglieder dieses Hohen Hauses. Jedenfalls ist es während der zehn Jahre, in denen ich die Ehre habe, diesem Hohen Hause anzugehören, noch niemals zu solchen Dingen gekommen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte genauso wie mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Präsident Grundemann, zu Forstrechtsangelegenheiten Stellung nehmen und vor allem darauf hinweisen, daß mit dem Forstsaatgutgesetz 1960, der Forstsaatgutverordnung 1961, dem Forstrechts-Bereinigungsgesetz 1962, mit der darauf bezugnehmenden Verordnung 1963, der Ausbildungsverordnung für Forstorgane und der Försterschulen-Verordnung 1963 die Forstwirtschaft bis auf bestimmte Ausnahmen einer gesetz-

lichen Regelung zugeführt wurde. Bisher offengeblieben ist eine gesetzliche Regelung der Nachhaltigkeit, die Bestellung von Forstorganen für die Körperschaftswälder, die Schaffung von Begriffsbestimmungen für den Bannwald, die Behandlung des Schutzwaldes im allgemeinen, Bestimmungen über die Walderhaltung, so die Schaffung einer klaren Walddefinition und vor allem eine klare Definition zum Walderhaltungsgrundsatz.

Ich weiß, daß es sich um eine sehr schwierige Materie handelt, von der der Herr Bundesminister schon im Budgetausschuß gesagt hat, daß man den schwierigsten Teil des Forstrechts-Bereinigungsgesetzes für den Schluß aufgehoben hat, für dessen gesetzliche Erledigung man ungleich mehr Zeit benötigt als zu allen vorher von mir zitierten Gesetzen.

Doch, glaube ich, wäre es höchst an der Zeit, daß hier endlich einmal erfüllt wird, was der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Hartmann bei der Beschußfassung über das Forstrechts-Bereinigungsgesetz bereits im Jahre 1962 angekündigt hat. Ich habe zwar in Erfahrung gebracht, daß im Jahre 1964 ein diesbezüglicher Vorentwurf zur Stellungnahme versandt wurde, in dem beabsichtigt war, die noch ausstehenden Bestimmungen zu einem Gesetz zusammenzufassen. Allerdings hat dieser Entwurf in Fachkreisen schwerwiegende Bedenken hervorgerufen, da das bisher durch Landesgesetze geregelte Forstrecht, insbesondere die Handhabung von Schlägerungsbewilligungen und die Bewilligungen von Holzlieferungen und Lagerungen in Wildbachgebieten, völlig unberücksichtigt geblieben sind. Vielleicht haben diverse Stellungnahmen aus Fachkreisen dazu geführt, daß dieser Gesetzentwurf wieder in die Verenkung geraten ist.

Es soll keineswegs bestritten werden, daß seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft das Bestreben besteht, ein für alle Bundesländer möglichst einheitliches Forstrecht zu schaffen. Aber dabei hat man alle Bestimmungen außer Betracht gelassen, die an und für sich schwierig auf einen Nenner zu bringen sind. Dazu gehören vor allem jene Länderbestimmungen, die sich die Länder auf Grund ihrer unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse in jener Zeit gegeben haben, in der die Gesetzgebung im Forstwesen Landesache war. Man muß nämlich wissen, daß im besonderen die Alpenländer auf diesem Gebiet auch erst aktiv wurden, als ihre Gebiete von schweren Naturkatastrophen heimgesucht wurden und die verheerenden Auswirkungen dieser Katastrophen vor allem auf den unbefriedigenden Zustand, in dem sich die

Eberhard

Waldungen im allgemeinen befunden haben, zurückzuführen waren.

Mit Ausnahme von Oberösterreich war allen diesen gesetzlichen Bestimmungen gemeinsam, daß die Holzschlägerungen von einem bestimmten, in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Maß ab der Anzeigeverrichtungswise Bewilligungspflicht unterstellt wurden. Auch die Lagerung und Lieferung von Holz im Bereich von Wildbächen wurde von einer behördlichen Bewilligung abhängig gemacht. So kannte zum Beispiel Oberösterreich nicht die Anmeldepflicht für Holzschlägerungen, wohl aber die Bewilligungspflicht für Lieferungen und Lagerungen von Holz. In Kärnten beginnt die Anmeldepflicht bei Schlägerungen bereits bei einem Viertelhektar, in der Obersteiermark bei einem halben Hektar und in der Untersteiermark bei einem Hektar, während in Salzburg und Vorarlberg jede Schlägerung für den Verkauf anmeldepflichtig und nur die Deckung des normalen Eigenbedarfes frei ist. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Es ist verständlich, daß diese sehr unterschiedlichen Landesgesetzgebungen bei der Vereinheitlichung des Bundesforstreiches große Schwierigkeiten bereiten. Man ist jedoch diesen Schwierigkeiten bisher dadurch aus dem Wege gegangen, daß man derartige Bestimmungen in den vorher von mir angeführten Gesetzentwurf einfach nicht aufgenommen hat. Dies birgt nicht nur für die Forstwirtschaft große Gefahren in sich, sondern auch die Interessen der Allgemeinheit an einem guten Waldzustand werden dadurch auf das stärkste beeinträchtigt.

Dem Wald kommen heute nicht allein Schutzfunktionen zu, sondern er gewinnt gerade in unserer hektischen Zeit immer mehr an Bedeutung als Wohlfahrtseinrichtung. Daher wird es notwendig sein, daß bei der noch ausstehenden forstlichen Gesetzgebung die einzelnen Länderinteressen gewahrt bleiben und dabei vor allem den Gesamtinteressen gegenüber den nur privaten Interessen der Vorrang eingeräumt wird. Dies kann umso leichter geschehen, als schon seit vielen Jahrzehnten eine Beschränkung der Waldnutzung bestanden hat, allerdings nach der jeweils geltenden Rechtsauffassung und der Bedeutung des Waldes für den Staat.

Hohes Haus! Ich möchte in aller Klarheit feststellen, daß auch wir für eine weitgehende Freiheit für die Wirtschaft im Walde sind, diese Freiheit jedoch dort enden muß, wo für die Allgemeinheit unter Umständen ein nicht mehr gutzumachender Schaden eintreten würde.

Aber auch die Erhaltung des Bauernwaldes verlangt gebieterisch nach einer entgültigen

Regelung eines möglichst bundeseinheitlichen Forstreiches. Daher erwarten wir von Ihnen, Herr Bundesminister, die notwendige Initiative, damit das Hohe Haus sich ehebaldigst mit der Verabschiedung dieser Gesetzesmaterie befassen kann.

Hohes Haus! Ich habe anlässlich der Budgetsitzung im Ausschuß versucht, die Aufmerksamkeit des Herrn Bundesministers auf eine Angelegenheit zu lenken, von der ich glaube, daß es höchst an der Zeit wäre, daß hier endlich einmal etwas geschieht. Es handelt sich um die Schaffung eines Garantiesystems zum Schutz der Landwirtschaft bei Katastrophenfällen. Wir wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr 1965 war für Österreich, aber besonders für die österreichische Landwirtschaft ein ausgesprochenes Katastrophenjahr. Kaum befinden wir uns im Jahre 1966 zu Beginn der Sommerzeit, können wir feststellen, daß auch in diesem Jahr verheerende Katastrophen über Teile unseres Landes hereingebrochen sind.

Wir haben versucht, uns Unterlagen zu verschaffen, wie man in anderen Ländern bemüht ist, ein solches Garantiesystem zum Schutze der Landwirtschaft bei Katastrophenfällen zu schaffen. Ich habe hier eine Unterlage, die mir Aufschluß gibt, wie gerade in Frankreich auf diesem Gebiet sehr viel im Interesse der Landwirtschaft getan wird; wobei ich sagen möchte, daß wir vielleicht in Österreich dieses Garantiesystems, oder wie man es nun auch bezeichnen mag, als Alpenland viel eher bedürfen würden als Frankreich. Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, noch einmal bitten, daß Sie doch in Zukunft Ihre Aufmerksamkeit dieser Angelegenheit zuwenden, und vielleicht gelingt es, eine eigene Post im Budget zu schaffen, und versucht man, aus den Mitteln des Agrarinvestitionsfonds jährlich eine Summe dorthin zu geben. Ich weiß nicht, ob das möglich ist, aber es dürfte meiner Auffassung nach bestimmt irgendeinen Weg geben, um auch auf diesem Gebiet zu einer bundeseinheitlichen Regelung im Interesse unserer Landwirte draußen zu kommen.

Nun, Herr Bundesminister, noch ein Anliegen, und zwar ein Anliegen, das mein Patreifreund Steiner, der mit Ablauf der letzten Legislaturperiode aus diesem Haus ausgeschieden ist, von Budget zu Budget immer wieder als Bitte an Sie herangetragen hat: Vielleicht könnten Sie doch einen Weg finden, daß die Maschinenhöfe in die Treibstoffverbilligung für die Landwirtschaft einzbezogen werden. Bisher ist diese Einrichtung, die nur der Landwirtschaft dient, von dieser Maßnahme ausgeschlossen gewesen, und ich

1112

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Eberhard

sehe nicht ein, daß hier eine solche Diskriminierung stattfindet.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am Montag haben wir bei der Behandlung des Budgetkapitels Inneres in diesem Hause eine sehr interessante Diskussion gehört, die durch Äußerungen des Herrn Abgeordneten Mitterer hervorgerufen wurde. Ich erlaube mir, kurz darauf einzugehen. Ich bediene mich dabei eines Auszuges aus dem stenographischen Protokoll, und da steht folgendes: „Wenn Sie vom Kraut gesprochen haben — ich hätte Ihnen gewünscht, Sie hätten das Kraut nicht erwähnt. Ich habe nicht vorgehabt, die alten Dinge aufzuwärmen.“ Zwischenruf der Frau Abgeordneten Jochmann: „Kraut ist besser, wenn es aufgewärmt ist!“ Herr Abgeordneter Mitterer setzte fort: „Aber gerade vom Kraut hätte ich an Ihrer Stelle nichts gesagt, denn in Klagenfurt hat der Konsum das Importkraut mit 130 Prozent Gewinn verkauft.“ Pfui-Rufe bei der ÖVP. Zwischenruf von Seiten des Abgeordneten Skritek: „Das ist eine ... Unwahrheit!“

Nun darf ich zur Steuer der Wahrheit dem Hohen Hause folgendes bekanntgeben. Ich lese Ihnen aus der Informationsschrift „Die Konsumgenossenschaft“ vom 25. Dezember 1965 folgendes vor:

„Der ÖVP-Presse Dienst hat eine Meldung lanciert, nach der der Konsum Kraut mit einem Aufschlag von 166 Prozent verkauft habe. Diese Meldung ging durch verschiedene ÖVP-Blätter und auch durch Zeitungen der Handelskammer. Einmal hieß es unter der Überschrift ‚Wein trinken — Wasser predigen‘:

„Das Wirtschaftsunternehmen der Sozialistischen Partei Österreichs, der Zentralverband der österreichischen Konsumgenossenschaften, verkauft zu hohen Preisen, während sich die Sozialisten optisch um den Abbau der Handelsspannen bemühen. Daß der Konsum mit Handelsspannen von mehr als 150 Prozent verkauft, ist nunmehr durch die Kärntner Konsumgenossenschaft bewiesen, schreibt der ÖVP-Presse Dienst.“

Die Organe der Handelskammer bezeichneten die Konsumgenossenschaften unverfroren als Preistreiber, wobei sie allerdings der Vorsicht halber ein Fragezeichen hinzufügten.

Was ist nun wirklich geschehen?

Zunächst einmal sollte man annehmen, daß es sich auch in den Kreisen unserer Gegner herumgesprochen hat, daß der Zentralverband der österreichischen Konsumgenossenschaften kein Wirtschaftsunternehmen und schon gar nicht ein Wirtschaftsunternehmen der SPÖ ist, sondern ein genossenschaftlicher

Revisionsverband. Weiters gibt es keine Kärntner Konsumgenossenschaft. Wir finden in Kärnten je eine Konsumgenossenschaft in Klagenfurt, Villach und in Spittal an der Drau.

Da haben nun Marchfelder Gemüsebauern billiges Kraut um S 0,90 nach Kärnten geliefert. Angeblich stellte es sich zusätzlich der Frachtpesen und Provision für den Händler auf S 1,50 franko Klagenfurt. Interessanterweise taucht dieses Kraut aber nicht bei der Konsumgenossenschaft Klagenfurt, sondern bei der Konsumgenossenschaft Villach auf, die es zu einem Preis von S 2,20 an ihre Mitglieder verkauft.

Zur gleichen Zeit kostete Kraut auf dem Klagenfurter Wochenmarkt S 4,— bis S 6,— pro Kilogramm. Die Konsumgenossenschaft Klagenfurt, die von dem billigen Marchfelder Kraut nichts gesehen hatte, mußte wesentlich höhere Einkaufspreise bezahlen und verkaufte ihr Kraut um S 4,— pro Kilogramm mit einem Einlagerungsnachlaß von 15 Prozent. Wenn nun die Konsumgenossenschaft Klagenfurt als Preistreiber bezeichnet wird, so muß doch wohl die Frage gestellt werden, was denn die übrigen Kaufleute in Klagenfurt waren.“

Soweit also die Konsumgenossenschaft selbst in ihrer Informationsschrift.

Darf ich jetzt folgendes sagen: Die Konsumgenossenschaft Klagenfurt hat über diese in verschiedenen Zeitungen lancierte, sie schwer schädigende Nachricht von der Presse, von den Zeitungen eine Berichtigung verlangt. Sämtliche Zeitungen haben diese Berichtigung auch gebracht — mit Ausnahme des „Volksblattes“ in Wien. Das „Volksblatt“ in Wien mußte eingeklagt werden, und bei Gericht hat man sich dann darüber geeinigt, daß es selbstverständlich auch diese Berichtigung bringen und darüber hinaus auch die Prozeßkosten zahlen wird.

Damit möchte ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses, aber vor allem Herrn Abgeordneten Mitterer den Beweis liefern, daß eine Unwahrheit, auch wenn sie „aufgewärmt“ wird, noch lange keine Wahrheit ist. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Deutschmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein Zufall, daß zwei Kärntner hintereinander reden, aber ich möchte Ihnen die Versicherung geben, daß ich nicht über Kraut reden werde. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist nur sehr schade, daß der Herr Abgeordnete Dr. Weihs nicht hier

Deutschmann

ist — o, Entschuldigung, er ist hier —, ich möchte mich nämlich vorstellen, welchem Beruf ich angehöre: ich bin Bauer. Dies aus dem Grund, damit es mir nicht so geht wie dem bürgerlichen Abgeordneten Neumann, dem Sie, Herr Abgeordneter, zugerufen haben, er solle keine Zwischenrufe machen, wenn er von der Agrarpolitik nichts versteht. (*Zwischenrufe.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist vielleicht möglich, daß ein Bauer, der einen Hof bewirtschaftet, die Situation anders sieht als einer, der am Grünen Tisch sitzt und die Gedanken dann darüber zu Buch bringt oder in verschiedenen Artikeln preisgibt.

Herr Abgeordneter Dr. Weihs! Ich möchte zu Ihren Ausführungen noch folgendes sagen: Sie haben gesagt, die Erzeugung solle mit dem Verbrauch irgendwie in Einklang gebracht werden. Ich stimme Ihnen vollkommen zu, Sie haben recht, nur das eine müssen wir in diesem Zusammenhang berücksichtigen — wie der Herr Abgeordnete Tödling schon erwähnt hat —, daß die bürgerliche Werkstätte nicht in einer Fabrikshalle, sondern in der freien Natur steht. Gerade im letzten Jahr, wo das Katastrophenjahr über unser Land und die Landwirtschaft hereingebrochen ist — das hat ja der Herr Abgeordnete Eberhard heute jetzt vor mir aufgezeigt —, konnten wir auch feststellen, daß der Lohn von Mühe und Arbeit unseren bürgerlichen Betrieben und Familien innerhalb weniger Stunden durch diese Katastrophe genommen wurde.

Vor einigen Tagen haben wir im Landwirtschaftsministerium zum Landwirtschaftsgesetz, in der „§ 7-Kommission“, eine Sitzung abgehalten. Dort hat uns Herr Sekretär Gamperling gesagt: „Es war beschämend, daß im Jahre 1965 so schlechte Kartoffeln zu einem so hohen Preis angeboten worden sind.“ Ich bin ganz seiner Meinung, es waren keine guten Kartoffeln, der Preis war hoch. Aber die Landwirtschaft hat vorgesorgt, sie hat genügend Anbaufläche für Kartoffeln gehabt. Es war keine Absicht, meine sehr Geehrten, künstlich zu versuchen, den Kartoffelpreis in die Höhe zu bringen. Nein, wiederum hat uns die Natur einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Noch zu einer anderen Sache, die Sie erwähnt haben. Sie haben gesagt, es müsse zwischen Konsumenten und Produzenten einen gemeinsamen Weg geben, damit verschiedene Probleme abgeklärt werden. Herr Abgeordneter Dr. Weihs, ich pflichte Ihnen bei, es muß eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet geben. Ich bin jetzt mit Beginn dieser Gesetzgebungsperiode zum erstenmal hier im Hohen

Haus, und ich möchte erklären und hier festhalten: Wenn die Zusammenarbeit so aussehen sollte, wie sie hier von Ihrer Seite aus in den letzten Wochen praktiziert wird, dann muß das auch ein junger Bauer ablehnen.

Wir haben nämlich hier in letzter Zeit in diesem Haus folgendes erlebt: Der Herr Abgeordnete Tödling hat in seiner Rede zu den Kompetenzentflechtungen das Wort genommen und hat auf verschiedene Mißstände im Bereich des damaligen Innenministers hingewiesen. Dann hat der Herr Innenminister Czettel erklärt: Na ja, ihr dürft halt nicht ins Blitzblaue produzieren! Vorgestern hat der Herr Abgeordnete Dr. Staribacher gesagt: Die Bauern sind an der Preissteigerung indirekt schuld, weil das Angebot zu gering ist!

Jetzt sagen Sie mir, meine Damen und Herren des Hohen Hauses: Ist dies eine Basis für einen gemeinsamen Weg, um Ihnen und auch uns, der Bauernschaft, gerecht zu werden? Ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß ich das verneinen muß.

Ich möchte aber jetzt auf das eigentliche Problem, dem meine Wortmeldung gilt, zu sprechen kommen. Es ist heute von der Arbeitnehmerseite verschiedenes aufgezeigt worden. Ich kenne den Herrn Präsidenten Pansi schon sehr lange, und wir arbeiten im Land Kärnten — ich nehme an, Herr Präsident, so sagen zu können — recht gut zusammen. Der Herr Abgeordnete Präsident Pansi hat erklärt, daß im letzten Jahr wiederum 8000 Arbeitnehmer von der Landwirtschaft weggezogen sind. Wir haben aus der Berichterstattung des Abgeordneten Dr. Leitner entnommen, daß im abgelaufenen Jahr 23.000 und noch etliche mehr Arbeitnehmer von der Landwirtschaft weggegangen sind. Ich glaube, es wäre dies nicht unbedingt eine besorgniserregende, ja manche behaupten sogar, es sei dies eine gesunde Entwicklung. Ich will das Wort, das manche aussprechen, nicht gebrauchen. (*Abg. Dipl. Ing. Dr. O. Weihs: „Gesundschärfen“!*) Das will ich nicht gebrauchen, Herr Abgeordneter. Aber ich möchte auf einen Umstand hinweisen, Herr Dr. Weihs, der mir als einem, der aus der Landjugendorganisation, aus einer Organisation der jungen Bauernschaft, kommt, etwas Sorge bereitet. Es ist dies die Sorge, daß wir bei dieser Entwicklung eine Überalterung in unserer Landwirtschaft feststellen müssen.

Meine sehr Geehrten! Sie glauben vielleicht, daß das von mir nur so in die Diskussion geworfen wurde, um hier Anklang zu finden. Nein, ich muß Ihnen ehrlich sagen: Es ist eine echte Sorge unserer Bauernschaft, und ich nehme an, nicht fehlzugehen, daß das

Deutschmann

früher oder später eine Sorge unserer gesamten Bevölkerung in Österreich werden könnte. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Bis zum Jahre 1960 waren in der Landwirtschaft noch 8339 Jugendliche tätig, und im Jahre 1965 sind es nur mehr 4755. Das ist ein Rückgang um 43 Prozent. Der Herr Abgeordnete Pansi hat schon darauf verwiesen, daß die Situation in der Landwirtschaft keine sehr gute ist. Wir haben uns wiederum in der Kommission zum Landwirtschaftsgesetz auch mit diesem Problem auseinander gesetzt und sind dort einhellig zu der Auffassung gekommen, daß man eine intensive Nachwuchsförderung einleiten müßte, damit diese Gefahr der Überalterung in der Landwirtschaft nicht zur Gefahr für alle Österreicher wird.

Meine sehr Geehrten! Jetzt komme ich zu einem Kapitel, das mir persönlich, und ich glaube, auch Ihnen, große Sorgen bereitet. Wie schaut die Situation in den bäuerlichen Betrieben aus? Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Die Situation in den bäuerlichen Betrieben ist deprimierend. Deprimierend deshalb, weil wir erstens feststellen müssen, daß wir keine Arbeitskräfte zur Verfügung haben, deprimierend deshalb, weil die Jugend fehlt. Wir konnten feststellen, daß im letzten Jahr 16.000 Familienangehörige die Landwirtschaft verlassen haben. Der Herr Abgeordnete Pansi hat hingegen in seinen Ausführungen erklärt: Die Landwirtschaft hat Europapreise, sie ist wesentlich besser dran als die Arbeiter und die Angestellten. Auch hier kann ich Ihnen den Beweis erbringen, daß die Situation nicht so ist, wie man sie gerne sehen möchte.

Sie haben auch aus den Ausführungen des Berichterstatters gehört, daß das Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1964 um zirka 11 Prozent gestiegen ist. 23.561 S pro Kopf hat in der Landwirtschaft der Verdienst betragen. Es ist statistisch erwiesen, daß eine Bäuerin im Jahresschnitt 4000 Stunden Arbeitszeit hat. Jetzt teilen Sie diese 4000 Arbeitsstunden auf die 23.561 S auf, dann werden Sie feststellen, daß ein Stundenlohn von sage und schreibe 5,89 S herauskommt!

Meine sehr Geehrten! Das ist eine Situation, die uns zu denken geben muß. Ich möchte dazu auch noch folgendes sagen — ich weiß nicht, ob Sie es wissen —, nämlich daß 69.000 Bäuerinnen Betriebsleiterinnen sind — das heißt, 17 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe werden von Bäuerinnen geführt — und daß in der Landwirtschaft 44 Prozent der Bäuerinnen ganzjährig im Rinderstall arbeiten. 72 Prozent der Bäuerinnen arbeiten ganzjährig im Schweinestall, und 67 Prozent der Bäuerinnen arbeiten

ganzjährig auf dem Felde mit. Ich glaube, von der Haushaltarbeit brauche ich nichts mehr zu erwähnen, Sie sehen, wie überbelastet die Bäuerin ist.

Wenn wir diese 4000 Stunden Arbeitszeit im Jahr aufschlüsseln, so kommt eine tägliche Arbeitszeit von 16 Stunden heraus. Meine sehr Geehrten! Wir haben in den letzten Wochen und in den letzten Tagen hier im Parlament sehr intensiv gearbeitet, aber ich muß feststellen, daß die Bäuerin noch etwas mehr leistet, als wir in den letzten Tagen hier im Parlament geleistet haben.

Die Bäuerin und damit die bäuerliche Familie ist überlastet. Wir müssen auch — das hat auch der Abgeordnete Pansi aufgezeigt — die Unfallhäufigkeit in der Landwirtschaft betrachten. Er hat auch mit verschiedenen Zahlen operiert, und ich habe ihn dann vor dem Mittagessen gefragt, ob das Arbeitnehmerkinder sind, die er gemeint hat, oder Arbeitgeberkinder. Er hat mir dann zu verstehen gegeben: Selbstverständlich sind das zum größten Teil Arbeitgeberkinder. Meine sehr Geehrten! Es ist eine Tragik, daß in der Landwirtschaft Kinder von 10, 12 und 14 Jahren so eingespannt werden, daß sie mit den schwersten Maschinen umgehen müssen und daß dann die Unfallhäufigkeit immer mehr und mehr zutage tritt.

Ich kann Ihnen auch ein Beispiel bringen. Im letzten Jahr ist bei uns in Kärnten — und ich könnte Ihnen — zig solcher Beispiele bringen — folgendes passiert: Der Bauer schwerkrank, die Ernte wartet, daß sie eingebroacht wird. Die Bäuerin, des Lenkens der Zugmaschine nicht kundig, setzt sich auf diese Zugmaschine und will die Ernte einbringen. Statt die Kupplung und die Bremse zu treten, erwischte sie das Gaspedal, und der Traktor stürzt auf der anderen Seite, auf der Stirnseite der Scheune, hinunter. Und jetzt, meine sehr Geehrten, eine Frage an Sie: Ist dieser bäuerliche Betrieb nicht ruiniert? Was soll der Bauer mit fünf kleinen Kindern allein anfangen, oder was soll die Bäuerin mit fünf Kindern allein anfangen, wenn der Bauer, der Betriebsleiter, nicht mehr in der Lage ist, die schwersten Arbeiten zu verrichten?

Das sind also Probleme, die ich als Bauer aufzeigen möchte, und ich möchte Sie wirklich bitten, daß Sie sich in diesem Hohen Hause darüber Gedanken machen, wie man an diese Probleme herankommt. Der Herr Abgeordnete Glaser hat mir vorhin so richtig aus der Seele gesprochen, als er Sie gebeten hat, Sie mögen doch auch einmal die Gelegenheit wahrnehmen und die Tätigkeit eines Bauern

Deutschmann

aus der Nähe betrachten. Ich habe auch heute zu Herrn Abgeordneten Pansi gesagt: Wenn es so weitergeht, wird in der nächsten Zeit kein Mittelbauer, kein Kleinbauer in der Lage sein, eine öffentliche Funktion zu übernehmen, weil er wegen Arbeitsüberlastung und Rücksicht auf die Familie dieser Berufung nicht nachkommen kann. Ich weiß nicht, ob es dem Hohen Hause angenehm sein wird, wenn die Gruppe der Bauern fehlen wird, und ob Sie einverstanden sein werden, daß die bäuerlichen Probleme nicht mehr in dieser Form behandelt werden können. Und wenn Sie nicht einverstanden sein sollten, dann möchte ich Sie bitten: Helfen Sie uns, daß sich die Situation der bäuerlichen Familie zu ihren Gunsten verbessert!

Jetzt möchte ich zu einem anderen Kapitel kommen. Ich habe es Ihnen ja gesagt, daß ich aus der Landjugendorganisation komme. Der eine oder andere wird mich erkennen. Ich war fast zwei Jahrzehnte lang in der Landjugend auf der Bundesebene tätig und bin heute noch auf der europäischen Ebene der Vorsitzende der CEA. Ich möchte auch ein paar Probleme der außerschulischen Fachbildung hier zum Vortrag bringen.

Es ist nun einmal so, daß man sehr gerne versucht, das Schlagwort vom Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land in die Diskussion zu werfen. Meine sehr Geehrten! Ich muß Ihnen dazu folgendes sagen. Wir in der Landjugend haben uns intensivst mit diesem Problem beschäftigt. Wir sind aber der Meinung, daß dieses Bildungsgefälle nicht eine Frage der Bildungsfähigkeit, sondern eine Frage der Bildungsmöglichkeiten ist. Darf ich daher von dieser Warte aus eine Bitte vorbringen, nämlich der österreichischen Landjugend Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, damit auch in den entlegensten Tälern das Bauernkind oder das Kind vom Dorf die gleichen Bildungsmöglichkeiten hat wie das Kind hier in der Stadt Wien. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wird sehr viel über die außerschulische fachliche Weiterbildung gesprochen. Ich habe mich sehr gefreut, daß in der Regierungserklärung, die uns der Herr Bundeskanzler vorgetragen hat, gesagt wurde, daß der außerschulischen fachlichen Weiterbildung größtes Augenmerk geschenkt werden muß. Ich habe mich auch sehr gefreut, daß der Herr Minister Dr. Schleinzer bei Besuchen und bei verschiedenen Veranstaltungen der Landjugend ein Leitbild des modernen Bauern entwickelt hat. Herr Minister! Wir sind mit diesem Leitbild einverstanden. Wir freuen uns, daß sich höchste Beamte und Funktionäre mit dem Leitbild des modernen Bauern befassen.

Aber wir müssen dazu auch folgendes sagen. Wir sind dankbar für die vielen Bildungsstätten, aber es gibt in Österreich nur eine einzige bäuerliche Volkshochschule. Eine einzige! Man möge einmal in die nördlichen Länder schauen, wie viele bäuerliche Volkshochschulen es dort gibt. Es ist kein Zufall, daß unsere einzige bäuerliche Volkshochschule in Kärnten steht. (Abg. Pansi: *Im sozialistischen Kärnten!*) Und wissen Sie, Herr Abgeordneter Lukas, wer der Anlaß dazu war, daß diese bäuerliche Volkshochschule dort steht? (Abg. Lukas: *Wedenig!*) Der vereigte Landesverweser Dr. Arthur Lemisch, der in einem Legat der Kärntner Landjugend einen Besitz vermachte hat. Dieser weitschauende Landeshauptmann Dr. Arthur Lemisch hat erkannt, daß der Weg zur Zukunft die Bildung ist. (Abg. Lukas: *Mit Ausbauhilfe der Landesregierung, die dafür großes Verständnis zeigte!*) Meine sehr Geehrten! Ich möchte in diesem Zusammenhang auch erwähnen, daß wir dem Landwirtschaftsministerium, den Ministern Hartmann und Doktor Schleinzer sowie den höchsten Beamten sehr dankbar sind für die Unterstützung der Erweiterung, und selbstverständlich auch dem Lande Kärnten (Abg. Lukas: *Und dem damaligen Finanzreferenten Sima!*), das auch einen Beitrag dazu geleistet hat, daß diese bäuerliche Volkshochschule im letzten Jahr in ihrer neuesten Pracht der Bestimmung übergeben werden konnte.

Ich möchte aber dazu noch folgendes sagen, damit nicht die Meinung entsteht, wir, die junge bäuerliche Generation, wollen uns abkapseln. Nein! Wir haben bei der Bestimmung folgendes festgestellt. Diese Schule soll eine Stätte der Begegnung mit Jugendlichen anderer Berufsstände sein, und hier, Herr Dr. Weihs — er ist nicht da —, ist ein erster Weg, daß wir, die junge Generation, die Kontakte mit anderen suchen und daß wir dort auch versuchen, über ihre Probleme in einer bäuerlichen Volkshochschule zu diskutieren. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Konir: *Wir erkennen jedes kluge Wort an!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß ich in meinen Ausführungen verschiedene Probleme aufgezeigt habe, die uns Sorgen bereiten und nach einer Lösung rufen. Eines steht fest: daß trotz ständig sinkenden Anteils der bäuerlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung die Leistungen der österreichischen Landwirtschaft gestiegen sind. So möchte ich als einer der jüngsten bäuerlichen Abgeordneten hier die Gelegenheit ergreifen, unseren Mitarbeitern in der Landwirtschaft und den bäuerlichen Familienmitgliedern meinen herzlichsten Dank auszusprechen und ganz besonders den mittätigen

1116

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Deutschmann

Frauen, denn es sind doch 50 Prozent der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen Frauen. Ich glaube, daß die Bauernschaft dem Auftrag, den sie bekommen hat, dem Volke genügend Brot zu geben, im letzten Jahr nachgekommen ist. Von unserer Landjugend, mit der ich seit vielen Jahren eng verbunden bin, kann ich sagen, daß sie den Willen hat, nicht nur mit Fleiß und Energie an der Zukunft ihres eigenen Berufes, sondern darüber hinaus auch mit Tatkraft und Zuversicht an der Zukunft unserer ganzen Heimat mitzuwirken. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Robak. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Robak** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Ausführungen meines Vorredners möchte ich mich an Sie, meine Damen und Herren von der Rechten, wenden und in der Reihe der Bürgermeister, die hier gesprochen haben, Sie bitten, nicht in jedem Sozialisten, der zur Landwirtschaft oder zu den Problemen der Landwirtschaft Stellung nimmt, gleichermaßen Feind der Landwirtschaft zu sehen. Man soll nicht jeden Sozialisten sofort als einen schlechten Bauernpolitiker betrachten. Auch wir sehen die Probleme der Landwirtschaft, und auch wir bemühen uns, diese Probleme in unserem Sinne zu lösen.

Mein Vorredner hat einige sehr harte Worte über uns gesprochen. Er hat aber auf der anderen Seite auch einige Dinge vorgebracht, bei denen ich ihn wirklich daran erinnern muß, daß sie eigentlich ein sehr hantes Urteil für jene Partei sind, die immer vorgibt, die Bauern zu vertreten. Er hat davon gesprochen, daß zwölfjährige Kinder in der Landwirtschaft schwere Arbeit verrichten müssen. Ich weiß, daß es uns, den Sozialisten, in den letzten 70 Jahren gelungen ist, für jene Gruppen der Bevölkerung, die uns gewählt haben und die sich für uns eingesetzt haben beziehungsweise die bereit waren, mit uns mitzukämpfen und zu arbeiten, ein würdiges Leben zu garantieren; wir haben sie von Arbeitssklaven zu richtigen Menschen gemacht. Wenn das bei den Bauern noch nicht der Fall ist, so glaube ich, muß sich der junge Redner bei denen bedanken, die ihn bis jetzt eigentlich nicht richtig vertreten haben. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.* — *Abg. Kern: Das nennt man auf gut deutsch Demagogie!* — *Abg. Dr. Kranzlmayr: Auf den Leim geht Ihnen niemand!*)

Der junge Vorredner hat auch sehr harte Worte über uns Sozialisten gesprochen, und ich bin der Meinung, daß er wirklich etwas zu kurz im Parlament ist, anscheinend auch zu kurz in der Öffentlichkeit mitarbeitet, als daß er das

Recht hat, so harte Worte über das zu sprechen, was wir in den letzten Jahren getan haben. Ich als kleiner Politiker kann mich nicht rühmen, in europäischem Maßstab Politik zu machen, wie er das getan hat, aber ich möchte trotzdem zu Landwirtschaftsproblemen Stellung nehmen.

Ich möchte Sie daran erinnern: Als im Jahre 1960, dem Beispiel anderer europäischer Länder folgend, auch in Österreich das Landwirtschaftsgesetz vom Nationalrat beschlossen wurde, waren sich alle Verantwortlichen darüber klar, daß die im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen notwendig sind und daß sie auch sehr viel Geld kosten werden. Aber wir Sozialisten und auch die Österreichische Volkspartei wollten die Landwirtschaft noch wirksamer als in der Vergangenheit unterstützen. Die Förderungsmaßnahmen sollten auch der Europareife der Landwirtschaft dienen. Nach dem EWG-Vertrag sind alle Subventionen, die den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar. Man steht dort auf dem Standpunkt, daß auch die Subventionen für die Landwirtschaft nur so weit erlaubt sind, als sie die Erfordernisse der modernen Landwirtschaft fördern und beschleunigen. Sie müssen nach dem EWG-Vertrag dynamischen und nicht konservierenden Charakter haben. So ist auch dort festgelegt, daß die Beihilfen zeitlich begrenzt sein müssen. Sie sollen weiters die Rationalisierung und die Leistungsfähigkeit durch Steigerung der Arbeitsproduktivität fördern. Ohne davon auszugehen, daß Österreich in absehbarer Zeit der EWG beitreten wird, sollten diese Grundsätze meiner Meinung nach auch in der österreichischen Agrarpolitik beherzigt werden.

Auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes — auch das möchte ich hier sagen — ist der Landwirtschaftsminister verpflichtet, jedes Jahr dem Hohen Haus einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft und den Grünen Plan vorzulegen. Der Nationalrat soll wissen, welche Maßnahmen der Landwirtschaftsminister und die Bundesregierung zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung, zur Senkung der Erzeugungskosten und zur Verbesserung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft für notwendig halten. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft macht auch jährlich den Vorschlag, welche finanziellen Mittel notwendig sind, um den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes näherzukommen.

Was den Bericht über die Lage der Landwirtschaft betrifft, geht aus ihm hervor, daß die Zahl der Traktoren ungeheuer gestiegen

Robak

ist, ebenfalls die Zahl der Mähdrescher und der Motormäher. Wir wissen aus diesem Bericht auch, daß die Landwirtschaft im Jahre 1965 wieder sehr große Beträge für Maschinen und für Geräte ausgegeben hat, und eine andere Statistik sagt uns, daß die Landwirtschaft bis jetzt rund 30 Milliarden Schilling für diese Geräte und Maschinen investiert hat.

Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich feststellen: Für die Produktivität, aber auch für die Rentabilität der Landwirtschaft ist so wie in der Industrie die ausreichende Versorgung mit allen notwendigen Maschinen und Geräten eine wesentliche Voraussetzung. Die Maschinen und Geräte sollen aber sinnvoll eingesetzt und ausgenützt werden. Ich sage es nicht erst heuer, sondern habe es auch bei den Budgetberatungen und bei meiner Budgetrede im Jahre 1964 und 1965 zum Ausdruck gebracht, daß ich nicht der Meinung bin, daß die Maschinen und Geräte in der Landwirtschaft sinnvoll eingesetzt werden. Diese meine damalige Behauptung wurde vor einigen Wochen durch einen Bericht nicht von unserer Seite, sondern durch eine Untersuchung der zuständigen Stelle im Landwirtschaftsministerium bestätigt. Hier möchte ich wieder daran erinnern, daß ich glaube, daß es notwendig wäre, den Beratungsdienst, aber auch gezielte finanzielle Mittel einzusetzen, damit die Landwirte mehr Genossenschaften auf diesem Gebiete gründen. Das Denken in Genossenschaftsform ist heute meiner Meinung nach notwendig, und je früher diese Tatsache von den zuständigen Stellen erkannt wird, umso größer wird der Erfolg sein.

Einige Herren der Österreichischen Volkspartei haben im Laufe der heutigen Debatte darauf hingewiesen, daß sie der Meinung sind, daß der Bauer initiativ sein muß, frei und Herr seines Besitzes. Auch ich bin dieser Meinung. Ich möchte daher auch betonen, daß die Eigenständigkeit des Einzelbetriebes, die individuelle Leistung und Verantwortung des Betriebsinhabers und seiner Mitarbeiter selbstverständlich dadurch nicht verlorengehen darf. Ich kenne die Situation in der Landwirtschaft in Jugoslawien. Ich kann mich mit diesen Leuten verständigen und weiß es zu schätzen, was die Sätze, die ich hier gesprochen habe, bedeuten, daß der Bauer die Eigenständigkeit behalten soll und vieles andere.

Ich möchte mich mit diesem Problem nicht weiter beschäftigen, sondern möchte auf die Subventionen zurückkommen und daran erinnern, daß ich der Meinung bin, daß die Agrarsubventionen bis jetzt sicherlich berechtigt gegeben worden sind. Sie sind von Jahr zu Jahr höher geworden. Wir Sozialisten haben die ganze Zeit hindurch bei jeder Gelegenheit

und immer wieder unseren festen Willen unter Beweis gestellt, der Landwirtschaft in ihrem Anpassungs- und Umstellungsprozeß an die sich rasch verändernden Verhältnisse zu helfen. Wir waren nie gegen die Bauern, sondern gegen die Bauernpolitik der Österreichischen Volkspartei und des Landwirtschaftsministeriums, weil wir überzeugt sind, daß mit den bisherigen Maßnahmen die Probleme der Landwirtschaft nicht gelöst werden können. Ich möchte auch daran erinnern, daß erst, seit es eine ÖVP-Alleinregierung gibt, die Subventionen für die Landwirtschaft gekürzt worden sind.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es kein Wunder ist, wenn breite Kreise der Bevölkerung Bedenken äußern, ob es sinnvoll ist, daß jährlich höhere Subventionen für die Landwirtschaft bereitgestellt werden, obwohl deren Anteil am Sozialprodukt ständig abnimmt. Diese Kritik kommt nicht aus Boshaftigkeit, sondern liegt darin, daß auch die Öffentlichkeit der Überzeugung ist, daß die Subventionen für die Landwirtschaft nicht genug wirksam eingesetzt werden und zum Teil Fehlinvestitionen bewußt nicht verhindert werden. Auch hat man das beunruhigende Gefühl, daß mit den Subventionen aus Steuermitteln in bestimmter Richtung Parteipolitik betrieben wird. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir Sozialisten nicht Kritik üben, weil wir gegen den Bauern sind, sondern Kritik üben, weil die Subventionen nicht den erwarteten Erfolg und nicht die erwartete Wirkung haben.

Die Kritiker der Agrarsubventionen sind aber nicht nur unter den Sozialisten zu finden, meine Herren von der Volkspartei, wie das immer wieder von Ihnen behauptet wird. Lesen Sie aufmerksam Ihre Zeitungen, vor allem die Zeitungen der Bundeswirtschaftskammer und die Zeitungen der jeweiligen Landeskammern. Ich will nur einen prominenten und sehr harten Kritiker nennen, und zwar den ehemaligen Vorarlberger Landeshauptmann Ilg. Er schrieb über den Grünen Plan in der „Österreichischen Neuen Tageszeitung“ vom 10. Feber 1959: „Es geht meines Erachtens zu weit“ — sagt er —, „wenn ein Berufsstand eine Staatsgarantie für bestimmte Preise oder für ein bestimmtes Einkommen verlangt.“ Hätte das ein Sozialist geschrieben, das wäre von Ihrer Seite aus als Hochverrat bezeichnet worden!

Aber auch damit genug. Man macht also schon seit mehreren Jahren sehr große Anstrengungen und erhöht beachtlich von Jahr zu Jahr die Mittel für die Landwirtschaft. Aber eine wirksame und verlässliche Sicherung der österreichischen Agrarwirtschaft wurde meiner Meinung bis heute damit nicht erreicht. Die

1118

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Robak

bisherige Agrarpolitik war nicht in ausreichendem Maße imstande, auf Dauer lebensfähige Bauernwirtschaften zu schaffen, diese krisenfest zu gestalten und der landwirtschafttreibenden Bevölkerung den Glauben an eine bessere Zukunft zu geben. Sie konnte unsere Bauern weder von der Sorge vor den notwendigen Umstellungen befreien noch der Landwirtschaft geeignete Ausgangspositionen schaffen. Die Tatsache, daß jährlich viele tausende Menschen aus der Landwirtschaft abwandern, aber auch die Landflucht zeigt, daß das Problem der Landwirtschaft nicht mit den bisherigen Maßnahmen gelöst werden kann. Isolierte Agrarförderung ist unter den heutigen Bedingungen nicht mehr vertretbar.

Es wurde auch in einer Stellungnahme des Österreichischen Arbeiterkammertages und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zum Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1964 darauf hingewiesen. Dort heißt es unter anderem: Zur Vermeidung von Doppelgeleisigkeiten und zur Erzielung eines maximalen Wachstumseffektes erscheint es vernünftig, alle Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand im Rahmen regionaler Entwicklungskonzepte zu koordinieren. Es müßte also die Landwirtschaftsförderung Hand in Hand gehen mit der Förderung des industriell gewerblichen Sektors und mit der Verbesserung der Infrastruktur.

Hohes Haus! Dazu möchte ich einiges sagen, nämlich: Eine für die Gesamtwirtschaft befriedigende Lösung ist meiner Meinung nach nur möglich, wenn man das Grundübel der Unzulänglichkeiten unserer Landwirtschaft zu besiegen versucht. Eines der Probleme sind die Zwergwirtschaften. Es ist heute und vorher schon oft darauf hingewiesen worden. Über die Besitzstruktur ist ebenfalls schon vieles gesagt worden. Wir sind uns alle einig, daß es in Österreich vielzuviel kleine Bauernwirtschaften gibt. Die Meinungen über die notwendigen Maßnahmen, um dieses Übel aus der Welt zu schaffen, gehen aber auseinander. Ich bin der Meinung, daß beim Fortbestehen der in Österreich dominierenden Kleinbetriebe und dem Festhalten an alten Gewohnheiten früher oder später ein trauriges Erwachen nicht ausbleiben kann. (Abg. Kern: Sie sind ja gegen die Arbeitsbauern, Herr Kollege!) Ich kann Ihnen sagen: Ich habe für die Arbeitsbauern vielleicht mehr getan in meinem Wirkungskreis! Ich lade Sie zu mir ein. (Abg. Kern: Mit so vagen Behauptungen kommen Sie nicht an bei mir!) Und ich habe in der Landwirtschaft als junger Mensch vielleicht schon mehr wirklich gearbeitet als Sie. (Abg. Kern: Glauben Sie? — Abg. Peter: Dafür sind Sie auch Ökonomierat!) Ich lege keinen Wert

auf den Kommerzial- und auch nicht auf den Ökonomierat!

Die Voraussetzungen einer rentablen Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft und der Maschinen sind sehr von größeren Flächen und einer gewissen Besitzgröße abhängig. Auch muß die klimatische und geographische Lage berücksichtigt werden.

Hier möchte ich etwas zu dem sagen, was der Herr Abgeordnete Tschida heute hier gesagt hat. Er hat von Hosenriemenparzellen und vom Fleckerlteppich gesprochen und dann auf die Kommassierung hingewiesen. Sicherlich, die Kommassierung ist ein Weg, und ich möchte sagen, daß die Kommassierung ohne Zweifel ein Mittel ist, die Produktivität zu heben. Der Besitz wird aber durch die Kommassierung nicht größer. Daher wäre eine Aufstockung dieser Kleinbetriebe notwendig. Diesem Vorhaben sind aber Grenzen gesetzt, erstens, weil man zusätzlichen Grund nicht herzaubern kann, und zweitens, weil es nicht ratsam ist, größere Betriebe zu zerstückeln.

In diesem Zusammenhang muß uns auch bewußt sein, daß für diese Kleinbetriebe die Aufstockung heute nicht mehr sehr ratsam und verlockend ist. Eine Aufstockung ist nur dann sinnvoll, wenn der Kleinbauer seine Wirtschaft auf 20 bis 30 ha aufstocken kann. Dadurch käme er aber in eine große Verschuldung. Er müßte nicht nur den Grund bezahlen, sondern auch die notwendigen Maschinen und Geräte, oft auch seinen Hof vergrößern.

Man kann über das ganze Problem, meine Damen und Herren, soviel nachdenken, wie man will, man kommt immer darauf, daß eine Lösung dieses Problems nur möglich ist durch eine rasche und reibungslose Überführung überschüssiger Arbeitskraft aus der Landwirtschaft in die Industrie und das Gewerbe. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch Berufene bringen immer wieder zum Ausdruck, daß noch viele Bauern in Zukunft Industriearbeiter werden müssen. Ich getraue mich auch, das überall zu sagen, und möchte darauf hinweisen, daß die ÖVP es bisher immer wieder bewußt unterlassen hat, der bürgerlichen Bevölkerung klar und offen die Wahrheit zu sagen, nämlich daß sie wenig Aussicht hat, in Zukunft bestehen zu können. (Abg. Peter: Dann hätte sie ja die Wahl verloren, wenn sie das gesagt hätte! — Abg. Kern: Wir sind sehr froh, daß Sie so deutlich reden! Wir sind Ihnen für Ihre Offenheit sehr dankbar!) Herr Kollege! Mein Vorredner hat hier sehr große Worte gebraucht über die Landwirtschaftspolitik. Mir wurde erzählt, daß auch er bei einem Vortrag in Klagenfurt anwesend war, bei dem nicht ein Sozialist, sondern Professor Nemschak über dieses Pro-

Robak

blem gesprochen und auf das hingewiesen hat, was ich von einem anderen hier bringen werde. Darauf ist ein sehr prominenter Bauer aufgestanden und hat gesagt: Der Mann hat die Wahrheit gesagt. Jetzt kann ich wenigstens nach Hause gehen und meinen Kindern sagen, wie sie sich in der Zukunft zur Landwirtschaft einstellen sollen. (Abg. Kern: *Wir sind Ihnen auch sehr dankbar!*)

Meine Damen und Herren! Auf einer Pressekonferenz der Informationsgemeinschaft für Meinungswesen und Aufklärung in Hannover vertrat auch der Präsident des Deutschen Bauernverbandes Rehwinkel die Auffassung, daß nicht alle der rund 750.000 hauptberuflichen Landwirte Deutschlands in den nächsten Jahren ihre Vollbauernexistenz behalten können. Rehwinkel erklärte, daß für einige zehntausend hauptberuflicher Landwirte in den nächsten zehn Jahren Möglichkeiten geschaffen werden müssen, sie hauptberuflich in neu anzusiedelnden Industrien zu beschäftigen. Auch bei uns in Österreich ist es notwendig, daß durch wirksame Unterstützung und Lenkung kleine und mittlere Industrie- und Gewerbebetriebe aufs Land kommen. Auch der Ausbau des Fremdenverkehrs wäre eine Lösung. Mit beiden Maßnahmen könnten wir auch die Landflucht eindämmen.

Auch über die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen ist heute von einigen Rednern hier gesprochen worden, unter anderem von einem Niederösterreicher von der Österreichischen Volkspartei. Auch bei uns im Burgenland spricht man von der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, aber man stößt immer wieder auf Schwierigkeiten. Wir sehen es immer wieder, daß es dieselben Kräfte sind, die gegen die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen sind, die vor 100 Jahren verhindert haben, daß in die eine oder andere Ortschaft eine Eisenbahn gebaut oder daß in der Nähe der Ortschaft ein Bahnhof errichtet werden konnte.

Ich kann Ihnen den Grund sagen, meine Damen und Herren. Ein sehr bekannter Baumeister hat mir vor 15 Jahren, als ich mich als Bürgermeister bemüht habe, Dauerarbeitsplätze zu schaffen, gesagt: Herr Bürgermeister, bemühen Sie sich nicht. Ich bekomme jetzt schon keine billigen Arbeiter. Was wird dann sein, wenn Fabriken zu uns kommen? Und ein Großbauer hat mir gesagt: Bürgermeister! Macht nicht so viele Fabriken, denn wo nehmen wir Saisonarbeiter, und wo nehme ich Knechte her? — Sehen Sie: das ist der wahre Grund. Wenn wir nicht davon abgehen, wird das Dorf vor einer Katastrophe stehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich feststellen, daß man unterscheiden muß zwischen

Landflucht und Landwirtschaftsflucht. Die Landwirtschaftsflucht sollte nicht als eine Sünde oder ein Unglück betrachtet werden, denn die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen geht zwangsläufig zurück, weil sie mit weniger auskommt. Auch aus dem Grünen Plan der letzten Jahre geht dies eindeutig hervor.

Gefährlicher ist die Landflucht, denn wenn die in der Landwirtschaft nicht mehr benötigten Menschen die Landgemeinden verlassen, verringert sich die Bevölkerung so sehr, daß die Handwerker, die Gewerbetreibenden und die Kaufleute, die zur Versorgung der zurückbleibenden Menschen erforderlich sind, keinen ausreichenden Umsatz haben und entweder ihr Geschäft aufgeben und ebenfalls landflüchtig werden oder aber versuchen, in der Landwirtschaft einen Nebenverdienst zu finden. Beides wäre gesamtwirtschaftlich gesehen sehr schädlich. Die Entvölkernung der Landgemeinden bringt es nämlich mit sich, daß die Versorgung der verbleibenden Bewohner mit öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Gemeindeverwaltung, Kirche, Gemeindestraßen, Wasserleitung, Kanalisation und so weiter, außerordentlich kostspielig wird. Wir wissen aber, daß schon jetzt der Großteil dieser kleinen Landgemeinden auf Grund ihrer Finanzschwäche ihre Aufgabe nur mit Mitteln der Gemeindeausgleichsfonds und der Bundesertragsanteile erfüllen kann.

Hochverehrte Damen und Herren! Es wäre in diesem Zusammenhang zu überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, an Stelle von kleinen Beträgen, die oft für verschiedene Zwecke ausgegeben werden, Mittel bereitzustellen, um diese gemeinschaftlichen Aufgaben rascher vorwärtsstreben zu können.

Die Landflucht wirkt sich nicht nur auf die Landgemeinden nachteilig aus, sondern auch unsere Städte haben ihre Sorgen damit. Trotz der wesentlich höheren Steuereinnahmen werden zum Beispiel die schnell wachsenden Städte und Gemeinden mit ihren Problemen nicht fertig, denn für die Landflüchtigen beziehungsweise für die Zugewanderten müssen in den Städten Wohnungen, Schulen, Kindergärten und alle anderen öffentlichen Einrichtungen mit großen Kosten geschaffen werden. Betriebsgründungen haben daher für das Dorf, die Landwirtschaft, aber auch für die Gesamtwirtschaft Österreichs noch andere Vorteile. Wenn viele kleinere Landwirte eine ganzjährige Beschäftigung in der Industrie oder im Gewerbe in ihrem Heimatort oder in der näheren Umgebung finden, wird sich die landwirtschaftliche Betätigung dieser Leute von selbst aufhören. Das gilt draußen im Dorf auch für viele kleine Gewerbetreibende,

Robak

denn auch sie sind, wenn sie größere Umsätze erzielen, an einer Nutzung ihrer Landwirtschaft nicht mehr interessiert. Diese Flächen kommen den in der Landwirtschaft Verbleibenden zugute. Im umgekehrten Sinne ist es so: Je weniger Möglichkeiten es gibt, in Industrie und Gewerbe eine Beschäftigung zu finden, umso größer wird der Hang zu Zwergbetrieben, da die Kinder der bäuerlichen Familien dann ihren väterlichen Betrieb teilen. Als der Herr Abgeordnete Tschida von diesen Zwergbetrieben, von „Hosenriemenparzellen“ gesprochen hat, dachte er an diese Situation.

Die Grundaufstockungsaktion im Burgenland hat gezeigt, wie groß der Bodenhunger war, solange für die Bevölkerung in den Dörfern keine oder zumindest wenige industrielle und gewerbliche Arbeitsplätze vorhanden waren. In dem Augenblick, als durch die Aktion „Schaffung von Dauerarbeitsplätzen“ neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, haben viele kleine Landwirte ihre Felder verpachtet oder verkauft. Die Schlußfolgerungen mancher Leute in diesem Zusammenhang sind nicht richtig. Das bestätigt meine Behauptungen, die ich vorhin aufgestellt habe.

Ich komme zum Schluß und möchte, weil sehr viel über die Schule gesprochen worden ist, nur noch folgendes vorbringen. Ich bin der Meinung: Die Agrarversorgung muß mehr als bisher auf die Erfordernisse des Marktes und des Verbrauches ausgerichtet werden. Dazu ist es notwendig, die Ausbildung und Beratung der Landwirte zu intensivieren.

Auch die Produktivität der Arbeit in der bäuerlichen Landwirtschaft hängt zum Großteil vom Kulturniveau des Landvolkes ab. In diesem Zusammenhang muß auf die große Bedeutung des Schulwesens hingewiesen werden. Dabei denke ich nicht an die Landwirtschaftsschulen, sondern an die Pflichtschulen. Hier muß ich feststellen: In Österreich gibt es noch zu viele einklassige Volksschulen und der Prozentsatz der Landkinder, die eine Hauptschule besuchen können, ist viel zu gering. Leider finden wir den Großteil der Verteidiger dieser Zwergschulen in den Reihen der Interessenvertreter der Bauern. Die Zukunft gehört eben der höher organisierten Volksschule, und es müssen mehr Hauptschulen in ländlichen Gebieten errichtet werden.

Zum Schluß kommend möchte ich zusammenfassend feststellen, daß noch viel zu tun ist, wenn ein Teil der Bauern unter den veränderten Umweltbedingungen erfolgreich wirtschaften und bestehen will und soll. Die Zeit verlangt von ihnen und von uns Einsicht, Weitblick und Mut, wenn wir die Zukunft meistern wollen.

Um aus dem Aufgezeigten die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen, wäre es der erste Schritt, dafür zu sorgen, daß die Landgemeinden, ihre Bewohner und die Bauern nicht mehr in der Entwicklung zurückbleiben und daß der Abstand zwischen Land und Stadt nicht noch krasser wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Steiner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Steiner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich bin heute schon der vierte Salzburger, der von diesem Pult aus die Sorgen und Nöte unserer Bauernschaft bespricht. Trotzdem überschneiden wir uns Gott sei Dank nicht in den einzelnen Themenkreisen. Der Herr Präsident hat in einer Gesamtschau die Agrarpolitik behandelt. Mein Kollege Glaser hat seine Ausführungen aus der Schau des Konsumenten gebracht. Ich meine, es wäre gut, wenn unsere Konsumentenschaft allgemein dieser Auffassung wäre, die Freund Glaser heute hier vertreten hat.

Ich muß feststellen, daß es leider Presseorgane gibt, die immer wieder die Nöte und Sorgen unserer Landwirtschaft in einer Form verzerren, die wir sehr bedauerlich finden. Würden unsere Mitbürger real aufgeklärt werden, würde auch überall Verständnis zu finden sein.

Mein Vorredner Robak hat unter anderem auch etwas geschulmeistert, indem er meinte, er müsse unserem Kollegen Deutschmann das Zeugnis ausstellen, er sei zu jung, um hier im Hause über Agrarpolitik zu sprechen. (Abg. Robak: *Das habe ich nicht gesagt!*) Sinngemäß, glaube ich, werden Ihre Worte so ähnlich gewesen sein.

Ich darf wirklich feststellen: Auch Herr Kollege Pfeifer, der bis jetzt auch keine längere Zeit im Hause zugebracht hat, hat sich angemäßt, seine Rede in einer sehr bedrohlichen Form zu beschließen. Wir bedauern diese Entgleisungen, die ja eigentlich schon mit den Ausführungen des Herrn Dr. Weihns begonnen haben, der glaubte, sagen zu müssen, daß die Bauern von der Agrarpolitik sehr wenig verstehen. Ich betone eigens: Wir bedauern das, weil diese Vorgangsweise wohl nicht richtig ist. Wir maßen uns auch nicht an, etwa einem Direktor einer Arbeiterkammer zu sagen: Davon verstehen Sie nichts, seien Sie lieber ruhig. — Das tun wir nicht. Jedem Abgeordneten steht es zweifelsohne frei, hier im Hause seine Meinung zu sagen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Rosa Jochmann: *Sehr richtig! Gott sei Dank sind Jungs da, die reden!*)

Herr Kollege Weihns hat heute über die EWG gesprochen und ein ausgesprochenes

Steiner

Mansholt-Denken verbreitet. Er hat uns Bauern gezeigt, wie wachsam wir sein müssen und wie sehr wir uns wirklich zusammennehmen müssen, um unsere Sorgen auch vorzubringen. Nach seinen Ausführungen zu schließen, müßte ich sagen, daß ein Drittel der österreichischen Bauernschaft — in erster Linie die Bergbauernschaft, auf die ich dann später noch zu sprechen kommen werde — eigentlich abzuschreiben wäre.

Herr Kollege Robak hat ein ähnliches Denken verbreitet. Er hat schon im Jahre 1964 erklärt, daß die Kleinbauern keine Lebensberechtigung mehr hätten. (Abg. Robak: *Das habe ich nicht gesagt!*) Ich bedaure diese Ihre Ausführungen sehr, Herr Kollege, ich muß allerdings feststellen, daß die Kleinbauern Gott sei Dank noch leben! Und wir sind sehr interessiert daran, daß sie auf ihrem Besitz erhalten bleiben. (Abg. Robak: *Aber jedes Jahr werden es weniger!*) Sicherlich gibt es gewisse Umstrukturierungen, von denen wir zweifellos wissen, aber sie gehen so vor sich, daß von einer solchen Vorgangsweise, wie Sie sie gern hätten, Gott sei Dank nicht die Rede sein kann. (Abg. Czettel: *Das stimmt doch nicht!*) Sie meinten ja schon seinerzeit, man müßte diese Kleinbauern in Fabriken stecken. Sie haben untergründig sicher gemeint, sie dann auch politisch umstrukturieren zu können. Aber so leicht, wie Sie meinen, geht es wirklich nicht. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Rosa Jochmann: *Das ist sehr unernst!* — Abg. Czettel: *Weihns hat die Fachleute der EWG zitiert! Das wissen Sie!*) Ja, sicher. Ich gebe gern zu, daß auch das Professorenengutachten in der EWG zweifellos so ausgefallen ist, daß auch wir nicht dafür sein können. Wir brauchen in Österreich keinen Farmerbetrieb und auch keinen Kolchosenbetrieb. (Abg. Rosa Jochmann: *Kolchosenbetriebe wollen wir auch nicht!*) Auch Sie, so hoffe ich, fördern den Familienbetrieb. Und um den Familienbetrieb geht es ja letztlich. Alle unsere Bestrebungen auf der agrarpolitischen Ebene müssen wohl von dieser Sicht aus betrachtet werden.

Ich weiß, daß sich die SPÖ — ich habe das selbst in Versammlungen vor der Wahl festgestellt — plötzlich insbesondere mit Bauernproblemen zu befassen beginnt. Ich muß folgendes dazu sagen: Hoffentlich ist diese Ausdrucksform auch echt. Ich würde mich sehr darüber freuen. Den Beweis dafür, meine sehr geschätzten Damen und Herren, können Sie uns ja demnächst erbringen. (Abg. Czettel: *Den haben wir schon bis jetzt erbracht!*) Herr Abgeordneter Czettel! Sie wissen, daß sich das Landwirtschaftsgesetz und das Marktordnungsgesetz im Hause befinden, zur Beratung stehen, und dabei werden

wir sehen, wieweit Sie bereit sind, die Geltungsdauer dieser Gesetze zu verlängern. (Abg. Peter: *Nachtigall, ick hör dir trapsen!* — Abg. Czettel: *Wer hat das bisher beschlossen?*) Das sind keine Nachtigallgesänge, Herr Abgeordneter Peter. Wenn immer, auch auf SPÖ-Seite, von Bauernsorgen gesprochen wird, dann darf man wohl mit Recht sagen, man sollte sich auch darnach verhalten. (Abg. Czettel: *Das haben wir bis jetzt bewiesen! Vergessen Sie das nicht!*) Wir hoffen es. Wir hoffen, daß Sie sich auch in Zukunft so verhalten werden.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Gerade die Kleinbauern, die Bergbauern sind es, die auch Ihnen nach Ihren Ausführungen echte Sorge bereiten. (Abg. Haberl: *Darum: Geben wir den Kleinen mehr!*) Gerade sie würde ein Außerkrafttreten dieser Gesetze besonders treffen, denn das sind marktferne Betriebe. Es ist eine der Großtaten unserer Agrarpolitik, daß diese marktfernen Betriebe die gleichen Preise bekommen wie der marktnahe Betrieb, der etwa in der Nähe einer Stadt, in der Nähe eines größeren Marktes liegt. Es können eben auch aus den entferntesten Tälern Milch und andere Produkte angeliefert werden.

Darum ist es auch unrichtig, ständig von diesen Agrarsubventionen zu sprechen. So meinte der Kollege Robak, dies kritisieren zu müssen. Ich glaube, er ist hier einer völlig irrtümlichen Auffassung. Diese Agrarsubventionen, von denen Herr Robak gesprochen hat, kommen doch den Konsumenten zugute. Wenn wir diese Stützungen abbauen würden, würde sich der Konsument in Österreich darüber wundern, um wieviel mehr er für die Milch auf den Tisch legen müßte. (Ruf bei der SPÖ: *Und die Bauern erst, um wieviel weniger sie verkaufen würden!* — Abg. Czettel: *Seien Sie doch nicht ungerecht! Was würden die Produzenten sagen?*) Sicherlich wäre es für uns auch nicht immer angenehm. Gerade der marktnahe Betrieb würde dabei gewinnen. Der marktferne Betrieb, der Gebirgsbauer und so weiter, würden schwer darunter zu leiden haben. Darum können Sie Ihre Freundlichkeit gegenüber der Landwirtschaft bei der nächsten Gelegenheit auch echt unter Beweis stellen. (Abg. Czettel: *Die haben wir schon bewiesen! 20 Jahre haben Sie mit uns den Bauern geholfen!*) Das stimmt ja nicht, Herr Abgeordneter Czettel! Sie müssen es jetzt der monokoloren Regierung besonders beweisen, zumal Sie meinen, in der Oppositionsstellung solche Dinge immer in den Vordergrund spielen zu können. (Abg. Preußler: *Steiner! Dazu gehört auch die entsprechende Art der anderen Seite! Das wollen*

Steiner

wir nur feststellen! Ihr könnt nicht immer nur sagen: Ihr müßt!, sondern ich glaube, da muß man zusammenarbeiten und sich zusammenreden! So fassen wir es auf!) Richtig, Herr Abgeordneter Preußler! Wollen Sie vielleicht behaupten, daß ich in meinen Ausführungen anzugänglich war? Ich glaube, absolut nicht. Sollen wir in diesem Hause von unseren Sorgen auch nicht mehr sprechen? Ich weiß es nicht. Solche Zensuren sollten Sie eigentlich nicht erteilen! (Abg. Preußler: Man soll darüber reden, sich zusammenreden, nicht stänkern!) Ja, sicherlich. Ich bemühe mich soeben, das als Einführung zu meinen bergbäuerlichen Ausführungen zu tun. Ich darf mich jetzt meinen Ausführungen zuwenden, dann wird sich die Lage wieder etwas beruhigen.

Meine Hochgeschätzten! Österreich gilt im internationalen Vergleich als Bergbauerland. Etwa ein Drittel der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Österreichs sind Bergbauernbetriebe. In den Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg beträgt der Anteil der Bergbauernbetriebe an der Gesamtzahl land- und forstwirtschaftlicher Betriebe fast 60 Prozent. Das Bundesland mit den meisten Bergbauern ist Niederösterreich, eine Tatsache, die eigentlich als sehr überraschend gilt, die man vielleicht oft gar nicht kennt und die auch für das Land Niederösterreich eine entsprechend erhöhte Verantwortung in sich birgt. Die Bergbauern bewirtschaften annähernd 60 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche Österreichs.

Unter Berücksichtigung der überdurchschnittlichen Familiengröße entfallen auf das Bergbauerngebiet mehr als eine halbe Million Mitbürger, also eine sehr beträchtliche Zahl. Auf das bergbäuerliche Produktionsgebiet, das von 600 m bis 2200 m Seehöhe reicht, entfallen 30 Prozent des Bruttonproduktionswertes der Land- und Forstwirtschaft. Dies bedeutet, daß die Bergbauern hinsichtlich der Nahrungsmittelauflieferung ihren Kollegen im Flachland in einem gewissen Sinne ebenbürtig sind.

Zur Abrundung der kurzen Beschreibung des Bergbauerngebietes sei noch darauf hingewiesen, daß die Viehwirtschaft, der Wald und zunehmend auch der Fremdenverkehr die bergbäuerlichen Haupteinnahmsquellen bilden.

Über die Einkommensverhältnisse im Bergbauerngebiet informiert uns der Grüne Bericht, der nunmehr seit zwei Jahren in dankenswerter Weise die Einkommensverhältnisse im Bergbauerngebiet besonders ausweist und so das Bild über die bergbäuerlichen Verhältnisse erläutert.

Aus dem Grünen Bericht geht hervor, daß nicht nur eine Disparität in den Einkommen zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung besteht, sondern auch zwischen Berg- und Flachlandbauern. Wie gesonderte Untersuchungen ergeben haben, wird dieses Einkommensgefälle durch Nebenerwerb etwas gemildert.

Wer aber annimmt, daß auf Grund der ungünstigen Einkommensverhältnisse im Bergbauerngebiet eine starke Abwanderung vorherrschen müßte, wird durch die Betriebszählungsergebnisse angenehm überrascht. Wie aus den Betriebszählungen für den Zeitraum von 1950 bis 1960 hervorgeht, verzeichnet das Bergbauerngebiet erstaunlicherweise die geringste Abnahme der Zahl der Betriebe. Dies ist ein besonderes Zeichen der bergbäuerlichen Einstellung zum Hof, zur Familie und zur zähen Arbeit. Diese Tatsache überrascht umso mehr, als für das Bergbauerngebiet nicht nur die verhältnismäßig ungünstige Einkommenslage, sondern vor allem auch eine ausgesprochene Benachteiligung bei der Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen, wie Verkehrswegen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung und kommunalen Einrichtungen, bezeichnend sind, eine Benachteiligung, die schon Jahrzehnte währt und eigentlich mit der technischen Entwicklung akut geworden ist. Die öffentliche Hand hat hier in den letzten Jahren noch zu bescheiden eingegriffen.

Es sind aber nicht nur die Bergbauern, die unter diesen Zuständen zu leiden haben, sondern es ist die Bergbevölkerung überhaupt. Es zeugt für die Kraft und die Ausdauer der Bergbauern, daß unser Gebirgsraum trotz vieler Benachteiligungen durch die öffentliche Hand noch keine sterbende Region ist. Wie die Zahlen über die Produktionsleistungen im Bergbauerngebiet einerseits, aber auch die Tatsache einer Jahrzehntelangen Vorenthalten von öffentlichen Leistungen andererseits beweisen, ist das Bergbauernproblem letztlich keine Frage der Existenz dieser Betriebe an sich, sondern eine Frage der Haltung des Staates bei der Versorgung der Staatsbürger mit öffentlichen Einrichtungen. Nach meiner Auffassung ist die Bergbauernfrage nicht so sehr eine Frage nach der Gunst oder Ungunst der Produktionsbedingungen allein. Die Bergbauern haben sich durch Umstellung auf Vieh- und Waldwirtschaft oder den Fremdenverkehr längst den durch die technische Entwicklung bedingten Änderungen angepaßt. Die Frage ist vielmehr, ob unser Staat gewillt ist, allen Produktionsstätten die gleichen Voraussetzungen und Chancen einzuräumen.

Steiner

Es sollte weiters nicht vorkommen, daß der Staat den Bergbauern etwa durch eine rigorose Forstgesetzgebung ganz ohne Gegenleistung Belastungen auferlegt. Hier erhebt sich die Frage, warum gerade unsere ärmsten Staatsbürger zugunsten der Allgemeinheit Wohlfahrtsleistungen erbringen müssen, ohne dafür eine entsprechende Abgeltung zu erhalten.

Diese Überlegungen sind zu berücksichtigen, wenn die Anforderungen der Land- und Forstwirtschaft an das Budget diskutiert werden. Insbesondere ist auch zu berücksichtigen, daß durch die Benachteiligung bei der Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen im Bergbauerngebiet ein unverschuldet Nachholbedarf in den betrieblichen Investitionen entstanden ist. Die öffentliche Hand ist daher zu entsprechenden Leistungen für die Be seitigung dieses Nachholbedarfes verpflichtet.

Was ist aber mit den rund 38.000 Bergbauernbetrieben, die noch immer keine autobefahrbare Hofzufahrt erhalten haben? Wie sollen diese Betriebe europareif gemacht werden, wenn sie noch nicht einmal in der Lage sind, die erforderlichen Betriebsmittel, Bau materialien, Kunstdünger, Futtermittel und so weiter mit Lastwagen oder Traktoren heranzubringen? Wie sollen diese Betriebe rationalisiert werden, wenn sie nicht einmal über die primitivste Voraussetzung, nämlich über einen autobefahrbaren Weg, verfügen? Dieser Zustand ist nicht auf ein Verschulden der Bergbauern zurückzuführen.

Die öffentliche Hand hat daher auch hier die Pflicht, helfend einzutreten. Die Volks vertretung, also wir sollen die land- und forst wirtschaftlichen Förderungsmittel entsprechend einsetzen. Ich muß dazu betonen, daß sie kein Geschenk sind, sondern im Interesse der Gesamtheit unseres Volkes eine Notwendigkeit darstellen.

Im folgenden gehe ich auf einige konkrete Fragen der Bergbauernförderung ein, die mir wert erscheinen, im Hohen Hause besonders behandelt zu werden. Die Bergbauernvertretung hat mit Genugtuung die klaren Feststellungen des Herrn Bundeskanzlers in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 zu Fragen der Bergbauernförderung zur Kenntnis genommen. Sie verbindet damit die Hoffnung, daß ihre brennenden Probleme tatsächlich objektiv behandelt und Lösungen gefunden werden, die die Bergbauern zu gleich be rechtigten Staatsbürgern machen.

Die gegenwärtig laufenden Förderungsmaßnahmen auf Grund des Ordinariums und des Grünen Planes sind zum Teil jahrelang erprobt und werden weiterhin — man denke nur an die Maßnahmen Besitzfestigung und

Umstellung — ihren Zielsetzungen in hervorragender Weise gerecht. Es ist aber notwendig, bestimmte Fragen der Förderung herauszutragen und neue Aspekte der Förderung zu berücksichtigen. Es wäre aber töricht, zu glauben, daß grundlegende Probleme der Bergbauernförderung auf die Dauer gesehen auf der bisherigen Finanzierungsbasis befriedigend gelöst werden können.

Eines der vordringlichsten Erfordernisse der Strukturverbesserung des Bergbauern gebietes ist der rasche Ausbau der Güter- und Hofzufahrtswege im Bergbauerngebiet. Erst der zeitgemäße Verkehrsanschluß verschafft den noch nicht erschlossenen Gebieten und Betrieben eine annähernd gleiche Ausgangslage wie im Flachland und ist die Grund voraussetzung für alle struktur-, produktions- und betriebs technischen, aber auch marktfördernden Maßnahmen. Betriebe ohne zeit gemäßen Verkehrsanschluß sind mit höchsten Betriebskosten und Betriebserschwernissen belastet und müssen, so grotesk das an sich ist, bei einem geringeren Leistungsvermögen die höchsten Betriebskosten tragen. Es ist festzustellen, daß die Bergbauern beim Bau der Güterwege fast immer noch die Hälfte der Kosten selbst tragen müssen.

Ich halte diese Feststellung deswegen für besonders wichtig, meine Damen und Herren, weil viele unserer Mitbürger der Meinung sind, daß die öffentlichen Mittel in hundertprozentiger Deckung eingesetzt sind. Es ist dies aber nicht der Fall. Dadurch entsteht eine echte Belastung des ohnedies sehr, sehr bescheidenen bergbäuerlichen Einkommens.

Nun gestatte ich mir, zu den einzelnen Punkten des Memorandums der Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen innerhalb der Präsidentenkonferenz kurz Stellung zu nehmen und verschiedene Gedanken anzufügen. Ich darf vorweg sagen, es erfüllt uns mit großer Freude, daß es auch heuer möglich war, eine Art von Sonderprogramm für die Bergbauernschaft zu erstellen. Durch dieses Sonderprogramm, das mit den Einnahmen aus dem Futtermittel preisausgleich finanziert wird, werden die Budgetansätze wesentlich verbessert. Dies ist ein wirklich anerkennenswertes Bestreben unseres Herrn Ministers.

Die Hofzufahrten werden mit 20 Millionen Schilling zusätzlich dotiert, ebenso ist der Transportkostenzuschuß auf 15 Millionen Schilling aufgestockt. Auch die Strohaktion, von der ich schon vor Jahren gesprochen habe, ist ausgeweitet worden und wird mit 7 Millionen Schilling dotiert. Es ist dies eine äußerst wichtige Maßnahme im Gebirgsbauernraum. Für Umstellungsmaßnahmen werden 10 Millionen Schilling bereitgestellt. Für die Besitz-

1124

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Steiner

festigungsaktion werden aus dem Titel des Sonderprogramms 10 Millionen Schilling aufgebracht. Dies ist eine besonders erfreuliche Feststellung, weil es unbedingt notwendig erscheint, hiefür zielkräftig Mittel einzusetzen. Auch für die Milchleistungskontrolle werden 10 Millionen Schilling aufgebracht, was praktisch den Verdienst des einzelnen Bergbauern vergrößert, das heißt, diese Ausgaben erspart. Ein kleiner Betrag ist auch noch für die Errichtung der Gärfutterbehälter vorgesehen. Die Summe dieser Aufschlüsselung ergibt 75 Millionen Schilling.

Der zweite Punkt des Memorandums der Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen behandelt die Erhaltung der Güter- und Hofzufahrtswege. Das ist deshalb ein brennendes Problem, weil es auf der einen Seite eine echte Notwendigkeit wäre, helfend einzugreifen, während auf der anderen Seite die Voraussetzungen für dieses Eingreifen eigentlich noch nicht bestehen. Wir wissen heute, daß diese Wege, deren Erhaltung die Bergbauern mit großem materiellem Einsatz finanzieren, bis zu 70 Prozent von der allgemeinen Öffentlichkeit benutzt werden, daß aber die entsprechenden Genossenschaften oder die Einzelhöfe die Kosten der Erhaltung allein zu tragen haben. Man hat nun — und das wurde schon zu einem Stehsatz von uns Agrarpolitikern — immer wieder verlangt, man müsse versuchen, über den Finanzausgleich den Gemeinden Mittel in die Hände zu geben, die sie in die Lage versetzen, tatsächlich helfend einzugreifen oder überhaupt diese Wege zu übernehmen.

Ich habe Einsicht bekommen in den neuen Entwurf des Finanzausgleiches und habe dabei leider diese Post vermißt. Wir waren der Ansicht, daß neben dem Bevölkerungsschlüssel, der ja irgendwie eine Grundlage darstellt, im Finanzausgleich auch die Wegekilometer der einzelnen Gemeinden berücksichtigt werden sollen. Ich muß aber betonen, daß dies bis jetzt im Entwurf nicht zum Ausdruck kommt.

Man könnte noch darüber reden, wie es mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel ist. Ich möchte mich aber mit den einzelnen Punkten nicht so eingehend befassen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Aufgaben auch für die Kleingemeinden und für die Landgemeinden heute derart im Steigen begriffen sind, daß dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel eigentlich nicht mehr angebracht erscheint. Auch dort braucht man Kanalisationen, Beleuchtungen und anderes mehr. Man sollte sich diese Frage doch noch entsprechend überlegen.

Im allgemeinen muß ich feststellen, daß den Gemeinden ein Eingreifen in der derzeitigen Lage deshalb schwierig erscheint, weil die

Aufsichtsbehörden dies nicht als Pflichtaufgabe anerkennen und auf der anderen Seite wieder gewisse Nachteile bei den freiwilligen Aufwendungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds eintreten würden. Dies wäre ein dringendes Problem der Bergbauern. Ich bin der Meinung, man sollte doch einmal versuchen, eine Verbesserung herbeizuführen.

Die Punkte 3 und 4 dieses Memorandums, dessen Erläuterung ich mir vorgenommen habe, behandeln die Förderung der Rinderzucht und die Förderung der Almwirtschaft. Hiezu nur einige kurze Ausführungen.

Die Rinderzucht macht 70 Prozent der Einnahmen unserer Bergbauernschaft aus. Hier haben sich besonders die Bergbauernarbeitsgemeinschaften bewährt. Die baulichen Maßnahmen, die durchgeführt werden, wirken sich sehr günstig aus. Auch die Stierhaltegemeinschaften und die Stierhalteringe einerseits sowie der Ankauf von Zuchtvieh mit hoher Qualität und die Unterstützung dieses Ankaufs andererseits sind wirklich ein Segen für unsere Bergbauernbetriebe. Es ist nur schade, daß wir kaum Fachkräfte zur Verfügung haben, um noch massiver tätig sein zu können. Ich möchte aber auch hiefür meinen Dank an den Herrn Minister zum Ausdruck bringen.

Zur Almwirtschaft muß ich leider sehr besorgte Ausführungen machen, und zwar deshalb, weil die Beschickung der Almen ständig abnimmt. Es kommt vor, daß dort und da Almen gar nicht bewirtschaftet werden. Meiner Meinung nach stellen die Almen eine echte Produktionsreserve in Österreich dar, und dessen sollte man sich bewußt sein, denn unsere Selbstversorgung ist noch lange nicht so günstig, als es den Anschein haben mag. Man hört heute, daß wir uns zu 82 und mehr Prozent versorgen. Beim Eintreten irgendwelcher außenpolitischer Umstände würde aber natürlich diese Selbstversorgung durch den Ausfall der Einfuhren auf dem Futter- und Düngemittelmarkt sofort wesentlich eingeschränkt werden. Ich getraue mich nicht zu sagen, ob es dann 50 oder vielleicht 60 Prozent sein würden. Wir sollten auch hier bemüht sein, die vorhandenen Produktionsunterlagen aufrechtzuerhalten.

Der Punkt 5 ist ein sehr kritischer Punkt dieses Memorandums. Er betrifft die Neuordnung der Weiderechte, die derzeit in Verhandlung steht. Erlauben Sie mir einige kurze Ausführungen über die Wichtigkeit dieser Weiderechte, aber auch über die Einschränkung, die wir leider zur Kenntnis nehmen müssen. Die Einschränkung der Weidefähigkeit der Waldböden innerhalb der bundesforstlichen Besitzungen ist wohl auf eine gesetzliche

Steiner

Kahlschlagseinschränkung zurückzuführen. Die ganze Waldbewirtschaftung hat sich sehr verändert, natürlich zugunsten des Holzbestandes. Die neuartigen Vorgangsweisen im Forstbetrieb sind selbstverständlich zu begrüßen. Nur ist es dadurch kaum mehr möglich, eine Weidefläche auszuweisen. Ich muß feststellen, daß Jahrzehnte hindurch eine Bepflanzungsarbeit stattgefunden hat, sodaß es praktisch diesen urkundlichen Waldweide-rechtler nicht mehr möglich ist, ihre Tiere auf die Weide zu treiben.

Die Einschränkung dieser urkundlichen Rechte, die durch diese Umstellung herbeigeführt wurde, sollte bei der Behandlung dieses Problems berücksichtigt werden. Ich bin der Meinung, daß auf Wunsch Ablösen durchgeführt werden sollten. Wenn sich ein Bauer diese Rechte finanziell ablösen lassen will, so sollte man ihm keine Schranken auferlegen. Grundsätzlich bin ich aber der Auffassung, daß es wichtig sein wird, diesen Wegfall mit entsprechenden, auf einem anderen Sektor liegenden Leistungen zu kompensieren. Insbesondere wäre daran zu denken, hinsichtlich des Holzbezuges eine Aufstockung der Servitutsrechte vorzunehmen, nachdem ja durch diese Bepflanzungsart der Holzertrag auf dem Besitz des Verpflichteten gestiegen ist. Es wäre eigentlich im Sinne der Trennung von Wald und Weide erforderlich — wenn der Weg, den ich gerade aufzeigte, nicht gangbar sein sollte —, direkte Weidegründe aus dem Forstbesitz auszuklammern.

Das sind die Wünsche, die allgemein bei unserer Bauernschaft anzutreffen sind. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, sie hier entsprechend vorzutragen.

Nun zum Punkt 6 des Memorandums. Das ist ein noch viel kritischerer Punkt. Er besagt nichts anderes, als daß sich die Bergbauern vorstellen, daß eine Aufstockung ihrer Betriebe mit Gründen der Bundesforste möglich wäre. Ich weiß, daß das eine sehr schwierige Angelegenheit ist. Meiner Meinung nach sollte man aber auch hier nicht unbedingt den Grundbesitz der Bundesforste schmälern, sondern versuchen, die Servitutsrechte auszubauen. Wir wissen, daß bei den einzelnen Bundesforsten auf Grund der Waldwirtschaftspläne gewisse Überschüsse vorhanden sind und daher eine solche Maßnahme eigentlich vertretbar erscheint. Die Bundesforste sind zweifellos verpflichtet, ihren Grund zu erhalten. Im Bundesfinanzgesetz 1966 zum Beispiel sind 10 Millionen Schilling für den Ankauf von Gründen vorgesehen. Ich muß jedoch einschränkend feststellen, daß in der letzten Zeit eine Aufstockung stattgefunden hat, was die Bergbauern in ihrer Meinung ermuntert,

diese Aufstockung könnte dazu verwendet werden, sie in ihrem Besitz entsprechend zu stärken.

Wie ich schon ausführte, sind gewisse Überschüsse vorhanden. Die Bundesforste tätigen auch die entsprechenden Holzschläge. Ich bin der Meinung, diese Maßnahme, die ich selbst für sehr kritisch halte, muß man sich entsprechend gut überlegen, und es wird hier eine echte Willennotwendigkeit sein. Aber es würde natürlich unseren Bergbauern in ihrer Existenz wesentlich helfen, weil überall festzustellen ist, daß sich jene Bauernhöfe, die über eine gewisse forstliche Rücklage verfügen, entsprechend leichter tun.

Ich möchte noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, den ich im Finanzausschuß schon behandelt habe. Ich möchte meine Ausführungen hiezu wiederholen. Er betrifft die Bereitstellung von Ersatzgrund für Gebirgsbauern, die von Straßenablösen schwerst betroffen sind.

Wir wissen, daß geplant ist — und wir begrüßen diese Planungen —, die Tauern-Schnellstraße, also eine echte Nord-Süd-Verbindung, zu bauen. Das wird für manche Bauern sehr schmerzlich sein, weil ja diese Talgründe verhältnismäßig klein sind. Es gibt bei uns Gemeinden, in denen nur bis zu 10 Prozent der Gesamtfläche echt bewirtschaftbar sind. Daher ist das ein echter Eingriff. Wir werden die Bauernhöfe in den Längstälern der Reihe nach — sei es in Flachau, Zederhaus und so weiter — auseinandertrennen müssen.

Und hier erlaube ich mir, einen Vorschlag zu machen! Wir sollten uns überlegen, ob es nicht möglich wäre, jenen Bauern, die besonders schwer getroffen sind, mit Ersatzgründen auszuhelfen. Meiner Meinung nach könnte es keine große Rolle spielen, einem Bauern für die verlorengegangenen Ackerflächen eine Waldfläche zur Verfügung zu stellen. Diesen Wunsch wollte ich noch anbringen.

Nun sehr kurz noch zum Punkt 7 dieses Memorandums, in dem langfristig die einprozentigen AIK-Mittel gefordert werden. Wir wissen, daß sich im Bergbauerngebiet das Aktivkapital nur mit einem Satz von 0,5 bis 0,9 Prozent verzinst. Wir meinen daher, daß eine solche Maßnahme strukturell richtig wäre. Aus den Besprechungen mit meinen Agrarkollegen ist mir bekannt, daß es hier natürlich gewisse Widerstände gibt. Ich würde aber doch zu überlegen geben, ob es, auf Sicht gesehen, nicht doch möglich wäre, diese Maßnahmen für Bauvorhaben und Grundaufstockungen zu erwägen. Die anderen Dinge, die im Zusammenhang mit den AIK-Finanzierungen

Steiner

angeführt werden, möchte ich hier nicht erwähnen.

Ich möchte in dem Zusammenhang den Herrn Minister sehr ersuchen, daß er seine Tätigkeit in der Richtung auf die Wohnbaumittel, deren Handhabung im Bautenministerium zusammengefaßt wird, weiterhin beibehält und daß er den Versuch macht, diese Wohnbaumittel auch den Bauern und insbesondere den Bergbauern zur Verfügung zu stellen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Bei uns Bergbauern — der Herr Kollege Glaser hat es heute angeführt — sind die Wohnverhältnisse alles eher als schön. Wir haben in Salzburg Gott sei Dank eine Kinderreichenförderung durchgeführt — sie läuft auch noch —, es wäre aber dennoch ein großer Segen für die Bergbauernschaft, wenn es gelänge, Wohnbaumittel auch den Bauern zuzuwenden. Es wären dies niedrigprozentige Kredite. Ich möchte nur anregen, daß die Quadratmeterwohnfläche, die bei solchen Finanzierungen zugrunde gelegt wird, Rücksicht auf die Wirtschaftsräume eines Bauernhauses nimmt.

Nun erlaube ich mir noch, abschließend einige Bemerkungen grundsätzlicher Natur zu machen.

Immer wieder zeigt sich, daß gerade die vom Grünen Plan her geförderten Maßnahmen die agrarischen Erfordernisse allein nicht befriedigen, sondern daß die gesamtlandwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Einrichtungen miteinzubeziehen sind.

Neben der bereits erwähnten Verpflichtung des Staates, auch das Bergbauerngebiet ausreichend mit Einrichtungen der Infrastruktur zu versorgen, steht die Schaffung von Nebenerwerbsmöglichkeiten für kleine landwirtschaftliche Betriebe im Bergbauerngebiet im Vordergrund. Diese Betriebe sind aus vielen Gründen zu erhalten, was aber oft nur durch eine Verbreiterung der Existenzbasis mit Hilfe des nichtlandwirtschaftlichen Bereiches möglich erscheint. Diese Aufgabe übersteigt bei weitem die Kräfte des Grünen Planes. Sie wäre daher von einer leider erst in der Entwicklungsphase stehenden Regionalpolitik wahrzunehmen. Ich darf an dieser Stelle dem Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft für seine Initiative danken, der Regionalpolitik in der Bundesregierung einen entsprechenden Rang einzuräumen.

Die Land- und Forstwirtschaft als vornehmlich berührter Wirtschaftsbereich verlangt aber, daß die agrarischen Probleme in der zukünftigen Regionalpolitik volle Berücksichtigung finden. Ich muß es in diesem Zusammenhang als großen Mangel bezeichnen, daß an der Hochschule für Bodenkultur bisher nicht die

entsprechenden wissenschaftlichen Voraussetzungen für eine fundierte Behandlung regionalpolitischer Probleme aus agrarischer Schau geschaffen wurden. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern bereits einen entsprechenden Antrag an die Hochschule für Bodenkultur gerichtet hat, eine Lehrkanzel für Raumforschung und Land- und Forstwirtschaft einzurichten und einen entsprechenden Lehrauftrag zu erteilen. Ich hoffe, daß dieser Antrag, den das Professorenkollegium der Hochschule für Bodenkultur positiv behandelt hat, durch eine baldige Erledigung im Unterrichtsministerium voll wirksam wird.

Die Notwendigkeit einer vollen Berücksichtigung des Bergbauerngebietes in der Regionalpolitik wird durch die Tatsache unterstrichen, daß in den Berggebieten agrarische und nichtagrarische Tätigkeiten oft auf das engste verflochten sind. Die Bergbevölkerung ist eine Schicksalsgemeinschaft, die die gestellten Probleme wahrscheinlich nur gemeinsam zu lösen vermag. Letztlich geht es der gesamten Bergbevölkerung darum, eine Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern zu erreichen, eine Gleichstellung, die als zweite Phase der Beseitigung sozialer Härten zu bezeichnen ist. Die Bergbauern und ihre Familien, insbesondere die Bergbäuerinnen, sind die Kulturträger an der Peripherie unseres Kulturstaaates. Ihnen zu helfen, muß wohl unsere gemeinsame oberste Aufgabe sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Anna Czerny. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Anna Czerny (SPÖ): Hohes Haus! Nach den stundenlangen Débatten über ausgesprochene Fachfragen wirkt es vielleicht für die Abgeordneten dieses Hauses, aber auch für die Zuhörer einigermaßen erfrischend, wenn auch andere Dinge, die ebenfalls in dieses Kapitel gehören, kurz, aber prägnant und eindringlich besprochen werden.

Es wurde gestern darüber gesprochen, daß der Europarat von manchen Menschen etwas herabgewürdigt wird. Derselbe Europarat aber hat sich im Juli des vorigen Jahres in tagelangen Beratungen mit der Reinheit des Wassers — sowohl des fließenden als auch des stehenden Gewässers — beschäftigt und hiebei alles ins Kalkül gezogen, was mit dem Wasser überhaupt irgendwie in Verbindung gebracht werden kann, vor allem die Gesundheit der gesamten Bevölkerung.

Ich stehe nicht an, hier ausdrücklich zu betonen: Die Menschheit hat manchmal — nicht durch Dummheit, aber durch Unwissenheit — an der Natur Schäden angerich-

Anna Czerny

tet, die nach ihr kommende Generationen nicht mehr gutmachen konnten. Ich glaube, daß ein Europa, das auf dem Weg ist, sich in späteren Jahren doch eine gemeinsame Basis zu schaffen, auch der Frage des Wassers und seiner Reinhaltung mehr Aufmerksamkeit widmen muß, als dies bisher geschehen ist.

Wir haben in Österreich in dieser Beziehung wenig in den Zeitungen lesen können, ab und zu einmal darüber, daß die Verschmutzung der Bäche auffällt, daß es auffällt, daß der Fischbestand in den Gewässern zurückgeht und daß die stehenden Gewässer verschmutzt werden. Ich erinnere Sie daran, daß im Bodenseegebiet infolge der Verschmutzung mit Öl unsere Vögel zugrunde gegangen sind, weil ihr Gefieder völlig verklebt war und sie sich nicht mehr bewegen konnten.

Ich glaube, daß die gesamte Bevölkerung Österreichs ein berechtigtes Interesse daran hat, daß das lebenspendende Wasser rein erhalten wird.

Erinnern Sie sich auch daran, daß im Vorjahr Meldungen über die Typhuskatastrophe, die in dem weltberühmten Kurort Zermatt eingetreten ist, durch alle Zeitungen gegangen sind. Schlechtes Wasser war schuld daran.

Ich möchte unseren Menschen hier in diesem Lande — die ja auch am Fremdenverkehr interessiert sind — sagen: Die Reinhaltung des Wassers von der Quelle und vom Gebirge herunter bis in unsere Brunnen und bis in unsere Wasserleitungen ist eine Aufgabe, die die gesamte Bevölkerung angeht! Ich habe hier ein biologisches Gütebild der Fließgewässer der Steiermark vor mir liegen. Sie können es sehen. (*Die Rednerin weist eine Zeichnung vor.*) Ich bin überzeugt davon, daß auch alle anderen Bundesländer solche Bilder liefern können. Wir können an diesem Bild feststellen, daß nicht einmal bei einem kleinen Bächlein die Gütekasse 1 zu verzeichnen wäre und die Gütekasse, je weiter die Gewässer fortfließen, desto schlechter wird.

In meiner eigenen Heimat konnte ich wiederholte Male beobachten, wie die Kehräbäche mit einer 15 bis 20 cm hohen Schicht einer schaumähnlichen Masse bedeckt sind, die mitfließt und zweifellos auf Abwässer der Industrie zurückzuführen ist. Aber es gibt auch andere Verschmutzungsarten der Gewässer. Ich stehe nicht an, zu sagen, daß die Zivilisation uns vor Aufgaben stellt, die natürlich mehr Geld kosten werden. Wenn wir aber unsere Gewässer rein erhalten wollen, wenn wir den kommenden Generationen eines der kostbarsten Güter, das die Erde, das unsere Natur uns so überreich gespendet hat, weitergeben wollen, dann müssen wir bei-

zeiten dazuschauen, daß dieser Grundsatz der Reinhaltung auch Allgemeingut der Bevölkerung wird. Wir müssen auch das Gewissen jedes einzelnen aufrütteln, damit er selber alles dazu beiträgt, daß das Wasser rein erhalten wird.

Ich möchte nur auf folgendes hinweisen: Um 1 kg Kartoffeln zu erzeugen, braucht die Kartoffelpflanze vom Keim bis zur Frucht 200 bis 300 Liter Wasser. Die Getreidepflanze benötigt etwa 300 bis 500 Liter Wasser, um 1 kg Korn hervorzubringen.

Trinkwasser aus Brunnen ist in Österreich meist noch sehr gut. Aber es gibt auf der Welt gar manche Städte, die ihr Wasser aus Flüssen nehmen müssen, die durchaus nicht immer sehr rein sind. Diese Städte müssen einen kostspieligen und teuren Prozeß anwenden, um trinkfähiges und keimfreies Wasser für die Bevölkerung zu liefern.

Bei dieser Gelegenheit darf ich aber folgendes nicht unerwähnt lassen: Es ist heute in der Debatte so durchgeklungen, als ob nur ein gewisser Teil der Bevölkerung Interesse an Grund und Boden, Interesse an unserer Natur hätte. Ich darf Ihnen aber sagen: Nicht nur der Grundbesitzer liebt seinen Heimatboden, sondern auch der, der nur ein paar Blumengärten oder einen kleinen Garten hat. Aber auch der, der weder das eine noch das andere hat, aber gern in den Wald oder in einen Park geht, liebt seine Heimat mit jeder Faser seines Herzens. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das möchte ich besonders erwähnen, weil ich für alle jene spreche, die nicht das Glück haben, ein Stück Boden ihr eigen zu nennen.

Nun eine andere Frage. Im Mai des Jahres 1961 haben die Abgeordneten Steiner — ein Bauer aus Kärnten und Fraktionsfreund von mir —, Rosa Weber, Ernst Winkler, meine Wenigkeit und Genossen einen Antrag eingebracht, der sich mit der Fleischhygiene beschäftigt. Dieser Antrag ist bis heute — wie man so schön zu sagen pflegt — „schubladiert“ worden.

In den letzten Wochen und Monaten ist in unseren Zeitungen wiederholt von der Güte des Fleisches, von der Güte der Lebensmittel, von der Güte der Wurst gesprochen worden und immer wieder der Wunsch aufgetaucht, daß unser Lebensmittelkodex auf den heutigen Stand der Technik gebracht wird. Ich glaube aber, daß auch dem Fleischhygiengesetz, das in damals 57 Paragraphen alle mit dieser Materie zusammenhängenden Fragen behandelt hat, ausführlich und gründlich überlegt, im Interesse der Gesundheit der gesamten Bevölkerung das größte Augenmerk zuzuwenden ist. Vergessen wir nicht: Der Flugverkehr, der Verkehr auf der Straße, der Verkehr auf

Anna Czerny

der Bahn und die Urlaubsmöglichkeiten bringen mehr denn je Fremde in unser Land. Sie bringen aber unter Umständen auch Krankheiten oder Dinge in unser Land, mit denen wir keine große Freude haben. Daher müßte die österreichische Gesetzgebung alles vorsorgen, um der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung all das zu bieten, was sie gegen alle Zufälligkeiten des Lebens, gegen allfällige Krankheiten schützt. Meine Fraktion wird in kürzester Zeit einen neuen Antrag statt diesem hier — ich habe ihn noch, ich hebe mir alles gut auf — einbringen. Ich melde das Prinzip dafür jetzt schon an, denn die Volksgesundheit in Österreich steht uns näher, als manche von Ihnen glauben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Nimmervoll. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Nimmervoll (ÖVP): Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Die heutige Debatte, die sich bisher mit der Landwirtschaft im allgemeinen, aber auch mit den Problemen der Dienstnehmer beschäftigt hat, veranlaßt auch mich, die Lage der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft ein wenig den geschätzten Damen und Herren vor Augen zu führen.

Ich darf mich in diesem Zusammenhang besonders auch mit den Ausführungen meines sehr geehrten Herrn Kollegen Pansi ein klein wenig beschäftigen und noch den einen oder anderen Gedanken hinzufügen. Ich möchte vielleicht da oder dort eine Richtigstellung bringen, denn mit all seinen Ausführungen — das muß ich sehr deutlich sagen — war ich nicht ganz einverstanden.

Darin, daß es gegenwärtig in der Landwirtschaft sehr schlechte Löhne gibt und daß es uns nicht gelungen ist, die Löhne, so wie wir es uns zum Ziel gesetzt haben, mit den Löhnen vergleichbarer Berufsgruppen gleichzustellen, sind wir vollkommen einer Meinung. Wir leben in einer Zeit des gewaltigen Umbruches. Wir wachsen in eine neue Industriegesellschaft hinein. Leider bleibt bei diesem Wandel die Landwirtschaft im allgemeinen und der Landarbeiter im besonderen auf der Strecke. Aber so ist es wahrlich nicht, wie Herr Kollege Pansi ausgeführt hat, daß dort, wo ÖVP-Gruppen bei den Kollektivvertragsverhandlungen tätig sind, bisher die schlechtesten Löhne zustande gekommen sind.

Ich habe eine Liste vor mir und darf nun doch einen ganz kleinen Vergleich ziehen. Ich beginne mit einer Berufsgruppe, die momentan sehr interessant ist, und zwar mit dem Traktorführer, der einen Führerschein besitzt. Ich darf feststellen, daß dieser Traktorführer in Kärnten einen Lohn von 1514,93 S im Monat

verdient; hier kann man wahrlich nicht sagen, daß eine ÖVP-Gruppe bei den Kollektivvertragsverhandlungen die Dienstnehmer vertritt. In Oberösterreich — ich bin wahrlich nicht zufrieden — haben wir aber für diese Gruppe einen Lohn von 1615 S, also um 102 S mehr. Den Tiroler Dienstnehmern kann man wahrlich nicht nachsagen, daß sie nicht von Dienstnehmern der ÖVP vertreten würden, aber sie haben auch die höchsten Löhne, denn dort bekommt ein solcher Traktorführer 2030 S. (Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

Ich muß feststellen: ein Bundesland blieb auf der Strecke, und zwar das Burgenland. Hier kann man wahrlich wieder nicht sagen, daß ausgerechnet Dienstnehmer der ÖVP die Vertretung dort übernehmen, sondern hier treten Gewerkschaft und Arbeiterkammer als Vertragschließende für die Dienstnehmer in Erscheinung. Dort bekommt der gleiche Traktorführer, der in Tirol — ich wiederhole es nochmals — 2030 S bekommt, nur 1500 S.

Das habe ich nur richtiggestellt, damit hier im Hohen Haus, aber darüber hinaus in der Öffentlichkeit nicht die falsche Meinung Platz greift, daß Dienstnehmer, die der ÖVP angehören, es mit der Vertretung nicht ernst nehmen und nicht ernstlich eintreten würden, wenn es gilt, die wirtschaftliche Lage zu verbessern. (Abg. Pansi: Wie schaut es bei den Gutsbetrieben aus?) Ich werde sofort einzelne Gruppen besprechen. Welche Gruppen ich herausgreife, glaube ich, ist meine Sache. Ich kann nicht alle Berufsgruppen vorbringen. Ich habe sogar den Auftrag bekommen — und ich glaube, es ist beiderseits der Wunsch vorhanden —, nicht zu lange zu reden. Ich könnte selbstverständlich auch sehr viele Beispiele bringen. Ich habe aber nur ein Beispiel gebracht, und ich glaube, das genügt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf noch etwas hinweisen, was besonders für das Burgenland zutrifft. Hier mögen sich besonders Ihre Kolleginnen, geschätzter Herr Kollege Pansi, dieser Sache etwas annehmen. Während in Oberösterreich eine Melkerin einen Lohn von 1515 S hat, hat die gleiche Melkerin im Burgenland nur 1290 S. Dort bleibt wahrlich gerade die Dienstnehmerin, also die Landarbeiterin, auf der Strecke. (Abg. Pansi: Sagen Sie das dem Kollegen Tschida!)

So viel hätte ich zur Richtigstellung in dieser Sache zu sagen. Man glaubt, einzig und allein nur dort, wo die Gewerkschaften, die Sozialisten Verträge abschließen, zu Erfolgen zu kommen. Das stimmt wahrlich nicht. Ich glaube hier den Beweis angetreten zu haben.

Weiter wurde von Herrn Kollegen Pansi betont, daß es in der Landwirtschaft keine

Nimmervoll

europäischen Löhne, wohl aber europäische Preise gibt. Hier bin ich mit ihm vollkommen einer Meinung. Nur eines darf ich dazu hier sagen: Wenn die Landwirtschaft unter europäischen Bedingungen produzieren könnte, würden Sie und ich bei Verhandlungen wahrlich einen angenehmeren Partner vor sich haben, weil ich überzeugt bin, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen dann besser wären.

Greifen wir nur eines heraus: Das Konto Maschine belastet heute die Landwirtschaft ungeheuer. Kollege Pansi, Sie können doch nicht sagen, daß wir in Österreich auf diesem Sektor vielleicht europäische Preise hätten! Hier bringt die Landwirtschaft im allgemeinen und der Dienstnehmer im besonderen wahrlich ein großes Opfer, um die Maschinen aus der inländischen Industrie zu beziehen, um die Preise zu halten. Ich betone nochmals, Herr Kollege, Sie und ich hätten einen angenehmeren Verhandlungspartner, wenn auf diesem Sektor europäische Preise gegeben wären. Soviel zu dieser Frage.

Nun haben Sie in Ihren Ausführungen meint, daß man das Arbeitsrecht zu verschlechtern beabsichtige. Wahrlich, Herr Kollege, ich muß Sie richtigstellen: Niemand in der ÖVP denkt daran, je einmal erreichte soziale Rechte, soziale Fortschritte auch nur einem Menschen zu nehmen. Der Entwurf, der bereits ausgearbeitet wird und uns zu Verhandlungen zur Verfügung gestellt wurde, bringt in keinem Punkt eine Verschlechterung. (Abg. Pansi: *Das ist eine ausgesprochene Lüge, was Sie hier behaupten! — Gegenrufe bei der ÖVP.*) Herr Kollege Pansi, ich nehme zur Kenntnis, daß ich hier „gelogen“ habe, aber ich werde Ihnen den Beweis antreten. Vergleichen Sie das bisherige Landarbeitsgesetz und den Entwurf. Wenn Sie eine Verschlechterung finden, dann lasse ich mir sagen, was Sie hier behauptet haben. Ich glaube, es wäre höchste Zeit, daß auch Ihnen in diesem Zusammenhang — es tut mir leid — ein Ordnungsruf erteilt werden würde. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe bereits angedeutet, daß gerade auf diesem Gebiet der Entwurf des Ministeriums als Verhandlungsgrundlage dienen soll. Ich sage nochmals: Wenn wir das bisherige Gesetz dem Entwurf gegenüberstellen, dann finden wir keine Verschlechterung. Etwas anderes ist, daß das Arbeitsrecht in den verschiedenen Ländern verschieden gewachsen ist. Da ist es das eine Bundesland, das in der Abfertigung mehr gibt, das andere hat eine kürzere Arbeitszeit, und ein drittes hat etwas bessere Löhne und so weiter. Hier haben sich — leider oder Gott sei Dank — die Arbeitsrechte etwas auseinanderentwickelt. Ich glaube, es wird uns nicht auf einen Schlag gelingen, daß wir die

in den einzelnen Ländern bisher vorhandenen Rechte auf einmal in das Bundesgesetz hineinnehmen können.

Ich darf in diesem Zusammenhang doch sagen, daß jede Verbesserung, die im Lande bereits durch Kollektivvertrag gesichert ist, nirgends mehr genommen werden kann, auch wenn auf Bundesebene ein Gesetz geschaffen wird, wo diese in den Ländern bereits durch Kollektivvertrag gesicherten Verbesserungen nicht verankert sind. Hier, glaube ich, müssen wir uns zusammensetzen.

Wenn Sie den Kündigungsschutz anziehen, dann läßt sich auch darüber sprechen. Ich bin überzeugt, der Kündigungsschutz ist auch für den Landarbeiter nicht immer angenehm, denn er verpflichtet ihn in den Sommermonaten, oft zu einer Zeit, wo er sehr, sehr gerne irgendwo auf eine Baustelle gehen würde oder einen anderen Beruf ergreifen könnte. Darüber aber, Herr Kollege, läßt sich mit uns Dienstnehmern der ÖVP immer reden, wenn es darum geht, ob das oder jenes besser ist. Wir sollen uns zusammensetzen und darüber verhandeln.

Eine Abfertigung muß selbstverständlich gegeben werden. Selbstverständlich sind alle diese Wünsche, von denen Sie gesprochen haben, bereits eingebaut. Es soll uns in gemeinsamer Verhandlung gelingen, herauszuholen, was irgendwie möglich ist.

Ich erlaube mir nun, zu einigen meiner Gedanken zu kommen. In erster Linie möchte ich dem Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft sowie der Siebener-Kommission nach dem Landwirtschaftsgesetz und in dem Zusammenhang auch Ihnen, geschätzter Herr Kollege Pansi, sehr danken, daß in diesem Grünen Bericht gerade die Lage der Landarbeiter so klar herausgestellt wurde und die Öffentlichkeit genau erfährt, wie es um uns steht.

In der Frage der Arbeitslosigkeit bin ich mit Ihnen vollkommen einer Meinung. Diese Entwicklung ist unglücklich, und das bedauern wir. Die Arbeitslosigkeit bringt ja dem einzelnen Dienstnehmer ein kleineres Einkommen, darüber hinaus wird auch die Pension des einzelnen in ihrer Höhe stark gefährdet. Vielleicht können wir auch hier einen gemeinsamen Weg finden, um abzubauen, was irgendwie möglich ist.

Heute wurde auch hier im Hohen Hause nicht nur einmal, sondern wiederholt davon gesprochen, daß der Familienbetrieb der Idealbetrieb in unserer Landwirtschaft ist. Da wäre vielleicht mancher geneigt zu sagen: Dann ist die Frage der Dienstnehmer in der Landwirtschaft vollkommen gelöst, denn in Zukunft brauchen wir eben keinen Landarbeiter mehr! Ich möchte feststellen, dem ist nicht so. Ich

1130

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Nimmervoll

bin davon überzeugt, daß jeder Familienbetrieb zeitweilig auf fremde Arbeitskräfte angewiesen ist. Denken wir an Unfälle, denken wir an Katastrophen, denken wir an sonstige Schwierigkeiten, die innerhalb eines Familienverbandes auftreten können. Darüber hinaus wird es immer noch Betriebe geben, die weit, weit über das Maß eines Familienbetriebes hinausgehen und daher immer auf Fremd Arbeitskräfte angewiesen sind.

Ich erlaube mir die Feststellung, daß in unserem Land eine gesunde Landwirtschaft auch in Zukunft einen gesunden Landarbeiterstand dringend notwendig braucht.

Es ist für mich eine Genugtuung, heute feststellen zu können, daß wir im vergangenen Jahr das Berufsausbildungsgesetz hier im Hohen Hause auf einen modernen Stand bringen konnten und damit auch in den Ländern eine moderne Berufsausbildung Platz greifen kann. Ich weiß, die einzelnen Länder arbeiten gegenwärtig noch an der Erlassung der Durchführungsgesetze, aber ich bin doch überzeugt, daß wir gerade auf dem Gebiet das, was wir bisher an Quantität, an Menge von Landarbeitern, an Dienstnehmern in der Land- und Forstwirtschaft verloren, durch Qualität ersetzen müssen, und dazu brauchen wir die Berufsausbildung, brauchen wir die Schule.

Im Jahre 1964 — das ist jener Zeitraum, mit dem sich der Grüne Plan beschäftigt — legten in Österreich insgesamt 811 Lehrlinge die Gehilfenprüfung in der allgemeinen Landwirtschaft ab. Den Höchststand an Gehilfenprüfungen finden wir in Tirol mit 227 Lehrlingen, dann folgen Kärnten mit 198 und Oberösterreich mit 147 Gehilfenprüfungen. Die Facharbeiterprüfung wurde von 896 Prüflingen abgelegt. Hier führt Oberösterreich mit 432 neuen Facharbeitern. Die Wirtschaftsprüfung legten 384 Personen ab, und in der ländlichen Hauswirtschaft wurden insgesamt 1333 Prüfungen abgelegt. In den Spezialgebieten der Landwirtschaft, wie beispielsweise im Gartenbau, Obstbau, Viehzucht und so weiter, wurden 342 Prüfungen und in der Forstwirtschaft 184 Gehilfen- und 250 Facharbeiterprüfungen abgelegt; beim Forst steht das Bundesland Steiermark mit 83 an der Spitze.

Leider muß festgestellt werden — auch heute wurde es schon einmal mit Bedauern zur Kenntnis genommen —, daß die jungen Kräfte nicht mehr so sehr gewillt sind, in die Landwirtschaft zu gehen, und daher der Stand der Lehrlinge in der Landwirtschaft stark absinkt. Wenn wir überzeugt sind — und ich persönlich bin es —, daß wir auch in Zukunft den Facharbeiter brauchen, dann müssen wir Maßnahmen ergreifen, um auch dieser Berufsgruppe

den Zugang zu einer entsprechenden Ausbildung zu sichern.

Es wird dringend notwendig sein, daß die Arbeitsämter im Zuge der Berufsberatung stets auch auf die Möglichkeit des landwirtschaftlichen Berufes und seine Aufstiegsmöglichkeit hinweisen. Mit Freude habe ich vermerkt, daß ausgerechnet Wiener Zeitungen diesen Gedanken in der Berufsberatung bereits aufgegriffen haben.

Zweitens wird es notwendig sein, daß die Länder sehr rasch die Durchführungsgesetze zum Berufsausbildungsgesetz erlassen, damit der Berufsausbildungsgang in allen Ländern auf einen modernen Stand gebracht wird. Ich darf mir daher erlauben, an die Länder den Appell zu richten, diese Durchführungsgesetze möglichst bald zu erlassen.

Mit der Berufsausbildung allein ist es aber nicht getan, dazu gehört auch die wirtschaftliche Untermauerung, über die ich eingangs schon sehr deutlich gesprochen habe. Mein Appell geht daher nochmals an die kollektivvertragschließenden Organisationen hüben und drüben, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Verhandlungen in hohem Verantwortungsbewußtsein zu führen und die Kollektivverträge entsprechend zu verbessern, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen gesunden Landarbeiterstand zu schaffen. Die Differenz zwischen den Facharbeiter- und Hilfsarbeiterlöhnen in der Landwirtschaft kommt in den Kollektivverträgen sehr deutlich zur Geltung. Vielleicht können wir auf dem Gebiet noch einiges tun.

Die Berufsausbildung sichert uns, wie ich bereits betont habe, noch lange nicht die entsprechenden Arbeitskräfte. Wir müssen darüber hinaus noch einem Problem unsere besondere Aufmerksamkeit schenken, nämlich der Wohnung, die besonders bei den Landarbeitern eine große Rolle spielt. Daß der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft bei der Wohnungsbeschaffung eine Sonderstellung einnimmt und ihm eine Beihilfe für die Schaffung eines Eigenheims zur Verfügung steht, können wir mit Freude und Dank vermerken.

Ich kann feststellen, daß in der Zeit vom 1. Juni 1947 bis Ende 1960 nicht weniger als 170 Millionen aus Bundesmitteln und 44 Millionen aus ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt wurden. 9666 Eigenheime konnten in dieser Zeit gefördert werden.

Ein Blick auf das Jahr 1965 zeigt uns, daß in diesem Jahr 771 Landarbeiter-Eigenheime errichtet werden konnten, wofür 20 Millionen zur Verfügung gestellt wurden. Weiters konnten 1014 Dienstwohnungen errichtet werden, die mit 6 Millionen gefördert wurden. Ich

Nimmervoll

glaube, die Differenz zwischen den 20 und 6 Millionen besonders herausstellen zu müssen.

Der Landarbeiterwohnungsbau ist auch besonders deswegen sehr interessant, weil bei ihm die Eigenleistung ungeheuer stark zum Tragen kommen kann. Wenn einer, der in einem Betrieb als Landarbeiter tätig ist und sich ein Eigenheim schafft und ihm bei der Errichtung des Eigenheimes nicht nur die Familie, sondern auch der Betrieb zur Verfügung steht und auch die Nachbarschafts- und vielleicht die Geschwisterhilfe dazukommt, dann ist es manchmal schon vorgekommen, daß damit Werte geschaffen wurden, die um zwei Drittel höher sind als die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

Es würde zuweit führen, auf den gegenwärtigen Stand bei den Mitteln einzugehen; ich möchte nur feststellen, daß im Budget um 600.000 S mehr vorgesehen sind als im vergangenen Jahr. Das ist leider nicht sehr reichlich, es können aber doch wieder die größten Bedürfnisse auf diesem Gebiet befriedigt werden.

Der Land- und Forstarbeiterwohnungsbau ist weiters deshalb sehr interessant, weil diese Eigenheime vielfach in Gebieten errichtet werden, in denen der Industriearbeiter keine Möglichkeit oder auch keine Lust hat, zu siedeln. Dadurch werden in Zukunft auch Gebiete besiedelt werden, die ansonsten vielleicht für die Besiedlung verlorengegangen wären.

Ich darf mich nur noch mit zwei Sondergruppen in der Landwirtschaft beschäftigen. Wir haben dem Grünen Plan entnommen, daß für die Milchkontrolle erhöhte Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir nehmen dies mit Freude zur Kenntnis, weil wir wissen, daß diese Organe, die die Milchkontrolle durchführen, manchmal ein wenig das Gefühl haben, ihre Existenz sei nicht ganz gesichert. Vielleicht tragen diese erhöhten Mittel ihren Teil zur Beruhigung bei.

Ich bin mit dem Kollegen Pansi vollkommen einer Meinung, daß die Försterausbildung auf einen modernen Stand gebracht werden muß. Ich habe mir bereits im Ausschuß erlaubt, den Herrn Landwirtschaftsminister darauf aufmerksam zu machen, daß die Förster auf einer großen Tagung in einer einstimmigen Resolution zum Ausdruck gebracht haben, daß ihre Ausbildung den Erfordernissen nicht mehr entspricht und auf einen modernen Stand gebracht werden soll. Der Herr Minister hat mit damals zugesagt, seine Abteilung zu beauftragen, sofort die Gespräche mit diesen Gruppen aufzunehmen. Ich bin der Meinung, daß damit gerade für diese Gruppen etwas erreicht und verbessert werden kann.

Es ist erfreulich, daß auch die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft in der Schulung eine ungeheuer große Aufgabe sehen und ihrer Schulung sehr zusprechen. Daß das landwirtschaftliche Schulwesen nunmehr auf gesetzlichen Grundlagen aufgebaut werden soll, freut uns sehr. Wir sind aber auch dafür, daß die Volksschulen eine Aufwertung erfahren, denn je besser der junge Mensch auf das Leben und auf seinen Beruf vorbereitet wird, umso besser und sicherer wird er sich behaupten können. Die Forderung nach finanzieller Unterstützung gerade für diese Menschen ist heute schon angeklungen und wird nicht mehr verstummen, denn es kann nicht sein, daß ausgerechnet diese wertvollen Menschen von einer besonderen Schulung oder vielleicht von einer höheren Schule ausgeschlossen werden.

Wir reden heute vielfach von der großen Landflucht, übersehen aber oft, daß in erster Linie der Zuzug der jungen Kräfte fehlt. Im Jahre 1965 haben wieder 11.980 Dienstnehmer um ihre Pension angesucht. Sie sehen also auf der einen Seite diesen ungeheuren Abgang, auf der andern Seite aber fehlt der Zugang der jungen Kräfte. Ich habe bereits angedeutet, daß wir auf dem Gebiet gemeinsam Wege finden müssen, um eine Besserung der Lage herbeizuführen.

Abschließend darf ich sagen: Als die Österreichische Volkspartei 85 Mitglieder in dieses Hohe Haus schickte, wurde mit Unterstützung der SPÖ ein modernes Landarbeitsgesetz geschaffen, das in Europa beispielgebend dagestanden ist. Nun ist einiges nachzuholen. Ich bin überzeugt, daß im gegenwärtigen Stand wieder 85 Abgeordnete der Volkspartei mit Unterstützung der SPÖ dieses Gesetz modernisieren und auf einen neuen schönen Stand bringen werden.

Meine Partei wird den Grünen Bericht, auch den der Dienstnehmer, gerne zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Minkowitsch das Wort.

Abgeordneter **Minkowitsch** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ein Sprichwort sagt, die besten Reden wären die, die gar nicht gehalten werden.

Da ich nun alles andere als überheblich bin und mich nicht zu den Bestrednern zähle, stehe ich hier — und rede. Ich darf Ihnen aber versichern, daß mir der gestrige Akt von Scrinzis Rache absolut fernliegt. Außerdem hängt das Damoklesschwert eines Pönals über meinem Haupt: Ich habe nämlich unserem Klubordner versprechen müssen, daß ich für

Minkowitsch

jede Minute, die ich über 15 rede, eine Bouteille Wein schuldig bin. (*Heiterkeit.*) Nur über den Adressaten wurde nicht gesprochen, und ich nehme an, daß alle damit einverstanden sind, daß der Adressat selbstverständlich das Stenographenbüro sein wird, wozu ich mich gerne verpflichte. (*Heiterkeit und Zwischenrufe.*) Diese Art von Zwischenrufen wird mich in ein ziemlich hohes Pönale hineintreiben!

Meine Damen und Herren! Ich habe schon das Gefühl, daß die Budgetdebatte effektiv noch einmal hätte abgeführt werden müssen, wenn nicht zu Beginn auch heute wieder die 6,5 Milliarden, die die Landwirtschaft kriegt, und alles übrige angeführt worden wären.

Es wurde überdies von der Großzügigkeit der Sozialistischen Partei gesprochen. Ich stelle nur fest: Wir haben es heuer im Ton schon ganz anders vernommen. Im vorigen Jahr hat man uns noch vorgerechnet, daß das pro Betrieb ungefähr 18.000 S ausmacht, was der Staat da überall hineinbuttert, und man müßte sich eigentlich wundern, warum dann die Kinder den eigenen Vätern trotz dieser 18.000 S, die jeder Betrieb erhält, noch davongehen!

Es ist auch heute wieder, so wie all die Jahre vorher, das Angebot der Herren Präsidenten Wallner und Grießner wiederholt worden: „So machen wir doch einen Musterbetrieb! Die Landwirtschaft stellt ausgezeichnete Berater und den Boden zur Verfügung, die Handelskammer einen ganz versierten Kaufmann, um Höchstpreise auf dem Markt erreichen zu können, Herr Präsident Pansi wird die Arbeiter zur Verfügung stellen und Herr Präsident Benya wird darauf achten, daß alles, was der ÖGB für diese Arbeiter erreicht hat, dann auch tatsächlich beachtet wird.“ Meine Herrschaften, das Klagelied unseres geschätzten Dr. Staribacher hätte dann ein Ende, daß er so wenig Bucheinsicht nicht nur in Durchschnittswerte, sondern in einen Einzelbetrieb hat. (*Abg. Pölz: So viel Kammerbürokratie bringt jeden Hof um! — Heiterkeit.*) Aber nein?! Denn ich muß annehmen, lieber Herr Dr. Staribacher, daß Ihnen die derzeit zugänglichen Betriebe, die Sie ohneweiters in der Gemeinde Wien ja zur Verfügung hätten, oder vielleicht auch die Unterlagen Ihres Herrn Kollegen Pfeifer nicht ganz genügen.

Aber folgendes — wenn Sie sich die Arbeit gar nicht erst machen wollen (*Abg. Dr. Staribacher: Die Arbeit würde ich gerne machen!*) — darf ich Ihnen gleich sagen: Sie werden daraufkommen, daß das Ergebnis sein wird, die Landwirtschaft lebt nicht von dem, was sie erzeugt, sondern nur von dem, was ihr nach Abzug aller Kosten übrigbleibt. Sie wissen selbst genausogut wie ich, daß das Gesetz

vom abnehmenden Ertragszuwachs hier eine Schere bildet, in deren Klingen man unweigerlich hineinkommt, wenn man dieses Gesetz nicht beachtet.

Es wurde heute vom sozialistischen „Milchpapst“ auch ein Zahlenvergleich aus dem Milchsektor gebracht. (*Heiterkeit.*) Ich muß Sie vielleicht etwas enttäuschen: Ich werde heute nämlich nicht vom Wein reden, sondern von der Milch, nicht von der Milch des Alters — dem Wein —, sondern über die Brücke der Ideenassoziation schlicht und einfach von der Milch. Herr Dr. Weihl sagte, wir hätten 2,5 Milliarden Milchgeldeinnahmen im Jahre 1953 gehabt, 4,43 Milliarden im Jahre 1965, und das bei 3 Prozent weniger Kühen, also durch gestiegerte Milchleistung. Das stimmt, aber ich habe Ihnen schon vorher gesagt, die Zahlen allein sind Schall und Rauch. Nur was übrigbleibt von dem Mehr, ist das, wovon unsere bürgerlichen Familien nachher leben können!

Es wurde auch vermerkt, daß 192 Millionen Exportstützungen für Milchprodukte gegeben werden mußten. Dazu möchte ich folgendes klarstellen: Erinnern Sie sich bitte, was gestern an dieser Stelle einer Ihrer sozialistischen Starredner gesagt hat, daß ihm nämlich die Zahlungsbilanz echte Sorgen bereite, daß die 13 Milliarden Handelsbilanzdefizit, die da drinnenstecken, mit den nur echten 11 Milliarden, die uns als Plus aus dem Fremdenverkehr übrigbleiben, Anlaß zu ernstem Nachdenken wären. Meine Damen und Herren! Glauben Sie, daß wir in dieser Situation nicht jede Exportchance, die sich bietet, effektiv auch werden nützen müssen?

Ich darf noch folgendes sagen: Etwas, was nicht erzeugt wird, können wir auch nicht exportieren, denn der Wiesenrain, der nicht gemäht wird, das Heu, das von der Kuh nicht gefressen wird, nicht zu Milch wird und nachher als Butter exportiert werden kann, ist nicht nur für den Bauern verloren und nicht erzeugt, sondern das geht der gesamten Volkswirtschaft verloren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde Sie also deshalb darum bitten, daß wir nicht allein den Stützungsbetrag von 192 Millionen sehen, den die Milchwirtschaft als Exportstützung brauchte, sondern daß wir den Wert zur Kenntnis nehmen, der effektiv in diesem Export erlöst — und für uns alle erlöst werden konnte!

Es ist heute auch einmal von einem meiner Kollegen ausgesprochen worden, wir sollten doch in Belangen der Landwirtschaft das sogenannte Fabriksdenken aufgeben. Ich darf Ihnen sagen — und meine Kollegen wissen das ja —, daß ich als Sohn eines Beamten, der in der Großstadt großgeworden ist, der

Minkowitsch

nach dem Krieg in einer Möbelfabrik gearbeitet hat und dem also auch diese Sparte absolut nicht fremd ist, dieses Fabriksdenken selbst praktiziert habe: wie man eben je nachdem, ob man einen Artikel braucht oder nicht, eine Maschine so oder so einstellt, so und so lange arbeitet, dann wieder aufhört, und wenn der Artikel aus ist, fängt man halt wieder an.

Meine Herrschaften! In der Landwirtschaft ist eine Produktion nach Maß eine Unmöglichkeit. Man spricht immer davon, es werde in der österreichischen Landwirtschaft nicht geplant. Darf ich Ihnen Werte aus meinem eigenen Betrieb bekanntgeben. Auf ein und derselben Fläche, bei denselben Vorfruchtwerten, bei derselben Düngung und Betreuung wuchsen einmal 1100 kg Weizen, ein anderes Jahr 2860 kg; einmal — ich nehme die Hageljahre aus und berücksichtige nur die durch Dürre und ähnliche witterungsbedingte Umstände auftretenden Ertragsschwankungen — 1000 kg Gerste, dann 2840 kg Gerste; einmal 170 Doppelzentner Zuckerrüben, dann 360 Doppelzentner. Und den Wein darf ich natürlich nicht vergessen: einmal 20 Liter Wein und einmal 6000 Liter auf ein und derselben Fläche. (Zwischenrufe.) Ja, 20 Liter, Sie haben richtig gehört. (Abg. Wodica: Dann ist es ein Wunder, daß der Preis immer gleich bleibt!) Nein, das ist es eben gerade beim Wein nicht, sehr zum Leidwesen unserer Kollegen, denn diejenigen, die nicht genügend Kreditwürdigkeit haben, um den Wein zurückzuhalten zu können, sich Kapital aufzunehmen und Zinsen zu bezahlen, müssen zu Schundpreisen verkaufen! Aber ich wollte Ihnen mit diesen Zahlen nur beweisen: Landwirtschaft nach Maß, so wie Sie von der SPÖ sich das vorstellen, gibt es leider in ganz Europa nicht.

Wenn wir österreichische Bauern zuwenig erzeugen würden, meine Damen und Herren, sein Sie überzeugt, das wäre nicht nur etwas, was unseren Kollegen in der Tasche fehlt, sondern das wäre etwas, was Sie als Konsumenten als erste und am bittersten zu spüren bekämen. Denn wenn nur in Rußland zum Beispiel eine Mißernte auf dem Getreidesektor eintritt, wenn schlagartig die Weizenvorräte aus Amerika, Australien und Kanada ausverkauft sind, und wir hätten bei nicht genügenden eigenen Weizenvorräten einmal französischen Weizen importieren müssen, Sie hätten bald gesehen, wo unsere Kipferln und Kaisersemmeln geblieben wären, denn das, was österreichische Weizenqualität ausmacht, würde man erst dann zu schätzen beginnen, wenn man sie einmal nicht zur Verfügung hätte. (Abg. Rosa Jochmann: Kaisersemmln haben wir keine mehr! — Heiterkeit.) Es ist mir nicht bekannt, Frau Abgeordnete Joch-

mann, daß wir in der Zwischenzeit eine Umnominierung auf Republiksemmln vorgenommen hätten. (Erneute Heiterkeit.)

Aber nun zurück zur Milch. Und hier rede ich nicht wie ein katholischer Pfarrer von der Ehe, sondern ich rede von der Milch als einer, der sich tatsächlich mit der Milchwirtschaft selbst auch sehr intensiv beschäftigt hat, allerdings nur ein Jahrzehnt lang — bis sich in mir nämlich die Erkenntnis Bahn gebrochen hat: die billigste Milch, die ich mir selbst und meiner Familie zur Verfügung stellen kann, ist die, die ich mir kaufe. (Heiterkeit.) Und jetzt bin ich bei einem sehr ernsten Kapitel angelangt.

Meine Damen und Herren! Ist Ihnen bekannt, daß eine der größten Molkereien, die wir in Österreich haben, die Niederösterreichische Molkerei, nur mehr 30 Prozent der Milch, die sie in Wien verkauft, aus dem eigenen Einzugsgebiet besorgen kann? Ist Ihnen bekannt, daß in ganz Niederösterreich — Sie wissen es bestimmt — die Milchproduktion zurückgeht, daß wir uns derzeit noch den Milchüberschuß aus den westlichen Bundesländern herholen, auch nach Wien? Haben Sie schon einmal daran gedacht, daß es nicht so ist, daß sich der Bergbauer mit der Milch deshalb so sehr abgibt, weil er so toll daran verdienen kann, sondern daß er sich nur deshalb mit der Milchproduktion so intensiv beschäftigt, weil er sich schämt, derjenige in der Generationenkette zu sein, der den Hof aufgeben muß? Haben Sie sich einmal Gedanken darüber gemacht, daß es bei einem Bauern nicht so ist, daß er einfach den Arbeitsplatz wechselt wie ein Arbeiter, der einen besseren Dienstgeber gefunden hat (Abg. Dr. Pittermann: Das glaubt nur der Mitterer, daß er wechselt!), sondern wenn der einmal von seinem Hof weggegangen ist, geht er nie mehr darauf zurück! Haben Sie einmal daran gedacht, meine Damen und Herren, daß ein Bauer, der seine letzte Kuh verkauft hat, kaum mehr bereit ist, sich ein solches — ich sage es offen hier — Marterinstrument noch einmal einzustellen, selbst wenn man ihm 5 S für den Liter Milch anbieten würde? (Zustimmung bei ÖVP.)

Wir stehen also in der Agrarpolitik auch dem Gesetz der Irreversibilität gegenüber, und Sie werden verstehen, daß man nur mit äußerster Vorsicht an gewisse Probleme herangeht, denn Fehler, die hier gemacht werden, sind meistens überhaupt nicht mehr gutzumachen.

Es wurde uns gestern, ebenfalls aus berufinem Munde, gesagt, daß es ein kleines Land sehr schwer hat, auf dem internationalen Markt seine Ware zu plazieren. Lieferbedingungen, Qualitätskonstanz, Kundenwerbung,

Minkowitsch

Zahlungskonditionen, Einhaltung der Liefertermine und so weiter sind Angelegenheiten, die von einem kleinen Staat ganz peinlich eingehalten werden müssen, wenn er überhaupt auf dem internationalen Markt bleiben will. Es wurde uns ebenfalls gestern gesagt, daß es ein großer Staat eher aushält, einmal einen Vertrag nicht ganz hundertprozentig genau zu beachten, aber daß sich das unser kleines Österreich nicht leisten könne.

Ich darf jetzt im Zusammenhang damit ein Beispiel aus meiner Familie bringen. (Abg. Robak: *Drei Bouteillen sind es schon!*) Was? Drei Bouteillen sind es schon? (Heiterkeit.) Ein Beispiel aus meiner Familie. Mein 16jähriger Bub hat im vorigen Jahr nach jahrelangem Ansparen — für die Arbeiten kriegen nämlich meine Kinder immer etwas (Abg. Rosa Jochmann: *Das gehört sich auch!*) — mit dem Erntegeld, das er dann von mir bekam, so viel Geld beisammen gehabt, daß er sich ein Moped kaufen konnte. Zu seinem 16. Geburtstag, das heißt: er wollte es haben. Ich habe ihm natürlich österreichische Qualität, wie schon seit Jahren immer, eingeredet, und er wollte auch ein Puch-Moped erwerben. Nur: bekommen hat er es nicht, weil Puch gerade in der Sommersaison so mit Auslandslieferverpflichtungen eingedeckt und durch Wochen hindurch nicht in der Lage war, ein solches Moped auszuliefern.

Ich habe das jetzt nicht hier gesagt, damit das Stenographenbüro noch mehr Wein bekommt, nicht, damit hier die Zeit vergeht, sondern ich wollte Ihnen vor Augen führen: Das, was man bei der Industrie als selbstverständlich anerkennt, daß Verträge, die man mit dem Ausland schließt, auch gehalten werden müssen, hat man durch Jahre hindurch gerade der Landwirtschaft vorenthalten!

Dabei ist uns folgendes klar: Die Haupt sorge für die österreichische Landwirtschaft ist nach wie vor die Pflege des heimischen Marktes. Der Export ist und bleibt eine „zitternde Freude“: eine kleine Klauenseuche, ein Seeleutestreik, irgend etwas anderes — und der ganze Export ist beim Teufel!

Man möge uns also bitte nicht vorwerfen, von keiner Seite, daß wir jemals darauf aus gewesen wären, die große Verpflichtung, Nährstand unseres eigenen Volkes zu sein, zu vernachlässigen. Preisschwankungen sind eine Angelegenheit, die nicht nur den Konsumenten, sondern auch den Produzenten mindestens genauso weh tut und die dem Landwirtschaftsminister größte Sorgen bereitet.

Ich darf darauf verweisen, daß sich gerade die Schweinepreise deshalb so entwickelt haben, weil es den einzelnen Kollegen voriges Jahr ganz einfach nicht mehr möglich war,

nicht einmal mehr um Gottes Lohn, Schweine zu produzieren, sondern nur mehr dadurch, daß sie noch Geld dazulegen mußten und sie daher mit der Produktion aufgehört haben. Heuer haben wir zuwenig. Aber ich darf Ihnen folgendes versichern: Nach den jetzigen Erfahrungen werden alle weiblichen Tiere, die in das entsprechende Alter kommen, bereits wieder belegt, und wer heuer irgendwie nicht voll seinen Schweinefleischhunger stillen kann, wird das im nächsten Jahr zu billigsten Preisen hundertprozentig machen können. (Abg. Dr. Pittermann: *Für die „billigsten Preise“ zahlen Sie wieder ein Flascherl!* — Heiterkeit.)

Ich will nicht mehr über die Eier reden, wo es ähnlich war, und von den Kartoffeln ist ohnedies schon genug gesprochen worden. (Abg. Libal: *Sechs Flaschen sind es schon!*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir an die Betrachtung eines Problems herangehen, kommt es natürlich ganz darauf an, auf welchen Fundamentalstandpunkt wir uns stellen: ob ich einen rücksichtslosen Erzeugerstandpunkt einnehme, ob ich einen nur-billig-leben-wollenden Verbraucherstandpunkt einnehme oder ob ich — das sollte uns Österreichern eigentlich mehr liegen — das Prinzip des „Leben und Leben lassens!“ zu meiner Maxime erhebe. Ich bekenne offen, daß ich persönlich immer Lösungen anstreben werde, die, die legitimen Interessen anderer ehrlich abwägend, jeden egozentrischen Justamentstandpunkt ausschließen. Nicht Produzenten- oder Konsumentenpolitik ist hier die Frage, sondern: eine Politik für alle Österreicher! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Seien Sie davon überzeugt: das ist für unsere Minister kein Schlagwort, sondern ein Auftrag. Nur möchte ich unter allen Österreichern selbstverständlich auch noch die Bauern mit inbegriffen wissen wollen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Rosa Jochmann: *Die haben wir schon inbegriffen!* — Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann. — Abg. Dr. Gorbach: *Sieben Flaschen!* — Heiterkeit.) Also jetzt müssen wir aber schön langsam einen parlamentarischen Schiedsausschuß einsetzen, der von mir ungewollte Unterbrechungen vom Pönale ausschließt! Oder vielleicht findet sich der Herr Altkanzler bereit? (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Wird nicht gemacht. Handeln tun wir nicht: Was es wiegt, das hat es, und was mehr ist, wird beglichen! Wir sind immer für eine klare Sprache!

Meine Damen und Herren! Je eher wir alle erkennen, daß die billigste, die beste und die sicherste Versorgung der österreichischen Bevölkerung durch die heimische Landwirtschaft

Minkowitsch

durchgeführt wird, desto besser ist es für uns alle. Ich möchte sehr hoffen, daß diese Erkenntnis dann, wenn das Landwirtschaftsgesetz, die Marktordnungsgesetze und ähnliches zur Debatte hier im Hause stehen, auch von allen Fraktionen entsprechend gewürdigt werde.

Es wäre verlockend, noch einige Themen hier darzulegen, aber ich muß mein Versprechen doch einhalten.

Nur eines vielleicht noch: Es müßte uns allen zu denken geben, daß, was wohl unbestritten sein dürfte, die Römische Kurie wie ein Seismograph meistens um viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte voraus Zusammenhänge registriert, die anderen erst später klarwerden. Wenn ich daran erinnern darf, daß das Problem des Arbeiters durch die Enzykliken vieler Päpste zu einem Zeitpunkt offen auf den Tisch gelegt wurde, als für viele andere dieses Problem noch gar nicht sichtbar war (*Zwischenruf des Abg. Konir*), wenn ich daran erinnern darf, daß es jetzt die Selbständigen sind, die Bauern und die kleinen Gewerbetreibenden, die die Päpste in diese Enzykliken und in ihre Sorgen einschließen, sollte das auch ein Argument sein, das uns allen zu denken gibt!

Meine Damen und Herren! Die österreichische Agrarpolitik ist auch sensibel wie ein solcher Seismograph. Spontane Reaktionen und Wunscherfüllungen, wie sie hie und da in Fragestunden gefordert werden, könnten sehr oft nicht wiedergutzumachende Fehler heraufbeschwören. Die österreichische Agrarpolitik darf nicht nur ans Heute, sondern sie muß, wenn sie verantwortungsbewußt geführt wird, auch schon an das Übermorgen denken. „Leben und Leben“ lassen ist eine Maxime der Lebensweisheit. Seien Sie überzeugt: Unser hervorragender Landwirtschaftsminister Doktor Karl Schleinzer wird sich jetzt und in der Zukunft daran halten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kranebitter das Wort.

Abgeordneter Kranebitter (ÖVP): Hochgeehrter Herr Präsident! Hochgeschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses der Bundesgesetzgebung! Es ist unsere Aufgabe, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß das Volk von Österreich in Freiheit und Sicherheit leben kann, daß den Staatsbürgern in allen Volksschichten die Menschenrechte gewahrt werden und daß allen die Entfaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen ermöglicht werden. 19 Jahre lang habe ich in diesem Hohen Haus das Mühen der Vertretung des österreichischen Volkes um die Erfüllung dieser Aufgabe erlebt und meine kleinen

Beiträge dazu geleistet. Ich habe es erlebt, wie in den ersten Nachkriegsjahren von den Volksvertretern die Trümmer einer zerschmetterten Welt weggeräumt wurden und wie der Bau des neuen Österreich und seiner wirtschaftlichen und sozialen Ordnung begonnen wurde. Ich habe es erlebt, wie in Parlament und Bundesregierung mit vereinter Kraft Stein auf Stein gefügt wurde, bis der stolze Bau des neuen Österreich gestaltet war, in dem das Volk heute frei, sicher und gut leben kann. Der Bundesgesetzgebung, die am 6. März dieses Jahres gewählt wurde, und der neuen Bundesregierung ist vor allem die Aufgabe gestellt, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die österreichische Volkswirtschaft zu einem neuen und verstärkten Wachstum gelangt und daß die Frage der Assozierung Österreichs mit der EWG in Berücksichtigung unseres Neutralitätsgelöbnisses gut gelöst wird, damit die Arbeitsplätze und der erreichte Wohlstand gesichert, damit das brennende Wohnungsproblem gelöst, damit die Wissenschaft und Forschung wirksam gefördert und damit weitere Hilfs- und Entlastungsmaßnahmen für die wirtschaftlich schwächeren Volksschichten verwirklicht werden können.

Die Fülle der zur Lösung drängenden Probleme hat die maßgeblichen Politiker in Österreich aber nicht vergessen lassen, daß es im Vaterland Gebiete gibt, deren Bewohner im vergangenen Jahr durch eine Hochwasserkatastrophe größten Ausmaßes heimgesucht wurden. Der Herr Bundeskanzler und die Herren Bundesminister Dr. Schleinzer und Dr. Prader haben erst in den letzten Wochen durch eine persönliche Besichtigung des Wiederaufbaues in den Katastrophengebieten Oberkärntens und Osttirols ihr waches und hilfsbereites Verständnis für die Bevölkerung in diesen und allen Katastrophengebieten bekundet. Es ist aber doch gut, wenn auch Ihnen, verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, das furchtbare Ausmaß der Zerstörung im Land Tirol nochmals mit ein paar Ziffern in die Erinnerung gerufen wird.

Die Hochwasserkatastrophen des Jahres 1965 haben im Land Tirol an privatem Besitz Schäden im Ausmaß von rund 200 Millionen Schilling, an den Bundes- und Landesstraßen Schäden im Umfang von fast 100 Millionen Schilling und an den Wasserschutzbauten sogar Schäden im Ausmaß von 700 Millionen Schilling, das ist eine Schadenssumme von nahezu 1 Milliarde Schilling, angerichtet.

Der Raum von Osttirol, der rund ein Achtel des Flächenausmaßes des Landes Tirol umfaßt, hat durch die Hochwasserkatastrophe vom September 1965 bekanntlich die schwersten Schäden erlitten. Wie furchtbar dieser

Kranebitter

Landesteil heimgesucht wurde, können Sie ermessen, wenn ich Ihnen folgende Tatsachen künde: Von den 100 Millionen Schilling Schäden, die an den Bundes- und Landesstraßen Tirols angerichtet wurden, sind 77 Millionen Schilling Schäden in Osttirol entstanden, und von den 700 Millionen Schilling Schäden die in Tirol an den Schutzwasserbauten verursacht wurden, entfallen 325 Millionen auf den Raum von Osttirol.

Diese Ziffern können Ihnen nur ein schwaches Bild vom schrecklichen Ausmaß der Zerstörung vermitteln, die die entfesselte Naturgewalt des Hochwassers im Land Tirol angerichtet hat. Wer dieses Trümmerfeld nach der Katastrophe vom Hubschrauber aus gesehen hat, dem erscheint es wie ein Wunder, welch große Aufbauleistung schon in den ersten drei Monaten nach dem Unglück in den Katastrophengebieten vollbracht wurde. Diese Aufbauleistung wurde vollbracht durch eine leuchtende Nachbarschaftshilfe, sie wurde erbracht durch die Samariterdienste einer ehrenhaft großen Zahl von guten Menschen in Tirol und in ganz Österreich, sie wurde vollbracht durch die hervorragende Aufbauarbeit unseres Bundesheeres, und sie wurde schließlich vollbracht durch die große finanzielle Aufbauhilfe des Landes Tirol und des Bundes.

Ich weiß, daß ich allen Bürgern des Landes Tirol, die durch diese Hochwasserkatastrophe direkt oder indirekt betroffen wurden, aus dem Herzen spreche, wenn ich bei diesem Anlaß nochmals allen Helfern ein herzliches Vergelt's Gott! sage.

Es verdient auch Anerkennung und Dank, daß der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft mit Unterstützung der berufenen Volksvertreter die Ausweitung der Bundesmittel für den Schutzwasserbau in diesem Budget auf über 400 Millionen Schilling zu verwirklichen vermochte. Es ist dem Herrn Bundesminister aber auch bekannt, daß diese Mittel für den Schutzwasserbau nur jenes Maß der Ausweitung erfahren haben, das die Volksvertreter aus den Gebirgsländern in den letzten Jahren immer wieder gefordert haben, damit endlich eine raschere Verstopfung der Unheilsquellen der unverbauten Wildbäche und Flüsse ermöglicht wird.

In der Summe der Bundesmittel, die im Budget für den Schutzwasserbau bereitgestellt ist, sind die notwendigen Mittel für die Wiedergutmachung der großen Schäden an den Schutzbauten der Flüsse und der Wildbäche in den Katastrophengebieten eigentlich nicht enthalten, denn diese 400 Millionen Schilling werden in allen Bundesländern zur intensiveren Flussregulierung und Wildbachverbauung dringend benötigt. Wenn ich von

einem wesentlichen Teil der Mittel sprach, die von den 400 Millionen Schilling auf Kosten der anderen Bundesländer vor allem dem hochwassergeschädigten Bundesland Tirol überlassen werden müßten, dann wird die Berechtigung dieser Feststellung durch folgende Tatsachen bewiesen.

Zunächst stelle ich nochmals fest: Im Bezirk Lienz sind an den Schutzbauten der Flüsse und der Wildbäche Schäden im Umfang von 325 Millionen Schilling entstanden. Ich teile ferner mit, daß in den neuneinhalb Monaten, die seit der Hochwasserkatastrophe vergangen sind, in Osttirol zur Behebung dieser Schäden 39 Millionen Schilling ausgeschüttet wurden. Das ist eine anerkennenswert große Summe und Hilfeleistung. In der zweiten Hälfte des Jahres 1966 kommen dann noch jene Mittel zur Verbauung, die die Ölleitungsgesellschaft für den Schutzwasserbau in Osttirol zur Verfügung zu stellen hat. Es verbleiben aber trotz dieser Hilfe am Schutzwasserbau Osttirols Schäden im Umfang von 215 Millionen Schilling unbehoben. Es würde daher in Osttirol die Behebung dieser Schäden bei einer Verbauungssumme von rund 40 Millionen Schilling pro Jahr nur in einem Zeitraum von fünf Jahren möglich sein.

Da an den Schutzwasserbauten Nordtirols, wie bekannt, auch Schäden im Umfang von 375 Millionen Schilling angerichtet wurden, setzen sich dort der Behebung dieser Schäden nicht minder große Schwierigkeiten entgegen. In Nordtirol sind die Mittel, die zur Behebung dieser Hochwasserschäden im Jahre 1966 zur Verfügung stehen, bereits verbraucht. Der Landeshauptmann von Tirol mußte infolgedessen die maßgeblichen Persönlichkeiten um die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Schutzwasserbau bitten, weil sonst die Arbeiten an allen Flussbaustellen in Nordtirol eingestellt werden müßten. Dieser Bitte des Landeshauptmanns wird die Erfüllung nicht versagt werden. Damit sind aber seine Sorgen und die Sorgen aller Persönlichkeiten, die mit ihm für das Wohl der Bevölkerung Tirols Verantwortung tragen, nur in einem kleinen Umfang vermindert.

Dies aus folgendem Grund: In den Katastrophengebieten Tirols sind die Flussläufe mit den zerstörten Schutzbauten nur ausgebaggert. Es besteht daher die Gefahr, daß schon ein einziges schweres Hochgewitter und insbesondere die Schneeschmelze im Frühjahr Wassermassen bringt, die die ausgebaggerten Gerölldämme wieder durchbrechen und die neue große Verwüstungen anrichten könnten. Um diese großen Gefahren so rasch wie möglich bannen zu können, braucht Tirol nach dem Urteil der Fachleute in den nächsten

Kranebitter

drei Jahren pro Jahr mindestens 100 Millionen Schilling.

Die großen Sorgen um die Erschließung dieser zusätzlichen Mittel zur Verwirklichung der dringendsten Schutzbauten in den Katastrophengebieten Tirols und Österreichs beständen nicht, wenn das Notopfer des österreichischen Volkes, das der Herr Bundeskanzler und der Herr Finanzminister nach der furchtbaren Hochwasserkatastrophe in Tirol anregten, hätte verwirklicht werden können. Dieses Notopfer, das jedem Arbeiter im Durchschnitt eine Kinokarte pro Monat gekostet und das daher jeder von ihnen freudig gebracht hätte — es hätte eine Aufbausumme von 800 Millionen Schilling ergeben —, konnte aber leider nicht verwirklicht werden.

Ich muß infolgedessen heute an die Verantwortlichen die eindringliche Bitte richten, die erforderlichen zusätzlichen Mittel zur raschen Bannung der Gefahren, denen viele Tausende von Mitmenschen an den nur ausgebaggerten, aber unverbauten Flußläufen in den Katastrophengebieten ausgesetzt sind, bereitstellen zu wollen. Wenn dies durch eine Verlagerung von Budgetmitteln nicht möglich sein sollte, dann müssen diese zusätzlichen Mittel für den Schutzwasserbau in Form eines neuen Baukredits zur Verfügung gestellt werden. So, wie es meine Pflicht war, diese Bitte den Verantwortlichen ans Herz zu legen, so ist es Ihre Pflicht, durch die Erfüllung meiner Bitte die Familien in den Katastrophengebieten von der Angst zu befreien, daß über Nacht neues Unheil über sie und über ihr Hab und Gut kommen könnte. Versagen Sie der getreuen Bevölkerung in den Katastrophengebieten nach den ehrenden ersten Hilfeleistungen auch den noch notwendigen Hochwasserschutz nicht!

Hohes Haus! Ich darf dem großen Anliegen, das ich heute als Volksvertreter aus Tirol und vor allem Ihnen und vor allem den maßgeblichen führenden Persönlichkeiten fürbittend vorzutragen verpflichtet war, nun noch ein Schlußwort anfügen. Es bezieht sich auf die noch viel größere und unheilvollere Katastrophe der Zerreißung des Leibes des Tiroler Volkes und Landes, die durch ein Diktat der Mächtigen der Welt vor 46 Jahren verursacht wurde. Ich darf mir dieses Schlußwort bei diesem Kapitel erlauben, weil jeder Abgeordnete das Recht hat, auf die Debatte über ein abgeschlossenes Kapitel kurz Bezug zu nehmen und weil das Volk von Südtirol ein Bauernvolk ist, für dessen Schicksal wir auch Verantwortung zu tragen haben.

In meiner Stellungnahme zur Regierungs-erklärung habe ich sinngemäß gesagt:

Die neue Bundesregierung hat die Pflicht, vertragstreu das Abkommen von Paris zu erfüllen und in weiteren Verhandlungen neue Versuche zur Erreichung eines wirksameren Schutzes für die Bevölkerung Südtirols zu machen.

Es wurde aber sowohl in der Regierungs-erklärung als auch in der gestrigen Debatte über das Kapitel „Äußeres“ von einer endgültigen Lösung des Südtirolproblems gesprochen und die Überzeugung geäußert, daß die Gewährung einer besseren Autonomie für die Südtiroler eine Lösung dieses Problems im europäischen Geist sei.

Zu dieser Auffassung und Zielsetzung darf ich klärend feststellen: Auf dem Boden des Pariser Vertrages, der den Südtirolern nach dem Unrecht der Ignorierung ihres einmütigen Herzenswunsches nach der Wiedervereinigung Südtirols mit Tirol und Österreich im Jahre 1946 aufgezwungen wurde, gibt es keine endgültige Lösung des Südtirol-Problems. Ein verbesserter Pariser Vertrag wäre auch weit davon entfernt, eine Lösung des Problems im europäischen Geist zu sein, weil der europäische Geist im Sinne der christlichen Lebensgrundsätze Freiheit, Würde und Recht jedes Menschen und jeder menschlichen Gemeinschaft und Volksgruppe anerkennt und schützt. Eine Lösung des Südtirol-Problems im europäischen Geist und eine endgültige Lösung kann daher nur die Wiedervereinigung des deutsch- und ladinischsprachigen Teiles Südtirols mit Tirol und Österreich auf Grund der Anerkennung der Willenskundgebung der Südtiroler vom Jahre 1946 oder auf Grund einer neuen, international geschützten Volksabstimmung in Südtirol sein.

Diese klärenden Feststellungen sind umso berechtigter und zeitgemäßer in einem Augenblick, in dem — ich sage das aus Überzeugung, ich werde vielleicht nicht von allen die gleiche Auffassung erwarten können — ein großer Europäer in Moskau den Weg bereitet zur Anbahnung des Baues eines großen Europa und zur Wiedervereinigung des zerrissenen deutschen Volkes und Staates. Die Staatsmänner Österreichs und Italiens (*Abg. Weikhart: Das gehört nicht zu diesem Kapitel! Das hätten Sie gestern sagen müssen!*) müßten vor Scham das „Berge, fallet über uns!“ ausrufen, wenn die Führenden des Ostens die Wiedervereinigung Deutschlands zugestehen würden und wenn im Herzen Europas eine erbärmliche Notlösung des Südtirol-Problems zustande käme. Gerade Italien und Österreich sind befreut (*Abg. Weikhart: Das gehört ja nicht zur Sache des Kapitels!*), in der Respektierung der Menschenrechte und durch eine großzügige Gerechtigkeitstat in Südtirol beispiel-

Kranebitter

gebend voranzugehen. (*Abg. Weikhart zum Abg. Dr. Withalm: Gestern hat er nicht reden dürfen, redet er heute!*) Die Union für Südtirol wird mitwirken, den Weg zur großen und leuchtenden Gerechtigkeitstat der Wiedervereinigung des zerrissenen Tirols zu bereiten, die allein Freundschaft und Friede im Herzen Europas verbürgt. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abg. Dr. Scrinzi.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Schleinzer. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Herr Präsident und meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion des heutigen Tages bietet zweifellos einen sehr lebendigen Querschnitt der Probleme, mit denen wir es heute im gesamten ländlichen Lebensbereich und in der Land- und Forstwirtschaft im besonderen zu tun haben.

Ich glaube nicht, die Dinge falsch zu sehen, wenn ich meine, daß die ältesten Mitglieder des Hohen Hauses noch einem Jahrgang angehören, der im 19. Jahrhundert liegt, und daß die Jünger des Hauses vielleicht die Chance besitzen, das Jahr 2000 zu erleben. Das heißt also, daß die in diesem Hause versammelten Generationen ein Jahrhundert umspannen, das in seiner dynamischen Entwicklung für die vorhergehenden Generationen einfach unfaßbar und unvorstellbar gewesen wäre. Ich glaube, daß sich gerade in diesem Jahrhundert auch die Land- und Forstwirtschaft in einem Strukturwandel und in einem Anpassungsprozeß befindet, wie er in einem solchen Ausmaß in den vorangehenden Zeiten nie zu verzeichnen war.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, Hohes Haus, daß in den letzten drei Jahrzehnten die österreichische Land- und Forstwirtschaft mehr als eine halbe Million Arbeitskräfte an andere Wirtschaftszweige und Berufsgruppen abgegeben hat, dann können wir das Ausmaß dieser Anpassungs- und Umstellungsentwicklung ermessen. Daß diese Entwicklung überhaupt nur mit unerhört umfangreichen Investitionen möglich war, liegt auf der Hand. Und es ist hier vor allem die Mechanisierung, die materiell, aber auch physisch an die ländliche Bevölkerung größte Anforderungen gestellt hat. Heute erzeugt die Landwirtschaft auf kleinerer Fläche mit weniger Arbeitskräften erheblich mehr als je zuvor, trotzdem hat die Landwirtschaft ständig gegen ein Zurückbleiben ihres Einkommens gegenüber der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung zu kämpfen.

Die Verflechtung, die heute der Land- und Forstwirtschaft mit dem ganzen übrigen Marktgeschehen auferlegt ist, wird zunehmend enger, und ich stimme damit überein, daß die Probleme des Marktes in der Gegenwart und Zukunft eine zunehmende Rolle im agrarpolitischen Geschehen spielen.

Die Ansprüche der Konsumenten wachsen, ebenso wächst aber der Konkurrenzdruck auf den in- und ausländischen Märkten, dem der bäuerliche Berufsstand heute ausgesetzt ist. Das allgemeine Wirtschaftswachstum, zu dem wir uns bekennen, verbessert die Absatzchancen gewiß auch für die Land- und Forstwirtschaft, zwingt sie aber gleichzeitig auch zu einem weiteren Prozeß von Rationalisierungsmaßnahmen und Investitionen, die einfach unerlässlich sind.

Hohes Haus! Diese Position der österreichischen Land- und Forstwirtschaft erfordert heute Aktivitäten, die weiter gespannt sind, als dies jemals zuvor in der wechselvollen Agrargeschichte unseres Staates der Fall gewesen ist. Sie reichen von den ganz speziellen regionalen Schwerpunktmaßnahmen bis zur Bedachtnahme auf die Erfordernisse des größeren europäischen Marktes, also von der Raumordnungspolitik bis zu den Problemen der wirtschaftlichen Integration. In diesem weitgespannten Raum muß sich die Aufgabe vollziehen, die uns heute auch im agrarpolitischen Geschehen aufgetragen ist.

In der Regierungserklärung vom 20. April dieses Jahres ist eindeutig festgehalten, daß das zentrale Anliegen der Agrarpolitik die Erhaltung und auch die Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe ist und daß sich die Schwerpunkte der Maßnahmen im wesentlichen auf die Strukturpolitik, die Markt- und Preispolitik, die Sozialpolitik und die Bildungspolitik konzentrieren. In diesen vier Bereichen ist heute die Diskussion in der Tiefe und in der Breite der Problematik, in der wir uns befinden, auch geführt worden.

Daß im Zusammenhang mit diesen vier Schwerpunktmaßnahmen und ihrer Bewältigung die Fragen des Budgets eine zentrale Rolle spielen, liegt auf der Hand. Es ist heute über das Budget und über die Ansatzpositionen sehr ausführlich gesprochen worden, es ist vielleicht auch herbe Kritik geübt worden, sodaß ich mir doch einige klärende Bemerkungen dazu erlauben darf.

Es ist davon die Rede gewesen, daß der Rechnungsabschluß 1965 1,9 Milliarden Schilling für das Kapitel Land- und Forstwirtschaft umfaßt, daß im Voranschlag für 1966 1593 Millionen Schilling enthalten sind und daß die Differenz, die in diesem Sinne eine Minusdifferenz ist beziehungsweise zu sein

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

scheint, 307 Millionen Schilling beträgt. Daraus wurde der Schluß gezogen, daß die Land- und Forstwirtschaft im Jahr 1966 gegenüber dem Jahre 1965 um 307 Millionen Schilling weniger erhält.

Meine Damen und Herren! Der Rechnungsbuchschluß 1965 beträgt 1,9 Milliarden. Wenn Sie sich aber den Voranschlag 1965 ansehen, werden Sie feststellen, daß dieser 1,8 Milliarden Schilling betragen hat. Wenn Sie ferner bedenken, daß wir im Laufe des vergangenen Jahres bei den Ermessenskrediten generell Kürzungen im Gesamtumfang von 14 Prozent hatten, die insgesamt 120 Millionen Schilling betragen, dann wird sich die Frage ergeben, wie es auf Grund dieser Kürzungen möglich ist, daß der Rechnungsbuchschluß 1966 um 100 Millionen Schilling höher liegt, als der ungekürzte Voranschlag 1965 war.

Dazu darf ich Ihnen folgendes berichten:

Erstens ist bekannt — das Hohe Haus hat es auch beschlossen —, daß zweimal im vergangenen Jahr angesichts der außergewöhnlichen Hochwasserkatastrophe zusätzliche Kredite für Maßnahmen des Schutzwasserbaues aufgewendet wurden, die insgesamt 133 Millionen Schilling betragen.

Ferner kommt dazu, daß in einem Nachtragsbudget 18 Millionen Schilling für das Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, und zwar für die Zwecke der Rekultivierungsmaßnahmen — hier wird mir zugeneckt, wir waren gemeinsame Verhandlungspartner — zusätzlich vorgesehen werden mußten. Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, auch im Finanzausschuß darüber zu berichten, daß angesichts der Erfordernisse der Landwirtschaft, angesichts der budgetären Lage und im Hinblick auf die Einsparungen bei der Brotgetreidestützung eine Bindungsumlegung zu Ende des Jahres 1965 noch möglich war, die im Rechnungsbuchschluß 1965 enthalten ist. Daraus ergibt sich also der Rechnungsbuchschluß in der Größenordnung von 1,9 Milliarden Schilling.

Wenn ich also nun von der Voranschlagszahl des Budgets 1966 und von 1593 Millionen ausgehen darf, so glaube ich, daß es zur Klärung der tatsächlichen Situation und im Hinblick auf die Besorgnis, die heute im Zusammenhang mit dem Land- und Forstwirtschaftsbudget geäußert worden ist, notwendig erscheint, folgendes festzustellen:

Erstens ist bei diesen 1593 Millionen Schilling der Betrag von 180 Millionen Schilling, der sich im Allgemeinen Teil des Finanzgesetzes befindet, im ziffernmäßigen Voranschlag nicht aufscheint, wohl aber im Rechnungsbuchschluß 1966 ausgewiesen werden wird, nicht berücksichtigt. Es sind das jene 180 Millionen

Schilling, die für die Zwecke des Schutzwasserbaues im Allgemeinen Teil des Finanzgesetzes enthalten sind.

Ich habe von den 67 Millionen Schilling beziehungsweise von den 40 Millionen Schilling aus dem Saldo des Futtermittelpreisausgleiches früherer Jahre berichtet. Ich darf hinzufügen, daß von den Mitteln des Schutzwasserbaues, die im vergangenen Jahr bereitgestellt wurden, 40 Millionen praktisch für das Arbeitsprogramm 1966 noch zur Verfügung stehen, sodaß sich um diese weiteren Beträge das Arbeitsvolumen für das Jahr 1966 vergrößert.

So gesehen verändern sich diese Budgetziffern erheblich, und wir dürfen feststellen, daß wir gegenüber dem Jahr 1965 echt verfügbar 127 Millionen mehr und gegenüber dem Rechnungsbuchschluß 1964 um 305 Millionen Schilling arbeitsmäßig mehr verfügbar haben würden.

So viel, Hohes Haus, zur Frage der Durchleuchtung des Budgets im Hinblick auf den Zusammenhang mit dem Allgemeinen Teil des Finanzgesetzes 1966.

Nun noch zu einer sehr zentralen Frage, die heute Gegenstand der Diskussionsbeiträge gewesen ist: Österreich und unsere Landwirtschaft, das Verhältnis zur EWG und die Bemühungen um eine Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Es sind die Grundsätze der Bundesregierung im seinerzeitigen 9. Integrationsbericht sehr ausführlich dargestellt worden. Dabei wurde auch festgehalten, daß es der Wille und die Absicht der Bundesregierung ist, bei den Verhandlungen auf eine weitgehende Harmonisierung der österreichischen Agrarpolitik mit jener der EWG hinzuwirken, weil wir der Überzeugung sind, daß gleiche Wettbewerbsbedingungen im agrarpolitischen Bereich mit den üblichen handelspolitischen und zollpolitischen Maßnahmen nicht zu erreichen sind, weil die Zölle nur ein Teil des Instrumentariums der Agrarpolitik auch im größeren Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft darstellen, daß hier Preisfestsetzungen, Abschöpfungsregelungen und ähnliche Dinge mehr eine entscheidende Rolle spielen. Auch aus diesen Erwägungen entstand das Bemühen um eine Harmonisierung der Agrarpolitik.

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft hat von Anbeginn an diesen Weg sehr konsequent und entschlossen betreten und vertritt nach wie vor mit der gleichen Entschiedenheit diese Auffassung. Die Vorbehalte, die dabei angemeldet worden sind, bewegen sich in einem sehr begrenzten Rahmen, sie sind in dieser Art auch heute im Rahmen der EWG-

1140

Nationalrat XI. GP. — 15. Sitzung — 22. Juni 1966

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer

Staaten durchaus möglich und noch vorhanden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber, daß es nicht zum Ziele führt, wenn wir mit dem Hinweis auf die Probleme des größeren europäischen Marktes etwa den Schritt, den zu tun wir gemeinsam entschlossen sind, in Frage stellen wollten. Wir klären auch heute die österreichische Bauernschaft über diese Probleme in aller Offenheit auf. Ich sage bei jeder Gelegenheit, wenn wir vom größeren europäischen Markt sprechen, daß wir ohne übertriebenen Optimismus, aber auch ohne übertriebene Befürchtungen an ihn herantreten sollten. Es werden sicher viele Schwierigkeiten auf dem Weg in einen größeren europäischen Markt zu bewältigen sein. Wir dürfen und wir können diesen Schwierigkeiten nicht ausweichen, denn es ist keine Alternative angesichts der Tatsache, daß es uns in der weiteren Folge nicht allein um die Sechs oder um die Sieben in Europa, sondern um das größere gemeinsame Europa geht, in dem jeder einzelne Staat seinen Platz finden wird und ihn auch in der Zukunft wird behaupten müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Probleme, die wir auf diesem Wege zu bewältigen haben, sind außerordentlich groß. Ich glaube, es ist niemand in diesem Hause anwesend, der sich über diese Probleme und über die Anstrengungen, die ihre Bewältigung erfordern wird, hinwegtäuschen wollte.

Hohes Haus! Wir müssen diese Probleme lösen, nicht nur allein im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, sondern auf allen Lebensgebieten. Wir werden sie nur dann lösen, wenn wir uns bei der Bewältigung dieser Probleme bemühen, konstruktiv zusammenzuwirken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Herren Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters beitreten, den gegenständlichen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Gruppe VIII des Bundesvoranschlages 1966. Diese umfaßt: Kapitel 19: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 28 Titel 3: Österreichische Bundesforste. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Kapitel bzw. Titel samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag in der Fassung der Regierungsvorlage und unter Berücksichtigung der hiezu bekanntgegebenen und allen Abgeordneten zugegangenen Druckfehlerberichtigungen ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, den 23. Juni, um 9 Uhr vormittag ein. Tagesordnung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966, Spezialdebatte: Gruppe VII: Soziale Verwaltung, Gruppe V: Justiz.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 25 Minuten